

Sondersachbearbeiter
OSTA'm Bilslein

Bd. XIII

Termine:

erl.

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht~~ Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. — Vollmacht Bl. —

gegen

1. Streckenbach,

Bruno u.a.

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.:

459

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung

Revision Bl.

Entscheidung über die Revis.

Strafvollstreckung im

Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

1 Js 13 / 65 (RSHA)

AU 57

Weggelegt

1977

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

R 50 / 58

Jos. Schücker

Rechtsanwalt u. Notar

4 5 Bottrop i. Westf.

Nirchhellener Str. 18

Telef. 222 39

Post.scheckkto. Essen 964 28



F	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

Bottrop, den 21. Februar 1969

Sch/Fo

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht in

B e r l i n 21

Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes:
hier: gegen Karl-Heinz Langenau, Gladbeck, Wiesenstraße 10

Bezug: Ihre Verfügung vom 4. Februar 1969
Geschäfts-Nr. 1 Js 13/65 (RSHA)

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt !

In obiger Sache verweise ich auf die dortige Verfügung mit Schreiben vom 4. Februar 1969. Ich habe mir die Unterlagen sehr sorgfältig durchgesehen und bin der Auffassung, folgenden Antrag zu stellen:

Ich beantrage nunmehr möglichst umgehend das Verfahren gegen den von mir vertretenen Beschuldigten Karl-Heinz Langenau, Gladbeck, Wiesenstraße 10 einzustellen. Ich meine dieser Einstellungsantrag dürfte gerechtfertigt sein.

Aufgrund der mir gegebenen Informationen gemäß eines Vermerkes vom 30. April 1965 und aufgrund des mir überlassenen Protokolles der verantwortlichen Vernehmung des Herrn Karl-Heinz Langenau vom 8. Dezember 1966 bin ich der Auffassung, daß die Ermittlungen nunmehr beendet sind. Ich bin weiterhin der Auffassung, daß es eine Verpflichtung ist die Abschlußverfügung zu machen.

Die Abschlußverfügung kann aber nach meinem Dafürhalten, obwohl ich nur eine begrenzte Auskunft erhalte, nur lauten, daß das Verfahren gegen Karl-Heinz Langenau eingestellt wird.

In diesem Zusammenhange darf ich noch weiterhin mitteilen, daß seinerzeit der Behörde des Herrn Langenau und und zwar dem Polizeipräsidenten in Recklinghausen mitgeteilt wurde, daß die Ermittlungen praktisch beendet sind.


In etwa heißt es in dem Schreiben an den Herrn Polizeipräsidenten wie folgt:

"Bisher hat sich kein hinreichender Verdacht einer noch zu verfolgenden strafbaren Handlung ergeben."

Ich meine, daß nunmehr es an der Zeit ist zumindest für den Herrn Karl-Heinz Langenau eine Abschlußverfügung zu treffen und um diese Abschlußverfügung bitte ich.

Ich darf darauf hinweisen, daß es nicht angeht einen Mann solange im ungewissen zu lassen, zumal ihm nicht nur seelische Belastungen treffen, sondern auch ganz erhebliche materielle Schwierigkeiten.

Ihnen ist genauso wie mir bekannt, daß Herr Langenau nicht befördert wird, daß also er in nicht gerechter Weise behandelt wird. Jetzt schon wenn Ihre Mitteilung an den Polizeipräsidenten stimmt, daß ein hinreichender Tatverdacht nicht gegeben ist. Ich bitte aus diesem Grunde um Verständnis doch möglichst mir binnen zehn Tagen dazu eine Erklärung zu geben. Desgleichen würde ich Sie bitten mir Mitteilung darüber zu geben, ob ich Ihnen den Einleitungsvermerk und die mir überlassenen Unterlagen zurücksenden soll. Für umgehende Nachricht wäre ich dankbar.


Rechtsanwalt

1 js 13/65 (RSH4)

3

V.

✓ 1) Lechte een 2 p KLS 2140 Lecht
je 1 Lechtung van
Lst. 79, 90-92

✓ 2) mit Abl. vd. voregen

28.2.69

h.

1 js 13/65 (RSHA)

4

V.

✓ 1) overlaten aan 2 PKLs 8/40 waarin
ge 1 afbeelding van
bl. 54, 64, 65

✓ 2) met bl. vd. verslagen

28.2.69

h.

2 Einschreiben !

Luftpost

Falls Empfänger verzogen, bitte nicht nachsenden!
Mit neuer Anschrift zurück.

5
An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

3/3.69 L
Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Köln
5 Köln

24 Ks 1/64

1 Berlin 21

Turmstraße 91

Wert: 1000,-

V

9 kg 350 g
0686

Falls Empfänger verzogen, bitte nicht nachsenden.
Mit neuer Anschrift zurück.

5 Köln 7



3. III 69

Staatsanwaltschaft

Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Köln
5 Köln

1 Berlin 21

Turmstr. 91

A 2s 13/65 (RSHA)

Erst sehr! 7

V.

1) Vomatz:

Der gebildigte Dr. Braly ist bisher nicht vernommen worden (gl. lt. X 1177 ff.). Das gegen ihn in Köln anhängige Strafverfahren A Us 1164 ruht wegen Verhandlungsmangelzeit. Dr. Braly ist zuletzt am 15. 1. 69 amtlich unterstellt worden.

✓ 2) aus den BA ²⁴ A Us 1164 STA Köln je 4 Abbildungen fertigen von

lt. IX / 1415-1416, 1500-1501, 1541, 1561-1563

X / 1622, 1646, 1658-1659

3) od. vorlegen

3.3.69 / m.

zu 2) 4 Fotos

94.

4. MRZ. 1969

Pösa

1415
8

S T A D T K Ö L N
G E S U N D H E I T S A M T
D E R A M T S A R Z T

Postanschrift: Gesundheitsamt · 5 Köln, Neumarkt 15-19

DIENSTSTELLE

53—Gesundheitsamt, Köln, Neumarkt 15-19

An den

Herrn Vorsitzenden
des Schwurgerichts

5 K ö l n
Appellhofplatz

Sachbearbeiter

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Tag

26. 5. 1964

Zeichen

53/Dr. Fr.
(Bei Antwort bitte angeben)

Fernsprecher 23 39 51

Nebenstelle 10

Fernschreiber 08/882988

Betr.:

vgl. Bl. 1500!

Auf Veranlassung des Herrn Vorsitzenden des Schwurgerichts wurde

Herr Kriminaloberrat Dr. Hans M a l y ,

geboren am 7. 3. 1907,

wohnhaft Köln-Rodenkirchen, Gneisenastr. 5,

am 23. 5. 1964 in seiner Wohnung auf seine Verhandlungsfähigkeit
hin untersucht.

Nach dem Untersuchungsergebnis handelt es sich um einen 57-jährigen
Mann in stark reduziertem Kräfte- und Allgemeinzustand. Vor allem
besteht an den Oberschenkeln ein ausgedehnter Muskelschwund. Ursache
seiner Entkräftung ist eine im Februar 1960 überstandene Magenresektion
von der er sich noch nicht erholt hat.

Außerdem bestehen bei ihm erhebliche Kreislaufstörungen in Form von
heftigen stenocardischen Anfallszuständen.

1418

Nach dem erhobenen Befund ist Herr Dr. Maly in seinem derzeitigen Zustand nicht verhandlungsfähig. Er ist bettlägerig und kann vor dem Gericht nicht erscheinen. Für die nächsten Wochen bedarf er strengster Schonung und absoluter Ruhe. Eine Nachuntersuchung in 6 Monaten erscheint angezeigt.



Der Amtsarzt
Im Auftrage:

[Signature]
(Dr. Frank)
Obermedizinalrat

1500
10

S T A D T K Ö L N
D E R O B E R S T A D T D I R E K T O R

Postanschrift: Stadt Köln · 5 Köln 1 · Postfach

An den

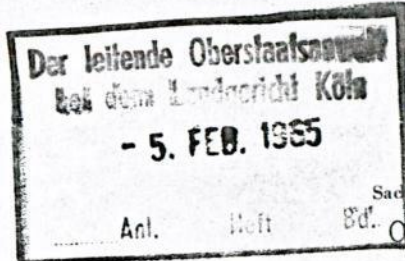
Herrn Leitenden
Oberstaatsanwalt,

K ö l n

Appellhofplatz

D I E N S T S T E L L E

Gesundheitsamt Köln
Neumarkt 15-21



Sachbearbeiter

OMR. Dr. Fr./La.

Ihr Schreiben vom

4. 12. 1964

Ihr Zeichen

Tag

29. 1. 1965

Zeichen

5313

(Bei Antwort bitte angeben)

Fernsprecher

233951/10

Fernschreiber 08/882988

Betr.:

Zu 24 Ks 1/64.

⊗ vgl. Bl. 1415!

Auf dortige Veranlassung habe ich den mir bereits von früheren Untersuchungen her bekannten, am 7. 3. 1907 geborenen Herrn Kriminaloberrat

Dr. Hans M a l l e y

aus Rodenkirchen, Gneisenaustrasse 5, erneut auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht.

M. klagte über Kreislaufstörungen, in Form von Schwindel, allgemeiner Hinfälligkeit, Appetitlosigkeit, Nahrungsunverträglichkeit sowie über ständige Durchfälle.

Bei der Untersuchung des jetzt 57 Jahre alten Mannes fand sich neben einem erheblichen Untergewicht (56,8 kg bei einer Grösse von 180 cm) und einem Blutunterdruck (100/80 mm Hg), ein Zustand nach einer im Februar 1960 durchgeführten Magenresektion. Wegen dieser Leiden steht er, lt. vorgelegter Bescheinigung, ständig in Behandlung von Herrn Dr. med. Warta, Rodenkirchen.

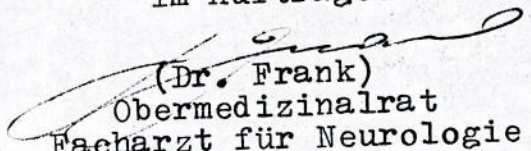
Befund:

Im Vergleich zu der am 23. 5. 1964 durchgeführten Untersuchung ist in dem Krankheitszustand des Herrn M. eine deutliche Verschlechterung eingetreten, sodass er der Schonung und Bettruhe bedarf.

Da bei einer Gerichtsverhandlung mit einer lebensbedrohlichen

Verschlimmerung seines Leidens infolge akuten Kreislaufversagens, unter Umständen sogar mit dem Exitus letalis, zu rechnen ist, muss Herr M. als verhandlungsunfähig angesehen werden.

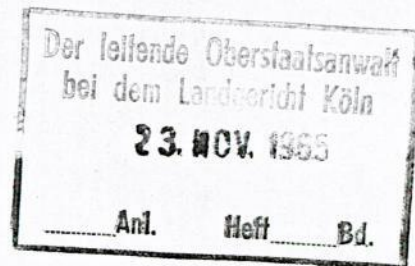
Im Auftrage:


(Dr. Frank)
Obermedizinalrat
Facharzt für Neurologie
und Psychiatrie

1574

Köln, den 19. 11. 1965

An den
Herrn Leitenden
Oberstaatsanwalt,
K ö l n



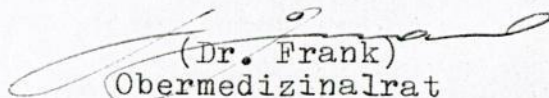
Zu 24 Ks 1/64.

Betr. Untersuchung des Herrn Dr. Hans M a l y auf Verhandlungsfähigkeit.

M. wurde auf dortige Veranlassung zur Untersuchung auf Verhandlungsfähigkeit vorgeladen.

M. teilte mit, dass er sich einer Operation der rechten Hand habe unterziehen müsse, und nur kurzfristig das Bett verlassen könne.

M. wird Mitte Dezember 65 nochmals zur Untersuchung vorgeladen.


(Dr. Frank)
Obermedizinalrat

DR. NIKO SCHMÜCKER

ARZT

15613
5038 RODENKIRCHEN/RH. 27.1.66

HAUPTSTRASSE 36

RUF KÖLN 301283

Dr. Sch/Di

Ärztliche Bescheinigung zur Vorlage bei Gericht.

Betr: Herrn Dr. Hans M a l y, geb. 7.3.07, wohnhaft Rodenkirchen,
Gneisenastr.25

Da der bisherige Hausarzt des Herrn Dr. Maly am 14.1.1966 verstorben ist, habe ich als der nächstwohnende Arzt die Behandlung des Patienten übernommen. Ich wurde erstmalig am 19.1.66 um 21 Uhr 30 wegen einer akuten Verschlimmerung zugezogen. Seit dieser Zeit habe ich ihn zu Hause besucht und ihn erst ab 24.1.1966 aufstehen lassen, um weitere Untersuchungen in meiner Praxis vorzunehmen.

Herr Dr. Maly ist im Augenblick so krank und in einem so erbärmlichen körperlichen Zustand, daß er im nächsten halben Jahr nicht in der Lage ist, an einer Gerichtsverhandlung teilzunehmen.

Herr Dr. Maly leidet

15624
DR. NIKO SCHMÜCKER

ARZT

5038 RÖDENKIRCHEN/RH.

HAUPTSTRASSE 36

RUF KÖLN 301283

1. An dauernden Magenbeschwerden, Dumping Syndrom nach Magenresektion (Billroth II), die im Jahre 1960 vorgenommen wurde.
2. An einer Polyneuritis und B Avitaminose nach Magenresektion durch fehlenden Intrinsic Factor im Magen
3. An Herzmuskelschädigung und Coronarinsuffizienz (Herzkrankzadern erkrankung mit Angina pectoris Beschwerden, die auch im EKG verifiziert wurden.
4. hochgradiger Abmagerung mit beginnender Kachexie. Der Patient wiegt bei einer Größe von 178cm nur 57,5kg.

Weitere Untersuchungen von mir wurden eingeleitet.

Da der Patient in den letzten Tagen infolge seines Magenleidens kaum noch Nahrung zu sich nehmen konnte, steht noch nicht fest, ob ich ihn nicht in den nächsten Tagen in Krankenhausbehandlung überweisen muß.

N. Schmücker

An den
Herrn Leitenden
Oberstaatsanwalt,
K ö l n

Köln, den 16- 2. 1966

15695
Empf. 18/2.66
RL

Zu 24 Ks 1/64 - Betr. Dr. Hans M a l y, geb. 7. 3. 1907,
wohnhaft in Rodenkirchen, Gneisenastr. 5.

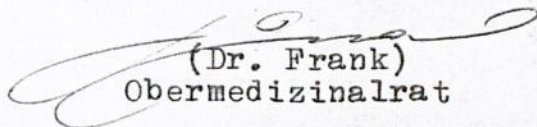
M. hat sich heute hier zur Untersuchung vorgestellt.

Die in der von ihm vorgelegten, in Ablichtung beigelegten Bescheinigung von Herrn Dr. med. S c h m ü c k e r aufgeführten Krankheiten und Beschwerden konnten durch die heutige Untersuchung in vollem Umfange bestätigt werden.

Nach dem Untersuchungsergebnis ist M. auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes als verhandlungsunfähig anzusehen.

Mit Anton 24.7.1/64
sieder vorleg.

RL 23.2.66


(Dr. Frank)
Obermedizinalrat

1622/16

Köln, en 26. 10. 1967

An den

Herrn Leitenden
Oberstaatsanwalt,

K ö l n

Appellhofplatz

Empf. 30.10.67
K

✓ Zu 24 Ks 1/64

Betr. dort. Anfrage vom 1. 9. 1967

in Sa. Dr. Hans M a l y, geb. 7. 3. 1907,
Rodenkirchen, Gneisenastr. 5.

Auf dortige Veranlassung habe ich M., nachdem seine Frau mitgeteilt hatte, dass er aus gesundheitlichen Gründen das Haus nicht verlassen könne, in seiner Wohnung aufgesucht und zu Bette liegend angetroffen. M. klagte über Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Magenbeschwerden, Herzschmerzen und über Angstzustände.

Bei der Untersuchung fanden sich, wie bereits früher ausgeführt, ein Zustand nach Magenresektion (Billroth II), eine Herzmuskelschädigung und Herzkranzinsuffizienz mit Angina pectoris. M. berichtete, dass er in der letzten Zeit stark an Gewicht verloren habe. Ausserdem leidet M. an einer Polyneuritis.

Auf Grund des erhobenen Befundes ist M. nicht in der Lage, einen Gerichtstermin von vier Tagen durchzuhalten.

(Dr. Frank)
Medizinaldirektor

17646

Köln, den 28. 6. 1968

An den

Herrn Leitenden
Oberstaatsanwalt,

K ö l n

Zu 24 Ks 1/64 -

Der leitende Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht		
- 1. JULI 1968		
____ Anl.	____ Hoff	____ Bd.

Herr Dr. M a l y ist auf Vorladung nicht zur Untersuchung erschienen, sondern teilte mit , dass sich sein Gesundheitszustand nicht gebessert habe und er der Vorladung zur Untersuchung nicht Folge leisten könne.

Herr Med. Dir. Dr. Frank wird nach Rückkehr aus seinem Urlaub (Mitte August) einen Hausbesuch bei M. machen.

I. A.

Hasanovsk

165818

Köln, den 22. 1. 1969

An den

Herrn Leitenden
Oberstaatsanwalt,

K ö l n

Appellhofplatz

Eing. 27.1.69
R

✓ Zu 24 Ks 1/64

Betr. Herrn Dr. Hans Maly, geb. 7. 3. 1907,
wohnhaft in Rodenkirchen, Gneisenastr. 5.

Auf dortige Veranlassung habe ich Og. am 15. 1. 1969
in seiner Wohnung auf Verhandlungsfähigkeit nachunter-
sucht.

M., der von meinem Kommen nicht unterrichtet war, wurde
in einem abgedunkelten Zimmer zu Bette liegend, ange-
troffen. Die Ehefrau berichtete, dass ihr Mann kein
Licht vertragen könne und in einem verdunkelten Raum
zu liegen wünsche. In der letzten Zeit habe bei ihm
psychische Veränderungen festgestellt. Er sei manchmal
zeitlich und örtlich desorientiert, rede durcheinander
und verwechsle sie mitunter mit einer anderen Frau.
Er sei schon sehr lange nicht mehr auf die Strasse ge-
gangen und es liege auch schon mehrere Monate zurück,
dass er das Zimmer verlassen und sich in den Garten
begeben habe.

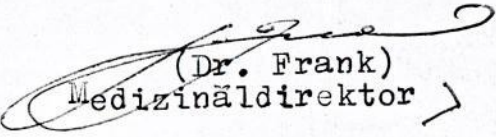
M. selbst klagte über Kopf- und Herzschmerzen, Appetit-
losigkeit, Magenbeschwerden, plötzliches Auftreten von
Durchfällen, Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche
und über Angstgefühl.

Bei der Untersuchung fanden sich ein erheblich redu-
zierter Körper- und Allgemeinzustand sowie ein Zustand
nach Magenresektion (Billroth II). Ferner bestehen bei
ihm Herz-, Kreislauf- und Hirndurchblutungsstörungen, die
m. E. für die von der Ehefrau angegebenen Orientierungs-

1659

störungen verantwortlich zu machen sein dürften.

Im Vergleich zu dem bei der letzten Untersuchung erhobenen Befund hat sich der Gesundheitszustand des M. erheblich verschlechtert. Er ist als terminunfähig anzusehen und nicht in der Lage, einen Termin von zwei Stunden, geschweige denn von vier Tagen, durchzuhalten.


(Dr. Frank)
Medizinäldirektor

1 Js 13/65 (RSHA)

V.

1) Vermerk:

Der Beschuldigte

Kurt B e c k e r, *Kurt*

geb. am 20. März 1892 in Potsdam,

zul.wohnhaft in Berlin-Tegel, Stillachzeile 1,

ist am 24. Januar 1967 in Tegel verstorben. Sein Tod ist
beim Standesamt Reinickendorf, Reg.Nr. 233/67 beurkundet.

Das Verfahren gegen ihn hat sich durch Tod erledigt.

✓ 2) Kurt Becker *(4d.Nr. 4)* im Register austragen

✓ 3) Kartei berichtigen

4) Herrn OstA Pagel m.d.B. um Kenntnisnahme

5) wt.Vfg. bes.

10.3.1969

bsi.

zu 2/erl. m. III 69
zu 3) erl. m. 3. 69

Kg 10 *März 1969*

Vfg.

✓ 3
1. ~~xxxxx~~ Abschrift(en) der anliegenden Vfg. vom 10.3.69 zu
Ziff. 1) ^{je 1 Abschr.} fertigen und dem Schreiben zu Ziff. 2 dieser
Vfg. beifügen., 1 Abschr. z.d.HA 1 Js 13/65 (RSA)

✓ 2. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung der
Abschrift zu Ziff. 1 -

a) An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 58

b) An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I - KHK Werner
z.Hd. von Herrn ~~xxxxxxxxxxxx~~
- o.V.i.A. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSA) wegen Mordes;
hier: Berichtigungsanzeige

Anlage: 1 Abschrift

zu a) Bezug: Dortiges Aktenzeichen 415 AR 1310/63

Als Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung mit der
Bitte um Kenntnissnahme und entsprechende Berichtigung des
Ihnen seinerzeit übersandten Einleitungsvermerks.

3. ~~xxxxx~~ wd.vorlegen

Berlin, den 10.März 1969

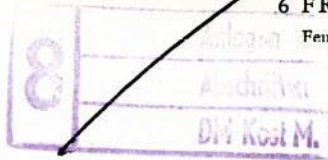
Ku 22-b/ob
+ Anh. 18 III 69

Wsi.

Dr. Robert M. W. Kempner und R. I. Levin
Rechtsanwälte

6 FRANKFURT AM MAIN
Fenerbachstraße 16 · Telefon 72 20 45

3.3.1969
I sti



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n 21
=====

Turmstrasse 91



hier: RSHA.

4. Mrz. 1969

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Streckenbach und andere frühere
Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes
- 1 Js 13/65 (RSHA)

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Pagel !

Ich wäre Ihnen für eine Mitteilung dankbar, ob die obige Sache
inzwischen fortgeschritten ist.

Mit den besten persönlichen Empfehlungen

Robert M. W. Kempner

Hg
Herrn E. A. in Bielefeld
m. d. B. um Entsch. eines
Notwendigen

B. d. 4. Mrz. 1969

Vermerk
über eine Besprechung bei der
Häftlingsvereinigung Neuengamme
(Amicale de Neuengamme) am
17. März 1969

I. Bei der Auswertung der Stapoakten Düsseldorf im Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf wurde ein Auszug aus einem "Totenbuch Neuengamme" aufgefunden, in dem Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener verzeichnet sind. Es handelt sich um folgende Aktionen:

1. Oktober 1941	43 sowjetische Kriegsgefangene
2. 25. September 1942	197 sowjetische Kriegsgefangene
3. November 1942	251 sowjetische Kriegsgefangene

Mit Schreiben vom 24. Januar 1969 an den Generalsekretär der Häftlingsvereinigung Neuengamme, Hans Schwarz, 2 Hamburg 39, Maria-Louisen-Straße 65, bat der Unterzeichnete um Beschaffung konkreter Beweismittel zu diesen Massentötungen. Herr Schwarz antwortete mit Schreiben vom 1. März 1969 und erklärte sich mit einer Vernehmung zur Sache einverstanden, wobei er gleichzeitig vorschlug, weitere Zeugen seinerseits zu der Vernehmung hinzuzuziehen, um seine Angaben von diesen ergänzen zu lassen.

II. In einer Vorbesprechung mit Herrn S c h w a r z wurde folgendes festgestellt:

Das oben angegebene Totenbuch ist nicht anhand von dokumentarischen Unterlagen aus dem KL Neuengamme erstellt worden, sondern beruht auf Aussagen von Zeugen des ersten britischen Militärgerichtsprozesses Neuengamme im Curio-Haus in Hamburg gegen P a u l y u.a. (Urteil vom 3. Mai 1946 - JAG 145 -). Die Prozeßmaterialien befinden sich bei der britischen Botschaft in Bonn. Herr Schwarz erklärte sich bereit, die Prozeßmaterialien zur Einsichtnahme für den Unterzeichneten beizuziehen. Er verwies

24

ferner auf den zweiten britischen Militärgerichtsprozeß Neuengamme im Curio-Haus gegen F r a h m und J a u c h - JAG 156 -. Die Häftlingsvereinigung besitzt keine Originaldokumente zum vorliegenden Fall. Das in dem von der Häftlingsvereinigung herausgegebenen Buch "So ging es zu Ende ... Neuengamme", erschienen 1960 im Kristeller Verlag, Hamburg, erwähnte Dokument vom 23. Oktober 1941 - vgl. Seite 16 - (Exekutionsbestätigung des Lagerkommandanten Neuengamme vom 23. Oktober 1941 an Amtschef IV bezüglich der am 22. Oktober 1941 durchgeführten Exekution russischer Kriegsgefangener - ohne Zahlenangabe -) ist von der Häftlingsvereinigung nach dem Kriege an den polnischen Verband der Widerstandskämpfer Zobid in Warschau abgegeben worden.

Herr Schwarz erklärte sich bereit, anhand der von ihm verwalteten Häftlingsunterlagen mit Unterstützung der nachstehend angegebenen Zeugen M e y e r und L ü d t k e Verzeichnisse der in der politischen Abteilung und in der Schreibstube des Schutzhaftlagers tätig gewesenen SS-Angehörigen und Häftlingsschreiber anzufertigen. Insbesondere durch die Häftlingsschreiber der politischen Abteilung soll es nach seiner Ansicht möglich sein, konkrete Angaben über die zu I. 1. bis 3. erwähnten und weitere nicht angeführte, jedoch im Jahre 1942 bis 1943 laufend stattgefundene Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener zu erhalten.

III. Nach der Vorbesprechung kamen die Zeugen

1. Heinrich Christian M e y e r und
2. A. L ü d t k e

hinzu.

M e y e r wurde 1940 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt und war anschließend bis zum Kriegsende als politischer Schutzhäftling im KL Neuengamme. Von der zweiten Hälfte des Jahres 1942 an war er Schreiber in der Schreibstube für den Arbeitseinsatz.

L ü d t k e wurde nach einer Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat im Jahre 1934 und Verbüßung von 15 Monaten Zuchthaus in Schutzhaft genommen, kam Anfang des Krieges in das KL Neuengamme, in dem er bis Januar 1943 Malerkapo und danach 1. Kapo für den Arbeitseinsatz war.

Beide Zeugen berichteten eingehend und übereinstimmend über den Vorgang der Vergasung von etwa 200 sowjetischen Kriegsgefangenen am 25. September 1942. Die Kriegsgefangenen kamen aus Stalag in der Lüneburger Heide. Desgleichen war ihnen eine weitere Vergasung einer fast gleich hohen Anzahl sowjetischer Kriegsgefangener Ende 1942 erinnerlich. Außerdem erinnerten sie sich an eine Exekution durch Erhängung von etwa 36 bis 40 sowjetischen Kommissaren und Ärzten im Jahre 1942/43, die sie vor der Exekution vor der Schreibstube des Arbeitseinsatzes angetreten beobachtet hatten. Der Zeuge Meyer verwies bezüglich einer dieser Exekutionen auf die von ihm verfaßte Schilderung in seinem Buch "So war es", Seite 54ff. Beide Zeugen müssen zu diesen Exekutionen getrennt eingehend vernommen werden.

Die vorstehend erwähnten Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener sind nach Meinung beider Zeugen durch Befehle aus Berlin angeordnet worden. Sie sind der Meinung, daß die Befehle nur vom RSHA erlassen worden sein können, haben jedoch die Befehle selbst weder gesehen noch näheres über ihren Inhalt erfahren. Insoweit verwiesen sie auf SS-Angehörige und Schreiber der politischen Abteilung.

Die Zeugen Meyer und Lüdtke benannten bezüglich der Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener zur Bestätigung ihrer Angaben folgende Zeugen:

1. Hans R ö d e r ,
geboren am 10. November 1906 in Essen,
wohnhaft in Hamburg-Curslack (bei Bergedorf/Neuengamme)
in der dortigen Gastwirtschaft seines Schwieger-
vaters Maynz,

Schreiber in der Schreibstube des Schutzhaftlagers
ab 1944;
2. SS-Unterscharführer H a n s e n ,
weitere Personalien zu ermitteln durch Hans Röder,

Leiter der Schreibstube des Schutzhaftlagers von 1941
bis 1944;
3. Emil Z u l e g e r ,
geboren am 3. Januar 1898 in Nürnberg,
wohnhaft in Nürnberg, Glockenhofstraße 15/I,

Schreiber im Häftlingsrevier von Kriegsbeginn bis
Kriegsende; von Meyer als sehr genauer Zeuge be-
zeichnet;
4. Karl T o t z a u e r ,
geboren am 5. Juni 1909 in Udritsch/CSSR,
wohnhaft in München 2, Dachauer Straße 7,

SS-Untersturmführer und Adjutant des Lagerkommandanten
Pauly von 1943 bis Kriegsende, zuvor bis 1942 in der
Schreibstube der Kommandantur tätig gewesen;
5. Wilhelm B r a k e ,
geboren am 17. Oktober 1901 in Zierenberg,
wohnhaft in Mülheim/Ruhr, Haydnweg 10,

Leiter des Standesamts im KL Neuengamme ab 1941 oder
1942, später auch Leiter des Krematoriums;
6. J. E v a r a e r t (Belgier),
wohnhaft in Gent, 514 Chaussee de Zwijnaerde,

Revierläufer;
7. Josef H ä n d l e r ,
wohnhaft in Hamburg 22, Ulmenau 1,

Kalfaktor im Bad;

8. Fritz Brinkmann,
wohnhaft in 2356 Böken/Neumünster (Straßenangabe
nicht erforderlich),
Häftlingssanitäter im Kriegsgefangenenlager
(gut informierter Zeuge);
9. Herbert Schemmel,
wohnhaft in Hamburg 20, Görnestraße 10,
1. Schreiber der Schreibstube des Schutzhaftlagers;
10. H.K. Naeve (oder N ä v e),
Anschrift unbekannt,
Vertreter des Leiters der politischen Abteilung
(Leiter der politischen Abteilung war Kriminal-
sekretär Otto von Apenburg - verstorben -);
11. Walter Kümmel,
geboren am 8. Januar 1905 in Neuendorf Krs. Bernburg,
wohnhaft in Wentorf bei Hamburg, Reinbeker Weg 10,
Leiter der Fernschreibstube.
(In einer Vernehmung vom 25. Mai 1966 - StA Hamburg
141 Js 229/65 - bezeichnete sich Kümmel als Telefonist
im Bataillonsgeschäftszimmer. Die Zeugen Meyer und
Lüdtke sehen darin eine Verschleierung der wahren
Tätigkeit des Kümmel in der Fernschreibstube der
Kommandantur; nach ihrer sicheren Erinnerung gab es
im SS-Bereich nur eine Fernschreibstube für die
Kommandantur.)
Ab 1. Dezember 1943 war Kümmel Blockführer.

Beide Zeugen wiesen übereinstimmend darauf hin, daß die Massen-
tötungen sowjetischer Kriegsgefangener und andere Exekutionen
im KL Neuengamme erst nach Aufhebung der Fleckfieberquarantäne
wieder einsetzten. Die Quarantäne dauerte vom Dezember 1941
bis zum 31. März 1942.

Der Zeuge Lüdtkke verwies ferner auf den Nebenprozeß des britischen Militärgerichts vom 2. bis 16. Juli 1946 gegen B l a d o w s k i , L e e t z , W e n d e f e u e r , K l e m t , Emil H o f f m a n n und einen 6. Angeklagten.

Zu den weiteren Angaben bezüglich der Exekutionen im Buch "So ging es zu Ende ... Neuengamme" erklärten Meyer und Lüdtkke:

1. Die unvollständige Exekutionsliste mit Namensangaben, Seite 20 bis 21, beruhe auf illegalen Aufzeichnungen eines unbekannten Häftlings im KL Neuengamme. Inwieweit Exekutionen ausgesonderter Kriegsgefangener darin verzeichnet sind, lasse sich nicht mehr feststellen.
2. Die statistische Exekutionsübersicht, Seite 22 bis 23, könnte Exekutionen ausgesonderter sowjetischer Kriegsgefangener enthalten, besonders hinsichtlich der noch im Jahre 1943 angegebenen Exekutionen. Es müßte durch Zeugenaussagen von Angehörigen der politischen Abteilung und der Schreibstube des Schutzhaftlagers festzustellen versucht werden, inwieweit diese Exekutionen Ausgesonderte betreffen.
3. Die mit Namensangaben versehene Exekutionsübersicht vom 9. August 1944 bis 6. März 1945, Seite 24 bis 27, enthalte keine ausgesonderten sowjetischen Kriegsgefangenen, da die dort angegebenen exekutierten Russen mit Lagernummer verzeichnet sind, was beweist, daß sie in den Bestand des Lagers aufgenommen und deshalb nicht zur sofortigen Exekution in das Lager überstellt worden sind. Inwieweit diese Russen wegen verspäteten Eintreffens der Exekutionsbefehle zunächst in den Bestand des Lagers aufgenommen worden sein könnten, dürfte nicht mehr zu beweisen sein.
4. Die mit russischen Schriftzeichen abgefaßte Totenliste enthalte wahrscheinlich keine Exekutionen. Meyer und Lüdtkke kennen weder den Urheber noch die Bedeutung dieser Liste.

Beide Zeugen wiesen auf die drei in der Schreibstube des Arbeitseinsatzes geführten Karteien (Nummern- und Personalkartei, Berufskartei und Kommandokartei) hin, die noch vollständig erhalten geblieben sein sollen (ITS Arolsen) und ebenfalls Angaben über ausgesonderte sowjetische Kriegsgefangene enthalten können, soweit diese vor Eintreffen der Exekutionsbefehle noch in den Arbeitseinsatz gekommen sind.

IV. Von Herrn Schwarz war noch der Zeuge

Harry N a u j o k s ,
geboren am 18. September 1901 in Harburg,
wohnhaft in Hamburg 63, Kleine Stübeheide 28,

für Massentötungen im KL Sachsenhausen und Flossenbürg hinzugezogen worden.

Bezüglich der im Oktober und November 1941 vorgenommenen Massentötungen im KL Sachsenhausen bezog sich Naujoks auf seine Vernehmung durch die StA Hannover vom 21. April 1966 - 2 Js 558/65 -. Während seiner Tätigkeit als Lagerältester im KL Sachsenhausen beobachtete Naujoks am 29. Mai 1942 eine große Gruppe von Angehörigen des RSHA, die die Genickschußanlage im Industriebhof und die dort befindliche Gaskammer und das Krematorium eingehend besichtigten. Naujoks ist sich dieser Tatsache noch heute absolut gewiß, da er näheres hierzu direkt von SS-Angehörigen erfahren hat.

Außerdem erinnerte er sich an eine Massenexekution von 50 sowjetischen Offizieren und Mannschaften (darunter auch ein Arzt), die nach Januar 1942 und vor Dezember 1942 im Industriebhof des KL Sachsenhausen stattfand. Näheres hierüber könnten die in der Ostzone lebenden Zeugen

Werner S t a r k e und
Rudi W u n d e r l i c h

aussagen.

Von Dezember 1942 bis Oktober 1943 befand sich Naujoks im Bunker des KL Flossenbürg. Dort erfuhr er durch den Bunkerkalfaktor Peter Lauterbach (BVer), daß ständig sowjetische Offiziere in das KL Flossenbürg eingeliefert und dort liquidiert werden. Bezüglich dieser Tatsache verwies er noch auf den Zeugen

Paul V o g e l ,

8673 Rehau/Oberfranken, Hofer Straße 9a.

Naujoks verblieb nach seiner Entlassung aus dem Bunker bis Kriegsende im KL Flossenbürg.

V. Zur Vernichtung von Asozialen im KL Neuengamme berichtete der Zeuge Lüdtke, daß ein erster Transport von ca. 500 Sicherungsverwahrten (SV) zwischen Weihnachten 1942 und Neujahr 1943 und ein weiterer Transport von 2.000 Asozialen im Januar 1943 eingeliefert wurde. Später kamen noch kleinere Gruppen. Sie mußten im KL die schwersten und gefährlichsten Arbeiten verrichten, darunter die Anlage eines Feuerlöschgrabens, der unmittelbar neben der großen Postenkette zu bauen war, wodurch es oft zu Erschießungen an der Arbeitsstelle kam. Nach seiner Ansicht sei zu vermuten gewesen, daß dem KL eine spezielle Anweisung zugegangen sei, die "SVer" und Asozialen durch Arbeit zu vernichten. Konkrete Einzelheiten hierzu, insbesondere ob die beiden genannten Gruppen mit dem Vermerk "Rückkehr unerwünscht" eingeliefert worden seien, könne er nicht angeben.

VI. Zu sonstigen Sonderbehandlungen im KL Neuengamme und den hierfür erlassenen Befehlen konnten die Zeugen Meyer und Lüdtke nichts aussagen und verwiesen auf die noch zu ermittelnden SS-Angehörigen und Häftlingsschreiber der politischen Abteilung und der Schreibstube des Schutzhaftlagers.

Berlin, den 26. März 1969

gez. Hauswald
Erster Staatsanwalt

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht**

Bitte bei allen Schreiben angeben:
Geschäfts-Nr.

2 Ks 2/68

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, 3 Hannover, Volgersweg 65

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n

31
3 Hannover, den 31. März 1969

Volgersweg 65
Fernruf 16171

Gemeinsame
Briefannahme

-8.4.69-12-15

Justizbehörden
Charlottenburg

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin

Eing. am - 9. APR. 1969

mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Ling 1845 10 IV 69

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich W i r t h.

Dortiges Verfahren gegen Bruno Streckenbach - 1 Js 13/65 -.

Für das hiesige Verfahren wird dringend die Anschrift des als Zeugen benannten Bruno Streckenbach benötigt. Da die Hauptverhandlung hier bereits am 9.4.1969 beginnt wäre ich sehr dankbar, wenn die Anschrift alsbald mitgeteilt werden könnte.

Laubinger
Gerichtsassessor



Beiglaubigt

Justizangestellte

1 Js 13/65 (RSHA)

Sofort! Noch heute!

V.

1) zu schreiben

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

3 H a n n o v e r
Volgersweg 65

Betr.: Strafverfahren gegen Friedrich W i r t h

Bezug: Ihr Schreiben vom 31. März 1969 - 2 Ks 2/68 -

Auf Ihre Anfrage vom 31. März 1969, die erst heute bei mir eingegangen ist, teile ich die Anschrift des Zeugen Streckenbach mit:

Bruno Heinrich Hugo S t r e c k e n b a c h,
geb. am 7. Februar 1902 in Hamburg,
Hamburg 22, Vogelweide 17 b.

2) z.d.A.

Berlin, d, 10.4.1969

bi.

gef. 10.4.69 Sck

Zu 1) Saml. p. Eilboten

10.4.69

1 Js 13/65 (RSHA)

Vfg.

1) V e r m e r k:

I.

Die Ermittlungen gegen die Beschuldigten, die früher in der Gruppe V A des RSHA tätig waren, haben hinsichtlich der Organisation und personellen Besetzung der Gruppe - soweit sie im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens interessieren - sowie der internen Geschäftsverteilung und der Tätigkeit des Referats V A 2 (Vorbeugung) folgendes ergeben:

- A) Durch Erlass vom 27. September 1939, der die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes regelte, wurde aus dem seit 1937 bestehenden "Reichskriminalpolizeiamt" (RKPA) und dem Amt "Kriminalpolizei" des Hauptamtes Sicherheitspolizei das Amt V des RSHA gebildet, das jedoch innerdienstlich und gegenüber den nachgeordneten Kriminalpolizei(leit)stellen bei der Bearbeitung von Exekutivaufgaben weiterhin unter der Bezeichnung "Reichskriminalpolizeiamt" auftrat.

Chef des Amtes V war bis zum 20. Juli 1944

1 AR (RSHA)
250/64

Arthur N e b e,
geb. am 13. November 1894 in Berlin,
zuletzt SS-Gruppenführer und Generalleutnant
der Polizei,
am 2. März 1945 wegen Beteiligung an den Vorgängen um den 20. Juli 1944 hingerichtet.

Sein Nachfolger war von Herbst 1944 bis Kriegsende

1 AR(RSHA)
251/64

Friedrich P a n z i n g e r,
geb. am 1. Februar 1903 in München,
zuletzt SS-Oberführer und Oberst der Polizei,
am 8. August 1959 verstorben.

Das Amt V des RSHA bestand zunächst aus 6 Gruppen, von denen hier nur die Gruppen

GV-Plan
RSHA
v.1.2.40

V A - Aufbau, Aufgaben und Rechtsfragen der Kriminalpolizei-
und

V B - Vorbeugung -
mit den Referaten

V B 1 - Berufs- und Gewohnheitsverbrecher -

V B 2 - Asoziale und Zigeuner -

V B 3 - Statistik und Forschung -

interessieren.

GV-Pläne
RSHA
1941, 1943
GV-Plan
Amt V

Bei der Umgruppierung des RSHA Anfang 1941 wurde die Gruppe V B der Gruppe V A angegliedert, die in der Folgezeit bis Kriegsende unter der Bezeichnung "Kriminalpolitik und Vorbeugung" folgende Referate umfaßte:

V A 1 - Rechtsfragen, internationale Zusammenarbeit und
Kriminalforschung -

V A 2 - Vorbeugung -

V A 3 - weibliche Kriminalpolizei -.

Leiter der Gruppe V A und gleichzeitig Vertreter des Amtschefs V war bis Frühjahr 1942 und vom 1. April 1943 bis Kriegsende der Beschuldigte

Bd.VIII
Bl.150 ff.
d.A.

Paul W e r n e r,
geb. am 4. November 1900 in Appenweiler,
zuletzt SS-Oberführer und Oberst der Polizei,
wohnhaft in Stuttgart, Bismarckstr. 75.

Bd.VIII
Bl.151 d.A.

Ab Frühjahr 1942 war der Beschuldigte W e r n e r nach eigenen Angaben von seinen Aufgaben als Gruppenleiter und

Bef.Bl.
40/42 u.
15/43

Vertreter Nebes abgelöst, aber zunächst weiter im Amt V tätig. Vom September 1942 bis Ende März 1943 war er Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Stettin.

P.Heft
Scheff
Bl.12,
GV-Plan
Amt V

Vom 1. März 1942 bis 31. März 1943 war der damalige SS-Sturm-
bannführer und Regierungsrat

Dr. Robert S c h e f f e,
geb. am 23. August 1909 in Schwerin,
bei Kriegsende verstorben,

P.-Heft
Scheff
Bl.10,12

Leiter der Gruppe V A und Vertreter des Amtschefs V.
Er hatte vorher die Stapostelle Litzmannstadt geleitet und
übernahm am 1. April 1943 die Leitung der Kripoleitstelle
Berlin.

Die Frage der Vertretung des Gruppenleiters bei Abwesenheit
oder sonstiger Verhinderung ist nicht eindeutig geklärt.
Im Geschäftsverteilungsplan des RSHA, Stand 1. März 1941,
ist der damalige Leiter des Referats V A 1, Regierungs- und
Kriminalrat

1 AR(RSHA)
1552/65

Dr. Franz W ä c h t e r,
geb. am 9. November 1893 in Berlin,
für tot erklärt,

Bef.Bl.
40/42

als Vertreter des Gruppenleiter V A angegeben. Nach der Ver-
setzung Dr. W ä c h t e r s im Jahre 1942 (spätestens im
September) wurde das Referat V A 1 von dem Beschuldigten

Bd.X
Bl.184 ff.

Dr. Josef M e n k e,
geb. am 12. November 1905 in Herzfeld/Westf.,
wohnhaft in Berlin-Britz, Malchiner Str. 125 b,

bis Kriegsende - zuletzt als SS-Sturmabführer und Regier-
ungsrat - geleitet. Dr. M e n k e ist auch im Geschäfts-
verteilungsplan des RSHA vom 1. Oktober 1943 als Vertre-
ter des Gruppenleiters V A verzeichnet.

Im Geschäftsverteilungsplan des Amtes V (Stand: Ende 1942/
Anfang 1943) ist dagegen der damalige Leiter des Referats
V A 2 (vgl. unten), SS-Sturmabführer, Reg~~e~~rungs-und
Kriminalrat

1 AR(RSHA)
129/66

Walter H a s e n j ä g e r,
geb. am 8. September 1883 in Stargard,
am 20. Mai 1963 verstorben,

als Vertreter des Gruppenleiters V A genannt.

Nach den Angaben des Beschuldigten Dr. M e n k e, ~~sollten~~

Bd.X
Bl.86

sollen die einzelnen Referatsleiter der Gruppe - jeweils für ihr Zuständigkeitsgebiet - den Grupphenleiter vertreten haben.

- B) Das Referat V A 2 - Vorbeugung- war entsprechend der früheren Aufteilung der Gruppe V B in die Referate V B 1 und V B 2 in 2 Dienststellen, nämlich

V A 2 a - Berufs- und Gewohnheitsverbrecher - und

V A 2 b - Asoziale, Prostituierte und Zigeuner - gegliedert.

Es war bis Sommer 1943 im Dienstgebäude des RKPA in Berlin C 2, Werderscher Markt 5/6, untergebracht. Im August 1943 wurde es mit verschiedenen anderen Dienststellen des RSHA in die Sicherheitspolizeischule Fürstenberg in Drögen/Mecklenburg ausgelagert.

GV-Pläne 1)
RSHA 1940
u.1941

Leiter des Referats V A 2 (vorher der Gruppe V B) war bis Februar 1942 der damalige SS-Sturmbannführer, Regierungs- und Kriminalrat

Bd.VIII
Bl.166 ff.

Dr. Friedrich R i e s e,
geb. am 13. Juli 1895 in Berlin,
am 30. Dezember 1966 verstorben.

Im Februar 1942 wurde Dr. R i e s e nach Düsseldorf versetzt. Sein Nachfolger als Referatsleiter V A 2 wurde der oben bereits genannte SS-Sturmbannführer, Regierungs- und Kriminalrat

GV-Plan
Amt V

Walter H a s e n j ä g e r,
der bis dahin die Geschäftsstelle des Amtes V geleitet hatte.

Dem Referatsleiter unterstanden als Hilfsreferenten
für die Dienststelle V A 2 a (vorher als Referatsleiter
V B 1) der damalige Kriminaldirektor

1 AR(RSHA)
314/64

Kurt A n d e x e r,
geb. am 10. November 1887 in Pillkallen,
im August 1942 verstorben,

und für die Dienststelle V A 2 b (vorher als Referatsleiter
V B 2) bis Frühjahr 1941 der damalige SS-Hauptsturmführer
und Kriminalrat

1 AR(RSHA)
1041/65

Dr. Richard Z a u c k e,
geb. am 1. August 1901 in Bromberg,
wohnhaft in Düsseldorf, Karolingerstr.55,

und anschließend der aus Klagenfurt nach Berlin versetzte
damalige SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat

P-Heft
Böhlhoff

Heinrich B ö h l h o f f,
geb. am 6. April 1896 in Hattingen/Ruhr,
am 5. August 1962 verstorben.

P-Heft
Böhlhoff
Bl.26

Der Referatsleiter H a s e n j ä g e r erkrankte bald nach
der Übernahme seines Amtes. Der Hilfsreferent A n d e x e r
wurde im Frühsommer 1942 zur Sicherheitspolizeischule Für-
stenberg versetzt. In der Folgezeit wurde das Referat V A 2
praktisch von dem Hilfsreferenten B ö h l h o f f geleitet.
Dieser wurde auch bei der Verlagerung des Referats nach
Drögen im August 1943 zum Leiter der Ausweichstelle bestimmt,
während H a s e n j ä g e r in Berlin verblieb.
Anfang 1944 wurde B ö h l h o f f auch formell zum Referats-
leiter ernannt. In dieser Stellung verblieb er - zuletzt
als SS-Sturmbannführer, Regierungs-und Kriminalrat - bis
Kriegsende.

GV-Plan
Amt V
S.20-25

Ihm unterstanden - jeweils bis Kriegsende -
als Leiter der Dienststelle V A 2 a der Beschuldigte

Bd.X
Bl.161 ff.
d.A.

Eduerd R i c h r a t h,
geb. am 30. Oktober 1906 in Aachen,
zuletzt SS-Sturmbannführer und Kriminalrat,
wohnhaft in Kiel, Rendsburger Landstr.7,

und als Leiter der Dienststelle V A 2 b der damalige
Kriminalrat

1 AR(RSHA)
317/64

Johannes O t t o,
geb. am 16. April 1905 in Borbeck Krs.Essen,
am 5. Januar 1961 verstorben.

- 2) Die Dienststellen V A 2 a und V A 2 b waren in je 5 Sachgebiete aufgeteilt, wobei das Sachgebiet 1 jeweils für allgemeine und grundsätzliche Fragen zuständig war und dem Dienststellenleiter direkt unterstand. Im Geschäftsverteilungsplan des Amtes V sind als Aufgabengebiete angegeben

für V A 2 a 1: Grundsätzliche Fragen der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung

Mitwirkung bei gesetzgeberischen, organisatorischen und technischen Maßnahmen zur vorbeugenden Verbrechenverhinderung

Mitwirkung bei der Prüfung organisatorischer Vorschläge zur Vorbeugung von Straftaten

Allgemeine Betreuung der Angehörigen der Vorbeugungshäftlinge

Mitwirkung bei Fragen der Wiederherstellung der Wehrwürdigkeit, Tilgung aus dem Strafregister und dergleichen

Zusammenarbeit mit der Justiz in Fragen der Sicherungsverwahrung

für V A 2 b 1: Grundsätzliche Fragen über die Behandlung der Gemeinschaftsfremden des Asozialentums.

Mitwirkung in Angelegenheiten des Jugendschutzes

Kriminalpolizeiliche Maßnahmen gegen Bettler und Landstreicher

Verwahrung krimineller Psychopathen

Polizeiliche Behandlung der Prostitution

Mitwirkung bei polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Als Sachbearbeiter bzw. Hilfskräfte sind verzeichnet

für V A 2 a 1

Bd.II/164,
III/17,V/10,
VII/205,XI/89
d.A.

und

KS Kurt B r ü n i n g,
geb. am 9. Februar 1906 in Fürstenberg/Oder,
Schicksal ungeklärt, angeblich verstorben

Bd.II/164,
III/18,V/9,
VII/47,206

KOA Alois M o n t k o w s k i (später Monthofer),
geb. am 11. August 1902 in Wapltitz,
ebenfalls angeblich verstorben,

für V A 2 b 1

Bd.VIII
Bl.31 ff.
d.A.

Albert W i s z i n s k y,
geb. am 13. Januar 1913 in Altenwald,
damals SS-Obersturmführer und Kriminalkommissar,
wohnhaft in Dudweiler/Saar, Lortzingstr.47,

Bd.XI
Bl.16 ff.
d.A.

gegen den das Verfahren bereits mit Verfügung vom 9. Februar 1967 eingestellt worden ist,

Bd.V
Bl.144
d.A.

KS Hermann M o e l l e r,
geb. am 17. November 1898 in Wegezin,
am 27. Oktober 1956 verstorben,

Bd.II
Bl.166
d.A.

KS Max T e ß m a n n,
geb. am 5. Februar 1899 in Brandenburg,
angeblich verstorben,

und die

Angestellte Frieda R i t t e r,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht bekannt.

GV-Plan
Amt V
S.20/21,
24/25

Die Sachgebiete 2 beider Dienststellen bearbeiteten die Vorbeugungshaft (Prüfung der Haftanträge der Kriminalpolizeistellen, Einweisung der Häftlinge), und zwar V A 2 a 2 gegen "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher und Gemeingefährliche" sowie "Zum Zwecke der Personenfeststellung" und V A 2 b 2 gegen "Asoziale" und "betrunkene Verkehrsgefährder". Das Sachgebiet V A 2 a 2 war außerdem noch für die "polizeiliche planmäßige Überwachung" zuständig.

Beide Sachgebiete unterstanden ebenfalls dem Dienststellenleitern direkt. Als Sachbearbeiter waren tätig in V A 2 a 2

der Beschuldigte

Bd.VII
Bl.38 ff.
d.A.

KS Albert G r ö s c h e,
geb. am 4. Februar 1902 in Northeim,
wohnhaft in Northeim(Han.),
Bürgermeister-Peters-Str.2,

und

1 AR(RSHA)
1214/65

KS Karl S c h o t t k e,
geb. am 12. August 1900 in Elbing,
am 29./30. April 1945 verstorben,

in V A 2 b 2

Bd.IX
Bl.75,78 d.A.

KS Arthur T i e s e l e r,
geb. am 26. Februar 1901 in Kolmar/Posen,
am 23./24. April 1945 verstorben.

Entsprechend den Erlassen über die "Vorbeugende Verbrechensbekämpfung" wurde die polizeiliche Vorbeugungshaft von den Leitern der örtlichen Kriminalpolizei(leit)stellen angeordnet.

Dok.Bde.
X-XII

Dazu wurde ein Formular benutzt, das die Überschrift "Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft" trug. Anders als der Schutzhaftbefehl der Gestapo war diese Vorbeugungshaftanordnung mehr oder weniger ausführlich zu begründen. Die Anordnung wurde ~~jedoch~~ erst mit der Bestätigung durch das RKPA wirksam. Dazu übersandten die Kripo(leit)stellen ~~die~~ 2 Haftanordnungen nebst Anlagen(Strafregisterauszug, "krimineller Lebenslauf" u.a.) dem Referat V A 2. Hier prüften die

Bd. III
Bl. 183
Bd. VII
Bl. 39, 202
Bd. IX
Bl. 190,
Bd. X
Bl. 164
d. A.

Dok. Bd. X
Bl. 59, 119

GV-Plan
Amt V
S. 20-25

Bd. VI
Bl. 39
d. A.

Bd. VII
Bl. 201 ff.

die Sachbearbeiter V A 2 a 2 bzw. V A 2 b 2 die Unterlagen und legten die Vorgänge dann mit einem Entscheidungsvorschlag ihrem Dienststellenleiter vor. Dieser entschied entweder selbst oder legte die Verfügung seinem Vorgesetzten (Hilfsreferent oder Referatsleiter) zur Zeichnung vor.

Im Falle der Bestätigung der Vorbeugungshaft wurde der örtlichen Kripo(leit)stelle eine kurze Formularnachricht gegeben mit der Anweisung, in welches Konzentrationslager der Häftling zu überführen war. Diesem KL wurde gleichzeitig eine mit einem Genehmigungsstempel und der Tagebuchnummer des Referats versehene Ausfertigung der Haftanordnung nebst Anlagen übersandt, und zwar mit dem Original der Bestätigungsverfügung, die in ihrem unteren Teil das Formular für die Übernahmebestätigung der KL-Kommandantur enthielt und urschriftlich an das Referat V A 2 zurückzusenden war.

Für die nach Bestätigung der Vorbeugungshaft und Einweisung der Häftlinge zu erledigenden Arbeiten:

- Bearbeitung von Gesuchen um Aufhebung der polizeilichen Vorbeugungshaft
- Entscheidung über Beschwerden
- Entscheidung über Entlassungen
- Haftprüfungen

waren die Sachgebiete V A 2 a 3 und V A 2 a 4 bei Berufs- oder Gewohnheitsverbrechern bzw. V A 2 b 3 und V A 2 b 4 bei "Asozialen" zuständig. Die Arbeitsverteilung zwischen den Sachgebieten 3 und 4 richtete sich dabei danach, von welcher Kripo(leit)stelle der Haftantrag gestellt worden war. V A 2 a 3 und V A 2 b 3 bearbeiteten Vorgänge aus dem Bereich der Kripoleitstellen Königsberg, Stettin, Berlin, Breslau, Dresden, Halle, Düsseldorf, Hannover, Bremen und Hamburg, während V A 2 a 4 und V A 2 b 4 für den Bereich der KPLSt. München, Stuttgart, Frankfurt/Main, Köln, Wien, Danzig, Posen und Prag zuständig waren.

Leiter des Sachgebiets V A 2 a 3 war der Beschuldigte

Karl G r a h n e i s,
geb. am 29. März 1888 in Geusa,
Kriminalobersekretär, später Kriminalinspektor,
wohnhaf in Berlin 65, Schöningstr. 4.

Ihm unterstanden als Sachbearbeiter

Bd.II
Bl.255
d.A.

KS Karl B a s c h i n,
geb. am 26. Januar 1902 in Fürstenwalde,
am 12. Juni 1945 verstorben,

und

Bd.VII
Bl.162 ff.
d.A.

KS Erich G r o n o s t a y,
geb. am 11. Juli 1900 in Willenberg,
wohnhaft in Berlin 41, Ceciliengärten 24.

Das Sachgebiet V A 2 a 4 leitete ab Frühjahr 1942 der
Beschuldigte

Bd.IX
Bl.189 ff.
d.A.

Karl-Heinz L a n g e n a u,
geb. am 21. Dezember 1911 in Königsberg,
damals SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar
wohnhaft in Gladbeck/Westf., Wiesenstr.10.

Seine Sachbearbeiter waren

Bd.II
Bl.255 R
d.A.

KOS Otto D o h s e,
geb. am 21. März 1877 in Maldorf,
am 8. Oktober 1962 verstorben,

Bd.III
Bl.155 ff.
d.A.

KOA Ferdinand H a r d e g e n,
geb. am 25. März 1903 in Hildebrandshausen,
wohnhaft in Salzgitter-Bad,
Augusta-Friedrich-Str.29,

und

Bd.II/163,
III/16,VII/43,
168,205 d.A.

Kriminalinspektor C l a u s i n g,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht bekannt.

Im Sachgebiet V A 2 b 3 waren tätig:

Als Leiter der während des Krieges reaktivierte

Bd.V
Bl.192 d.A.

KK i.R. Franz H e r b e r,
geb. am 28. März 1872 in Manderscheid,
am 31. Juli 1958 verstorben,

als Sachbearbeiter

KS i.R. R o e s e,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht bekannt,

und

Bd.II
Bl.160 ff.
d.A.

KS Paul K r e t s c h m e r,
geb. am 8. Juni 1895 in Breslau,
wohnhaft in Berlin-Steglitz, Kniephofstr.32,

Das Sachgebiet V A b 2 4 leitete der Beschuldigte

KK i.R. Albert E r d m a n n,
geb. am 1. April 1875 in Landsberg,
Schicksal ungeklärt,

ihm unterstanden

Bd.VIII
Bl.7 ff.d.A.

KS Karl E r n y,
geb. am 4. Oktober 1904 in Frankfurt/Main,
wohnhaft in Frankfurt/Main, Gutleutstr.319
(Pflegeheim),

und

Bd.V,
Bl.133 ff.
d.A.

KA Erich K l i n k e,
geb. am 28. November 1906 in Bornim,
wohnhaft in Gifhorn, Stolper Str.7.

Bd.VII
Bl. 102
Bd.IX
Bl. 191
Bd.X
Bl. 165
d.A.

Auch in den Sachgebieten V A 2 a 3 und 4 sowie V A 2 b 3 und 4 hatten die Sachbearbeiter jeweils die Vorarbeiten zu leisten, z. B. Unterlagen wie Führungsberichte u.ä. anzufordern und zu prüfen. Waren die Führungsberichte negativ, kam eine Entlassung des Häftlings auf keinen Fall in Betracht. In solchen und anderen eindeutigen Fällen konnte der Sachgebietsleiter selbständig die Entlassung ablehnen und die entsprechende Verfügung zeichnen. In Zweifelsfällen oder wenn die Entlassung des Häftlings vorgeschlagen wurde, mußten die Vorgänge dagegen ebenso wie bei der Bestätigung der Vorbeugungshaft dem Dienststellenleiter bzw. evtl. dem Referatsleiter zur Entscheidung vorgelegt werden.

Das Sachgebiet V A 2 a 5 bearbeitete:

Zentralkartei der Personen, gegen die kriminal-
polizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen angeordnet sind

Kartei und Personalakten der Vorbeugungshäftlinge

Überstellung von Vorbeugungshäftlingen zur
Untersuchungs- oder Strafhäft

Transportangelegenheiten

Kostenfragen bei der pol. Vorbeugungshäft,

und zwar nicht nur für die Dienststelle V A 2 a, sondern für das
gesamte Referat V A 2. Dabei war nur die Zentralkartei alphabe-
tisch geordnet, während die Aktenhaltung und die Tagebücher nicht
nach "Buchstabenraten", sondern entsprechend der bereits erwähn-
ten örtlichen Zuständigkeitsverteilung nach Kripoleitstellen ge-
führt wurden. Für den Bereich jeder Kripoleitstelle mit den ihr
unterstellten Kripostellen bestand ein besonderes Tagebuch. Die
einzelnen Kripoleitstellen waren mit römischen Ziffern gekennzeich-
net, die auch im Aktenzeichen der verschiedenen Haftvorgänge er-
schienen. Aus den vorliegenden Einzelvorgängen können folgende
Kennzahlen festgestellt werden:

I =	Kripoleitstelle	Königsberg/Pr.,
II =	"	Stettin,
III =	"	Berlin,
V =	"	Dresden,
VI =	"	Erfurt,
VII =	"	München,
VIII =	"	Stuttgart,
IX =	"	Frankfurt/Main,
X =	"	Köln,
XI =	"	Düsseldorf,
XII =	"	Hannover,
XIII =	"	Bremen,
XIV =	"	Hamburg,
XV =	"	Wien.

Danach trug z.B. ein Vorgang aus dem Bereich der Kripostelle Kiel
die der Kripoleitstelle Hamburg unterstand, das Aktenzeichen

RKPA Tgb.Nr. XIV 4388 -A2a- oder

RKPA Tgb. Nr. XIV 4394 -A2b-.

Leiter des Sachgebiete V A 2 a 5 war der Beschuldigte

Georg H ä t s c h e r,
geb. am 6. Januar 1897 in Guhrau/Breslau,
damals Kriminalobersekretär,
Aufenthalt unbekannt.

Bd. VII
Bt. 34

Dok. Bde.
X - XIII, XV

Ihm unsterstanden als Sachbearbeiter bzw. Kartei-und Tagebuchführer:

Bd.II/165,
III/23,
VII/170,207

Kriminalsekretär Richard P a u l,
geb. am 24. April 1894 in Rauscha,
angeblich verstorben,

Bd.II/256

KOA Bruno K u z i n a,
geb. am 11. Juni 1908 in Klein-Ramsau/Ostpr.,
am 21. April 1963 verstorben,

Bd.III/20 ff.

Kriminalsekretär Erich B a h r k e,
geb. am 20. November 1901 in Lubow,
wohnhaft in Berlin 65, Schöningstr. 4,

Bd.II/256

KOA Walter O t t e r s t e i n,
geb. am 2. Juni 1905 in Berlin,
zuletzt Berlin-Mahlsdorf(SBS) wohnhaft,

Bd.Vii/163

Kriminalsekretär Karl E l g l e b,
geb. am 17. Januar 1881 in Sömmerda,
am 11. August 1966 verstorben,

Bd.II/72

Kriminalsekretär Otto S c h i k o r r a,
geb. am 28. März 1883 in Groß-Schönforst,
am 25. Juli 1964 verstorben,

Kriminalsekretär Johannes H e i n s,
geb. am 24. Februar 1890 in Göldenitz,
am 20. Oktober 1952 verstorben,

Bd.V/6ff.

KOA Wilhelm H a n a c k,
geb. am 25. November 1907 in Niemeck,
wohnhaft in Berlin 65, Kösliner Str. 9,

Bd.X/232 R

Kr.-Ang. Karl-Heinz G r u b b e,
geb. am 8. April 1912 in Zoppot,
am 10. Oktober 1957 verstorben,

Bd.III/14 ff.

Kr.-Ang. Georg B u l l e r t,
geb. am 11. September 1909 in Berlin,
wohnhaft in Berlin-Lankwitz, Blumenstr. 10,

Bd.II/165,V/10,
VII/6,43

G.-Ang. Irma B l a n k e n b u r g,
weitere Personalien nicht bekannt,
soll verstorben sein,

Bd.X/192 ff.

G.-Ang. Ilse S p a n k a (verh.König),
geb. am 4. August 1923 in Torgelow,
wohnh. in Berlin 36, Zeughofstr. 16,

1 AR(RSHA)444/65

KOA Ulrich W e l l n i t z,
geb. am 19. Januar 1900 in Neustettin,
am 18. August 1945 ~~xxxxxx~~ verstorben,

1 AR(RSHA)1162/65

Kriminalsekretär Karl S t r o b e l,
geb. am 10. Oktober 1902 in Magdeburg,
am 19. März 1966 verstorben,

Bd.II/166,
III/18,24,
VII/45 d.A.

G.Ang. M e n n i n g,
G.Ang. S c h w e i g e r,
G.Ang. Frau Z e r b s t,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht bekannt,

und ab Ende 1943/Anfang 1944

mBd.III
Bl.181 ff.
d.A.

Kriminalsekretär Karl B r ä n d l e i n,
geb. am 12. Januar 1898 in Böckingen,
wohnhaft in Wöllstein/Rhh.,Marktstr.27.

- 3) Als Sachgebiet V A 2 b 5 war dem Referat die "Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" angeschlossen. Sie war aus der Zigeunerpolizeistelle München hervorgegangen und im Jahre 1938 dem RKPA eingegliedert worden. Im Geschäftsverteilungsplan des Amtes V ist als Aufgabe der Reichszentrale die

GV-Plan
Amt V
S.24/25

Erfassung und rassebiologische Einordnung der
Zigeuner und Zigeunermischlinge

angegeben. Leiter dieses Sachgebietes war von Februar 1941 bis November 1943 der Beschuldigte

Bd.VIII
Bl.190 ff.
d.A.

Wilhelm S u p p,
geb. am 3. Juli 1906 in München,
damals SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar,
wohnhaft in München 13, Schellingstr.110,
Sein Nachfolger wurde der damalige SS-Obersturmführer und
Kriminalkommissar

Bd.VII
Bl.44,176,
mBd.VIII
Bl.36 d.A.

Hans S a n d n e r,
geb. am 4. November 1915 in Essen-Stoppenberg,
Schicksal ungeklärt.
Der Beschuldigte

Josef E i c h b e r g e r,
geb. am 21. August 1896 in Endorf,
wohnhaft in München 90, Peter-Auzinger-Str.9/II,
war - zuletzt als Kriminalinspektor - Sachbearbeiter und
Vertreter des Sachgebietsleiters. Als weitere Sachbearbeiter
bezw. Karteiführer waren in der Zentralstelle tätig:
der Beschuldigte

Bd.VII
Bl.173 ff.
d.A.

Bernhard B o n s e,
geb. am 21. Juni 1902 in Berlin,
damals Kriminalobersekretär,
wohnhaft in Berlin 21, Bandelstr.11,
der Beschuldigte

Bd.VII
Bl.175,177
d.A.

Richard M ü l l i n g,
weitere Personalien nicht bekannt,
damals Kriminalobersekretär,
die Kriminalsekretäre

1 AR(RSHA)
195/66

Kurt B e c k e r,
geb. am 20. März 1892 in Potsdam,
am 29. Januar 1967 verstorben,

und

Bd.VI/110a

Kurt Z a c h o w,
geb. am 11. September 1900 in Klein-Daberkow,
am 23. April 1966 verstorben,

ferner

Bd.II/256

KOA Karl P r e u,
geb. am 30. Januar 1907 in Klingenthal,
Aufenthalt nicht bekannt,

Kriminalassistent K o n a r s k i,
weitere Personalien nicht bekannt,

und die

Bd.II/72

G.-Angest. Maria K a h l geb. Wewerke,
geb. am 1. Juni 1901,
Aufenthalt nicht bekannt,

sowie bis etwa Ende 1943 der bereits bei V A 2 a 5 genannte

Bd.III/181ff.

Kriminalsekretär Karl B r ä n d l e i n.

In der Zeit von Mitte 1941 bis Mitte 1942 sowie von Anfang
bis Mitte 1943 waren ferner verschiedene Beamte örtlicher
Kripostellen als Hilfskräfte zur "Zigeunerzentrale" abgeord-
net. Dazu gehörten u.a. die Kriminalsekretäre

Bd.V/218 ff.

Gerhard J u n g e,
geb. am 20. November 1906 in Brahlstorf,
wohnhaft in Hamburg-Fuhlsbüttel,
Schlehdornweg 4,

Bd.VII/85 ff.

Willi D ö r g e,
geb. am 9. Oktober 1906 in Wolfenbüttel,
wohnhaft in Braunschweig, Querumer Str. 4,

und

Bd.V/139 ff.

Erich S t a r i c k,
geb. am 19. Dezember 1904 in Proschin,
wohnhaft in Rinteln, Schraderstr. 16,

der, später nach Berlin versetzt, ~~xxxxxxx~~ bis Kriegsende
im Sachgebiet V A 2 b 5 tätig war,
sowie wahrscheinlich

Bd.III/8,
V/143

Kriminalsekretär Heinrich Schüttelkopf,
geb. am 17. Februar 1900 in Hermagor,
Aufenthalt nicht bekannt,

Bd.III/184,
V/143, 221,
VII/83

Ambrosius (?) F r a n z,
weitere Personalien nicht bekannt,
Heimatsdienststelle KPLSt München,

Bd.III/18

Bruho (?) H e m p e l,
weitere Personalien nicht bekannt,
möglicherweise aus Düsseldorf,

und

Kriminalsekretär Z ö r m e r,
weitere Personalien nicht bekannt,
möglicherweise aus Danzig.

- 4) Außer den bereits genannten Beamten waren folgende Personen zeitweilig im Referat V A 2 tätig:

P-Heft Maly,
Bd.XI/132 ff.
d.A.
Dok.Bd.XII
Bl.18-59

a) Von Anfang Januar bis Ende September 1943 der Beschuldigte Dr. Hans M a l y,
geb. am 7. März 1907 in Köln,
wohnhaft in Köln-Rodenkirchen, Gneisenastr. 25.

Er war als SS-Sturmabführer und Kriminalrat dem Referenten B ö h l h o f f direkt unterstellt und wurde ohne festes Arbeitsgebiet zur Unterstützung bzw. Krankheitsvertretung der Dienststellenleiter R i c h r a t h und O t t o eingesetzt.

b) Von April 1944 bis Anfang 1945 der damalige SS-Sturmabführer und Kriminalrat

Bd.VIII
Bl.175 ff. d.A.

Martin N a u c k,
geb. am 18. Februar 1896 in Berlin,
wohnhaft in Tübingen, Lessingweg 13,

Bd.XI
Bl.17 ff.

gegen den das Verfahren bereits mit Verfügung vom 9. Februar 1967 eingestellt worden ist.

c) Von Mai 1941 bis Frühjahr 1942 der Beschuldigte

Bd.VII/49 ff.

Dr. Werner G o r n i c k e l,
geb. am 20. Oktober 1911 in Brandenburg,
Göttingen, Hainholzweg 48.

Er war damals SS- Obersturmführer und Kriminalkommissar und dürfte nach den vorliegenden Dokumenten der Vorgänger des Beschuldigten L a n g e n a u als Leiter des Sachgebietes V A 2 a 4 gewesen sein.

Dok.Bd.X
Bl.3,20,
37,44

GV-Plan
Amt V
S.18/19

Ab Frühjahr 1942 wurde er im Referat V A 1 als Leiter des Sachgebietes V A 1 c 2 - Sondersachen, Morgenmeldungen - geführt. Ihm unterstanden dort als Sachbearbeiter

Bd.VIII/47ff.

KK Paul W i ß m a n n,
geb. am 16. Mai 1895 in Bielefeld,
wohnhaft in Wiesbaden, Thaerstr.18,

und

Kriminalsekretär L i l l,
weitere Personalien nicht bekannt.

Als Schreibkräfte waren dem Sachgebiet die G.-Angestellten

Bd.IX
Bl.208 ff.

Klara (verw.) L o r e n z geb. Stier,
jetzt verh. Lissigkeit,
geb. am 9. Mai 1902 in Berlin,
wohnhaft in Düsseldorf, Heinrichstr.84

und Käthe D ü r s t l i n g,
weitere Personalien nicht bekannt,
zugeteilt.

Bd.VIII
Bl.48 d.A.

Bd.VII
Bl.51 d.A.

Bef.Bl.
29/143

Der Beschuldigte Dr. G o r n i c k e l war jedoch nur kurze Zeit mit der Zusammenstellung der Morgenmeldungen befaßt. Nachdem er den Zeugen W i ß m a n n Mitte 1942 in dieses Aufgabengebiet eingeführt hatte, war er mit Sonderaufträgen - angeblich für die Gruppe V B des RSHA - beschäftigt. Im ~~Mai~~^{Juni} 1943 wurde er zur Kriminalpolizeileitstelle Berlin versetzt.

- d) Aus der Zeit von Mitte Juni bis Mitte Juli 1943 liegen eine Reihe von Dokumenten des Referats V A 2 vor, die

A.A.,

M a c h o n

gezeichnet sind. Insoweit konnten weder Personalien ermittelt noch festgestellt werden, ob es sich um einen ständigen Angehörigen des Referats oder möglicherweise um einen der zur "Zigeunerzentrale" abgeordneten Beamten handelt.

II.

Die Ermittlungen haben bestätigt, daß die von der Kriminalpolizei übernommenen Justizgefangenen durch das Referat V A 2 in Konzentrationslager eingewiesen worden sind. Auch die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Gestapo und Kripo hinsichtlich der Übernahme der Häftlinge ist geklärt. Sie ergibt sich aus dem von dem Referenten B ö h l h o f f unterzeichneten Schreiben des Reichskriminalpolizeiamtes vom 10. März 1943 - Nr. Allg. 4517 - A 2 - an die Kommandantur des KL Mauthausen. Darin heißt es u.a.:

Dok.Bd.
VIII
Bl.102

"Betrifft: Übernahme von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft

pp.

Die Geheime Staatspolizei ist zuständig für Juden, Polen, Russen pp. und politische Häftlinge, während das Reichskriminalpolizeiamt sonstige kriminelle Gefangene und Zigeuner einweist."

Hinsichtlich der Bearbeitung der Abgabeaktion innerhalb des Referats V A 2 und der Mitwirkung der einzelnen Referatsangehörigen hat sich folgendes ergeben:

- A) Bei einer Dienststellenleiterbesprechung, die wahrscheinlich Ende Oktober/Anfang November 1942 stattfand, unterrichtete der Referent B ö h l h o f f die leitenden Beamten des

Bd.IX
Bl.192 ff.
d.A.

Referats V A 2 über die bevorstehende Übernahme von Justizgefangenen auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Reichsjustizminister und Himmler. Er beauftragte gleichzeitig den Beschuldigten L a n g e n a u, die für die Durchführung der Übernahmeaktion innerhalb des RKPA erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Welche Verhandlungen im RSHA dieser Besprechung vorangegangen waren bzw. von wem und in welcher Form B ö h l h o f f die entsprechenden Anweisungen erhalten hatte, konnte bisher nicht festgestellt werden.

In der Folgezeit gingen beim Referat V A 2 die Listen des Reichsjustizministeriums mit den Namen der aus den einzelnen Vollzugsanstalten abzugebenden deutschen Sicherungsverwahrten und Zuchtshausgefangenen sowie Zigeunern ein. Auf welchem Weg diese Listen zum Referat V A 2 gelangte, d.h. ob sie vom Reichsjustizministerium direkt dem Referat oder dem Amt V übersandt wurden, oder ob alle Listen zunächst bei einer anderen Dienststelle des RSHA eingingen und dort entsprechend der Zuständigkeitsabgrenzung auf die Ämter IV (Gestapo) und V (Kripo) verteilt wurden, ist nicht bekannt.

Dok.Bd.VIII
Bl.98

Die eingehenden Listen wurden vom Referat V A 2 jeweils an die Kripoleit- oder Kripostelle, in deren Bereich die betreffende Justizvollzugsanstalt lag, übersandt mit der Anweisung, die in der Liste genannten Häftlinge zu übernehmen und in ein bestimmtes Konzentrationslager zu überführen. Die entsprechenden Schreiben an die Kripoleitstellen entwarf der Beschuldigte L a n g e n a u. Sie wurden dann nach seiner Gegenzeichnung von einem seiner Vorgesetzten unterschrieben. Ein derartiges Schreiben vom 26. November 1942 an die Kripoleitstelle München ist erhalten geblieben. Es hat folgenden Wortlaut:

"REICHSKRIMINALPOLIZEIAMT
Tgb.Nr.RKA Allg. 4517 A 2

Berlin C 2, den 26. November
1942

An den

Herrn Leiter der Kriminalpolizeileitstelle
o.V.i.A.

M ü n c h e n

Betrifft: Überführung von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft

Anlage: 6 Listen

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei wird eine größere Anzahl von Justizgefangenen an die Polizei abgegeben und in polizeiliche Vorbeugungshaft genommen. Im Rahmen dieser Aktion sollen die in beiliegenden Listen aufgeführten Zigeuner in das Konzentrationslager Mauthausen, die Zigeunerinnen in das Frauenkonzentrationslager Auschwitz übergeführt werden.

Ich ersuche, für den beschleunigten Abtransport mittels Sammelwagen Sorge zu tragen. Die Effekten sind den Häftlingen für den Transport nicht auszuhändigen, sondern von den Strafanstalten direkt den Konzentrationslagern zu übersenden. Die beiliegenden Zweitschriften der Listen sind dem Konzentrationslager Mauthausen bzw. Auschwitz zu übergeben.

Nach Durchführung des Transportes ist mir zu berichten.

In Vertretung
gez. Dr. Schefe

Beglaubigt:
gez. Richter
Büroangestellte "

Hinweise auf weitere solche Schreiben unter demselben Aktenzeichen vom 13. November 1942 an die Kripostelle Kiel (Transport aus der Sicherungsanstalt Rendsburg nach dem KL Mauthausen), vom 29. Dezember 1942 an die Kripoleitstelle Mün-

DokBd.VIII
Bl.97

Dok.Bd.
Kaisheim
Bl.56,61,73
Dok.Bd.
VIII
Bl.109

chen (Transport aus dem Zuchthaus Kaisheim nach dem KL Mauthausen) und vom 11. März 1944 an die Kripostelle Kiel (Transport aus der Landesheilanstalt Schleswig in das KL Neuengamme) ergeben sich aus aufgefundenen Personenakten der Kripostelle Kiel bzw. der Kripoleitstelle München.

Von wem und nach welchen Gesichtspunkten die als Zielorte der Transporte angegebenen Konzentrationslager bestimmt wurden, konnte bisher nicht geklärt werden.

Dok.Bd.
VIII
Bl.110-117

Die Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Häftlingstransporte von den Vollzugsanstalten zu den Konzentrationslagern oblag den örtlichen Kripostellen, die auch die Konzentrationslager von der voraussichtlichen Ankunft der Transporte verständigten. Nach Ablieferung der Transporte in den Konzentrationslagern erstatteten die Kripostellen dem Referat V A 2 Vollzugsmeldung. Die Konzentrationslager hatten dem RKPA Einweisungsbestätigungen für die übernommenen Häftlinge zu übersenden. Welche sonstigen Anweisungen die KL hinsichtlich der Übernahme der Justizgefangenen erhielten und von welcher Dienststelle sie erlassen wurden, ist bisher nicht bekannt.

Dok.Bd.
VIII
Bl.99

In den ersten Monaten der Abgabeaktion scheint sich insbesondere im KL Mauthausen, in das zahlreiche große Transporte geleitet wurden, die Versendung der Einweisungsbestätigungen verzögert zu haben. Das RKPA schrieb am 12. Januar 1943 unter dem Aktenzeichen - Allg. 4517/42 - A 2 - an die Kommandantur des KL Mauthausen:

" Betrifft: Übernahme von Sicherungsverwahrten in polizeiliche Vorbeugshaft.

Von den dort im Rahmen der z.Zt. laufenden Sonderaktion in erheblicher Zahl eingewiesenen Justizgefangenen sind bisher keine Einweisungsbestätigungen eingegangen. Da diese Mitteilungen zur Weiterbearbeitung der hiesigen Akten dringen benötigt werden, bitte ich um umgehende Erledigung.

Das Schreiben ist von dem Beschuldigten Dr. M a l y gezeichnet, für den sich im übrigen keine ^{Wirkung} Hinweise auf eine Mitwirkung an der Abgabeaktion ergeben haben.

Bd.IX
Bl.195 ff.
d.A.

Im Referat V A 2 wurde für jeden übernommenen Justizgefangenen eine Karteikarte angelegt. Jeder Häftling erhielt eine Tagebuchnummer, und zwar mit der Kennzahl der für seinen letzten Wohnort vor der Inhaftierung zuständigen Kripo(leit)stelle. Dabei wurde die Gesamtzahl der übernommenen

52

Bd. IX
Bl. 195
d. A.
P.-Heft
Böhlhoff
Bl. 28

Gefangenen etwa gleichmäßig auf die Dienststellen V A 2 a und V A 2 b verteilt, ohne Rücksicht darauf, ob es sich jeweils um einen Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher oder um einen "Asozialen" im Sinne der Erlasse über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung handelte.

Nach Eingang der Vollzugsmeldung der örtlichen Kripostelle und der Übernahmebestätigung des Konzentrationslagers wurden die für den letzten Wohnort der einzelnen Häftlinge zuständigen Kripo(leit)stellen von der Überstellung benachrichtigt. Dazu wurde ein Vordruck verwendet, der folgenden Wortlaut hatte:

Dok. Bd.
XIII

"Reichskriminalpolizeiamt Berlin, den
Tgb. Nr. A 2...

An die
Staatliche Kriminalpolizei
Kriminalpolizei(leit)stelle

in.....

Betrifft: Vorbeugungshäftling.....
geb. am.....in.....
zuletzt wohnhaft in.....

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei ist u. a. der Obenbezeichnete als Vorbeugungshäftling übernommen worden.

Der z. Zt. im Konzentrationslager.....
einsitzende Häftling ist nunmehr bei der dortigen Stelle als Vorbeugungshäftling zu führen. Das Konzentrationslager ist entsprechend verständigt worden.

Die Übersendung der üblichen Haftunterlagen ist z. Zt. nicht erforderlich.

A. A.

..... "

Für die erwähnte Mitteilung an das Konzentrationslager wurde folgender Vordruck benutzt:

Dok. Bd.
VIII
Bl. 103

"Reichskriminalpolizeiamt Berlin, den.....
Tgb. Nr. A 2...

An die
Kommandantur des Konzentrationslagers
in.....

Betrifft: Vorbeugungshäftling.....
geb. am.....in.....

Den im Rahmen der Sonderaktion von der Justiz übernommenen obenbezeichneten Vorbeugungshäftling habe ich der Kriminalpolizei(leit)stelle..... zugewiesen.

Diese Stelle gilt nunmehr als "einweisende Stelle".

A. A.

..... "

Bd.IX
Bl.196,
Bd.V
Bl.136
d.A.

Bd.V
Bl.141,219
d.A.

Dok.Bd.
XIII

Zur Erledigung dieser Arbeiten wurde dem Beschuldigten L a n g e n a u als ständige Hilfskraft der Kriminalassistent K l i n k e (vorher V A 2 b 4) zugeteilt. Wegen des großen Arbeitsanfalls wurden daneben besonders in den ersten Monaten der Aktion auch andere Beamte und Angestellte aus den verschiedenen Sachgebieten des Referats bzw. der Gruppe, teils nur kurzfristig oder tageweise, zum Ausfüllen und Unterschreiben der Mitteilungen herangezogen. Später scheinen diese Arbeiten weitgehend von den Tagebuch- und Karteiführern des Sachgebietes V A 2 a 5 ausgeführt worden zu sein.

In den bisher ausgewerteten Personenakten übernommener Justizhäftlinge befinden sich Mitteilungsschreiben mit den Unterschriften folgender Personen:

KA K l i n k e
aus der Zeit vom 2. Februar bis 23. Juni 1943 und
vom 25. Februar bis 13. März 1944,
KS L i l l (V A 1 c r 2)
vom 28. Dezember 1942, 14. Januar und 12. März 1943,
KS B r ü n i n g (V A 2 a 1)
vom 24. März 1943,
KOA M o n t k o w s k i (V A 2 a 1)
vom 8. Juli 1943,
KS B a s c h i n (V A 2 a 3)
vom 30. April 1943,
KOS D o h s e (V A 2 a 4)
vom 6. Januar, 19. und 24. März sowie 23. April 1943,
KI C l a u s i n g (V A 2 a 4)
vom 20. Januar und 23. April 1943,
KOA H a r d e g e n (V A 2 a 4)
vom 5. Februar und 29. April 1943,
KS T e ß m a n n (V A 2 b 1)
vom 20. Januar und 19. März 1943,
KS i. R. R o e s e (V A 2 b 3)
vom 29. Januar und 24. März 1943,
KS E r n y (V A 2 b 4)
vom 9. Februar 1943,
KS D ö r g e (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 28. Januar 1943,

KS J u n g e (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 28.Januar, 22.Februar und 23.März 1943,
KS S c h ü t t e l k o p f (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
aus den Monaten Januar und Februar 1943,
KS Z ö r m e r (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 29. Januar, 26.Februar und 1.März 1943,
KS S t a r i c k (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
aus dem Monat Februar 1943,
KS F r a n z (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
aus dem Monat Februar 1943,
KS H e m p e l (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 23., 25. und 26.März 1943,
Kr.-Ang. B u l l e r t (V A 2 a 5)
aus den Monaten Februar, März und Mai 1943,
KS S c h i k o r r a (V A 2 a 5)
aus der Zeit von Mai 1943 bis August 1944,
KOA K u z i n a (V A 2 a 5)
aus der Zeit von Mai 1943 bis April 1944,
Frau Z e r b s t (V A 2 a 5)
vom 22. Juni 1943,
KS E l g l e b (V A 2 a 5)
vom 30. Juni 1943,
KOA O t t e r s t e i n (V A 2 a 5)
vom 4. Mai 1944,
KS B r ä n d l e i n (V A 2 a 5)
vom 4. Mai und 28. Juni 1944,
M a c h o n (Dienststelle unbekannt)
aus den Monaten Juni und Juli 1943.

Der tatsächliche Umfang der Tätigkeit der Genannten im Rahmen der Abgabeaktion steht nicht fest, da bisher nur für einen kleinen Teil der übernommenen Justizgefangenen Personenakten aus den Beständen der Kripo(leit)stellen Köln, Kiel, München, Nürnberg, Wuppertal und Bochum aufgefunden worden sind. Ebenso ist nicht sicher, ob alle zum Ausschreiben der Mitteilungen eingesetzten Beamten bereits erfaßt sind.

Die karteimäßige Registrierung der übernommenen Häftlinge sowie die Benachrichtigung der Kripo(leit)stellen und Konzentrationslager dürften von dem Geschäftsleiter des Refe-

Bd.V
Bl.220
d.A.

Bd.IX
Bl.196,197
d.A.

Dok.Bd.VIII
Bl.105 ff.

rats V A 2, dem Beschuldigten H ä t s c h e r, mitgeplant und überwacht worden sein. Er soll auch den Zeugen J u n g e in diese Arbeiten eingeführt haben. Alle nach dem Absenden der Mitteilungsschreiben noch erforderlichen Maßnahmen wurden - wie bei den sonstigen Vorbeugungshaftsachen - in den Sachgebieten V A 2 a 3, V A 2 a 4, V A 2 b 3 und V A 2 b 4 erledigt. Haftprüfungen von Amts wegen wurden bei den übernommenen Justizgefangenen allerdings nicht durchgeführt, so daß nur die Bearbeitung von Entlassungsgesuchen und von Todesmeldungen in Betracht kam. In der Regel verständigte das Konzentrationslager entsprechend den allgemeinen Anweisungen sowohl das RKPA als auch die örtliche Kripo(leit)stelle ("einweisende Stelle") von dem Tode eines KL-Häftlings. Die übernommenen Justizgefangenen waren jedoch oft schon verstorben, ehe das KL vom Referat V A 2 die Mitteilung der für den Häftlings zuständigen Kripostelle erhalten hatte. In diesen Fällen meldete das KL den Tod des Häftlings nur dem Referat V A 2, das dann die für den letzten Wohnort des Verstorbenen zuständige örtliche Stelle benachrichtigte. Diese Fälle waren besonders in den ersten Monaten der Aktion so häufig, daß auch für diese Benachrichtigungen ein Formular hergestellt und benutzt wurde. Es hatte folgenden Wortlaut:

"Reichskriminalpolizeiamt Berlin, am194..
Tgb.Nr.

S c h n e l l b r i e f

An die

Staatliche Kriminalpolizei
-Kriminalpolizei-leit-stelle-
in.....

Betrifft: Tod eines Vorbeugungshäftlings.

Nach Mitteilung des Konzentrationslagers.....
ist der im Rahmen der z.Zt. laufenden Sonderaktion in polizei-
zeiliche Vorbeugungshaft übernommene Justizgefangene.....
.....
wohnhaft gewesen in.....
am.....1942 an.....
verstorben.

.....verbüsste zuletzt Strafe
für die Staatsanwaltschaft.....
zu Akt.Z.....

Ich ersuche, sofort Angehörige zu ermitteln und sie ge-
mäss Erlass des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen
Polizei vom 21.5.1942 zu benachrichtigen.Name und Anschrift
der ermittelten Angehörigen sind umgehend dem Konzentrations-
lager und hierher mitzuteilen.

Im Auftrage
gez. Langenau "

Dok.Ed.
Mauth.II
Bl.13

Dok.Bd.Ia
Bl.86

Dok.Bd.Ia
Bl.89

Bd.V
Bl.137,221,
Bd.VII
Bl.40,165,
Bd.IX
Bl.197,198
Bd.X
Bl.195
d.A.

Bd.VIII
Bl.156 ff.
d.A.

Dok.Bd.Ia
Bl.101

Die Gesamtzahl der Todesfälle ist nicht bekannt. In den Monaten Dezember 1942 und Januar 1943, in denen die Sterblichkeit unter den Justizgefangenen am höchsten war, verstarben allein im KL Mauthausen täglich bis zu 70 der neu eingelieferten Häftlinge. In einem an Himmler gerichteten Schreiben vom 18. März 1943 teilte der Chef des SS-WVHA, Pohl, mit, daß nach dem Stande vom 1. März 1943 von 10.191 übernommenen Sicherungsverwahrten 3.853 verstorben seien, davon entfielen 3.306 Tote auf 7.587 in das KL Mauthausen/Gusen eingelieferte Häftlinge. Nach einer weiteren Mitteilung Pohl's im Entwurf eines Schreibens an den Reichsminister der Justiz waren am 1. April 1943 von 12.658 übernommenen "Sicherungsverwahrten" bereits 5.935 verstorben. Dabei dürfte allerdings die Bezeichnung "Sicherungsverwahrte" alle Gruppen der abgegebenen Justizgefangenen umfassen. Etwa ab Sommer 1943 ging die Zahl der Todesfälle etwas zurück.

Aus den beim Referat V A 2 eingehenden Todesmeldungen der KL erkannten der Beschuldigte Langenau und andere Referatsangehörige spätestens im Frühjahr 1943 die hohe Sterblichkeit bei den übernommenen Justizgefangenen. Sowohl die Zahl der Todesfälle als auch die von den KL angegebenen Todesursachen wurden innerhalb des Referats erörtert. Hinsichtlich der Ursache für die hohe Sterblichkeit wurden verschiedene Vermutungen geäußert. Der Beschuldigte Langenau trug die große Zahl von Todesfällen unter den Justizgefangenen dem Referenten Böhlhoff vor. Dieser unterrichtete den Beschuldigten Werner, der jedoch keinen Anlaß für irgendwelche Anfragen oder Maßnahmen sah. Die Durchführung der Häftlingstransporte wurden nicht unterbrochen.

Die Gesamtzahl der als Vorbeugungshäftlinge übernommenen und durch das RKPA in Konzentrationslager eingewiesenen Justizgefangenen kann nur annähernd bestimmt werden.

Nach einer Gesamtaufstellung des Reichsjustizministeriums waren aus den Strafanstalten der einzelnen OLG-Bezirke neben den in die Zuständigkeit der Gestapo fallenden Häftlingsgruppen

224 Zigeuner,
7.099 deutsche Sicherungsverwahrte,

5.068 deutsche Zuchthausgefangene mit anschließender Sicherungsverwahrung

zusammen 12.391 Gefangene ohne weitere Prüfung abzugeben.

Dok.Bd.Ia
Bl.103

Aus dem Tätigkeitsbericht der Abteilung XV des Reichsjustizministeriums vom 23. Februar 1944 ergibt sich, daß weitere 2.464 Zuchthausgefangene nach individueller Prüfung abgegeben worden sind. Dazu kommt noch eine unbekannte Zahl von Personen, die gemäß § 42 b STGB in Heil- oder Pflegeanstalten untergebracht waren und Anfang 1944 in Konzentrationslager ^{eingewiesen} ~~überführt~~ wurden. Insgesamt dürften mindestens 15.000 Justizgefangene als Vorbeugungshäftlinge übernommen worden sein.

Dok.Bd.Ia
Bl.92,102,

Dok.Bd.
Heil-u.Pflege-
anstalten

B) Für eine Tätigkeit weiterer Angehöriger des Referats V A 2 bzw. der Gruppe V A im Rahmen der Abgabeaktion haben sich keine ausreichenden Nachweise ergeben. Zwar hat der Beschuldigte L a n g e n a u, der seine Beteiligung in dem geschilderten Umfang zugibt, angedeutet, daß neben ihm möglicherweise weitere Beamte des gehobenen Dienstes daran mitgewirkt hätten. Er will insoweit jedoch keine Namen nennen können.

Bd.IX
Bl.199

1) Sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Beschuldigte R i c h r a t h, bestreitet jede Mitwirkung. Er gibt an, er habe an der Dienststellenleiterbesprechung, in der der Beschuldigte L a n g e n a u den Auftrag zur Durchführung der Abgabeaktion erhielt, nicht teilgenommen und sei auch während der ersten Monate der Übernahme nicht im Dienst gewesen. Nach einer Röntgenuntersuchung am 14. Oktober 1942 sei er für längere Zeit krankgeschrieben gewesen und habe möglicherweise 29 Tage im Krankenhaus gelegen. In den Monaten Januar und Februar 1943 habe er eine Kur in Karlsbad gemacht. Erst nach seiner Rückkehr von der Kur habe er - wahrscheinlich durch den Referenten B ö h l h o f f - von der Übernahme der Justizgefangenen erfahren. Nähere Einzelheiten über die Grundlagen und die Durchführung der Aktion seien ihm jedoch nicht mitgeteilt worden. Auch in der Folgezeit sei er dienstlich nicht damit befaßt gewesen. Diese Angaben können nicht mit ausreichender Sicherheit widerlegt werden. Aus der Zeit vom 13. Oktober bis 1. Dezember 1942 und vom 5. Januar bis 16. Februar 1943 konnten bisher keine von dem Beschuldigten R i c h r a t h gezeichneten Schreiben aufgefunden werden. Seine Anwesenheit im Dienst ist daher für die Zeit der Vorbereitung der

Bd.X
Bl.161 ff.
d.A.

Dok.Bd.
X, XII

Dok.Bd.
XIV

Aktion und für die erwähnte Dienststellenleiterbesprechung nicht nachweisbar. Dagegen liegen Dokumente vor, aus denen sich seine Anwesenheit für die Zeit vom 2. Dezember 1942 bis 4. Januar 1943 ergibt. Spätestens im Dezember 1942 - nicht erst im März 1943 - mußte der Beschuldigte R i c h r a t h von der Übernahme der Justizgefangenen erfahren haben. Es besteht auch ein erheblicher Verdacht, daß der Beschuldigte als Leiter der Dienststelle V A 2 a mindestens im Dezember 1942 und ab Mitte Februar 1943 aktiv an der Durchführung der Aktion mitgewirkt hat, zumal das von ihm geleitete Sachgebiet V A 2 a 1 ausdrücklich für die "Zusammenarbeit mit der Justiz in Fragen der Sicherungsverwahrung" zuständig war. Da jedoch weder entsprechende Dokumente aufgefunden werden konnten, noch der Beschuldigte L a n g e n a u oder andere Referatsangehörige Angaben über eine Beteiligung des Beschuldigten R i c h r a t h an der Übernahme der Justizgefangenen gemacht haben, kann ein ausreichender Nachweis insoweit nicht geführt werden.

- 2) Aus den Angaben der Zeuginnen L i s s i g k e i t und K ö n i g ergibt sich der Verdacht, daß der Beschuldigte Dr. G o r n i c k e l an der Abgabeaktion mitgewirkt hat. Die Zeugin L i s s i g k e i t war im Herbst 1942 oder im Frühjahr 1943 kurze Zeit für den Beschuldigten Dr. G o r n i c k e l tätig. Sie hatte für ihn nach Listen Karteikarten für Personen mit längeren Zuchthausstrafen auszuschreiben. Die Karteikarten erhielten den Vermerk "Verfahren X" und standen möglicherweise mit der Abgabeaktion in Zusammenhang. Nach den Angaben der Zeugin K ö n i g hatte der Beschuldigte Dr. G o r n i c k e l engen Kontakt zu dem Beschuldigten L a n g e n a u und arbeitete möglicherweise mit diesem zusammen. Beide sollen häufig zu Rücksprachen bei dem Referenten B ö h l h o f f und ~~xxxx~~ bei dem Beschuldigten R i c h r a t h gewesen sein. Auch der Beschuldigte G r a h n e i s meint, daß die Beschuldigten L a n g e n a u und Dr. G o r n i c k e l zusammengearbeitet haben.

Bd.IX
Bl.208,209

Bd.X
Bl.194

Bd.VII
Bl.206

Bd.VII
Bl.51 ff.
d.A.

Der Beschuldigte Dr. G o r n i c k e l behauptet, er sei von Ende Mai 1942 für etwa ein Jahr zur Gruppe V B des RKPA abgestellt gewesen ~~xxxxxxx~~ und ^{habe} dort Kriegswirtschafts-verbrechen bearbeitet. Anschließend sei er zur KPLSt Berlin ver-

Bd.IX
Bl.209,
Bd.X
Bl.195
Bd.V
Bl.10 d.A.

setzt worden, ohne noch einmal im Referat V A 2 tätig gewesen zu sein. Von der Übernahme der Justizgefangenen habe er weder erfahren, noch habe er daran mitgewirkt.

Demgegenüber können sich die Zeuginnen L i s s i g k e i t und K ö n i g an eine Abordnung des Beschuldigten zur Gruppe V B nicht erinnern. Nach ihren Angaben und nach der Aussage des Zeugen H a n a c k soll er mindestens bis Ende 1942 oder Frühsommer 1943 im Referat tätig gewesen sein. Diese Aussagen reichen jedoch zum Nachweis einer Beteiligung des Beschuldigten Dr. G o r n i c k e l an der Abgabeaktion nicht aus. Andere Beweismittel liegen nicht vor.

Bd.VII
Bl.40,175,
203,
Bd.VIII
Bl.187,
193 ff.
d.A.

- 3) Für die Beschuldigten G r ö s c h e (V A 2 a 2), G r a h n e i s (V A 2 a 3), E r d m a n n (V A 2 b 4), S u p p, S a n d n e r, E i c h b e r g e r, B o n s e und M ü l l i n g (alle V A 2 b 5) haben die Ermittlungen keine Anhaltspunkte für eine Mitwirkung bei der Übernahme der Justizgefangenen ergeben. Diese Beschuldigten bestreiten soweit sie vernommen werden konnten, in irgendeiner Weise an der Planung oder Durchführung der Aktion beteiligt gewesen zu sein. Sie sind weder von anderen vernommenen Referatsangehörigen als Beteiligte genannt worden, noch liegen mit der Aktion in Zusammenhang stehende Schriftstücke vor, die ihre Unterschrift oder ihr Handzeichen tragen.

- 4) Der Beschuldigte Dr. M e n k e ist in das Verfahren einbezogen worden, weil der Verdacht bestand, daß er als Vertreter des Gruppenleiters V A an der Planung und Vorbereitung der Abgabeaktion beteiligt war. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Beschuldigte bei Beginn der Übernahme der Justizgefangenen noch nicht Vertreter des Gruppenleiters war. Für eine Mitwirkung an den vorbereitenden Verhandlungen in seiner Eigenschaft als Leiter des Referats V A 1 liegen keine Beweise vor.

Bd.X
Bl.84 ff.
d.A.

Der Beschuldigte gibt an, er habe erst nach Kriegsende von der Aktion erfahren. Sowohl der Beschuldigte W e r n e r als auch Dr. S c h e f e hätten die Gruppe sehr straff geführt und in Einzelfragen nur direkt mit den betroffenen Referenten verhandelt. Das Referat V A 1 sei bei der Entscheidung von Sachfragen aus den einzelnen Referaten nicht beteiligt worden.

Diese Einlassung kann nicht widerlegt werden. Es haben sich auch keine "Inhaltspunkte dafür ergeben, daß der Beschuldigte Dr. M e n k e in anderer Weise an der Durchführung der Aktion oder bei späteren Verhandlungen über die "Abgabe weiterer Gruppen von Justizgefangenen mitgewirkt hat.

- C) Der Beschuldigte L a n g e n a u hat durch seine Tätigkeit im Rahmen der Abgabeaktion objektiv den Mord an einer noch unbestimmten Anzahl von Justizgefangenen gefördert. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen kann dem Beschuldigten jedoch der subjektive Tatbestand der Beihilfe zum Mord nicht nachgewiesen werden.

Bd.IX
Bl.192,193
d.A.

Der Beschuldigte bestreitet gewußt zu haben, daß die Häftlinge "zur Vernichtung durch Arbeit" an die Polizei abgegeben wurden. Er gibt an, die Maßnahme sei in der Dienststellenleiterbesprechung von dem Referenten B ö h l h o f f damit begründet worden, daß in den Konzentrationslagern Zweige der Rüstungsindustrie installiert seien und die Justizgefangenen dort zweckdienlicher eingesetzt werden könnten als in den Strafanstalten, die überdies wegen der Nichtanrechnung der in der Kriegszeit verbüßten Strafe überfüllt seien. Auch später sei ihm weder gesagt noch angedeutet worden, daß das Ziel der Aktion die Vernichtung der übernommenen Justizgefangenen sei. Den Vermerk des Reichsjustizministers über seine Besprechung mit H i m m l e r am 18. September 1942 habe er nicht gekannt.

Bd.IX
Bl.197,198
d.A.

Die Zahl der vor Übernahme der Justizgefangenen aus den KL eingehenden Todesmeldungen habe ihm keinen Anlaß zu Bedenken gegeben, zumal er keine Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich der in Strafhaft verstorbenen Gefangenen besessen hätte. Über den Grund für die hohe Zahl von Todesfällen bei den übernommenen Häftlingen hätte er nur Vermutungen anstellen können. Da der Beginn der Übernahmeaktion in die Wintermonate fiel, habe die Möglichkeit bestanden, daß die Konzentrationslager auf die Vielzahl der zu übernehmenden Häftlinge nicht genügend vorbereitet waren und die erforderlichen Unterkunft- und Schlafgelegenheiten nicht zur Verfügung standen. Andererseits könnten auch die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen zu einer erhöhten Sterblichkeit geführt haben.

Bd.IX
Bl.198
d.A.

Zu seiner eigenen Einstellung erklärt der Beschuldigte:
"Ich hätte es selbstverständlich nicht gebilligt, daß

man die Justizhäftlinge Umständen aussetzte, durch die sie mit großer Wahrscheinlichkeit zu Tode kommen mußten."

Diese Einlassungen können mit den vorhandenen Beweismitteln nicht widerlegt werden. Weder aus den Aussagen der Zeugen und Mitbeschuldigten noch aus den bisher aufgefundenen Dokumenten ergeben sich Anhaltspunkte dafür, daß der Beschuldigte L a n g e n a u oder andere Referatsangehörige die Vernichtung der Justizgefangenen als Ziel der Abgabeaktion ansahen. Nach den Angaben des Zeugen K l i n k e soll auch der Beschuldigte L a n g e n a u den Einsatz der Häftlinge zu nützlicher Arbeit als Grund für die Übernahme bezeichnet haben. Eine ähnliche Begründung soll der Amtschef N e b e dem Beschuldigten W e r n e r gegeben haben. Die übrigen Zeugen und Mitbeschuldigten wollen dagegen über die Grundlagen und den Zweck der Aktion überhaupt nichts erfahren haben.

Tatsächlich bestanden im Herbst und Winter 1942 verstärkte Bestrebungen, den Bestand an Arbeitskräften in den Konzentrationslagern zu erhöhen. Neben der Übernahme der Justizgefangenen wurde mit Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - Nr. IV - 656/42g - vom 17. Dezember 1942 die Festnahme und vereinfachte Einweisung von 35.000 arbeitsfähigen Häftlingen angeordnet mit dem ausdrücklichen Hinweis: "Es kommt auf jede Arbeitskraft an!" Ferner wurden alle polnischen Häftlinge aus den Gefängnissen des Generalgouvernements in KL überführt. Auch der Chef des SS-WVHA, P o h l, scheint davon ausgegangen zu sein, daß die Abgabe der Justizgefangenen nicht zur Vernichtung, sondern zum Arbeitseinsatz erfolgte. In dem schon erwähnten Entwurf eines Schreibens an den Reichsjustizminister weist er auf den schlechten Gesundheitszustand der bereits übernommenen Sicherungsverwahrten hin und führt aus:

" Ich möchte in den Konzentrationslagern keine Siechenstationen unterhalten, weil ich jeden Platz für eine gesunde Arbeitskraft benötige. Die den Konzentrationslagern vom Führer gestellten Rüstungsaufgaben können aber nur mit vollwertigen Arbeitskräften durchgeführt werden.

Ich bitte Sie, Herr Reichsminister, mich hierin zu unterstützen und anzuordnen, daß nur gesunde und voll arbeitsfähige Sicherungsverwahrte in die Konzentrationslager eingewiesen werden. "

Bd.V/
Bl.135,137
d.A.

Bd.VIII
Bl.153

Dok.Bd.IX
Bl.25

Dok.Bd.Ia
Bl.70

Dok.Bd.Ia
Bl.89,90

Unter diesen Umständen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Übernahme der Justizgefangenen gegenüber den Angehörigen des Referats V A 2 mit der Notwendigkeit des Arbeitseinsatzes begründet worden ist.

Die Ermittlungen haben auch keinen ausreichenden Nachweis dafür erbracht, daß der Beschuldigte L a n g e n a u auf Grund seiner Tätigkeit im Referat "Vorbeugung" der Kriminalpolizeileitstelle Berlin und im Referat V A 2 schon bei Beginn der Häftlingstransporte wußte, daß die Sterblichkeit der KL-Häftlinge weit über dem Durchschnitt anderer Haftanstalten lag, und daß er deshalb - unabhängig von der Zielsetzung der Aktion - damit rechnete, daß die übernommenen Häftlinge durch die in den Konzentrationslagern herrschenden lebensbedrohenden Umstände zu Tode kommen würden. Gegen eine solche Annahme könnte auch der Umstand sprechen, daß das starke Ansteigen der Todesmeldungen in den ersten Monaten der Aktion den Beschuldigten veranlaßte, dem Referatsleiter darüber zu berichten. Für die Folgezeit kann dem Beschuldigten nicht widerlegt werden, daß er darauf vertraute, etwaige Mißstände würden auf Intervention seiner Vorgesetzten bei den verantwortlichen Stellen beseitigt werden. Darüber hinaus haben sich keine Hinweise dafür ergeben, daß der Beschuldigte erkannt hat, daß der Tod der Justizgefangenen unter den besonderen Tatbestandsvoraussetzungen des Mordes herbeigeführt wurde.

Eine Strafverfolgung wegen Beihilfe zum Totschlag oder wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge wäre verjährt.

2) Bei den Beschuldigten Dr. M a l y und H ä t s c h e r sowie bei den als Hilfskräften eingesetzten Referatsangehörigen kann bereits zweifelhaft sein, ob die ihnen nachweisbare Tätigkeit im Rahmen der Abgabeaktion die Tötung der übernommenen Gefangenen objektiv gefördert hat. Selbst wenn diese Tätigkeit als Beihilfehandlung zu werten wäre, könnte jedenfalls der subjektive Tatbestand der Beihilfe zum Mord auch bei diesen Referatsangehörigen nicht nachgewiesen werden. Insoweit gelten dieselben Erwägungen wie für den Beschuldigten L a n g e n a u.

3) Hinsichtlich der Tätigkeit des Beschuldigten W e r n e r, der sowohl die Kenntnis von dem Ziel der Abgabeaktion als

auch jede eigene Beteiligung bestreitet, sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Sein Verhalten kann deshalb noch nicht beurteilt werden.

- 2) Das Verfahren gegen die Beschuldigten
- ✓ Gerhard B o n s e (lfd.Nr. 8),
 - ✓ Josef E i c h b e r g e r (lfd.Nr. 11),
 - ✓ Albert E r d m a n n (lfd.Nr. 12),
 - ✓ Dr. Werner G o r n i c k e l (lfd.Nr. 19),
 - ✓ Karl G r a h n e i s (lfd.Nr. 20),
 - ✓ Albert G r ö s c h e (lfd.Nr. 21),
 - ✓ Georg H ä t s c h e r (lfd.Nr. 23),
 - ✓ Karl-Heinz L a n g e n a u (lfd.Nr. 39),
 - ✓ Dr. Hans M a l y (lfd.Nr. 41),
 - ✓ Dr. Josef M e n k e (lfd.Nr. 43),
 - ✓ Richard M ü l l i n g (lfd. Nr. 45),
 - ✓ Eduard R i c h t a t h (lfd.Nr. 53),
 - ✓ Hans Š a n d n e r (lfd. Nr. 58),
 - ✓ Wilhelm S u p p (lfd. Nr. 60)

wird aus den Gründen des Vermerks zu 1) gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt.

3) Herrn AL 5 m.d.B. um Ggz. zu 2) 17. Apr. 1969

4) Karbi

5) wt.Vfg. bes.

Berlin, den 17. April 1969

Gilsstein

zu 2) im Beg. ar.

29. IV. 69

zu 4) Karbi ar

29.4.69

R

Vfg.

1

40

1. ~~1-2~~ Abschrift(en) der anliegenden Vfg. vom 17. 4. 69 zu Ziff. ~~1-3~~ fertigen und ^{1. Abs.} dem Schreiben zu Ziff. 2 dieser Vfg. beifügen.

✓ 2. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung der Abschrift zu Ziff. 1 -

a) An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 58

b) An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -

z.Hd. von Herrn KK P a u l
- o.V.i.A. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Berichtigungsanzeige

Anlage: 1 Abschrift

zu a:

Bemf: fertiges Aktenzeichen 415 AR 1310/63

Als Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung mit der Bitte um Kenntnissnahme und entsprechende Berichtigung des Ihnen seinerzeit übersandten Einleitungsvermerks.

✓ 3. Z.d.A. je 1 Abschr. gem. Ziff. 1) zu den pers.-bleiben Bonse, Eickbeyer, Edmann, Dr. Jörnig, Jörnig, Jörnig, Jörnig, Jörnig, Jörnig, Dr. Jörnig, Dr. Jörnig, Dr. Jörnig (Pm 190), Jörnig, Jörnig, Jörnig, Jörnig.

Berlin, den 18. 4. 69

✓ 4) mit den übrigen Abschr. vgl. vorlegen

lg.

gef. 25. 4. 69 Sch
zu 1) Vfg.-Abschr. 40x / Ormig
u. Ormig vgl. 28. 4. 69

zu 2 a+b + Anh. d. h.
30. 4. 69
zu 3/2. 30. 4. 69

1 Js 13/65 (RSHA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

I.

Die Ermittlungen gegen die Beschuldigten, die früher in der Gruppe V A des RSHA tätig waren, haben hinsichtlich der Organisation und personellen Besetzung der Gruppe - soweit sie im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens interessieren - sowie der internen Geschäftsverteilung und der Tätigkeit des Referats V A 2 (Vorbeugung) folgendes ergeben:

A) Durch Erlaß vom 27. September 1939, der die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes regelte, wurde aus dem seit 1937 bestehenden "Reichskriminalpolizeiamt" (RKPA) und dem Amt "Kriminalpolizei" des Hauptamtes Sicherheitspolizei das Amt V des RSHA gebildet, das jedoch innerdienstlich und gegenüber den nachgeordneten Kriminalpolizei(leit)stellen bei der Bearbeitung von Exekutivaufgaben weiterhin unter der Bezeichnung "Reichskriminalpolizeiamt" auftrat.

Chef des Amtes V war bis zum 20. Juli 1944

1 AR (RSHA)
250/64

Arthur N e b e ,
geb. am 13. November 1894 in Berlin,
zuletzt SS-Gruppenführer und Generalleutnant
der Polizei,
am 2. März 1945 wegen Beteiligung an den
Vorgängen um den 20. Juli 1944 hingerichtet.

Sein Nachfolger war von Herbst 1944 bis Kriegsende

1 AR (RSHA)
251/64

Friedrich P a n z i n g e r ,
geb. am 1. Februar 1903 in München,
zuletzt SS-Oberführer und Oberst der Polizei,
am 8. August 1959 verstorben.

Das Amt V des RSHA bestand zunächst aus 6 Gruppen, von denen hier nur die Gruppen

GV-Plan
RSHA
v.1.2.40

V A - Aufbau, Aufgaben und Rechtsfragen der Kriminalpolizei -

und

V B - Vorbeugung -
mit den Referaten

V B 1 - Berufs- und Gewohnheitsverbrecher -

V B 2 - Asoziale und Zigeuner -

V B 3 - Statistik und Forschung -

interessieren.

GV-Pläne
RSHA
1941, 1943
GV-Plan
Amt V

Bei der Umgruppierung des RSHA Anfang 1941 wurde die Gruppe V B der Gruppe V A angegliedert, die in der Folgezeit bis Kriegsende unter der Bezeichnung "Kriminalpolitik und Vorbeugung" folgende Referate umfaßte:

V A 1 - Rechtsfragen, internationale Zusammenarbeit und Kriminalforschung -

V A 2 - Vorbeugung -

V A 3 - weibliche Kriminalpolizei -.

Leiter der Gruppe V A und gleichzeitig Vertreter des Amtschefs V war bis Frühjahr 1942 und vom 1. April 1943 bis Kriegsende der Beschuldigte

Bd.VIII
Bl.150 ff.
d.A.

Paul W e r n e r ,
geb. am 4. November 1900 in Appenweier,
zuletzt SS-Oberführer und Oberst der Polizei,
wohnhaft in Stuttgart, Bismarckstraße 75.

Bd.VIII
Bl.151 d.A.

Ab Frühjahr 1942 war der Beschuldigte W e r n e r nach eigenen Angaben von seinen Aufgaben als Gruppenleiter und Vertreter Nebes abgelöst, aber zunächst weiter im Amt V tätig. Vom September 1942 bis Ende März 1943 war er Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Stettin.

Bef.Bl.
40/42 u.
15/43

P.-Heft
Scheffe
Bl.12,
GV-Plan
Amt V

Vom 1. März 1942 bis 31. März 1943 war der damalige
SS-Sturmbannführer und Regierungsrat

Dr. Robert S c h e f f e ,
geb. am 23. August 1909 in Schwerin,
bei Kriegsende verstorben,

P.-Heft
Scheffe
Bl.10,12

Leiter der Gruppe V A und Vertreter des Amtschefs V.
Er hatte vorher die Stapostelle Litzmannstadt geleitet
und übernahm am 1. April 1943 die Leitung der Kripo-
leitstelle Berlin.

Die Frage der Vertretung des Gruppenleiters bei Abwesen-
heit oder sonstiger Verhinderung ist nicht eindeutig
geklärt. Im Geschäftsverteilungsplan des RSHA, Stand
1. März 1941, ist der damalige Leiter des Referats V A 1,
Regierungs- und Kriminalrat

1 AR (RSHA)
1552/65

Dr. Franz W ä c h t e r ,
geb. am 9. November 1893 in Berlin,
für tot erklärt,

Bef.Bl.
40/42

als Vertreter des Gruppenleiters V A angegeben. Nach
der Versetzung Dr. W ä c h t e r s im Jahre 1942
(spätestens im September) wurde das Referat V A 1 von
dem Beschuldigten

Bd.X
Bl.84 ff.

Dr. Josef M e n k e ,
geb. am 12. November 1905 in Herzfeld/Westf.,
wohnhaft in Berlin-Britz, Malchiner Straße 125 b,

bis Kriegsende - zuletzt als SS-Sturmbannführer und
Regierungsrat - geleitet. Dr. M e n k e ist auch im
Geschäftsverteilungsplan des RSHA vom 1. Oktober 1943
als Vertreter des Gruppenleiters V A verzeichnet.

Im Geschäftsverteilungsplan des Amtes V (Stand: Ende
1942/Anfang 1943) ist dagegen der damalige Leiter des
Referats V A 2 (vgl. unten), SS-Sturmbannführer,
Regierungs- und Kriminalrat

1 AR (RSHA)
129/66

Walter H a s e n j ä g e r ,
geb. am 8. September 1883 in Stargard,
am 20. Mai 1963 verstorben,

als Vertreter des Gruppenleiters V A genannt.

Bd.X
Bl.86

Nach den Angaben des Beschuldigten Dr. M e n k e sollen die einzelnen Referatsleiter der Gruppe - jeweils für ihr Zuständigkeitsgebiet - den Gruppenleiter vertreten haben.

- B) Das Referat V A 2 - Vorbeugung - war entsprechend der früheren Aufteilung der Gruppe V B in die Referate V B 1 und V B 2 in 2 Dienststellen, nämlich

V A 2 a - Berufs- und Gewohnheitsverbrecher - und

V A 2 b - Asoziale, Prostituierte und Zigeuner -

gegliedert.

Es war bis Sommer 1943 im Dienstgebäude des RKPA in Berlin C 2, Werderscher Markt 5/6, untergebracht. Im August 1943 wurde es mit verschiedenen anderen Dienststellen des RSHA in die Sicherheitspolizeischule Fürstenberg in Drögen/Mecklenburg ausgelagert.

GV-Pläne
RSHA 1940
u. 1941

- 1) Leiter des Referats V A 2 (vorher der Gruppe V B) war bis Februar 1942 der damalige SS-Sturmbannführer, Regierungs- und Kriminalrat

Bd.VIII
Bl.166 ff.

Dr. Friedrich R i e s e ,
geb. am 13. Juli 1895 in Berlin,
am 30. Dezember 1966 verstorben.

Im Februar 1942 wurde Dr. R i e s e nach Düsseldorf versetzt. Sein Nachfolger als Referatsleiter V A 2 wurde der oben bereits genannte SS-Sturmbannführer, Regierungs- und Kriminalrat

GV-Plan
Amt V

Walter H a s e n j ä g e r ,

der bis dahin die Geschäftsstelle des Amtes V geleitet hatte.

Dem Referatsleiter unterstanden als Hilfsreferenten für die Dienststelle V A 2 a (vorher als Referatsleiter V B 1) der damalige Kriminaldirektor

67

1 AR (RSA)
314/64

Kurt A n d e x e r ,
geb. am 10. November 1887 in Pillkallen,
im August 1942 verstorben,

und für die Dienststelle V A 2 b (vorher als
Referatsleiter V B 2) bis Frühjahr 1941 der da-
malige SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat

1 AR (RSA)
1041/65

Dr. Richard Z a u c k e ,
geb. am 1. August 1901 in Bromberg,
wohnhaft in Düsseldorf, Karolingerstraße 55,

und anschließend der aus Klagenfurt nach Berlin ver-
setzte damalige SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat

P.-Heft
Böhlhoff

Heinrich B ö h l h o f f ,
geb. am 6. April 1896 in Hattingen/Ruhr,
am 5. August 1962 verstorben.

P-Heft
Böhlhoff
Bl. 26

Der Referatsleiter H a s e n j ä g e r erkrankte
bald nach der Übernahme seines Amtes. Der Hilfs-
referent A n d e x e r wurde im Frühsommer 1942
zur Sicherheitsschule Fürstenberg versetzt.
In der Folgezeit wurde das Referat V A 2 praktisch
von dem Hilfsreferenten B ö h l h o f f geleitet.
Dieser wurde auch bei der Verlagerung des Referats
nach Drögen im August 1943 zum Leiter der Ausweich-
stelle bestimmt, während H a s e n j ä g e r in
Berlin verblieb.

Anfang 1944 wurde B ö h l h o f f auch formell
zum Referatsleiter ernannt. In dieser Stellung ver-
blieb er - zuletzt als SS-Sturmbannführer,
Regierungs- und Kriminalrat - bis Kriegsende.

GV-Plan
Amt V
S. 20-25

Ihm unterstanden - jeweils bis Kriegsende -
als Leiter der Dienststelle V A 2 a der Beschuldigte

Bd. X
Bl. 161 ff.
d. A.

Eduard R i c h r a t h ,
geb. am 30. Oktober 1906 in Aachen,
zuletzt SS-Sturmbannführer und Kriminalrat,
wohnhaft in Kiel, Rendsburger Landstraße 7.

und als Leiter der Dienststelle V A 2 b der damalige
Kriminalrat

1 AR (RSA)
317/64

Johannes O t t o ,
geb. am 16. April 1905 in Borbeck Krs. Essen,
am 5. Januar 1961 verstorben.

- 2) Die Dienststellen V A 2 a und V A 2 b waren in je
5 Sachgebiete aufgeteilt, wobei das Sachgebiet 1 je-
weils für allgemeine und grundsätzliche Fragen zu-
ständig war und dem Dienststellenleiter direkt unter-
stand. Im Geschäftsverteilungsplan des Amtes V sind
als Aufgabengebiete angegeben

für V A 2 a 1: Grundsätzliche Fragen der vorbeugen-
den Verbrechensbekämpfung

Mitwirkung bei gesetzgeberischen,
organisatorischen und technischen
Maßnahmen zur vorbeugenden Ver-
brechensverhinderung

Mitwirkung bei der Prüfung organisa-
torischer Vorschläge zur Vorbeugung
von Straftaten

Allgemeine Betreuung der Angehörigen
der Vorbeugungshäftlinge

Mitwirkung bei Fragen der Wiederher-
stellung der Wehrwürdigkeit, Tilgung
aus dem Strafregister und dergleichen

Zusammenarbeit mit der Justiz in
Fragen der Sicherungsverwahrung

für V A 2 b 1: Grundsätzliche Fragen über die Be-
handlung der Gemeinschaftsfremden
des Asozialentums

Mitwirkung in Angelegenheiten des
Jugendschutzes

Kriminalpolizeiliche Maßnahmen gegen
Bettler und Landstreicher

Verwahrung krimineller Psychopathen

Polizeiliche Behandlung der
Prostitution

Mitwirkung bei polizeilichen Maßnahmen
zur Bekämpfung der Geschlechtskrank-
heiten.

68

Als Sachbearbeiter bzw. Hilfskräfte sind verzeichnet
für V A 2 a 1

Bd.II/164,
III/17,V/10,
VII/205,XI/89
d.A.

KS Kurt B r ü n i n g ,
geb. am 9. Februar 1906 in Fürstenberg/Oder,
Schicksal ungeklärt, angeblich verstorben,

und

Bd.II/164,
III/18,V/9,
VII/47,206

KOA Alois M o n t k o w s k i
(später Monthofer),
geb. am 11. August 1902 in Waplitz,
ebenfalls angeblich verstorben,

für V A 2 b 1

Bd.VIII
Bl.31 ff.
d.A.

Albert W i s z i n s k y ,
geb. am 13. Januar 1913 in Altenwald,
damals SS-Obersturmführer und Kriminal-
kommissar,
wohnhaft in Dudweiler/Saar, Lortzingstraße 47,

Bd.XI
Bl.16 ff.
d.A.

gegen den das Verfahren bereits mit Verfügung vom
9. Februar 1967 eingestellt worden ist,

Bd.V
Bl.144
d.A.

KS Hermann M o e l l e r ,
geb. am 17. November 1898 in Wegezin,
am 27. Oktober 1956 verstorben,

Bd.II
Bl.166
d.A.

KS Max T e s m a n n ,
geb. am 5. Februar 1899 in Brandenburg,
angeblich verstorben,

und die

Angestellte Frieda R i t t e r ,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht
bekannt.

GV-Plan
Amt V
S.20/21,
24/25

Die Sachgebiete 2 beider Dienststellen bearbeiteten
die Vorbeugungshaft (Prüfung der Haftanträge der
Kriminalpolizeistellen, Einweisung der Häftlinge),
und zwar V A 2 a 2 gegen "Berufs- und Gewohnheits-
verbrecher und Gemeingefährliche" sowie "zum Zwecke
der Personenfeststellung" und V A 2 b 2 gegen
"Asoziale" und "betrunkene Verkehrsgefährder".
Das Sachgebiet V A 2 a 2 war außerdem noch für die
"polizeiliche planmäßige Überwachung" zuständig.

Beide Sachgebiete unterstanden ebenfalls den Dienststellenleitern direkt. Als Sachbearbeiter waren tätig

in V A 2 a 2

der Beschuldigte

Bd.VII
Bl.38 ff.
d.A.

KS Albert G r ö s c h e ,
geb. am 4. Februar 1902 in Northeim,
wohnhaft in Northeim (Han.),
Bürgermeister-Peters-Straße 2,

und

1 AR (RSHA)
1214/65

KS Karl S c h o t t k e ,
geb. am 12. August 1900 in Elbing,
am 29./30. April 1945 verstorben,

in V A 2 b 2

Bd.IX
Bl.75,78
d.A.

KS Arthur T i e s e l e r ,
geb. am 26. Februar 1901 in Kolmar/Posen,
am 23./24. April 1945 verstorben.

Dok.Bde.
X-XII

Entsprechend den Erlassen über die "Vorbeugende Verbrechensbekämpfung" wurde die polizeiliche Vorbeugungshaft von den Leitern der örtlichen Kriminalpolizei-(leit)stellen angeordnet. Dazu wurde ein Formular benutzt, das die Überschrift "Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft" trug. Anders als der Schutzhaftbefehl der Gestapo war diese Vorbeugungshaftanordnung mehr oder weniger ausführlich zu begründen. Die Anordnung wurde erst mit der Bestätigung durch das RKPA wirksam. Dazu übersandten die Kripo(leit)stellen die Haftanordnung nebst Anlagen (Strafregisterauszug, "krimineller Lebenslauf" u.a.) dem Referat V A 2. Hier prüften die Sachbearbeiter V A 2 a 2 bzw. V A 2 b 2 die Unterlagen und legten die Vorgänge dann mit einem Entscheidungsvorschlag ihrem Dienststellenleiter vor. Dieser entschied entweder selbst oder legte die Verfügung seinem Vorgesetzten (Hilfsreferent oder Referatsleiter) zur Zeichnung vor.

Bd.III
Bl.183,
Bd.VII
Bl.39,202,
Bd.IX
Bl.190,
Bd.X
Bl.164 d.A.

Dok.Bd.X
Bl.59,114

Im Falle der Bestätigung der Vorbeugungshaft wurde der örtlichen Kripo(leit)stelle eine kurze Formular-

nachricht gegeben mit der Anweisung, in welches Konzentrationslager der Häftling zu überführen war. Diesem KL wurde gleichzeitig die mit einem Genehmigungsstempel und der Tagebuchnummer des Referats versehene Ausfertigung der Haftanordnung nebst Anlagen übersandt, und zwar mit dem Original der Bestätigungsverfügung, die in ihrem unteren Teil das Formular für die Übernahmebestätigung der KL-Kommandantur enthielt und schriftlich an das Referat V A 2 zurückzusenden war.

GV-Plan
Amt V
S.20-25

Für die nach Bestätigung der Vorbeugungshaft und Einweisung der Häftlinge zu erledigenden Arbeiten:

Bearbeitung von Gesuchen um Aufhebung der
polizeilichen Vorbeugungshaft
Entscheidung über Beschwerden
Entscheidung über Entlassungen
Haftprüfungen

Bd.VII
Bl.39 d.A.

waren die Sachgebiete V A 2 a 3 und V A 2 a 4 bei Berufs- oder Gewohnheitsverbrechern bzw. V A 2 b 3 und V A 2 b 4 bei "Asozialen" zuständig. Die Arbeitsverteilung zwischen den Sachgebieten 3 und 4 richtete sich dabei danach, von welcher Kripo(leit)stelle der Haftantrag gestellt worden war. V A 2 a 3 und V A 2 b 3 bearbeiteten Vorgänge aus dem Bereich der Kripoleitstellen Königsberg, Stettin, Berlin, Breslau, Dresden, Halle, Düsseldorf, Hannover, Bremen und Hamburg, während V A 2 a 4 und V A 2 b 4 für den Bereich der KPLSt. München, Stuttgart, Frankfurt/Main, Köln, Wien, Danzig, Posen und Prag zuständig waren.

Leiter des Sachgebiets V A 2 a 3 war der Beschuldigte

Bd.VII
Bl.201 ff.

Karl G r a h n e i s ,
geb. am 29. März 1888 in Geusa,
Kriminalobersekretär, später Kriminalinspektor,
wohnhaft in Berlin 65, Schöningstraße 4.

Ihm unterstanden als Sachbearbeiter

Bd.II
Bl.255
d.A. KS Karl B a s c h i n ,
geb. am 26. Januar 1902 in Fürstenwalde,
am 12. Juni 1945 verstorben,

und

Bd.VII
Bl.162 ff.
d.A. KS Erich G r o n o s t a y ,
geb. am 11. Juli 1900 in Willenberg,
wohnhaft in Berlin 41, Ceciliengärten 24.

Das Sachgebiet V A 2 a 4 leitete ab Frühjahr 1942 der
Beschuldigte

Bd.IX
Bl.189 ff.
d.A. Karl-Heinz L a n g e n a u ,
geb. am 21. Dezember 1911 in Königsberg,
damals SS-Hauptsturmführer und Kriminal-
kommissar,
wohnhaft in Gladbeck/Westf., Wiesenstraße 10.

Seine Sachbearbeiter waren

Bd.II
Bl.255R
d.A. KOS Otto D o h s e ,
geb. am 21. März 1877 in Maldorf,
am 8. Oktober 1962 verstorben,

Bd.III
Bl.155 ff.
d.A. KOA Ferdinand H a r d e g e n ,
geb. am 25. März 1903 in Hildebrandshausen,
wohnhaft in Salzgitter-Bad,
Augusta-Friedrich-Straße 29,

und

Bd.II/163,
III/16,VII/43,
168,205 d.A. Kriminalinspektor C l a u s i n g ,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht be-
kannt.

Im Sachgebiet V A 2 b 3 waren tätig:

Als Leiter der während des Krieges reaktivierte

Bd.V
Bl.192 d.A. KK i.R. Franz H e r b e r ,
geb. am 28. März 1872 in Manderscheid,
am 31. Juli 1958 verstorben,

als Sachbearbeiter

KS i.R. R o e s e ,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht be-
kannt,

und

Bd.II
Bl.160 ff.
d.A.

KS Paul K r e t s c h m e r ,
geb. am 8. Juni 1895 in Breslau,
wohnhaft in Berlin-Steglitz, Kniephofstraße 32.

Das Sachgebiet V A 2 b 4 leitete der Beschuldigte

KK i.R. Albert E r d m a n n ,
geb. am 1. April 1875 in Landsberg,
Schicksal ungeklärt,

ihm unterstanden

Bd.VIII
Bl.7 ff.
d.A.

KS Karl E r n y ,
geb. am 4. Oktober 1904 in Frankfurt/Main,
wohnhaft in Frankfurt/Main, Gutleutstraße 319
(Pflegeheim),

und

Bd.V
Bl.133 ff.
d.A.

KA Erich K l i n k e ,
geb. am 28. November 1906 in Bornim,
wohnhaft in Gifhorn, Stolper Straße 7.

Bd.VII
Bl.202

Bd.IX
Bl.191
Bd.X
Bl.165
d.A.

Auch in den Sachgebieten V A 2 a 3 und 4 sowie
V A 2 b 3 und 4 hatten die Sachbearbeiter jeweils die
Vorarbeiten zu leisten, z.B. Unterlagen wie Führungs-
berichte u.ä. anzufordern und zu prüfen. Waren die
Führungsberichte negativ, kam eine Entlassung des Häft-
lings auf keinen Fall in Betracht. In solchen und
anderen eindeutigen Fällen konnte der Sachgebiets-
leiter selbständig die Entlassung ablehnen und die
entsprechende Verfügung zeichnen. In Zweifelsfällen
oder wenn die Entlassung des Häftlings vorgeschlagen
wurde, mußten die Vorgänge dagegen ebenso wie bei der
Bestätigung der Vorbeugungshaft dem Dienststellenleiter
bzw. eventuell dem Referatsleiter zur Entscheidung vor-
gelegt werden.

Das Sachgebiet V A 2 a 5 bearbeitete:

Zentralkartei der Personen, gegen die kriminal-
polizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen angeordnet
sind

Kartei und Personalakten der Vorbeugungshäftlinge
Überstellung von Vorbeugungshäftlingen zur
Untersuchungs- oder Strafhäft

Transportangelegenheiten
Kostenfragen bei der pol. Vorbeugungshaft,

und zwar nicht nur für die Dienststelle V A 2 a, sondern für das gesamte Referat V A 2. Dabei war nur die Zentralkartei alphabetisch geordnet, während die Aktenhaltung und die Tagebücher nicht nach "Buchstabenraten", sondern entsprechend der bereits erwähnten örtlichen Zuständigkeitsverteilung nach Kripoleitstellen geführt wurden. Für den Bereich jeder Kripoleitstelle mit den ihr unterstellten Kripostellen bestand ein besonderes Tagebuch. Die einzelnen Kripoleitstellen waren mit römischen Ziffern gekennzeichnet, die auch im Aktenzeichen der verschiedenen Haftvorgänge erschienen. Aus den vorliegenden Einzelvorgängen können folgende Kennzahlen festgestellt werden:

I =	Kripoleitstelle	Königsberg/Pr.,
II =	"	Stettin,
III =	"	Berlin,
V =	"	Dresden,
VI =	"	Erfurt,
VII =	"	München,
VIII =	"	Stuttgart,
IX =	"	Frankfurt/Main,
X =	"	Köln,
XI =	"	Düsseldorf,
XII =	"	Hannover,
XIII =	"	Bremen,
XIV =	"	Hamburg,
XV =	"	Wien.

Danach trug z.B. ein Vorgang aus dem Bereich der Kripostelle Kiel, die der Kripoleitstelle Hamburg unterstand, das Aktenzeichen

REPA Tgb.Nr. XIV 4388 -A2a- oder
REPA Tgb.Nr. XIV 4394 -A2b-.

Leiter des Sachgebiets V A 2 a 5 war der Beschuldigte

Georg H ä t s c h e r ,
geb. am 6. Januar 1897 in Guhrau/Breslau,
damals Kriminalobersekretär,
Aufenthalt unbekannt.

Ihm unterstanden als Sachbearbeiter bzw. Kartei-
und Tagebuchführer:

Bd.II/165,
III/23,
VII/170,207

Kriminalsekretär Richard P a u l ,
geb. am 24. April 1894 in Rauscha,
angeblich verstorben,

Bd.II/256

KOA Bruno K u z i n a ,
geb. am 11. Juni 1908 in Klein-Ramsau/Ostpr.,
am 21. April 1963 verstorben,

Bd.III/20 ff.

Kriminalsekretär Erich B a h r k e ,
geb. am 20. November 1901 in Lubow,
wohnhaft in Berlin 65, Schöningstraße 4,

Bd.II/256

KOA Walter O t t e r s t e i n ,
geb. am 2. Juni 1905 in Berlin,
zuletzt Berlin-Mahlsdorf (SBS) wohnhaft,

Bd.VII/168

Kriminalsekretär Karl E l g l e b ,
geb. am 17. Januar 1881 in Sömmersda,
am 11. August 1966 verstorben,

Bd.II/72

Kriminalsekretär Otto S c h i k o r r a ,
geb. am 28. März 1883 in Groß-Schönforst,
am 25. Juli 1964 verstorben,

Kriminalsekretär Johannes H e i n s ,
geb. am 24. Februar 1890 in Gölldenitz,
am 20. Oktober 1952 verstorben,

Bd.V/6 ff.

KOA Wilhelm H a n a c k ,
geb. am 25. November 1907 in Niemeck,
wohnhaft in Berlin 65, Kösliner Straße 9,

Bd.X/232R

Kr.-Ang. Karl-Heinz G r u b b e ,
geb. am 8. April 1912 in Zoppot,
am 10. Oktober 1957 verstorben,

Bd.III/14 ff.

Kr.-Ang. Georg B u l l e r t ,
geb. am 11. September 1909 in Berlin,
wohnhaft in Berlin-Lankwitz, Blumenstraße 10,

Bd.II/165,V/10,
VII/6,43

G.-Ang. Irma B l a n k e n b u r g ,
weitere Personalien nicht bekannt,
soll verstorben sein,

Bd.X/192 ff.

G.-Ang. Ilse S p a n k a (verh. König),
geb. am 4. August 1923 in Torgelow,
wohnhaft in Berlin 36, Zeughofstraße 16,

1 AR (RSA) 444/65

KOA Ulrich W e l l n i t z ,
geb. am 19. Januar 1900 in Neustettin,
am 18. August 1945 verstorben,

1 AR (RSA) 1162/65

Kriminalsekretär Karl S t r o b e l ,
geb. am 10. Oktober 1902 in Magdeburg,
am 19. März 1966 verstorben,

Bd. II/166,
III/18, 24,
VII/45 d.A.

G. Ang. M e n n i n g ,
G. Ang. S c h w e i g e r ,
G. Ang. Frau Z e r b s t ,
weitere Personalien und Aufenthalt nicht
bekannt,

und ab Ende 1943/Anfang 1944

Bd. III
Bl. 181 ff.
d.A.

Kriminalsekretär Karl B r ä n d l e i n ,
geb. am 12. Januar 1898 in Böckingen,
wohnhaft in Wöllstein/Rhh., Marktstraße 27.

- 3) Als Sachgebiet V A 2 b 5 war dem Referat die
"Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeuner-
unwesens" angeschlossen. Sie war aus der
Zigeunerpolizeistelle München hervorgegangen
und im Jahre 1938 dem RKPA eingegliedert worden.
Im Geschäftsverteilungsplan des Amtes V ist als
Aufgabe der Reichszentrale die

GV-Plan
Amt V
S. 24/25

Erfassung und rassebiologische Einordnung
der Zigeuner und Zigeunermischlinge

angegeben. Leiter dieses Sachgebietes war von
Februar 1941 bis November 1943 der Beschuldigte

Bd. VIII
Bl. 190 ff.
d.A.

Wilhelm S u p p ,
geb. am 3. Juli 1906 in München,
damals SS-Hauptsturmführer und Kriminal-
kommissar,
wohnhaft in München 13, Schellingstr. 110.

Sein Nachfolger wurde der damalige SS-Obersturm-
führer und Kriminalkommissar

Bd. VII
Bl. 44, 176,
Bd. VIII
Bl. 36 d.A.

Hans S a n d n e r ,
geb. am 4. November 1915 in Essen-Stopp-
berg,
Schicksal ungeklärt.

Der Beschuldigte

Josef E i c h b e r g e r ,
geb. am 21. August 1896 in Endorf,
wohnhaft in München 90,
Peter-Auzinger-Straße 9/II,

war - zuletzt als Kriminalinspektor - Sachbe-

arbeiter und Vertreter des Sachgebietsleiters. Als weitere Sachbearbeiter bzw. Karteiführer waren in der Zentralstelle tätig:

der Beschuldigte

Bd.VII
Bl.173 ff.
d.A.

Bernhard B o n s e ,
geb. am 21. Juni 1902 in Berlin,
damals Kriminalobersekretär,
wohnhaf in Berlin 21, Bandelstraße 11,

der Beschuldigte

Bd.VII
Bl.175,177
d.A.

Richard M ü l l i n g ,
weitere Personalien nicht bekannt,
damals Kriminalobersekretär,

die Kriminalsekretäre

1 AR (RSHA)
195/66

Kurt B e c k e r ,
geb. am 20. März 1892 in Potsdam,
am 29. Januar 1967 verstorben,

und

Bd.VI/110a

Kurt Z a c h o w ,
geb. am 11. September 1900 in Klein-Daberkow,
am 23. April 1966 verstorben,

ferner

Bd.II/256

KOA Karl P r e u ,
geb. am 30. Januar 1907 in Klingenthal,
Aufenthalt nicht bekannt,

Kriminalassistent K o n a r s k i ,
weitere Personalien nicht bekannt,

und die

Bd.II/72

G.-Angest. Maria K a h l geb. Wewerke,
geb. am 1. Juni 1901,
Aufenthalt nicht bekannt,

sowie bis etwa Ende 1943 der bereits bei V A 2 a 5
genannte

Bd.III/181 ff.

Kriminalsekretär Karl B r ä n d l e i n .

In der Zeit von Mitte 1941 bis Mitte 1942 sowie von Anfang bis Mitte 1943 waren ferner verschiedene Beamte örtlicher Kripostellen als Hilfskräfte zur "Zigeunerzentrale" abgeordnet. Dazu gehörten u.a.

die Kriminalsekretäre

Bd.V/218 ff.

Gerhard J u n g e ,
geb. am 20. November 1906 in Brahlstorf,
wohnhaft in Hamburg-Fuhlsbüttel,
Schlehdornweg 4,

Bd.VII/85 ff.

Willi D ö r g e ,
geb. am 9. Oktober 1906 in Wolfenbüttel,
wohnhaft in Braunschweig, Querumer Straße 4,

und

Bd.V/139 ff.

Erich S t a r i c k ,
geb. am 19. Dezember 1904 in Proschin,
wohnhaft in Rinteln, Schraderstraße 16,
der, später nach Berlin versetzt, bis Kriegsende im
Sachgebiet V A 2 b 5 tätig war,
sowie wahrscheinlich

Bd.III/8,
V/143

Kriminalsekretär Heinrich S c h ü t t e l k o p f ,
geb. am 17. Februar 1900 in Hermagor,
Aufenthalt nicht bekannt,

Bd.III/184,
V/143, 221,
VII/83

Ambrosius (?) F r a n z ,
weitere Personalien nicht bekannt,
Heimatsdienststelle KPLSt München,

Bd.III/18

Bruno (?) H e m p e l ,
weitere Personalien nicht bekannt,
möglicherweise aus Düsseldorf,

und

Kriminalsekretär Z ö r m e r ,
weitere Personalien nicht bekannt,
möglicherweise aus Danzig.

- 4) Außer den bereits genannten Beamten waren folgende
Personen zeitweilig im Referat V A 2 tätig:

- a) Von Anfang Januar bis Ende September 1943 der
Beschuldigte

P-Heft Maly,
Bd.XI/132 ff.
d.A.
Dok.Bd.XII
Bl.18-59

Dr. Hans M a l y ,
geb. am 7. März 1907 in Köln,
wohnhaft in Köln-Rodenkirchen, Gneisenaustr. 25.

Er war als SS-Sturmbannführer und Kriminalrat
dem Referenten B ö h l h o f f direkt unter-
stellt und wurde ohne festes Arbeitsgebiet zur
Unterstützung bzw. Krankheitsvertretung der

Dienststellenleiter R i c h r a t h und O t t o eingesetzt.

- b) Von April 1944 bis Anfang 1945 der damalige SS-Sturm-
bannführer und Kriminalrat

Bd.VIII
Bl.175 ff. d.A.

Martin N a u c k ,
geb. am 18. Februar 1896 in Berlin,
wohnhaft in Tübingen, Lessingweg 13,

Bd.XI
Bl.17 ff.

gegen den das Verfahren bereits mit Verfügung vom
9. Februar 1967 eingestellt worden ist.

- c) Von Mai 1941 bis Frühjahr 1942 der Beschuldigte

Bd.VII/49 ff.

Dr. Werner G o r n i c k e l ,
geb. am 20. Oktober 1911 in Brandenburg,
Göttingen, Hainholzweg 48.

Dok.Bd.X
Bl.3,20,
37,44

Er war damals SS-Obersturmführer und Kriminal-
kommissar und dürfte nach den vorliegenden Doku-
menten der Vorgänger des Beschuldigten
L a n g e n a u als Leiter des Sachgebietes
V A 2 a 4 gewesen sein.

GV-Plan
Amt V
S.18/19

Ab Frühjahr 1942 wurde er im Referat V A 1 als
Leiter des Sachgebietes V A 1 c 2 - Sondersachen
Morgenmeldungen - geführt. Ihm unterstanden dort
als Sachbearbeiter

Bd.VIII/47 ff.

KK Paul W i s m a n n ,
geb. am 16. Mai 1895 in Bielefeld,
wohnhaft in Wiesbaden, Thaerstraße 18,

und

Kriminalsekretär L i l l ,
weitere Personalien nicht bekannt.

Als Schreibkräfte waren dem Sachgebiet die
G.-Angestellten

Bd.IX
Bl.208 ff.

Klara (verw.) L o r e n z geb. Stier,
jetzt verh. Lissigkeit,
geb. am 9. Mai 1902 in Berlin,
wohnhaft in Düsseldorf, Heinrichstraße 84

und

Käthe D ü r s t l i n g ,
weitere Personalien nicht bekannt,

zugeteilt.

Der Beschuldigte Dr. G o r n i c k e l war jedoch nur kurze Zeit mit der Zusammenstellung der Morgenmeldungen befaßt. Nachdem er den Zeugen W i B m a n n Mitte 1942 in dieses Aufgabengebiet eingeführt hatte, war er mit Sonderaufträgen - angeblich für die Gruppe V B des RSHA - beschäftigt. Im Juni 1943 wurde er zur Kriminalpolizeileitstelle Berlin versetzt.

Bd.VIII
Bl.48 d.A.

Bd.VII
Bl.51 d.A.
Bef.Bl.
29/43

- d) Aus der Zeit von Mitte Juni bis Mitte Juli 1943 liegen eine Reihe von Dokumenten des Referats V A 2 vor, die

A.A.

M a c h o n

gezeichnet sind. Insoweit konnten weder Personalien ermittelt noch festgestellt werden, ob es sich um einen ständigen Angehörigen des Referats oder möglicherweise um einen der zur "Zigeunerzentrale" abgeordneten Beamten handelt.

II.

Die Ermittlungen haben bestätigt, daß die von der Kriminalpolizei übernommenen Justizgefangenen durch das Referat V A 2 in Konzentrationslager eingewiesen worden sind. Auch die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Gestapo und Kripo hinsichtlich der Übernahme der Häftlinge ist geklärt. Sie ergibt sich aus dem von dem Referenten B ö h l h o f f unterzeichneten Schreiben des Reichskriminalpolizeiamtes vom 10. März 1943 - Nr. Allg. 4517 - A 2 - an die Kommandantur des KL Mauthausen. Darin heißt es u.a.:

Dok.Bd.
VIII
Bl.102

"Betrifft: Übernahme von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft

pp.

Die Geheime Staatspolizei ist zuständig für Juden, Polen, Russen pp. und politische Häftlinge, während das Reichskriminalpolizeiamt sonstige kriminelle Gefangene und Zigeuner einweist."

Hinsichtlich der Bearbeitung der Abgabeaktion innerhalb des Referats V A 2 und der Mitwirkung der einzelnen Referatsangehörigen hat sich folgendes ergeben:

Bd. IX
Bl. 192 ff.
d.A.

- A) Bei einer Dienststellenleiterbesprechung, die wahrscheinlich Ende Oktober/Anfang November 1942 stattfand, unterrichtete der Referent B ö h l h o f f die leitenden Beamten des Referats V A 2 über die bevorstehende Übernahme von Justizgefangenen auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Reichsjustizminister und Himmler. Er beauftragte gleichzeitig den Beschuldigten L a n g e n a u , die für die Durchführung der Übernahmeaktion innerhalb des RKPA erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Welche Verhandlungen im RSHA dieser Besprechung vorangegangen waren bzw. von wem und in welcher Form B ö h l h o f f die entsprechenden Anweisungen erhalten hatte, konnte bisher nicht festgestellt werden.

In der Folgezeit gingen beim Referat V A 2 die Listen des Reichsjustizministeriums mit den Namen der aus den einzelnen Vollzugsanstalten abzugebenden deutschen Sicherungsverwahrten und Zuchthausgefangenen sowie Zigeunern ein. Auf welchem Weg diese Listen zum Referat V A 2 gelangten, d.h. ob sie vom Reichsjustizministerium direkt dem Referat oder dem Amt V übersandt wurden, oder ob alle Listen zunächst bei einer anderen Dienststelle des RSHA eingingen und dort entsprechend der Zuständigkeitsabgrenzung auf die Ämter IV (Gestapo) und V (Kripo) verteilt wurden, ist nicht bekannt.

Die eingehenden Listen wurden vom Referat V A 2 jeweils an die Kripoleit- oder Kripostelle, in deren Bereich die betreffende Justizvollzugsanstalt lag, übersandt mit der Anweisung, die in der Liste genannten Häftlinge zu übernehmen und in ein bestimmtes Konzentrationslager zu überführen. Die entsprechenden Schreiben an die Kripo-leit-stellen entwarf der Beschuldigte

L a n g e n a u . Sie wurden dann nach seiner Gegenzeichnung von einem seiner Vorgesetzten unterschrieben. Ein derartiges Schreiben vom 26. November 1942 an die Kripoleitstelle München ist erhalten geblieben. Es hat folgenden Wortlaut:

Dok. Bd. VIII
Bl. 98

"REICHSKRIMINALPOLIZEIAMT Berlin C 2, den 26. November
Tgb.Nr.RKA Allg. 4517 A 2 1942

An den
Herrn Leiter der Kriminalpolizeistelle
o.V.i.A.
M ü n c h e n

Betrifft: Überführung von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft.

Anlage: 6 Listen

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei wird eine größere Anzahl von Justizgefangenen an die Polizei abgegeben und in polizeiliche Vorbeugungshaft genommen. Im Rahmen dieser Aktion sollen die in beiliegenden Listen aufgeführten Zigeuner in das Konzentrationslager Mauthausen, die Zigeunerinnen in das Frauenkonzentrationslager Auschwitz übergeführt werden.

Ich ersuche, für den beschleunigten Abtransport mittels Sammelwagen Sorge zu tragen. Die Effekten sind den Häftlingen für den Transport nicht auszuhändigen, sondern von den Strafanstalten direkt den Konzentrationslagern zu übersenden. Die beiliegenden Zweitschriften der Listen sind dem Konzentrationslager Mauthausen bzw. Auschwitz zu übergeben.

Nach Durchführung des Transportes ist mir zu berichten.

In Vertretung
gez. Dr. Schefe

Beglaubigt:
gez. Richter
Büroangestellte"

Hinweise auf weitere solche Schreiben unter demselben Aktenzeichen vom 13. November 1942 an die Kripostelle Kiel (Transport aus der Sicherungsanstalt Rendsburg nach dem KL Mauthausen), vom 29. Dezember 1942 an die Kripoleitstelle München (Transport aus dem Zuchthaus Kaisheim nach dem KL Mauthausen) und vom 11. März 1944

Dok. Bd. VIII
Bl. 97

Dok. Bd.
Kaisheim
Bl. 56, 61, 73

Dok.Bd.VIII
Bl.109

an die Kripostelle Kiel (Transport aus der Landesheilanstalt Schleswig in das KL Neuengamme) ergeben sich aus aufgefundenen Personenakten der Kripostelle Kiel bzw. der Kripoleitstelle München.

Von wem und nach welchen Gesichtspunkten die als Zielorte der Transporte angegebenen Konzentrationslager bestimmt wurden, konnte bisher nicht geklärt werden.

Dok.Bd.VIII
Bl.110-117

Die Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Häftlingstransporte von den Vollzugsanstalten zu den Konzentrationslagern oblag den örtlichen Kripostellen, die auch die Konzentrationslager von der voraussichtlichen Ankunft der Transporte verständigten. Nach Ablieferung der Transporte in den Konzentrationslagern erstatteten die Kripostellen dem Referat V A 2 Vollzugsmeldung. Die Konzentrationslager hatten dem RKPA Einweisungsbestätigungen für die übernommenen Häftlinge zu übersenden. Welche sonstigen Anweisungen die KL hinsichtlich der Übernahme der Justizgefangenen erhielten und von welcher Dienststelle sie erlassen wurden, ist bisher nicht bekannt.

Dok.Bd.VIII
Bl.99

In den ersten Monaten der Abgabeaktion scheint sich insbesondere im KL Mauthausen, in das zahlreiche große Transporte geleitet wurden, die Versendung der Einweisungsbestätigungen verzögert zu haben. Das RKPA schrieb am 12. Januar 1943 unter dem Aktenzeichen - Allg. 4517/42 - A 2 - an die Kommandantur des KL Mauthausen:

"Betrifft: Übernahme von Sicherungsverwahrten in polizeiliche Vorbeugshaft

Von den dort im Rahmen der z.Zt. laufenden Sonderaktion in erheblicher Zahl eingewiesenen Justizgefangenen sind bisher keine Einweisungsbestätigungen eingegangen. Da diese Mitteilungen zur Weiterbearbeitung der hiesigen Akten dringend benötigt werden, bitte ich um umgehende Erledigung."

Das Schreiben ist von dem Beschuldigten Dr. M a l y gezeichnet, für den sich im übrigen keine weiteren Hinweise auf eine Mitwirkung an der Abgabeaktion ergeben haben.

Bd.IX
Bl.195 ff. d.A.

Im Referat V A 2 wurde für jeden übernommenen Justiz-

gefangenen eine Karteikarte angelegt. Jeder Häftling erhielt eine Tagebuchnummer, und zwar mit der Kennzahl der für seinen letzten Wohnort vor der Inhaftierung zuständigen Kripo(leit)stelle. Dabei wurde die Gesamtzahl der übernommenen Gefangenen etwa gleichmäßig auf die Dienststellen V A 2 a und V A 2 b verteilt, ohne Rücksicht darauf, ob es sich jeweils um einen Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher oder um einen "Asozialen" im Sinne der Erlasse über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung handelte.

Nach Eingang der Vollzugsmeldung der örtlichen Kripo-stelle und der Übernahmebestätigung des Konzentrations-lagers wurden die für den letzten Wohnort der einzelnen Häftlinge zuständigen Kripo(leit)stellen von der Über-stellung benachrichtigt. Dazu wurde ein Vordruck ver-wendet, der folgenden Wortlaut hatte:

Bd.IX
Bl.195 d.A.

P-Heft
Böhlhoff
Bl.28

Dok.Bd.XIII

"Reichskriminalpolizeiamt Berlin, den
Tgb.Nr. A 2 ...

An die
 Staatliche Kriminalpolizei
 Kriminalpolizei(leit)stelle
 in

Betrifft: Vorbeugungshäftling
 geb. am in
 zuletzt wohnhaft in

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reichs-minister der Justiz und dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei ist u.a. der Obenbezeichnete als Vorbeugungshäftling übernommen worden.

Der z.Zt. im Konzentrationslager
einsitzende Häftling ist nunmehr bei der dortigen
Stelle als Vorbeugungshäftling zu führen. Das Konzen-
trationslager ist entsprechend verständigt worden.

Die Übersendung der üblichen Haftunterlagen ist z.Zt.
nicht erforderlich.

A.A.

....."

Für die erwähnte Mitteilung an das Konzentrationslager wurde folgender Vordruck benutzt:

Dok.Bd.VIII
Bl.103

"Reichskriminalpolizeiamt Berlin, den
Tgb.Nr. A 2 ...

An die
Kommandantur des Konzentrationslagers
in

Betrifft: Vorbeugungshäftling
geb. am in

Den im Rahmen der Sonderaktion von der Justiz übernommenen obenbezeichneten Vorbeugungshäftling habe ich der Kriminalpolizei(leit)stelle zugewiesen.

Diese Stelle gilt nunmehr als "einweisende Stelle".

A.A.

....."

Bd.IX
Bl.196,
Bd.V
Bl.136 d.A.

Zur Erledigung dieser Arbeiten wurde dem Beschuldigten L a n g e n a u als ständige Hilfskraft der Kriminalassistent K l i n k e (vorher V A 2 b 4) zugeteilt. Wegen des großen Arbeitsanfalls wurden daneben besonders in den ersten Monaten der Aktion auch andere Beamte und Angestellte aus den verschiedenen Sachgebieten des Referats bzw. der Gruppe, teils nur kurzfristig oder tageweise, zum Ausfüllen und Unterschreiben der Mitteilungen herangezogen. Später scheinen diese Arbeiten weitgehend von den Tagebuch- und Karteiführern des Sachgebietes V A 2 a 5 ausgeführt worden zu sein.

Bd.V
Bl.141,219
d.A.

In den bisher ausgewerteten Personenakten übernommener Justizhäftlinge befinden sich Mitteilungsschreiben mit den Unterschriften folgender Personen:

Dok.Bd.XIII

KA K l i n k e

aus der Zeit vom 2. Februar bis 23. Juni 1943 und vom 25. Februar bis 13. März 1944,

- KS L i l l (V A 1 c 2)
vom 28. Dezember 1942, 14. Januar und 12. März 1943,
- KS B r ü n i n g (V A 2 a 1)
vom 24. März 1943,
- KOA M o n t k o w s k i (V A 2 a 1)
vom 8. Juli 1943,
- KS B a s c h i n (V A 2 a 3)
vom 30. April 1943,
- KOS D o h s e (V A 2 a 4)
vom 6. Januar, 19. und 24. März sowie
23. April 1943,
- KI C l a u s i n g (V A 2 a 4)
vom 20. Januar und 23. April 1943,
- KOA H a r d e g e n (V A 2 a 4)
vom 5. Februar und 29. April 1943,
- KS T e ß m a n n (V A 2 b 1)
vom 20. Januar und 19. März 1943,
- KS i.R. R o e s e (V A 2 b 3)
vom 29. Januar und 24. März 1943,
- KS E r n y (V A 2 b 4)
vom 9. Februar 1943,
- KS D ö r g e (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 28. Januar 1943,
- KS J u n g e (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 28. Januar, 22. Februar und 23. März 1943,
- KS S c h ü t t e l k o p f (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
aus den Monaten Januar und Februar 1943,
- KS Z ö r m e r (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 29. Januar, 26. Februar und 1. März 1943,
- KS S t a r i c k (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
aus dem Monat Februar 1943,
- KS F r a n z (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
aus dem Monat Februar 1943,

KS H e m p e l (zu V A 2 b 5 abgeordnet)
vom 23., 25. und 26. März 1943,
Kr.-Ang. B u l l e r t (V A 2 a 5)
aus den Monaten Februar, März und Mai 1943,
KS S c h i k o r r a (V A 2 a 5)
aus der Zeit von Mai 1943 bis August 1944,
KOA K u z i n a (V A 2 a 5)
aus der Zeit von Mai 1943 bis April 1944,
Frau Z e r b s t (V A 2 a 5)
vom 22. Juni 1943,
KS E l g l e b (V A 2 a 5)
vom 30. Juni 1943,
KOA O t t e r s t e i n (V A 2 a 5)
vom 4. Mai 1944,
KS B r ä n d l e i n (V A 2 a 5)
vom 4. Mai und 28. Juni 1944,
M a c h o n (Dienststelle unbekannt)
aus den Monaten Juni und Juli 1943.

Der tatsächliche Umfang der Tätigkeit der Genannten im Rahmen der Abgabeaktion steht nicht fest, da bisher nur für einen kleinen Teil der übernommenen Justizgefangenen Personenakten aus den Beständen der Kripo(leit)stellen Köln, Kiel, München, Nürnberg, Wuppertal und Bochum aufgefunden worden sind. Ebenso ist nicht sicher, ob alle zum Ausschreiben der Mitteilungen eingesetzten Beamten bereits erfaßt sind.

Die karteimäßige Registrierung der übernommenen Häftlinge sowie die Benachrichtigung der Kripo(leit)stellen und Konzentrationslager dürften von dem Geschäftsleiter des Referats V A 2, dem Beschuldigten H ä t s c h e r , mitgeplant und überwacht worden sein. Er soll auch den Zeugen J u n g e in diese Arbeiten eingeführt haben.

Alle nach dem Absenden der Mitteilungsschreiben noch erforderlichen Maßnahmen wurden - wie bei den sonstigen

Bd.V
Bl.220 d.A.

Vorbeugungshaftsachen - in den Sachgebieten V A 2 a 3, V A 2 a 4, V A 2 b 3 und V A 2 b 4 erledigt. Haftprüfungen von Amts wegen wurden bei den übernommenen Justizgefangenen allerdings nicht durchgeführt, so daß nur die Bearbeitung von Entlassungsgesuchen und von Todesmeldungen in Betracht kam. In der Regel verständigte das Konzentrationslager entsprechend den allgemeinen Anweisungen sowohl das RKPA als auch die örtliche Kripostelle ("einweisende Stelle") von dem Tode eines KL-Häftlings. Die übernommenen Justizgefangenen waren jedoch oft schon verstorben, ehe das KL vom Referat V A 2 die Mitteilung der für den Häftling zuständigen Kripostelle erhalten hatte. In diesen Fällen meldete das KL den Tod des Häftlings nur dem Referat V A 2, das dann die für den letzten Wohnort des Verstorbenen zuständige örtliche Stelle benachrichtigte. Diese Fälle waren besonders in den ersten Monaten der Aktion so häufig, daß auch für diese Benachrichtigungen ein Formular hergestellt und benutzt wurde. Es hatte folgenden Wortlaut:

Bd. IX
Bl. 196, 197
d. A.

Dok. Bd. VIII
Bl. 105 ff.

"Reichskriminalpolizeiamt
Tgb. Nr.

Berlin, am 194..

S c h n e l l b r i e f

An die

Staatliche Kriminalpolizei
- Kriminalpolizei-leit-stelle -

in

Betrifft: Tod eines Vorbeugungshäftlings

- - - - -

Nach Mitteilung des Konzentrationslagers
ist der im Rahmen der z. Zt. laufenden Sonderaktion in
polizeiliche Vorbeugungshaft übernommene Justizge-
fangene
wohnhaft gewesen in
am 1942 an
verstorben.

..... verbüßte zuletzt Strafe für die
Staatsanwaltschaft
zu Akt. Z.

Ich ersuche, sofort Angehörige zu ermitteln und sie ge-
mäß Erlaß des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen
Polizei vom 21.5.1942 zu benachrichtigen. Name und

Anschrift der ermittelten Angehörigen sind umgehend dem Konzentrationslager und hierher mitzuteilen.

Im Auftrage
gez. Langenau"

Dok.Bd.
Mauth.II
Bl.13

Dok.Bd.Ia
Bl.86

Dok.Bd.Ia
Bl.89

Bd.V
Bl.137,221,
Bd.VII
Bl.40,165,
Bd.IX
Bl.197,198,
Bd.X
Bl.195 d.A.

Bd.VIII
Bl.156 ff.
d.A.

Die Gesamtzahl der Todesfälle ist nicht bekannt. In den Monaten Dezember 1942 und Januar 1943, in denen die Sterblichkeit unter den Justizgefangenen am höchsten war, verstarben allein im KL Mauthausen täglich bis zu 70 der neu eingelieferten Häftlinge. In einem an H i m m l e r gerichteten Schreiben vom 18. März 1943 teilte der Chef des SS-WVHA, P o h l , mit, daß nach dem Stande vom 1. März 1943 von 10.191 übernommenen Sicherungsverwahrten 3.853 verstorben seien, davon entfielen 3.306 Tote auf 7.587 in das KL Mauthausen/Gusen eingelieferte Häftlinge. Nach einer weiteren Mitteilung P o h l s im Entwurf eines Schreibens an den Reichsminister der Justiz waren am 1. April 1943 von 12.658 übernommenen Sicherungsverwahrten bereits 5.935 verstorben. Dabei dürfte allerdings die Bezeichnung "Sicherungsverwahrte" alle Gruppen der abgegebenen Justizgefangenen umfassen. Etwa ab Sommer 1943 ging die Zahl der Todesfälle etwas zurück.

Aus den beim Referat V A 2 eingehenden Todesmeldungen der KL erkannten der Beschuldigte L a n g e n a u und andere Referatsangehörige spätestens im Frühjahr 1943 die hohe Sterblichkeit bei den übernommenen Justizgefangenen. Sowohl die Zahl der Todesfälle als auch die von den KL angegebenen Todesursachen wurden innerhalb des Referats erörtert. Hinsichtlich der Ursache für die hohe Sterblichkeit wurden verschiedene Vermutungen geäußert. Der Beschuldigte L a n g e n a u trug die große Zahl von Todesfällen unter den Justizgefangenen dem Referenten B ö h l h o f f vor. Dieser unterrichtete den Beschuldigten W e r n e r , der jedoch keinen Anlaß für irgendwelche Anfragen oder Maßnahmen sah. Die Durchführung der Häftlingstransporte wurde nicht unterbrochen.

Die Gesamtzahl der als Vorbeugungshäftlinge übernommenen und durch das RKPA in Konzentrationslager eingewiesenen Justizgefangenen kann nur annähernd bestimmt werden.

Dok.Bd.Ia
Bl.101

Nach einer Gesamtaufstellung des Reichsjustizministeriums waren aus den Strafanstalten der einzelnen OLG-Bezirke neben den in die Zuständigkeit der Gestapo fallenden Häftlingsgruppen

224 Zigeuner,
7.099 deutsche Sicherungsverwahrte,
5.068 deutsche Zuchthausgefangene mit
anschließender Sicherungsverwahrung

zusammen 12.391 Gefangene ohne weitere Prüfung abzugeben.

Dok.Bd.Ia
Bl.103

Aus dem Tätigkeitsbericht der Abteilung XV des Reichsjustizministeriums vom 23. Februar 1944 ergibt sich, daß weitere 2.464 Zuchthausgefangene nach individueller Prüfung abgegeben worden sind. Dazu kommt noch eine unbekannte Zahl von Personen, die gemäß § 42 b StGB in Heil- oder Pflegeanstalten untergebracht waren und Anfang 1944 in Konzentrationslager eingewiesen wurden. Insgesamt dürften mindestens 15.000 Justizgefangene als Vorbeugungshäftlinge übernommen worden sein.

Dok.Bd.Ia
Bl.92,102

Dok.Bd.
Heil-u.Pflege-
anstalten

B) Für eine Tätigkeit weiterer Angehöriger des Referats V A 2 bzw. der Gruppe V A im Rahmen der Abgabeaktion haben sich keine ausreichenden Nachweise ergeben. Zwar hat der Beschuldigte L a n g e n a u , der seine Beteiligung in dem geschilderten Umfang zugibt, angedeutet, daß neben ihm möglicherweise weitere Beamte des gehobenen Dienstes daran mitgewirkt hätten. Er will insoweit jedoch keine Namen nennen können.

Bd.IX
Bl.199

1) Sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Beschuldigte R i c h r a t h , bestreitet jede Mitwirkung. Er gibt an, er habe an der Dienststellenleiterbesprechung, in der der Beschuldigte L a n g e n a u

Bd.X
Bl.161 ff.
d.A.

Dok.Bd.
X, XII

Dok.Bd.XIV

den Auftrag zur Durchführung der Abgabeaktion erhielt, nicht teilgenommen und sei auch während der ersten Monate der Übernahme nicht im Dienst gewesen. Nach einer Röntgenuntersuchung am 14. Oktober 1942 sei er für längere Zeit krankgeschrieben gewesen und habe möglicherweise 29 Tage im Krankenhaus gelegen. In den Monaten Januar und Februar 1943 habe er eine Kur in Karlsbad gemacht. Erst nach seiner Rückkehr von der Kur habe er - wahrscheinlich durch den Referenten B ö h l h o f f - von der Übernahme der Justizgefangenen erfahren. Nähere Einzelheiten über die Grundlagen und die Durchführung der Aktion seien ihm jedoch nicht mitgeteilt worden. Auch in der Folgezeit sei er dienstlich nicht damit befaßt gewesen. Diese Angaben können nicht mit ausreichender Sicherheit widerlegt werden. Aus der Zeit vom 13. Oktober bis 1. Dezember 1942 und vom 5. Januar bis 16. Februar 1943 konnten bisher keine von dem Beschuldigten R i c h r a t h gezeichneten Schreiben aufgefunden werden. Seine Anwesenheit im Dienst ist daher für die Zeit der Vorbereitung der Aktion und für die erwähnte Dienststellenleiterbesprechung nicht nachweisbar. Dagegen liegen Dokumente vor, aus denen sich seine Anwesenheit für die Zeit vom 2. Dezember 1942 bis 4. Januar 1943 ergibt. Spätestens im Dezember 1942 - nicht erst im März 1943 - mußte der Beschuldigte R i c h r a t h von der Übernahme der Justizgefangenen erfahren haben. Es besteht auch ein erheblicher Verdacht, daß er als Leiter der Dienststelle V A 2 a mindestens im Dezember 1942 und ab Mitte Februar 1943 aktiv an der Durchführung der Aktion mitgewirkt hat, zumal das von ihm geleitete Sachgebiet V A 2 a 1 ausdrücklich für die "Zusammenarbeit mit der Justiz in Fragen der Sicherungsverwahrung" zuständig war. Da jedoch weder entsprechende Dokumente aufgefunden werden konnten, noch der Beschuldigte L a n g e n a u oder andere Referatsangehörige Angaben über eine Beteiligung des Beschuldigten R i c h r a t h an der Übernahme der

Justizgefangenen gemacht haben, kann ein ausreichender Nachweis insoweit nicht geführt werden.

- 2) Aus den Angaben der Zeuginnen *L i s s i g k e i t* und *K ö n i g* ergibt sich der Verdacht, daß der Beschuldigte Dr. *G o r n i c k e l* an der Abgabeaktion mitgewirkt hat. Die Zeugin *L i s s i g k e i t* war im Herbst 1942 oder im Frühjahr 1943 kurze Zeit für den Beschuldigten Dr. *G o r n i c k e l* tätig. Sie hatte für ihn nach Listen Karteikarten für Personen mit längeren Zuchthausstrafen auszuschreiben. Die Karteikarten erhielten den Vermerk "Verfahren X" und standen möglicherweise mit der Abgabeaktion in Zusammenhang. Nach den Angaben der Zeugin *K ö n i g* hatte der Beschuldigte Dr. *G o r n i c k e l* engen Kontakt zu dem Beschuldigten *L a n g e n a u* und arbeitete möglicherweise mit diesem zusammen. Beide sollen häufig zu Rücksprachen bei dem Referenten *B ö h l h o f f* und bei dem Beschuldigten *R i c h r a t h* gewesen sein. Auch der Beschuldigte *G r a h n e i s* meint, daß die Beschuldigten *L a n g e n a u* und Dr. *G o r n i c k e l* zusammengearbeitet haben.

Der Beschuldigte Dr. *G o r n i c k e l* behauptet, er sei von Ende Mai 1942 für etwa ein Jahr zur Gruppe V B des RKPA abgestellt gewesen und habe dort Kriegswirtschaftsverbrechen bearbeitet. Anschließend sei er zur KPLSt Berlin versetzt worden, ohne noch einmal im Referat V A 2 tätig gewesen zu sein. Von der Übernahme der Justizgefangenen habe er weder erfahren, noch habe er daran mitgewirkt.

Demgegenüber können sich die Zeuginnen *L i s s i g k e i t* und *K ö n i g* an eine Abordnung des Beschuldigten zur Gruppe V B nicht erinnern. Nach ihren Angaben und nach der Aussage des Zeugen *H a n a c k* soll er mindestens bis Ende 1942 oder Frühsommer 1943 im Referat tätig gewesen sein. Diese Aussagen reichen jedoch zum Nachweis einer Beteiligung des Beschuldigten Dr. *G o r n i c k e l* an der Abgabeaktion

Bd.IX
Bl.208,209

Bd.X
Bl.194

Bd.VII
Bl.206

Bd.VII
Bl.51 ff. d.A.

Bd.IX
Bl.209,
Bd.X
Bl.195,
Bd.V
Bl.10 d.A.

nicht aus. Andere Beweismittel liegen nicht vor.

Bd.VII
Bl.40,175,
203,
Bd.VIII
Bl.187,193 ff.
d.A.

3) Für die Beschuldigten G r ö s c h e (V A 2 a 2), G r a h n e i s (V A 2 a 3), E r d m a n n (V A 2 b 4), S u p p , S a n d n e r , E i c h b e r g e r , B o n s e und M ü l l i n g (alle V A 2 b 5) haben die Ermittlungen keine Anhaltspunkte für eine Mitwirkung bei der Übernahme der Justizgefangenen ergeben. Diese Beschuldigten bestreiten, soweit sie vernommen werden konnten, in irgendeiner Weise an der Planung oder Durchführung der Aktion beteiligt gewesen zu sein. Sie sind weder von anderen vernommenen Referatsangehörigen als Beteiligte genannt worden, noch liegen mit der Aktion in Zusammenhang stehende Schriftstücke vor, die ihre Unterschrift oder ihr Handzeichen tragen.

4) Der Beschuldigte Dr. M e n k e ist in das Verfahren einbezogen worden, weil der Verdacht bestand, daß er als Vertreter des Gruppenleiters V A an der Planung und Vorbereitung der Abgabeaktion beteiligt war. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Beschuldigte bei Beginn der Übernahme der Justizgefangenen noch nicht Vertreter des Gruppenleiters war. Für eine Mitwirkung an den vorbereitenden Verhandlungen in seiner Eigenschaft als Leiter des Referats V A 1 liegen keine Beweise vor.

Bd.X
Bl.84 ff. d.A.

Der Beschuldigte gibt an, er habe erst nach Kriegsende von der Aktion erfahren. Sowohl der Beschuldigte W e r n e r als auch Dr. S c h e f e hätten die Gruppe sehr straff geführt und in Einzelfragen nur direkt mit den betroffenen Referenten verhandelt. Das Referat V A 1 sei bei der Entscheidung von Sachfragen aus den einzelnen Referaten nicht beteiligt worden.

Diese Einlassung kann nicht widerlegt werden. Es haben sich auch keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Beschuldigte Dr. M e n k e in anderer Weise an der Durchführung der Aktion oder bei späteren Verhandlungen über die Abgabe weiterer Gruppen von Justizgefangenen mitgewirkt hat.

- C) Der Beschuldigte L a n g e n a u hat durch seine Tätigkeit im Rahmen der Abgabeaktion objektiv den Mord an einer noch unbestimmten Anzahl von Justizgefangenen gefördert. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen kann dem Beschuldigten jedoch der subjektive Tatbestand der Beihilfe zum Mord nicht nachgewiesen werden.

Der Beschuldigte bestreitet gewußt zu haben, daß die Häftlinge "zur Vernichtung durch Arbeit" an die Polizei abgegeben wurden. Er gibt an, die Maßnahme sei in der Dienststellenleiterbesprechung von dem Referenten B ö h l h o f f damit begründet worden, daß in den Konzentrationslagern Zweige der Rüstungsindustrie installiert seien und die Justizgefangenen dort zweckdienlicher eingesetzt werden könnten als in den Strafanstalten, die überdies wegen der Nichtanrechnung der in der Kriegszeit verbüßten Strafe überfüllt seien. Auch später sei ihm weder gesagt noch angedeutet worden, daß das Ziel der Aktion die Vernichtung der übernommenen Justizgefangenen sei. Den Vermerk des Reichsjustizministers über seine Besprechung mit H i m m l e r am 18. September 1942 habe er nicht gekannt.

Die Zahl der vor Übernahme der Justizgefangenen aus den KL eingehenden Todesmeldungen habe ihm keinen Anlaß zu Bedenken gegeben, zumal er keine Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich der in Strafhaft verstorbenen Gefangenen besessen hätte. Über den Grund für die hohe Zahl von Todesfällen bei den übernommenen Häftlingen hätte er nur Vermutungen anstellen können. Da der Beginn der Übernahmeaktion in die Wintermonate fiel, habe die Möglichkeit bestanden, daß die Konzentrationslager auf die Vielzahl der zu übernehmenden Häftlinge nicht genügend vorbereitet waren und die erforderlichen Unterkunfts-

Bd. IX
Bl. 192, 193
d.A.

Bd. IX
Bl. 197, 198
d.A.

und Schlafgelegenheiten nicht zur Verfügung standen. Andererseits könnten auch die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen zu einer erhöhten Sterblichkeit geführt haben.

Bd.IX
Bl.198 d.A.

Zu seiner eigenen Einstellung erklärt der Beschuldigte:
"Ich hätte es selbstverständlich nicht gebilligt, daß man die Justizhäftlinge Umständen aussetzte, durch die sie mit großer Wahrscheinlichkeit zu Tode kommen mußten."

Diese Einlassungen können mit den vorhandenen Beweismitteln nicht widerlegt werden. Weder aus den Aussagen der Zeugen und Mitbeschuldigten noch aus den bisher aufgefundenen Dokumenten ergeben sich Anhaltspunkte dafür, daß der Beschuldigte L a n g e n a u oder andere Referatsangehörige die Vernichtung der Justizgefangenen als Ziel der Abgabeaktion ansahen. Nach den Angaben des Zeugen K l i n k e soll auch der Beschuldigte L a n g e n a u den Einsatz der Häftlinge zu nützlicher Arbeit als Grund für die Übernahme bezeichnet haben.

Bd.V
Bl.135,137
d.A.

Bd.VIII
Bl.153

Eine ähnliche Begründung soll der Amtschef N e b e dem Beschuldigten W e r n e r gegeben haben. Die übrigen Zeugen und Mitbeschuldigten wollen dagegen über die Grundlagen und den Zweck der Aktion überhaupt nichts erfahren haben.

Dok.Bd.IX
Bl.25

Tatsächlich bestanden im Herbst und Winter 1942 verstärkte Bestrebungen, den Bestand an Arbeitskräften in den Konzentrationslagern zu erhöhen. Neben der Übernahme der Justizgefangenen wurde mit Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - Nr. IV - 656/42g - vom 17. Dezember 1942 die Festnahme und vereinfachte Einweisung von 35.000 arbeitsfähigen Häftlingen angeordnet mit dem ausdrücklichen Hinweis: "Es kommt auf jede Arbeitskraft an!" Ferner wurden alle polnischen Häftlinge aus den Gefängnissen des Generalgouvernements in KL überführt. Auch der Chef des SS-WVHA, P o h l, scheint davon ausgegangen zu sein, daß die Abgabe der Justizgefangenen nicht zur Vernichtung, sondern zum Arbeitseinsatz erfolgte. In dem schon erwähnten Ent-

Dok.Bd.Ia
Bl.70

Dok.Bd.Ia
Bl.89,90

wurf eines Schreibens an den Reichsjustizminister weist er auf den schlechten Gesundheitszustand der bereits übernommenen Sicherungsverwahrten hin und führt aus:

"Ich möchte in den Konzentrationslagern keine Siechenstationen unterhalten, weil ich jeden Platz für eine gesunde Arbeitskraft benötige. Die den Konzentrationslagern vom Führer gestellten Rüstungsaufgaben können aber nur mit vollwertigen Arbeitskräften durchgeführt werden.

Ich bitte Sie, Herr Reichsminister, mich hierin zu unterstützen und anzuordnen, daß nur gesunde und voll arbeitsfähige Sicherungsverwahrte in die Konzentrationslager eingewiesen werden."

Unter diesen Umständen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Übernahme der Justizgefangenen gegenüber den Angehörigen des Referats V A 2 mit der Notwendigkeit des Arbeitseinsatzes begründet worden ist.

Die Ermittlungen haben auch keinen ausreichenden Nachweis dafür erbracht, daß der Beschuldigte L a n g e n a u auf Grund seiner Tätigkeit im Referat "Vorbeugung" der Kriminalpolizeileitstelle Berlin und im Referat V A 2 schon bei Beginn der Häftlingstransporte wußte, daß die Sterblichkeit der KL-Häftlinge weit über dem Durchschnitt anderer Haftanstalten lag, und daß er deshalb - unabhängig von der Zielsetzung der Aktion - damit rechnete, daß die übernommenen Häftlinge durch die in den Konzentrationslagern herrschenden lebensbedrohenden Umstände zu Tode kommen würden. Gegen eine solche Annahme könnte auch der Umstand sprechen, daß das starke Ansteigen der Todesmeldungen in den ersten Monaten der Aktion den Beschuldigten veranlaßte, dem Referatsleiter darüber zu berichten. Für die Folgezeit kann dem Beschuldigten nicht widerlegt werden, daß er darauf vertraute, etwaige Mißstände würden auf Intervention seiner Vorgesetzten bei den verantwortlichen Stellen beseitigt werden. Darüber hinaus haben sich keine Hinweise dafür ergeben, daß der Beschuldigte erkannt hat, daß der Tod der Justizgefangenen unter den besonderen Tatbestandsvoraussetzungen des Mordes herbeigeführt wurde.

Eine Strafverfolgung wegen Beihilfe zum Totschlag oder wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge wäre verjährt.

Bei den Beschuldigten Dr. M a l y und H ä t s c h e r sowie bei den als Hilfskräften eingesetzten Referatsangehörigen kann bereits zweifelhaft sein, ob die ihnen nachweisbare Tätigkeit im Rahmen der Abgabeaktion die Tötung der übernommenen Gefangenen objektiv gefördert hat. Selbst wenn diese Tätigkeit als Beihilfehandlung zu werten wäre, könnte jedenfalls der subjektive Tatbestand der Beihilfe zum Mord auch bei diesen Referatsangehörigen nicht nachgewiesen werden. Insoweit gelten dieselben Erwägungen wie für den Beschuldigten L a n g e n a u .

Hinsichtlich der Tätigkeit des Beschuldigten W e r n e r, der sowohl die Kenntnis von dem Ziel der Abgabeaktion als auch jede eigene Beteiligung bestreitet, sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Sein Verhalten kann deshalb noch nicht beurteilt werden.

2. Das Verfahren gegen die Beschuldigten

Gerhard B o n s e (lfd.Nr. 8),
Josef E i c h b e r g e r (lfd.Nr. 11),
Albert E r d m a n n (lfd.Nr. 12),
Dr. Werner G o r n i c k e l (lfd.Nr. 19),
Karl G r a h n e i s (lfd.Nr. 20),
Albert G r ö s c h e (lfd.Nr. 21),
Georg H ä t s c h e r (lfd.Nr. 23),
Karl-Heinz L a n g e n a u (lfd.Nr. 39),
Dr. Hans M a l y (lfd.Nr. 41),
Dr. Josef M e n k e (lfd.Nr. 43),
Richard M ü l l i n g (lfd.Nr. 45),
Eduard R i c h r a t h (lfd.Nr. 53),
Hans S a n d n e r (lfd.Nr. 58),
Wilhelm S u p p (lfd.Nr. 60)

wird aus den Gründen des Vermerks zu 1. gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

3. Herrn AL 5
mit der Bitte um Ggz.

Hdz. Pagel
17. Apr. 1969

4.-5. pp.

Berlin, den 17. April 1969

Bilstein
Erste Staatsanwältin

V.

1) zu schreiben (1 Leseschr.) an

- ✓ a) Herrn Bernhard B o n s e ,
1 Berlin 21, Bandelstr.11,
- ✓ b) Herrn Josef E i c h b e r g e r ,
8 München 90, Peter-Auzinger-Str.9/II,
- ✓ c) Herrn Dr. Werner G o r n i c k e l ,
34 Göttingen, Hainholzweg 48,
- ✓ d) Herrn Karl G r a h n e i s ,
1 Berlin 65, Schöningstr.4,
- ✓ e) Herrn Albert G r ö s c h e ,
341 Northeim(Han), Bürgermeister-Peters-Str.2,
- ✓ f) Herrn Karl-Heinz L a n g e n a u ,
439 Gladbeck(Westf.),Wiesenstr.10,
- ✓ g) Herrn Dr. Josef M e n k e ,
1 Berlin-Britz, Malchiner Str. 125b b. Preuß,
- ✓ h) Herrn Eduard R i c h r a t h ,
23 Kiel, Rendsburger Landstr. 7,
- ✓ i) Herrn Wilhelm S u p p ,
8 München 13, Schellingstr.110

Sehr geehrter Herr..... !

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen ^{in Konzentrationslager} "zur Vernichtung durch Arbeit"- , zu dem Sie am

- ✓ a) 30. September 1966,
- ✓ b) 8. November 1966,
- ✓ c) 19. und 23. September 1966,
- ✓ d) 6. Oktober 1966,
- ✓ e) 22. September 1966,
- ✓ f) 8. Dezember 1966,
- ✓ g) 4. Januar 1967,
- ✓ h) 16. Januar 1967,
- ✓ i) 9. November 1966

verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll

2) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herrn

Dr. Hans M a l y

5 Köln-Rodenkirchen

Gneisenastr.25

Sehr geehrter Herr Dr. Maly !

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 7. Dezember 1966 staatsanwalt-schaftlich und am 13. Januar 1967 richterlich vernommen werden sollten, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll

3) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herren Rechtsanwälte

Weidling, Zapf und Grabolle

341 Northeim (Han.)

Postfach 242

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ^{Anhänger} Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes;
hier: gegen Herrn Albert G r ö s c h e,
Northeim, Bürgermeister-Peters-Str.2

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte !

Das Ermittlungsverfahren gegen Ihren Mandanten Albert G r ö s c h e wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrations-lager "zur Vernichtung durch Arbeit" - (verantwortliche Vernehmung vom 22. September 1966) habe ich mit Verfü-gung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll

4) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herrn Rechtsanwalt

Rainer Buchholz

1 Berlin 15

Kurfürstendamm 237

85

frühere

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen/Angehörige des
ehem. Reichssicherheitshauptamtes;
hier: gegen Herrn Karl G r a h n e i s,
Berlin 65, Schöningstr.4

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Das Ermittlungsverfahren gegen Ihren Mandanten Karl
G r a h n e i s wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung
an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrations-
lager "zur Vernichtung durch Arbeit" - (verantwortliche
Vernehmung vom 6. Oktober 1966) habe ich mit Verfügung
vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll

5) zu schreiben (1 Leseschr.)

Herrn Rechtsanwalt und Notar

Jos. S c h ü c k e s

425 Bottrop i. Westf.

Kirchhellener Str. 18

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen frühere "ngehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes;
hier: gegen Karl-Heinz L a n g e n a u,
Gladbeck, Wiesenstr.10

Bezug: Ihr Schreiben vom 21. Februar 1969

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Das Ermittlungsverfahren gegen Ihren Mandanten Karl-Heinz
L a n g e n a u habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969
gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt. Herr L a n g e n a u
hat ebenfalls Einstellungsnachricht erhalten. Die mit
meinem Schreiben vom 4. Februar 1969 übersandten Unterlagen
waren für Ihre Akten bestimmt.

Hochachtungsvoll

6) Keine Nachricht an Besch. Erdmann, Hätscher, Mülling, Sandner,
da nicht vernommen

7) wt.Vfg.bes.

Berlin, den 18. April 1969

44. 21. 4. 69 Sch.
zu 1) 9 Schrb. jew. 2x
2) Schrb. 2x
3) Schrb. 2x
4) Schrb. 2x
5) Schrb. 2x

ab 21. IV 1969

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Bernhard B o n s e

1 B e r l i n 21
Bandelstraße 11

Sehr geehrter Herr Bonse!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 30. September 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

87

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn
Josef Eichberger

8 M ü n c h e n 90
Peter-Auzinger-Str. 9/II

Sehr geehrter Herr Eichberger!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 8. November 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

18. April 1969
88

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Werner Gornickel34 G ö t t i n g e n
Hainholzweg 48

Sehr geehrter Herr Dr. Gornickel!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 19. und 23. September 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn
Karl G r a h n e i s

1 B e r l i n 65
Schöningstraße 4

Sehr geehrter Herr Grahneis!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 6. Oktober 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

90

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn
Albert G r ö s c h e

341 N o r t h e i m
Bürgermeister-Peters-Str. 2

Sehr geehrter Herr Grösche!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 22. September 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

91

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Karl-Heinz Langenau

439 G l a d b e c k
Wiesenstraße 10

Sehr geehrter Herr Langenau!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 8. Dezember 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

92

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Josef M e n k e

1 B e r l i n 47
Malchiner Str. 125 b
bei Preuß

Sehr geehrter Herr Dr. Menke!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 4. Januar 1967 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

Sch

93

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn
Eduard Richrath

23 K i e l
Rendsburger Landstr. 7

Sehr geehrter Herr Richrath!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 16. Januar 1967 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

Sch

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn
Wilhelm S u p p

8 M ü n c h e n 13
Schellingstraße 110

Sehr geehrter Herr Supp!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 9. November 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

95

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Hans M a l y

5 Köln-Rodenkirchen
Gneisenaustraße 25

Sehr geehrter Herr Dr. Maly!

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" -, zu dem Sie am 7. Dezember 1966 staatsanwaltschaftlich und am 13. Januar 1967 richterlich vernommen werden sollten, habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

Sch

96

1 Js 13/65 (RSA)

An die
Herren Rechtsanwälte
Weidling, Zapf und Grabolle

341 N o r t h e i m
Postfach 242

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes;
hier: gegen Herrn Albert G r ö s c h e ,
Northeim, Bürgermeister-Peters-Straße 2

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

Das Ermittlungsverfahren gegen Ihren Mandanten Albert Grösche wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit" - (verantwortliche Vernehmung vom 22. September 1966) habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn Rechtsanwalt
Rainer Buchholz

1 B e r l i n 15
Kurfürstendamm 237

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes;
hier: gegen Herrn Karl G r a h n e i s ,
Berlin 65, Schöningstraße 4

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Das Ermittlungsverfahren gegen Ihren Mandanten Karl Grahneis
wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von
Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch
Arbeit" - (verantwortliche Vernehmung vom 6. Oktober 1966)
habe ich mit Verfügung vom 17. April 1969 gemäß § 170 Abs.2 StPO
eingestellt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

98

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Rechtsanwalt und Notar
Jos. S c h ü c k e s

425 B o t t r o p
Kirchhellener Str. 18

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes;
hier: gegen Karl-Heinz L a n g e n a u ,
Gladbeck, Wiesenstraße 10

Bezug: Ihr Schreiben vom 21. Februar 1969

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Das Ermittlungsverfahren gegen Ihren Mandanten
Karl-Heinz L a n g e n a u habe ich mit Verfügung vom
17. April 1969 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.
Herr Langenau hat ebenfalls Einstellungsnachricht er-
halten. Die mit meinem Schreiben vom 4. Februar 1969
übersandten Unterlagen waren für Ihre Akten bestimmt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Erste Staatsanwältin

1 Zs 13/65 (RSHA)

99



V.

1) BA 24 Ks 1164 StA Kohn befragen
und Kinnig suchen

2) vgl. verlegen

22. 4. 69

G.

Ma 1/10 Bd. A gete
23. 10. 69

Ein-
lieferungs-
schein

066

Bitte
sorgfältig aufbewahren



Wert (in Ziffern)

500.- → M

Entrichtete Gebühr

Pf

Empfänger:

StA

K ö l n

(Postleitzahl, Bestimmungsort)

Gewicht bei Paketen
mit Wertangabe

kg

g

Postannahme:

827 250 4 000 000 8. 68
DIN A 6, Kl. 317 f

V.

- ✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herrn Rechtsanwalt

Dr. Robert M.W. K e m p n e r

- 6 Frankfurt /Main
Feuerbachstr.16

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n-
b a c h und andere frühere Angehörige des ehe-
maligen Reichssicherheitshauptamtes wegen
Mordes

Bezug: Ihr Schreiben vom 3. März 1969

Sehr geehrter Herr Doktor Kempner!

Mein Ermittlungsverfahren richtete sich ursprünglich ge-
gen 75 frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß 11 Beschuldigte, deren
Schicksal zunächst noch ungeklärt war, schon vor Einlei-
tung des Verfahrens verstorben waren. Fünf weitere Beschul-
digte sind während des Verfahrens verstorben.

Die Ermittlungen sind nunmehr gegen 39 der restlichen Be-
schuldigten abgeschlossen. Bei diesen kann zum Teil bereits
objektiv der Nachweis einer Beteiligung an der Übernahme
der Justizgefangenen "zur Vernichtung durch Arbeit" nicht
geführt werden. Im übrigen kann mit den noch vorhandenen
Beweismitteln mindestens aus subjektiven Gründen eine
Beihilfe zum Mord nicht nachgewiesen werden. Ich habe
daher das Verfahren gegen diese 39 Beschuldigten gemäß
§ 170 Abs.2 StPO eingestellt.

Gegen S t r e c k e n b a c h und 19 weitere Beschuldig-
te sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

- ✓ 2) Herrn OStA Pagel m.d.B. um Zeichnung 2. Mai 1969

- 3) z.d.A.

Berlin, d. 2.5.1969

16

zu 1/ab 6.5.69

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Robert M. W. K e m p n e r

6 F r a n k f u r t /Main
Feuerbachstraße 16

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichs-
sicherheitshauptamtes wegen Mordes

Bezug: Ihr Schreiben vom 3. März 1969

Sehr geehrter Herr Doktor Kempner!

Mein Ermittlungsverfahren richtete sich ursprünglich gegen 75 frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß 11 Beschuldigte, deren Schicksal zunächst noch ungeklärt war, schon vor Einleitung des Verfahrens verstorben waren. Fünf weitere Beschuldigte sind während des Verfahrens verstorben.

Die Ermittlungen sind nunmehr gegen 39 der restlichen Beschuldigten abgeschlossen. Bei diesen kann zum Teil bereits objektiv der Nachweis einer Beteiligung an der Übernahme der Justizgefangenen "zur Vernichtung durch Arbeit" nicht geführt werden. Im übrigen kann mit den noch vorhandenen Beweismitteln mindestens aus subjektiven Gründen eine Beihilfe zum Mord nicht nachgewiesen werden. Ich habe daher das Verfahren gegen diese 39 Beschuldigten gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Gegen S t r e c k e n b a c h und 19 weitere Beschuldigte sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage

Pagel

Oberstaatsanwalt

1 js 13/65 (RSHA)

102

✓
1) ^{V.} RTen 74 KL 19.34 STA belin (bet. Enid Einbur)
van boden erfardem.

21 m. RTen sd. voolegen

19.6.69

h.

in 1/2 f. 20.6.69

Staatsanwaltschaft bei dem ~~Landgericht~~
~~Landgericht~~ Kammergericht

1 Js 13 / 65 (RSA)

(Geschäfts-Nr.)

Zu

Um beschleunigte Übersendung
der Akten

wird gebeten.

Urschriftl. zurück

Akten konnten im Archiv nicht ermittelt werden,
sie sind wahrscheinlich durch Kriegseinwirkung
vernichtet worden.

lt. Register wurde am 21.4.34
Sicherungsverwahrung angeordnet.

Archiv der
Staatsanwaltschaft Berlin

23. JUNI 1969

Auf Anordnung

JOS

AFStr 370 c

Ersuchen um Übersendung von Akten
STAT 32000 3. 66

1 Berlin 21, den 20. 6. 1969

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App.: 1309

(Im Innenbetrieb 933)

An

~~Sta~~

~~B o d e n (Archiv)~~

103

V.

1) Vermerk:

~~1)~~ Den Beschuldigten

- 1) Richard D i d d i e r,
geb. am 29. Oktober 1903 in München,
wohnhaft in München 42, Stürzerstr. 20,
- 2) Kurt H a r d e r,
geb. am 11. Dezember 1914 in Berlin,
Aufenthalt unbekannt,
- 3) Helmut J u n g n i c k e l,
geb. am 24. Januar 1899 in Berlin,
wohnhaft in Berlin 46, Eiswaldstr. 7 e,
- 4) Karl K o s m e h l,
geb. am 19. April 1911 in Berlin,
1. Wohnsitz: Berlin 36, Bergmannstr. 111 a,
2. Wohnsitz: Cuxhaven, Satelsrönne,
- 5) Otto K r a b b e,
geb. am 2. April 1893 in Hamburg,
wohnhaft in Kröppelshagen, Wiedenort 3,
- 6) Theodor K r u m r e y,
geb. am 12. April 1899 in Mittenwalde,
wohnhaft in Hannover, Ritter-Brüning-Str. 20,
- 7) Paul K u b s c h,
geb. am 18. Januar 1898 in Ossig,
wohnhaft in Langelsheim, Braunschweiger Str. 15,
- 8) Reinhold O b e r s t a d t,
geb. am 6. April 1907 in Wehlau,
wohnhaft in Willich b. Krefeld, Birkenweg 4,
- 9) Walter R e n d e l,
geb. am 17. November 1903 in Schöbendorf,
wohnhaft in Bad Segeberg, Falkenburger Str. 97 d,
- 10) Richard R o g g o n,
geb. am 17. Januar 1895 in Griesen,
wohnhaft in Paderborn, Geroldstr. 18,
- 11) Otto S c h u l z,
geb. am 14. Januar 1903 in Allenstein,
wohnhaft in Köln-Flittard, Semmelweisstr. 80
- 12) Kurt S p i e c k e r,
geb. am 27. Juli 1913 in Friedheim,
Aufenthalt unbekannt,

wird vorgeworfen, als Sachbearbeiter im Schutzhaftreferat
(IV C 2/ IV A 6 b) des RSHA Beihilfe zum Mord an einer unbe-

kannten Anzahl von abgegebenen Justizgefangenen geleistet zu haben. Hinsichtlich der Bearbeitung der Abgabeaktion im Schutzhaftreferat haben die Ermittlungen bisher folgendes ergeben:

Bis Juli 1943 wurden die von der Gestapo übernommenen Justizgefangenen (Juden, Polen, Russen und politische Häftlinge) im Wege der Sammeleinweisung als Schutzhäftlinge in die KL überstellt. Grundlage für die Einweisungen waren die vom Reichsjustizministerium eingehenden Häftlingslisten, die das Schutzhaftreferat mit entsprechenden Übernahme- und Transportanweisungen den örtlichen Stapo(leit)stellen und KdS zuleitete. Nach der im Verfahren A Ks 1/69 (RSHA) im einzelnen festgestellten Arbeitsaufteilung innerhalb des Referats IV C 2 wurden derartige Sammeleinweisungen in der sog. "Allgemeinen Rate" von POI F e u ß n e r (verstorben) bearbeitet. Er kommt daher auch als Sachbearbeiter für die Übernahme der Justizgefangenen in Betracht. Allerdings liegen Hinweise darauf vor, daß die Abgabeaktion im Schutzhaftreferat als Verschlußsache in der "Geheimrate" bearbeitet worden ist. Auch der Sachbearbeiter der "Geheimrate", Regierungsamtman K e t t e n h o f e n, und sein Vertreter, POI B o n a t h, sind verstorben. Gemäß Erlass des Cds vom 12. Juli 1943 - IV C 2 -Allg.Nr.5227/42g - der von Kettenhofen oder Feußner entworfen worden ist, waren von diesem Zeitpunkt an für alle bereits als Schutzhäftlinge übernommenen und für die noch in Schutzhaft einzuweisenden Justizgefangenen Einzel-Schutzhaftbefehle auszustellen. Dabei oblag die Anordnung der Schutzhaft gegen polnische Häftlinge gemäß Erlass des Cds vom 4. Mai 1943 - IV C 2 Allg.Nr. 42 156 - den Stapo(leit)stellen und KdS in eigener Zuständigkeit. Nur für die übrigen von der Stapo übernommenen Justizgefangenen (Juden, Russen und politische Häftlinge) waren formularmäßige Schutzhaftanträge an das RSHA zu richten, die in den "Buchstabenraten" des Referats IV C 2 wie die "normalen" Schutzhaftvorgänge bearbeitet wurden. Die Beschuldigten D i d d i e r, H a r d e r, J u n g n i c k e l, K o s m e h l, K r a b b e, K r u m r e y, K u b s c h, O b e r s t a d t, R e n d e l, R o g g o n, S c h u l z und S p i e k k e r waren als Sachbearbeiter in den "Buchstabenraten" tätig. Feststellungen über die Zahl der von ihnen jeweils bearbeiteten Vorgänge gegen abgegebene Justizgefangene und zur Frage, ob diese Beschuldigten die näheren Umstände ~~xxx~~ und das Ziel der Abgabeaktion kannten, können noch nicht getroffen werden. Eine weitere

Bd. I
Bl. 133
d.A.

Aufklärung des Sachverhalts erscheint jedoch insoweit nicht mehr erforderlich, weil die Strafverfolgung verjährt wäre.

Die ersten gegen die Beschuldigten gerichteten richterlichen Handlungen sind am 7. Mai 1965 erfolgt. Auf Grund der Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB beträgt die Verjährungsfrist für Beihilfe zum aus niedrigen Beweggründen begangenen Mord nur dann 20 Jahre, wenn auch der Gehilfe aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat (BGH Urteil vom 20. Mai 1969 - 5 Str 658/68). Bereits nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen steht fest, daß den genannten Beschuldigten - ebenso wie in dem gegen sie geführten Strafverfahren 1 Ks 1/69 (RSHA) - eigene niedrige Beweggründe nicht mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen werden können. Auch für das Tatbestandsmerkmal "grausam" haben sich bei den Beschuldigten keine ausreichenden Anhaltspunkte ergeben.

~~Das Verfahren gegen die Beschuldigten Di d i e r, Kurt H a r d e r, J u n g n i c k e l, K o s m e h l, K r a b b e, K r u m r e y, K u b s c h, O b e r s t a d t, R e n d e l, R o g g o n, S c h u l z, S p i e c k e r wird aus den Gründen des Vermerks zu 1) eingestellt.~~

2) Das Verfahren gegen die Beschuldigten D i d i e r, Kurt H a r d e r, J u n g n i c k e l, K o s m e h l, K r a b b e, K r u m r e y, K u b s c h, O b e r s t a d t, R e n d e l, R o g g o n, S c h u l z, S p i e c k e r wird aus den Gründen des Vermerks zu 1) eingestellt.

3) Herrn AL 5 m.d.B. um Ggz. zu 2)

20. AUG. 1969

4) Keine Nachricht an Beschuldigte, da nicht verantwortlich vernommen.

5) Kartei

6) wt. Vfg. bes.

Berlin, den 20. August 1969

16.

Zu 2+5/ im Reg. u. Kartei
22. 8. 69

Vfg.

✓ 35 (Omig)
1. 1-2 Abschrift(en) der anliegenden Vfg. vom 20. 8. 69 zu
Ziff. 1+2 fertigen und ~~dem~~ ^{ist 1 Abschr.} Schreiben zu Ziff. 2 dieser
Vfg. beifügen.

✓ 2. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung der
Abschrift zu Ziff. 1 -

a) An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 58

b) An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z.Hd. von Herrn ~~PK~~ P a u l
- o.V.i.A. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Berichtigungsanzeige

zu a)

beruf: ~~Wichtiges~~ ^{Wichtiges} ~~Blatt~~ ^{Blatt} 415 AR 1310/63
Anlage: 1 Abschrift

Als Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung mit der
Bitte um Kenntnissnahme und entsprechende Berichtigung des
Ihnen seinerzeit übersandten Einleitungsvermerks.

✓ 3. Z.d.A. je 1 Abschr. gem. Nr. 1 z.d. P-Kleinen Didier, Harder,
Jungnickel, Kosmehl, Krabbe, Kunze, Kuntz, Oberstadt, Renschel,
Roffen, Schulz und Spieker

4) mit den restl. Abschriften Berlin, den 20. 8. 69
od. vorlegen

Zu La+b ab
22.8.69
[Signature]

h.

1 z 13/65 (RSHA)

Eilt sehr! 108

V.

1) Von ant. Por. $\overline{N6-614}$ (4 Bl.)

je 1 Abbildung (Foto, nicht xerox), DIN A4,
fertigen.

2) mit Abb. od. vorlegen

4.11. 69

Gi.

1 JS 13/65 (RSM4)

Eilt sel! 109

V.

1) von aut. Dok. NG-597 (11 Bl.) je 1 Abbildung
DIN A4 (Foto, nicht Xerox) fertigen.

2) mit Abb. od. vorlegen

4.11.64

Gr.

Bayerisches Landeskriminalamt

110
München, den 12. Februar 1970

Maillingerstraße 15

Postanschrift: 8 München 19, Postfach 225

Fernruf 59011, Durchwahl 5901/463

Bei Antworten bitte Datum und Nummer angeben

An den

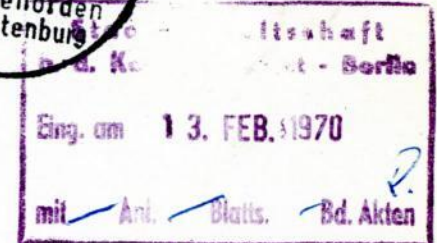
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin-Charlottenburg 5
Amtsgerichtsplatz 1



Frau EHA
Hilfen u. R.

17. II 1970



Betreff: Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München I,
Az.: 111 Js 2/69, gegen Friedrich S c h m i d t u.a.,
wegen Verdachts des Mordes (NSG)

Zu obigem Ermittlungsverfahren soll der Zeuge

Christian K e n n e r k n e c h t ,
geb. 14.8.99 Achwinkel, wohnhaft in
Köln, Helenenstraße 5 - 7,

vernommen werden.

Laut Mitteilung des LKA Nordrhein-Westfalen war Kennerknecht
bereits Beschuldigter im Verfahren der GStA b.d. KG Berlin,
Az.: 1 Js 13/65 (RSHA).

Da nicht auszuschließen ist, daß Kennerknecht auch im Verfahren
der Staatsanwaltschaft München I als Beschuldigter in Betracht
kommt, wird höflichst um Mitteilung des dortigen Verfahrens-
gegenstandes sowie um Übersendung von Ablichtungen der Beschul-
digtenvernehmungen gebeten.

I.A.


(Thaler)

Kriminalamtman



— Bayerisches —
Landeskriminalamt



111

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin-Charlottenburg 5

Amtsgerichtsplatz 1

Bayerisches Landeskriminalamt

München, Maillingerstraße 15

Briefanschrift:

8 München 19, Postfach 225

West

112

V.

✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.):

An das
Bayerische Landeskriminalamt

8 M ü n c h e n 19
Postfach 225

Betrifft: Ermittlungsverfahren 111 Js 2/69 der Staatsanwaltschaft München I gegen Friedrich S c h m i d t u.a. wegen Verdachts des Mordes (NSG)

Bezug: Ihr Schreiben vom 12. Februar 1970
Nr. 76 - K 5876 - Sa/Gr.

Mein Ermittlungsverfahren 1 Js 13/65 (RSHA) richtet sich gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, die verdächtig sind, an der Abgabe "asozialer" Justizgefangener an die Polizei "zur Vernichtung durch Arbeit" mitgewirkt zu haben. Der im Bezugsschreiben genannte Christian K e n n e r k n e c h t wird nicht als Beschuldigter geführt. Er ist auch bisher zu keinem der hier anhängigen Verfahren gegen frühere RSHA-Angehörige vernommen worden. Nach meinen Unterlagen war er jedoch Beschuldigter im Verfahren 29 Js 420/58 der Staatsanwaltschaft Essen.

2) mir zur Unterschrift

3) z.d.A.

gip. 27. II. 70 fcl.
Zi-1) Seb(2x)

Berlin, den 26. Februar 1970

bi.

1 Js 13/65 (RSHA)

An das
Bayerische Landeskriminalamt8 München 19
Postfach 225

Betrifft: Ermittlungsverfahren 111 Js 2/69 der Staatsanwaltschaft
München I gegen Friedrich S c h m i d t u. a. wegen
Verdachts des Mordes (NSG)

Bezug: Ihr Schreiben vom 12. Februar 1970
Nr. 76 - K 5876 - Sa/Gr.

Mein Ermittlungsverfahren 1 Js 13/65 (RSHA) richtet sich gegen
frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes,
die verdächtig sind, an der Abgabe "asozialer" Justizgefangener
an die Polizei "zur Vernichtung durch Arbeit" mitgewirkt zu haben.
Der im Bezugsschreiben genannte Christian K e n n e r k n e c h t
wird nicht als Beschuldigter geführt. Er ist auch bisher zu keinem
der hier anhängigen Verfahren gegen frühere RSHA-Angehörige vernom-
men worden. Nach meinen Unterlagen war er jedoch Beschuldigter im
Verfahren 29 Js 420/58 der Staatsanwaltschaft Essen.

Im Auftrage

Bilstein

Erste Staatsanwältin

1 Js 13/65 (RSHA)

V.

1) Vermerk:

Der Beschuldigte

Paul W e r n e r,
geb. am 4. November 1900, in Appenweier,

ist am 15. Februar 1970 verstorben. Sein Tod ist beim Standesamt Leinfelden, Reg.Nr. 9/1970, beurkundet.

Das Verfahren gegen ihn hat sich durch Tod erledigt.

2) Besch. Werner im Register austragen

3) Kartei berichtigen

4) Herrn OStA Selle m.d.B. um Kenntnissnahme (u.R.)

5) wt. Verfg. bes.

6) z.d.A.

Berlin, den 26.5.1970

zu 2) el.

27. MAI 1970 N

Vfg.

✓ 1. 1 - 2 Abschrift(en) der anliegenden Vfg. vom 26.5.70 zu
Ziff. 1) ^{je 1 Abschr.} fertigen und dem Schreiben zu Ziff. 2 dieser
Vfg. beifügen.

2. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung der
Abschrift zu Ziff. 1 -

a) An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 58

b) An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z.Hd. von Herrn ^{OK} P a u l
- o.V.i.A. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Berichtigungsanzeige

zu a)

Bezug: Dortiges Az.: 415 AR 1310/63
Anlage: 1 Abschrift

Als Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung mit der
Bitte um Kenntnissnahme und entsprechende Berichtigung des
Ihnen seinerzeit übersandten Einleitungsvermerks.

3. Z.d.A.

zu 2) ab am 28. MAI 1970

Rs. 20.57 dlu

zu 1) 2. März.

Berlin, den 26.5.1970

h.

Vfg.

1) V e r m e r k

Die undatierte, hier am 3. August 1970 eingegangene Eingabe des Rentners Willi W e b e r ist als Strafanzeige gegen den früheren Referatsleiter IV A 1 des RSHA, Kurt L i n d o w , sowie die ehemaligen Angehörigen der Staatspolizeileitstelle Berlin B o v e n s i e p e n und V e n t e r anzusehen.

Soweit nunmehr von W e b e r behauptet wird, daß L i n d o w für die Einweisung von drei Frauen nach Auschwitz verantwortlich sei, ist der Inhalt eines Telefongesprächs zu berücksichtigen, das der Anzeigende vor einigen Wochen mit Frau Erster Staatsanwältin B i l s t e i n geführt hat. Hierbei hat Herr W e b e r erklärt, daß die drei Frauen, Lotte R o t h o l z , Alice H i r s c h und Edith F r e n k e l , zunächst nach Kottbus gebracht und von dort zur Tötung nach Auschwitz überstellt worden seien. Unterlagen darüber befänden sich noch in Kottbus. Der Leiter der Strafanstalt Kottbus sei nach dem Kriege deshalb verurteilt worden. Diese Angelegenheit ist bereits am 4. August 1970 mit den Staatsanwälten F o t h und W i e l a n d in Ost-Berlin erörtert worden. Beide haben sich über dieses Gespräch Notizen gemacht und zugesagt, Erkundigungen einzuziehen. Falls der von W e b e r in dem angeführten Telefongespräch dargelegte Sachverhalt zutreffen sollte, liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei der Abgabe der Frauen nach Auschwitz um eine Überführung im Rahmen der Abgabeaktion gehandelt hat. Insoweit werden jedoch die Ermittlungen im Verfahren 1 Js 13/65 (RSHA) geführt.

Soweit in der Eingabe als Mittäter B o v e n s i e p e n und V e n t e r genannt werden, liegen keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne des § 152 Abs. 2 StPO vor, um gegen diese beiden Personen wegen ihrer Beteiligung

an der Verfolgung der R o t h o l z -Gruppe Ermittlungen einzuleiten. Sowohl B o v e n s i e p e n als auch V e n t e r haben offensichtlich nur bei den Ermittlungen gegen diesen Personenkreis mitgewirkt. Selbst wenn hierbei Mißhandlungen vorgekommen sind, liegt insoweit eine heute noch verfolgbare strafbare Handlung nicht vor.

Die Ermittlungen in vorliegender Sache können somit auf Kurt L i n d o w wegen seiner Ablehnungen, Gnadenerweise zu befürworten, beschränkt werden.

Da nicht auszuschließen ist, daß der Schnellbrief vom 4. Januar 1943 für das Verfahren 1 Js 9/65 (Stapoleit Bln) von Bedeutung sein kann, ist eine Ablichtung dieses Dokuments nebst einer Fotokopie der Eingabe des Willi W e b e r Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. S o z o s t a k zugeleitet worden.

Berlin 21, den 12. August 1970

Selle
Oberstaatsanwalt

Frau
Erster Staatsanwältin Bilstein

zum Verfahren 1 Js 13/65 (RSHA)

Schl

- V.
1) Vermutl.: Für eine Beteiligung des damaligen Ref. Leiters IV A 1, Lindow, an der Abfertigung bestehen keinerlei Anhaltspunkte. Die Eingabe des Rentners Willi Weber gibt zu Ermittlungen gegen ihn keinen Anlaß.
2) z. d. A.
U. d. 14.8.70 U.

Geheime Staatspolizei

Gehobenes Stützgerüst

2-12 72 100 IV A 1 d -

Stim in der Summe verbleibendes Geld, Projektes und Darlehen
anzugeben.

Berlin SW 11, bei 4. Januar 1943
Deing-Marschall-Straße 8
Gerhard: 12 00 00

Thrive-Market-Secur 8

feverish: 12 00 00

Acting Secretary

- 6 JAN 1943

Schnellbrief

Ad den

Herrn Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

B e r l i n W 9.

Bellevuestr. 15.

Betrifft: Strafsache gegen Heinz Israel R o t h h o l
und Andere wegen Vorbereitung zum Hochver-
rat u.a.

Bezug: Dort. Schreiben vom 16.12.42 - 10 J 207/42g -

Anlagen : 1 Berichtsdurchschrift, 27 dreiteilige Licht-
bilder.

Ein Gnadenerweis für die Verurteilten

Heinz Israel R o t h h o l z ,
geboren 28.5.1921 Berlin,

Heinz Israel Birnbaum,
geboren 22.9.1920 Berlin,

Hella Sara H i r s c h ,
geboren 6.2.1921 Posen,

Hanni Sara Meyer,
geboren 14.2.1921 Berlin,

Marianne Sara J o a c h i m ,
geboren 5.11.1921 Berlin,

Lothar Israel S a l i n g e r,
gebooren 8.5.1919 Berlin,

Helmut Israel Neumann,
geboren 29.7.1921 Berlin,

Hildegard Sara Lowy,
geboren 4.8.1922 Berlin,

Siegbert Israel Rotholz,
geboren 14.9.1919 Berlin,

wird nicht befürwortet. Es sind hier keine außerordentlichen Umstände bekannt geworden, die für eine Milderung der Todesstrafe sprechen würden.

Gegen die Freigabe der Leichen bestehen Bedenken.

Im Auftrage:

Anders

Wende des 1. MC
Heber 119

Ich Willi Heber geboren am 4. 2. 1924 zu Berlin
erkläre nach Überreichung des Uraktes an den Ober-
staatsanwalt Stelle, dass Kurt Lintor - Otto Braun -
Siepen, Kurt Vinter ab Juni 1942 die Gruppe
Hebert Braun - Schütze Bayern verfolgten. Lintor
war zu dieser Zeit Sonderleiter des RSHA und leitete
größte Gruppe der Gruppe, die Wodewitzsch
früher waren, indem er Lotte Rotholz, Thies Hissel
und Ewald Frankel nach Mischwitz zur Selektion
einweisen ließ. In diesem Komplex habe ich ge-
sehen wie Braun, Vinter Lintor mit
den Phosgenen ausgepeitscht, so
auch wir. Ich bestätige das diese drei aus
niedrigen Beweggründen haben im Zuhlen von
Moral ausgeführt

Ich bin bereit diese Aussagen vor dem
Schwurgericht anzuerkennen

Willi Heber

V.

✓ 1) Aufenthalt eintragen an

a) EHA Hamburg

bis: Heinz Wanningen, geb. 8.5.1913 in Remminger,
zul. Hamburg-Rissen, froh Sahl 28,

b) EHA Kiel

bis: Otto Prochnow, geb. 26.12.1907 in Berlin-Stöneberg,
zul.: Kiel-Witz, Holtenauer Str. 352,

c) EHA Stuttgart

bis: Horst Bender, geb. 24.2.1905 in Bayr 10 Apr.,
zul. Stuttgart-Degele, Rubensstr. 7.

2) z.d.A.

gef. 16. I. 77 Ad.

2-1) 3 x St. 3705 + ab (neu)

ben. d. 15.10.70

61.

Kammergericht
Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht

~~Amtsanwaltschaft~~ XX

Gesch.-Nr. 1 Js 13/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
des Otto Prochnow

geboren am 26. Dezember 1907 in Berlin-Schöneberg
zuletzt wohnhaft in Kiel-Wik, Holtenuer Straße 352

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d~~ Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und,
~~sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An das
Einwohnermeldeamt

23 Kiel-(Wik)

A F Str. 370 s

Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person

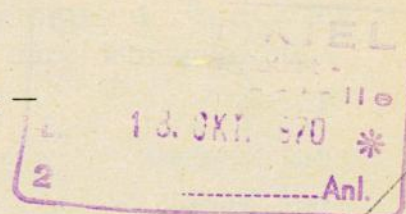
StAT

2000 9. 69

121
15. Oktober 1970
1 Berlin 21, den

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App. 1309
(Im Innenbetrieb 933)



Auf Anordnung

Sehlau
Justizangestellte

Ad.

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister
- Einwohnermeldeamt - ⑤

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist am 10.10.67 in Kiel ans Aorben

a) noch wie angegeben gemeldet — und wohnhaft —

(SA. d. Kiel I 1254)

b) am nach verzogen.

Rückmeldung vom liegt — nicht — vor. *)

c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem
Verbleib verzogen. *)

d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden. *)

e) Notierung ist erfolgt. *)

*) Nichtzutreffendes streichen.

Im Auftrage

Schröning

21.10.67

1 Js 13/65 (RSHA)

122

V.

1) Vermerk:

Der Beschuldigte

Otto Prochnow,
geb. am 26. Dezember 1907 in Schöneberg,

ist am 10. Oktober 1967 in Kiel verstorben. Sein Tod ist
beim Standesamt Kiel I, Reg.Nr. 1254, beurkundet.
Das Verfahren gegen ih hat sich durch Tod erledigt.

✓ 2) Prochnow im Register austragen

✓ 3) Kartei berichtigen.

4) Herrn OStA Selle m.d.B. um Kenntnisnahme

5) wt. Vfg. bes.

23. Okt. 1970
Hj. dk

Berlin, den 23. Oktober 1970

mit 2) al 23. OKT. 1970
N.

Hj.

Vfg.

✓ 1. ³ ~~1==2~~ Abschrift(en) der anliegenden Vfg. vom 23.10.1970 zu
Ziff. 1) ^{je 1 Abschr.} fertigen und dem Schreiben zu Ziff. 2 dieser
Vfg. beifügen., 1 Abschr. z.d.HA 1 Js 13/65 (RSHA)

✓ 2. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung der
Abschrift zu Ziff. 1 -

a) An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 58

b) An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z.Hd. von Herrn KOK P a u l
- o.V.i.A. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Berichtigungsanzeige

Anlage: 1 Abschrift

zu a)

Bezug: Dortiger Vorgang VI 415 AR 1310/63

Als Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung mit der
Bitte um Kenntnissnahme und entsprechende Berichtigung des
Ihnen seinerzeit übersandten Einleitungsvermerks.

3. Z.d.A.

gef. 27.8.70 d.
2-1) Schb. 3x
d) Fern a + b
+ ab
27.08 1970

Berlin, den 23. Oktober 1970

Kammergericht
Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht

~~Amtsanwaltschaft~~

1 Js 13

Gesch.-Nr.

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung
des Horst B e r l i n e r

geboren am 24. Februar 1905 in Lyck/Ostpr.
zuletzt wohnhaft in Stuttgart-Degerloch, Rubensstr. 7

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d — Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und,
sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An das
Einwohnermeldeamt

7 Stuttgart (Degerloch)

A F Str. 370 s

Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person

STAT

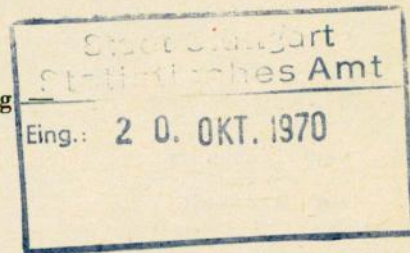
2 000 9. 69

1 Berlin 21, den 15. Oktober 1970

Turmstraße 91

Fernrut: 35 01 11, App. 1309

(Im Innenbetrieb 033)



20. OKT. 1970

Auf Anordnung

Justizangestellte

Ad.

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

~~a)~~ noch wie angegeben gemeldet — und wohnhaft — 7 Stgt. Degerloch
b) am nach Weidachstr. 3 verzogen.

Rückmeldung vom liegt — nicht — vor. *)

c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem
Verbleib verzogen. *)

d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden. *)

e) Notierung ist erfolgt. *)

*) Nichtzutreffendes streichen.

Im Auftrage

Stuttgart, den 21. 10. 70
STADT STUTTGART
Statistisches Amt
Hauptmeldestelle
I. A. Horkel Anselm

Kammergericht
Staatsanwaltschaft bei dem ~~Landgericht~~

~~XXXXXX~~
Amtsanwaltschaft

125
15. Oktober 1970

Gesch.-Nr. 1 Js 13/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!



1 Berlin 21, den
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11, App.
(Im Innenbetrieb 933)

1309

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
de s Heinz W a n n i n g e r

geboren am 8. Mai 1913 in Memmingen

zuletzt wohnhaft in Hamburg-Rissen, Grot Sahl 28

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d~~ — Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und,
~~sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An das
Einwohnermeldeamt
2 H a m b u r g

Auf Anordnung

Justizangestellte

A F Str. 370 s
Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person

STAT 2 000 9. 69



Ad.

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

- a) noch wie angegeben gemeldet — ~~und wohnhaft~~ — (24.9.12.54)
- b) am nach verzogen.
Rückmeldung vom liegt — nicht — vor. *)
- c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem
Verbleib verzogen. *)
- d) ~~konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden. *)~~
- e) ~~Notierung ist erfolgt. *)~~

*) Nichtzutreffendes streichen.

Hamburg, den 21.10.70
Behörde für Inneres
Im Auftrage Melde-, Paß- und Ausländer-
angelegenheiten

L. B. Hoff

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen

für die Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen in Konzentrationslagern
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köln

Geschäfts-Nr.: 24 Js 75/70 (Z)
Bitte bei allen Schreiben angeben!

126
5 Köln, den 3. November 1970
Justizgebäude Appellhofplatz
Fernruf Köln (0221) 2 08 61
Fernschreiber 08-881 483

An den

Generalstaatsanwalts
bei dem Kammergericht

1) Berlin 21

Turmstr. 91

- z.Hd. von Frau Erster Staatsanwältin Bilstein -

Betrifft: Sammelverfahren wegen im ehemaligen Konzentrationslager
Mauthausen (Oberösterreich) begangener Morde;
hier: "Justizgefangene".

Bezug: Verfahren 1 AR 123/64.

Anlage: Abdruck eines Sachstandsvermerks.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Den anliegenden Abdruck meines Sachstandsvermerks
vom 16.10.1970 übersende ich mit der Bitte um Kennt-
nisnahme.

Die Ermittlungen gegen die noch verbliebenen vier
Beschuldigten werden hier nunmehr unter 24 Js 75/70 (Z)
(gegen Kretzschmar und Andere) weitergeführt.

Für Ihre Unterstützung in dieser Sache darf ich mich herz-
lich bedanken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und freundlichen Grüßen!

Kepper
(Kepper)

Oberstaatsanwalt

Geschäfts-Nr.:

Bitte bei allen Schreiben angeben!

- 24 Js 75/70 (Z) -

Köln, den 16.10.1970

Justizgebäude Appellhofplatz
Fernruf Köln (0221) 2 00 61
Fernschreiber 06-681 403

Sachstandsvermerk

I.

- 1.) Gegenstand des Verfahrens sind Untersuchungen, ob ehemaligen Angehörigen der SS-Wach- und Lagermannschaft des Konzentrationslagers Mauthausen noch nachgewiesen werden kann, daß sie an der systematischen Vernichtung sogenannter Justizgefangener in der Zeit zwischen Oktober 1942 und der Mitte des Jahres 1943 beteiligt waren und ob sich gegen sie noch hinreichender Tatverdacht wegen Mordes, versuchten Mordes oder Beihilfe dazu begründen läßt.
- 2.) Soweit sich im Verlaufe der Untersuchungen Anhaltspunkte für - in anderem Zusammenhang oder in anderen Konzentrationslagern - begangene Taten oder Exzeßmorde ergeben haben, sind gesonderte Verfahren eingeleitet worden oder es ist zu anderen bereits anhängigen Sachen Mitteilung gemacht worden.

- 3.) Zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für weitere Ermittlungen in dieser Sache haben sich lediglich noch gegen vier Personen, die ehemaligen SS-Unterscharführer Harald K r e t z s c h m a r , Johann M ü l l e r , Franz S c h u l z und Paul W e i - g a n g ergeben. Gegen andere Personen sind weitere Ermittlungen nicht mehr erforderlich (zu vgl. des näheren dazu unten bei IV 2 e und 4).

II.

- 1.) a) Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Reichsjustizminister Thierack und Himmler vom 18.9.1942 sind Justizgefangene, bei denen bestimmte Voraussetzungen vorlagen, aus dem Strafvollzug in Konzentrationslager zum Zwecke der "Vernichtung durch Arbeit" überstellt worden. In der Vereinbarung heißt es unter anderem (zu vgl. Urkundenordner in 24 Js 88/68 (Z) Bl. 105):

"Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit. Es werden restlos ausgeliefert die Sicherungsverwahrten, Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen über 3 Jahre Strafe, Tschechen oder Deutsche über 8 Jahre Strafe nach Entscheidung des Reichsjustizministers. Zunächst sollen die übelsten asozialen Elemente unter letzteren ausgeliefert werden."

In einer Niederschrift vom 21.9.1942 ist über die Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Reichs-

justizminister und Himmler folgendes vermerkt
(zu vgl. Urkundenordner in 24 Js 88/68 (Z) Bl.
113 ff):

"Sicherungsverwahrte

Der Reichsjustizminister legt Wert darauf, die Sicherungsverwahrten an die Polizei bzw. an die Konzentrationslager abzugeben. Die Sicherungsverwahrung soll nach dem Wunsch des Reichsführers in einem Konzentrationslager, und zwar im KZ Mauthausen vollstreckt werden, da eine scharfe arbeitsmäßige Inanspruchnahme dieser Elemente erwünscht scheint. Der Herr Reichsjustizminister wird eine Anordnung wegen der Überstellung der Sicherungsverwahrten erlassen mit der Begründung, daß diese Maßnahme durch die Kriegsverhältnisse bedingt sei. (Die Sicherheitspolizei hat von sich aus Sammelplätze für die Übernahme der Sicherheitsverwahrten anzugeben, es sei denn, daß als Sammelplätze die Konzentrationslager gelten sollen).

Strafgefangene

Von der großen Zahl der Strafgefangenen beabsichtigt der Reichsjustizminister, an die Konzentrationslager folgende Kategorien abzugeben:

- a) alle Juden ohne Rücksicht auf das Strafmaß,
- b) alle Russen ohne Rücksicht auf das Strafmaß,
- c) Polen und Ukrainer von einem gewissen Strafmaß ab (etwa 3 Jahre Gefängnis),
- d) Tschechen von einer bestimmten Höhe der Zuchthausstrafen ab, da die Tschechen nicht mit demselben scharfen Maßstab gemessen werden sollen wie Polen usw."

- b) Die Anzahl der insgesamt in Konzentrationslager überstellten Justizgefangenen ließ sich nicht mehr mit Sicherheit ermitteln.

In Urkunden, die vom Innenministerium in Wien - 24 AR 51/65 (Z) - zur Verfügung gestellt worden sind, ist die Überstellung von 1.149 Justizgefangenen in das Lager Mauthausen belegt.

Danach sind nach Mauthausen verlegt worden:

1.) am 26.11.1942 aus Regensburg	217
2.) am 30.11.1942 aus Kiel	97
3.) am 9. u. 11.12.1942 aus Breslau	117
4.) am 11.12.1942 aus Werl	151
5.) am 16.12.1942 aus Groß-Strelitz	95
6.) am 5. 1.1943 aus Stuttgart	38
7.) am 7. 1.1943 aus Stuttgart	99
8.) am 10. 1.1943 aus Arbeitshause Suben	20
9.) am 7. 1.1943 aus Schwäbisch Hall	101 und
10.) am 8. 1.1943 aus Straubing	214

Gefangene.

Die verlässlichsten Angaben sind in einem Schreiben des Chefs des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, des Obergruppenführers Pohl, an Himmler enthalten. Danach wurden bis zum

1. März 1943 10.191 Sicherungsverwahrte in Konzentrationslager überstellt, davon 7.587 in das Lager Mauthausen.

Am

1. April 1943 waren 12.658 Sicherungsverwahrte

in Konzentrationslager eingewiesen worden, wie sich aus dem Entwurf eines Schreibens des SS-Obergruppenführers Pohl an den früheren Reichsjustizminister Thierack ergibt (zu vgl. Bl. 113 ff d.A.)

- 2.) a) Zahlreiche ehemalige Häftlinge, die zur Kategorie der Justizgefangenen gehörten und überlebt haben, sind über ihr Schicksal im Konzentrationslager Mauthausen befragt worden, ein einheitliches Bild konnte jedoch nicht gewonnen werden.

Die Zeugen haben unterschiedliche Angaben über ihre Behandlung gemacht. Einige haben bekundet, ihre Vernichtung sei angestrebt worden, andere haben ausgesagt, sie seien nicht anders behandelt worden als die übrigen Häftlinge auch. Übereinstimmend haben alle Zeugen jedoch bekundet, die Behandlung sei sehr hart und die Lebensbedingungen seien äußerst schlecht gewesen.

- b) Es ist als erwiesen anzusehen, daß die maßgeblichen Stellen die "Vernichtung" einer großen Anzahl der in das Lager Mauthausen überstellten Justizgefangenen angestrebt haben. Dafür bestehen die folgenden Anhaltspunkte:

- (1) Zwischen Thierack und Himmler war eine "Vernichtung durch Arbeit" vereinbart worden.
- (2) Bei dem Konzentrationslager Mauthausen, in das die meisten Gefangenen eingewie-

sen worden waren, handelte es sich um ein Lager der Stufe III. Die Gefangenen dieses Lagers waren - zumindest in der ersten Zeit ihres dortigen Aufenthalts - den schwersten Bedingungen ausgesetzt (zu vgl. Geheimerlaß vom 2.1.1941 über die Stufeneinteilung der Konzentrationslager, wiedergegeben im Urteil gegen Schulze und Streitwieser - 24 Ks 1/66 (2) S. 58 - 62).

- (3) Ein großer Teil der Justizgefangenen ist - vor allem in der ersten Zeit des Lageraufenthaltes - umgekommen.

Von den am 1.4.1943 insgesamt in Konzentrationslager (Mauthausen und andere Lager) eingewiesenen 12.658 Justizgefangenen waren bis zu diesem Zeitpunkt 5.935 - also fast die Hälfte - verstorben. Dabei läßt sich nicht feststellen, wie groß der Anteil der zu diesem Zeitpunkt im Lager Mauthausen verstorbenen Justizgefangenen war.

Von den bis zum 1.3.1943 in das Lager Mauthausen überstellten 7.587 Häftlingen waren an diesem Tage 3.306 - also knapp die Hälfte - bereits verstorben, während von den in andere Lager eingewiesenen 2.609 Häftlingen zu diesem Zeitpunkt 547 - also "nur" etwas mehr als 20 % - verstorben waren.

- (4) In dem bereits erwähnten Schreiben an Himmler hat Pohl u.a. ausgeführt, als Grund für die Sterblichkeit müsse angenommen werden, daß die vielfach bereits jahrelang in Zuchthäu-

sern verwahrten Häftlinge durch die Überstellung in ein anderes Milieu körperlich verfallen seien, so daß sich "der Tod beim Arbeitseinsatz und Aufenthalt in frischer Luft trotz aller Bemühungen" nicht habe aufhalten lassen.

Wenngleich diese Ausführungen den wahren Sachverhalt über das Los der Häftlinge im Lager Mauthausen nicht zutreffend wiedergeben, kann aus ihnen geschlossen werden, daß die Häftlinge extremen Lebensbedingungen ausgesetzt waren, durch die viele von ihnen zu Tode gekommen sind.

- c) Anhaltspunkte dafür, daß auch nach dem 1.4.1943 noch eine systematische Vernichtung der Justizgefangenen durchgeführt worden ist, haben sich nicht ergeben.

Es ist im Gegenteil davon auszugehen, daß etwa von Sommer 1943 an die Justizgefangenen nicht mehr anders behandelt wurden als andere Häftlinge auch und daß sie sich nunmehr - nach dem Überleben der ersten schweren Monate - in den Lagerbetrieb eingeordnet und auf Grund ihrer meist langen Gefängnis- und Zuchthausserfahrungen Posten als Kapos erlangt oder sich auf andere Weise in eine gewisse Gunst der SS-Leute hineingedient hatten. Damit waren die Überlebenschancen etwa von diesem Zeitpunkt an gestiegen, und es kann eine systematische Vernichtung für die Folgezeit nicht mehr hinreichend sicher nachgewiesen werden.

III.

- 1.) Die Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht in Berlin (Sachbearbeiterin Erste Staatsanwältin Bilstein) hat in einem Parallelverfahren - 1 AR 123/63 - die Mitwirkung von Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes an der Tötung der Justizgefangenen untersucht. Die Ermittlungen sind abgeschlossen. Die Sachbearbeiterin hat mitgeteilt, das Verfahren werde in Kürze aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises eingestellt, da den als Beschuldigte in Betracht kommenden Personen nicht mit einer zur Anklageerhebung ausreichenden Sicherheit nachgewiesen werden könne, daß sie mit Mordvorsatz gehandelt haben.
- 2.) Soweit gegen Angehörige des früheren Reichsjustizministeriums wegen der Mitwirkung an der Überstellung Justizgefangener in Konzentrationslager der Verdacht strafbarer Handlungen besteht, ist ein umfangreiches Schwurgerichtsverfahren in Wiesbaden - 2 Ks 2/51 - geführt worden, das mit dem Freispruch der Angeklagten geendet hat.

Bei der hiesigen Zentralstelle sind Ermittlungen gegen die persönlichen Referenten des ehemaligen Justizministers Thierack - 24 Js 88/68 (Z) geführt worden. Dieses Verfahren steht vor dem Abschluß.
- 3.) Gegen die ehemaligen Generalstaatsanwälte und Vorstandsbeamten der Strafanstalten hat der General-

staatsanwalt in Frankfurt/Main - Js 8/68 GStA - umfangreiche Ermittlungen geführt. Ferner waren bei der Staatsanwaltschaft Dortmund - 1o Js 28/62 - Ermittlungen gegen Vollzugsbeamte, die an der Überstellung der Justizgefangenen beteiligt waren, anhängig.

- 4.) Ob gegen diejenigen Personen, die Transporte aus Vollzugsanstalten in Konzentrationslager bewacht haben (Polizeibeamte, Justizwachtmeister) Ermittlungen geführt worden sind, ist nicht bekannt geworden.

Von hier aus werden Ermittlungen gegen diesen Personenkreis nicht veranlaßt. Sie würden keinen Erfolg haben.

Gegen die in untergeordneter Stellung tätig gewordenen Justizbediensteten oder Polizeiangehörigen kann schon der Nachweis nicht geführt werden, sie hätten von der beabsichtigten Vernichtung der Häftlinge Kenntnis gehabt.

Es fehlt an zureichenden Anhaltspunkten für noch verfolgbare Straftaten gegen diesen (nicht ermittelten) Personenkreis.

IV.

- 1.) a) Gegen diejenigen Personen, die eine Überstellung der Justizgefangenen in Konzentrationslager veranlaßt haben, besteht hinreichender Ver-

dacht zumindest der Beihilfe zur Ermordung mehrerer tausend Menschen, sofern sie die Bedingungen, denen die Häftlinge ausgesetzt werden sollten, kannten. Dabei ist es ohne Bedeutung, daß ein Teil der Häftlinge die Konzentrationslager überlebt hat.

Die SS-Angehörigen der Konzentrationslager, die an der Vernichtungsaktion beteiligt waren, sind ebenfalls mordverdächtig.

- b) Konkrete Beschuldigungen gegen bestimmte Personen sind nicht erhoben worden.

Weder die umfangreichen Strafverfahren gegen Schulze und Streitwieser - 24 Ks 1/66 (Z) - sowie gegen Fassel und Roth - 24 Js 14/67 (Z) = 11 Ks 1/70 StA Hagen -, noch das Ermittlungsverfahren gegen Ebersberg und Kümmerlein - 24 Js 88/68 (Z) - haben in dieser Richtung etwas erbracht.

- c) An der systematischen Tötung der Justizgefangenen in der Zeit zwischen Oktober 1942 und etwa der Mitte des Jahres 1943 können jedoch die in führender Position eingesetzt gewesenen Angehörigen der SS-Wach- und Lagermannschaft - auf Grund ihrer Funktionen - beteiligt gewesen sein.

Nach den über das Lager Mauthausen hier vorliegenden Erkenntnissen kommen als Tatbeteiligte der Lagerkommandant, seine Adjutanten, die Schutzhaftlagerführer, die Rapportführer, die Arbeitseinsatz- bzw. Arbeitsdienstführer, der Führer des besonders schweren Kommandos "Steinbruch Wiener-Graben", die Lagerärzte,

die Verwaltungsführer sowie die Leiter der politischen Abteilung in Betracht.

2.) Zu diesem Personenkreis ist folgendes zu bemerken:

- a) Der Lagerkommandant, der SS-Standartenführer Franz Z i e r e i s (geb. am 13.8.1905 in München) ist an Schußverletzungen, die er bei einem Fluchtversuch erlitten hatte, am 24.5.1945 verstorben.
- b) Seine Adjutanten, die ehemaligen SS-Hauptsturmführer Viktor Z o l l e r (geb. am 22.6.1912 in Ravensburg) und Adolf Z u t t e r (geb. am 10.2.1889 in Zweibrücken) sind durch ein US-Gericht zum Tode verurteilt und am 28. bzw. 27.5.1947 hingerichtet worden.
- c) Der Schutzhaftlagerführer, der SS-Obersturmführer Hans Michael A l t f u l d i s c h (geb. am 11.11.1911 in Brückenau) ist ebenfalls durch ein US-Gericht zum Tode verurteilt und am 28.5.1947 hingerichtet worden.

Der Schutzhaftlagerführer SS-Hauptsturmführer Georg B a c h m a y e r (geb. am 12.5.1913) hat am 10.5.1945 Selbstmord begangen.

Der zeitweilige Schutzhaftlagerführer SS-Obersturmführer Anton S t r e i t w i e s e r (geb. am 3.7.1916 in Surheim) ist durch Urteil des Schwurgerichts in Köln - 24 Ks 1/66 (Z) - vom 30.10.1967 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden; die gegen ihn erhobenen Vor-

würfe sind untersucht worden, neue Anhaltspunkte sind zwischenzeitlich nicht hinzgetreten. Weitere Ermittlungen gegen ihn sind daher entbehrlich.

- d) Als Rapportführer waren im Konzentrationslager Mauthausen zeitweilig eingesetzt der SS-Hauptscharführer B o l l h o r s t sowie die SS-Unterscharführer K o f l e r und R i e g l e r .

Der ehemalige SS-Unterscharführer Heinz B o l l h o r s t ist durch Urteil eines US-Gerichts (Fall 000-50-5-48) am 1.10.1947 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er ist später begnadigt und am 16.12.1957 aus der Strafhafte entlassen worden. Bollhorst wurde am 27.1.1942 in das Lager Mauthausen versetzt; er war zunächst ungefähr ein Jahr lang als Wachtposten und anschließend - von Frühjahr 1943 bis zum Frühjahr 1944 - als Blockführer und Kommandoführer (auch im Steinbruch), später auch als Rapportführer eingesetzt. Diese Tätigkeit ist Gegenstand des US-Verfahrens gewesen. Mithin steht Art. 3 Ziff. 3 b des Überleitungsvertrages zum Truppenvertrage einer Strafverfolgung des Beschuldigten entgegen.

Die ehemaligen SS-Unterscharführer Franz K o f l e r (geb. am 8.12.1917 in Graz) und Josef R i e g l e r (geb. am 5.7.1922 in Linz) sind durch US-Gerichte zum Tode verurteilt und am 19.11.1948 bzw. am 27.5.1947 hingerichtet worden.

e) Als Arbeitseinsatz- bzw. Arbeitsdienstführer und deren unmittelbare Untergebene sind in der hier vorliegenden Planstellenübersicht (Stand vom 30. September 1944) der ehemalige SS-Untersturmführer Alfred D i t t m a n n (geb. am 18.11.1906 in Neuteich, wohnhaft in Wendisch-Evern Krs. Lüneburg) und die SS-Unterführer Andreas T r u m m (geb. am 28.11.1920 in Hochdorf), Heinz B o l l h o r s t (geb. am 29.2.1922 in Werl, wohnhaft in Gerlingen), Harald K r e t z s c h m a r (geb. am 19.8.1921), Johann M ü l l e r (geb. am 11.6.1911), Franz S c h u l z (geb. am 19.3.1907 in Nürnberg, wohnhaft in Nürnberg) und Paul W e i g a n g (geb. am 20. oder 28.1.1893) genannt.

Der Arbeitseinsatzführer D i t t m a n n kam erst im Juli 1944 nach Mauthausen. Er scheidet als Tatbeteiligter aus, da zu dieser Zeit die Justizgefangenen nicht mehr systematisch vernichtet wurden.

Das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Unterscharführer Andreas T r u m m hat sich erledigt. Trumm ist durch ein US-Gericht zum Tode verurteilt und am 28.5.1947 hingerichtet worden.

Bezüglich B o l l h o r s t ist die deutsche Gerichtsbarkeit ausgeschlossen (siehe Ausführungen weiter oben).

Gegen K r e t z s c h m a r , M ü l l e r , S c h u l z und W e i g a n g sind weitere Ermittlungen erforderlich.

- f) Der Führer des Steinbruchkommandos "Wiener-Graben", der ehemalige SS-Hauptscharführer Johann S p a t z e n e g g e r (geb. am 1.3.1900 in Laufen) ist durch ein US-Gericht zum Tode verurteilt und am 28.5.1947 hingerichtet worden.
- g) Die SS-Lagerärzte und Hauptsturmführer Dr. Friedrich E n t r e s (geb. am 8.12.1914 in Posen), Dr. Eduard K r e b s b a c h (geb. am 8.8.1894 in Bonn) und Dr. Waldemar W o l t e r (geb. am 19.5.1908 in Würzburg) sind durch US-Gerichte zum Tode verurteilt und am 27. (Krebsbach) und 28.5.1947 hingerichtet worden.
- h) Der ehemalige Verwaltungsführer Heinrich Otto B a r n e w a l d (geb. am 10.1.1896 in Leipzig, wohnhaft in Rheinhausen, Krefelder Str.201) war zur Tatzeit nicht in Mauthausen; er ist im Februar 1940 aus diesem Lager versetzt worden und nicht mehr dorthin zurückgekehrt.

Der ehemalige Verwaltungsführer und SS-Hauptsturmführer Xaver Franz S t r a u ß (geb. am 29.5.1910 in Velberg, wohnhaft in Weiden, Sebastianstr. 5) ist wegen seiner Tätigkeit im Konzentrationslager Mauthausen von einem US-Gericht (Verfahren 000-50-5-18) zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Die deutsche Gerichtsbarkeit ist in diesem Falle ausgeschlossen, da Art. 3 Ziff. 3 b des Überleitungsver-

trages zum Truppenvertrag einer Strafverfolgung entgegensteht. Die Tätigkeit, durch die sich Strauß im Zusammenhang mit der Vernichtung der Justizgefangenen strafbar gemacht haben könnte - nämlich sein Einsatz als Verwaltungsführer - war Gegenstand des US-Verfahrens.

- i) Der Leiter der politischen Abteilung des Lagers Mauthausen, der frühere SS-Obersturmführer Karl S c h u l z e (geb. am 9.9.1902 in Eberswalde, z.Zt. in Strafhaft in der Justizvollzugsanstalt in Neu-Listernohl), ist durch Urteil des Schwurgerichts in Köln vom 30.10.1967 - 24 Ks 1/66 (Z) - zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. Die gegen ihn bestehenden Verdachtsmomente sind in dem gegen ihn geführten Verfahren eingehend untersucht worden. Tatsächliche Anhaltspunkte, die neue Ermittlungen erforderlich machen oder rechtfertigen würden, liegen nicht vor.

Der Vertreter des Leiters der politischen Abteilung, der SS-Oberscharführer Werner F a s s e l (geb. am 16.6.1910 in Siegen, wohnhaft in Schwelm, Hauptstr.44) ist durch (nicht rechtskräftiges) Urteil des Schwurgerichts in Hagen vom 24.7.1970 - 24 Js 14/67 (Z) = 11 Ks 1/70 StA Hagen - zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 6 Jahren und 6 Monaten verurteilt worden. Die gegen ihn bestehenden Verdachtsmomente sind ebenfalls eingehend untersucht worden. Neue Ermittlungen sind nicht erforderlich.

- 3.) Zureichende tatsächliche Anhaltspunkte gegen andere SS-Angehörige oder gegen noch lebende Funktionshäftlinge wegen noch verfolgbarer Straftaten bestehen nicht.
- 4.) Zu untersuchen bleiben mithin lediglich die gegen die Beschuldigten K r e t z s c h m a r , M ü l l e r , S c h u l z und W e i g a n g bestehenden Anhaltspunkte. Ob sich gegen sie hinreichender Tatverdacht wird begründen lassen, ist noch nicht zu übersehen.

Wegen dieser Beschuldigten ergeht gesonderte Verfügung.

gez. Kepper
(Kepper)
Oberstaatsanwalt

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen

für die Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen in Konzentrationslagern
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köln

Geschäfts-Nr.: 24 Js 88/68 (Z)
Bitte bei allen Schreiben angeben!

143
Köln, den 3. November 1970
Justizgebäude Appellhofplatz
Fernruf Köln (0221) 2 06 61
Fernschreiber 08-881 483

An den

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

(1) Berlin 21

Turmstr. 91

- z.Hd. von Frau Erster Staatsanwältin Bilstein -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen

- 1.) den Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz
Heinrich E b e r s b e r g aus Bad Godesberg;
- Verteidiger: Rechtsanwalt Dr.Kubuschok aus Bad Honnef -
- 2.) den Rechtsanwalt und Notar Dr.Heinz K ü m m e r l e i n
aus Essen;
- Verteidiger: Rechtsanwalt Burger aus Köln -
("Korrektur nicht genügender Justizurteile").

Bezug: Verfahren 1 AR 123/63 (Justizgefangene).

Anlage: 1 Abdruck.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Den anliegenden Abdruck meines Einstellungsvermerks
vom heutigen Tage übersende ich mit der Bitte um Kennt-
nisnahme.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und freundlichen Grüßen!

Kepper

(Kepper)

Oberstaatsanwalt

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen

für die Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen in Konzentrationslagern
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köln

Geschäfts-Nr.:
Bitte bei allen Schreiben angeben!

- 24 Js 88/68 (Z) -

144
Köln, den

Justizgebäude Appellhofplatz
Fernruf Köln (0221) 2 08 61
Fernschreiber 00-001 403

Vfg.

1.) Vermerk:

I. Gegenstand des Verfahrens:

Das Ermittlungsverfahren richtet sich

- 1.) gegen den Ministerialrat im Bundesministerium
der Justiz Heinrich E b e r s b e r g,
geboren am 30. Juli 1911 in Nordhausen/Harz,
wohnhaft in Bad Godesberg, Pappelweg 65,
verheiratet,
- Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Kubuschok
aus Bad Honnef -
- 2.) gegen den Rechtsanwalt und Notar
Dr. Heinz K ü m m e r l e i n,
geboren am 25. April 1909 in Essen,
wohnhaft in Essen-Bredeney, Hügelweg 12,
Büroanschrift: Essen, Huyssen-Allee 58 - 64,
verheiratet,
- Verteidiger: Rechtsanwalt Burger aus Köln -

Gegenstand des Verfahrens ist die Mitwirkung der Beschuldigten an der "Korrektur nicht genügender Justizurteile" durch Überstellung von Verurteilten an die Polizei zum Zwecke ihrer "Vernichtung durch Arbeit".

Die Beschuldigten waren beide persönliche Referenten des damaligen Reichsjustizministers Dr. Thierack (verstorben). In dieser Eigenschaft sind sie mit Vorgängen befaßt gewesen, die zur Überstellung vermeintlich ungenügend bestrafter und nicht mehr besserungsfähiger Verurteilter in Konzentrationslager geführt haben. Ein großer Teil der überstellten Justizgefangenen ist in den Konzentrationslagern zu Tode gekommen.

II. Vorgeschichte:

- 1) Mit der Ernennung des damaligen Präsidenten des Volksgerichtshofes Dr. Thierack zum Reichsjustizminister hoffte Hitler eine "nationalsozialistische Rechtspflege" aufbauen zu können, die frei von gesetzlichen Tatbeständen ihre Maßnahmen treffen könne. Er ermächtigte Thierack durch Erlaß vom 20. August 1942 "über besondere Vollmachten des Reichsministers der Justiz" (RGBl. Teil I 1942 Seite 535), zum Zwecke des Aufbaus einer nationalsozialistischen Rechtspflege "vom bestehenden Recht abzuweichen". Mit dieser Ermächtigung sollte u.a. der Plan Hitlers verwirklicht werden, die "Asozialen" in den Zuchthäusern und Sicherungsanstalten zu vernichten. Angesichts der außerordentlich hohen Todesziffern durch Kriegseinwirkungen wurde befürchtet, der Krieg werde eine negative Auslese bewirken. Diese Befürchtung wurde wie folgt formuliert: "Die Besten fallen an der Front, die Minderwertigen werden in den Anstalten ^{sicher} verwahrt und dadurch konserviert." Hitler hatte schon in seinem Buch "Mein Kampf!" ausgeführt: ".... da das Minderwertige der Zahl nach gegenüber den Besten immer überwiegt, würde bei gleicher Lebenserhaltung und Fortpflanzungsmöglichkeit das Schlechtere sich so schnell vermehren, daß endlich das Beste zwangsweise in den Hintergrund treten müßte. Eine Korrektur muß also vorgenommen werden." Hitler glaubte diese Korrektur im Jahre 1942 beginnen zu sollen. Er fand in Thierack und Himmler begeisterte Anhänger für diese Idee.

Bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt äußerte Thierack bei einer Vorstellung der Ministerialräte Dr. Eichler, Dr. Eggensperger und Dr. Noerr, die der Abteilung Strafvollzug angehörten, daß der Strafvollzug geändert werden müsse; es müßten Arbeiten gefunden werden, durch die die Gefangenen gefährdet würden; Hitler habe

ihm gesagt, die Besten fielen an der Front und die Minderwertigen, die Schwerverbrecher, würden in der Heimat sicher verwahrt; die Gefangenen könnten beispielsweise in Frontnähe Minen räumen oder sie sollten sich sonstwie zu Tode arbeiten (Feststellungen des Schwurgerichts Wiesbaden in der Strafsache gegen Marx u.a. - 2 Ks 2/51 -, Seite 13 der Urteilsgründe).

itz-Ordner I
18, 19a

Diese Gedankengänge finden sich auch in einem handschriftlichen Vermerk Thieracks auf einem Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 28. Oktober 1942 wieder, wo es heißt: "Reinigung des Volkskörpers, was nützen alle anderen Maßnahmen des Blutschutzes, der Auslese usw. ... Auch der Gedanke der negativen Auslese erfordert das; (die Besten fallen an der Front)." Aus diesen Stichworten sollte Rechtsanwalt Dr. Seidel von der Schriftleitung des "Deutschen Rechts" einen besonderen Richterbrief zusammenstellen, um die Justiz zur Verhängung härterer Strafen anzuhalten.

I Bl. 111

Am 14. September 1942 hatte Thierack eine Unterredung mit Goebbels, die er in einer Aktennotiz festhielt. In dieser Notiz heißt es unter Ziffer 2:

238 d.A.

"Hinsichtlich der Vernichtung asozialen Lebens steht Dr. Goebbels auf dem Standpunkt, daß Juden und Zigeuner schlechthin, Polen, die etwa 3-4 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hätten, Tschechen und Deutsche, die zum Tode, lebenslangem Zuchthaus oder Sicherungsverwahrung verurteilt wären, vernichtet werden sollen. Der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit sei der beste. Im übrigen müsse man aber, außer den vorgenannten Fällen, jeden Fall individuell behandeln, wobei man Tschechen und Deutsche natürlich verschieden beurteilen müsse. Es könne Fälle geben, wo ein zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilter Deutscher nicht als asozial anzusprechen sei, dagegen aber ein zu höchstens 8 Jahren Verurteilter."

Bereits vier Tage später, am 18. September 1942, fand zwischen Thierack und Himmler eine Besprechung in dessen Feldquartier in Shitomir in der Ukraine statt. Der Beschuldigte Dr. Kümmerlein begleitete Thierack nach Shitomir, nahm aber an der Besprechung nicht teil.

An der Besprechung haben zeitweise Staatssekretär Dr. Rothenberger (verstorben), SS-Gruppenführer Streckenbach ¹⁾ und SS-Obersturmbannführer Bender ²⁾ teilgenommen. Die Behandlung der Asozialen ist jedoch zwischen Thierack und Himmler unter vier Augen besprochen worden. Auch über die Unterredung hat Thierack einen Vermerk gefertigt, der die Überschrift trägt: "Besprechung mit Reichsführer-SS Himmler am 18.9.1942 in seinem Feldquartier in Gegenwart des StS Dr. Rothenberger, SS-Gruppenführer Streckenbach und SS-Obersturmbannführer Bender". Entgegen dieser Überschrift nahm Thierack in dem weiteren Inhalt der Notiz auch das Ergebnis seiner Besprechung mit Himmler unter vier Augen auf.

Punkt 1) der Notiz behandelt die "Korrektur bei nicht genügenden Justizurteilen durch polizeiliche Sonderbehandlung" und lautet:

LO I Bl.151, 184

- "1. Korrektur bei nicht genügenden Justizurteilen durch polizeiliche Sonderbehandlung. Es wurde auf Vorschlag des Reichsleiters Bormann zwischen Reichsführer SS und mir folgende Vereinbarung getroffen:
- a) Grundsätzlich wird des Führers Zeit mit diesen Dingen überhaupt nicht mehr beschwert.
 - b) Über die Frage, ob polizeiliche Sonderbehandlung eintreten soll oder nicht, entscheidet der Reichsjustizminister.
 - c) Der Reichsführer SS sendet seine Berichte, die er bisher dem Reichsleiter Bormann zusandte, an den Reichsjustizminister.
 - d) Stimmen die Ansichten des Reichsführers-SS und des Reichsjustizministers überein, so wird die Angelegenheit zwischen ihnen erledigt.
 - e) Stimmen beider Ansichten nicht überein, so wird die Meinung des Reichsleiters Bormann, der evtl. den Führer unterrichten wird, herbeigezogen.

1) 2) Anmerkung: Gegen Streckenbach ist bei dem Landgericht Hamburg eine gerichtliche Voruntersuchung (wegen anderer Vorwürfe) anhängig (141 Js 747/61). Wegen des Verdachts der Beteiligung an der Überstellung Justizgefangener führt der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht in Berlin gegen Streckenbach Ermittlungen (1 AR 123/63). Über den Verbleib von Bender ist hier nichts bekannt. Aussagen von Streckenbach und Bender werden für die vorliegende Sache nicht benötigt. Sofern etwas zu veranlassen ist, wird die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen ein Vorermittlungsverfahren einleiten.

- f) Soweit auf anderem Wege (etwa durch ein Schreiben eines Gauleiters) die Entscheidung des Führers über ein mildes Urteil angestrebt wird, wird Reichsleiter Bormann den Bericht an den Reichsjustizminister weiterleiten. Die Angelegenheit wird sodann zwischen dem Reichsführer SS und dem Reichsminister der Justiz in vorbezeichneter Form erledigt werden.

Punkt 2) der Notiz behandelt die "Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug" und lautet:

LO I Bl.151, 184

"Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit. Es werden restlos ausgeliefert die Sicherungsverwahrten, Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen über 3 Jahre Strafe, Tschechen oder Deutsche über 8 Jahre Strafe nach Entscheidung des Reichsjustizministers. Zunächst sollen die übelsten asozialen Elemente unter letzteren ausgeliefert werden. Hierzu werde ich den Führer durch Reichsleiter Bormann unterrichten."

Hitler ließ auch die Öffentlichkeit über diese Ideen nicht im unklaren. In einer von Rundfunk und Presse verbreiteten Rede vom 30. September 1942 im Berliner Sportpalast aus Anlaß der Eröffnung des Winterhilfswerkes führte er aus:

hewurgericht Wiesbaden,
20. Urteilsgründe

"Und vor allem soll sich kein Gewohnheitsverbrecher einbilden, daß er durch ein neues Verbrechen über diesen Krieg hinweggerettet wird. Wir werden dafür sorgen, daß nicht nur der Anständige an der Front unter Umständen sterben kann, sondern daß der Verbrecher und Unanständige zu Hause unter keinen Umständen diese Zeit überleben wird!" ...

"Wir werden diese Verbrecher ausrotten, und wir haben sie ausgerottet. Und dem verdankt es das Deutsche Volk, daß heute so wenig Verbrechen mehr geschehen"

Über die Art und Weise, wie die "Verbrecher" "ausgerottet" werden sollten, verbreitete sich Hitler nicht.

149

Bl.160 d.A. Der Beschuldigte Ebersberg vermutet, daß er diese Rede in der Zeitung gelesen habe. Er ist jedoch sicher, daraus nicht entnommen zu haben, daß die Asozialen "auf ungesetzliche Weise zu Tode gebracht" werden sollten.

Am 9. Oktober 1942 fand bei Thierack eine Besprechung statt, in der auch die Frage der Abgabe asozialer Gefangener erörtert wurde. An dieser Besprechung haben zumindest Staatssekretär Rothenberger, Ministeraldirektor Dr. Crohne (Leiter der Abteilung IV: Strafrechtspflege und Gesetzgebung; verstorben), Ministerialrat Westphal (Abteilung IV; verstorben), Senatspräsident Hecker (Abt. V: Strafvollzug; verstorben), Ministerialdirektor Engert (früherer Vizepräsident des Volksgerichtshofes; verstorben), die Ministerialräte Dr. Eggensperger und Dr. Noerr (Referenten der Abt. V), Oberregierungsrat Dr. Hupperschwiller (Abt. IV) und Oberstaatsanwalt Meyer (Abt. IV) teilgenommen, möglicherweise auch noch andere Personen. Thierack verlas ein Schreiben des "Führers", das sinngemäß folgenden Wortlaut hatte:

"Der Führer hat sich das Asozialenproblem durch den Kopf gehen lassen und ist nach reiflicher Überlegung zu folgender Lösung gekommen: Während der deutsche Soldat an der Front eingesetzt ist und Tausende dabei ihr Leben einsetzen, geht es nicht an, daß die Schwerstverbrecher in den Justizanstalten einsitzen, ohne daß eine Gefahr an sie herantritt. Sie müssen daher mit Arbeiten beschäftigt werden, bei denen zwangsläufig durch die Art ihres Einsatzes ein Verlust ihres Lebens verbunden sein wird, oder verbunden sein kann." Thierack fügte hinzu, daß mit der Entscheidung, ob es sich bei einem Verbrecher um einen Asozialen handle oder nicht, eine außerordentliche Verantwortung verbunden sei. Auf die Frage Hupperschwillers, ob die Leute damit praktisch zum Tode verurteilt seien, d.h. solange eingesetzt werden sollten, bis der erwünschte Erfolg -der Tod- eintrete, soll Thierack geantwortet haben, daß die Leute eine Chance bekommen sollten (Feststellungen des Schwurgerichts Wiesbaden, Seite 20 ff der Urteilsgründe).

150

Über diese Besprechung gibt es einen Aktenvermerk von Dr. Crohne, der mit dem Stempel "Geheim" versehen ist und vom 13. Oktober 1942 datiert. In diesem Vermerk heißt es unter Ziffer III:

Sd.XXII Bl.3ff
..A.2 Ks 2/51
StA Wiesbaden

Überschrift: "Abgabe asozialer Gefangener".

"In Strafvollzugsanstalten befindliche, durch Richterspruch als asozial gekennzeichnete Menschen sollen dem Reichsführer SS übergeben werden.

1. Sicherungsverwahrte.

Sicherungsverwahrte, die sich in deutschen Strafvollzugsanstalten befinden, werden dem Reichsführer SS zur Verfügung gestellt. Mit der Abgabe gilt die Strafvollstreckung als unterbrochen.

pp.

2. Juden, Zigeuner, Russen, Ukrainer

werden dem Reichsführer SS restlos ausgeliefert.

3. Polen.

Volkspolen, die der Polenstrafrechts-VO unterliegen oder in den Polenvollzug übergeführt sind und mehr als 3 Jahre Strafe zu verbüßen haben, werden dem Reichsführer SS übergeben. Polen mit geringeren Strafen verbleiben in Justizverwahrung. Sie werden nach Verbüßung der Strafe ohnehin der Polizei namhaft gemacht.

4. Zuchthausgefangene.

Zuchthausgefangene deutschen und tschechischen Volkstums, die zu einer Strafe über 8 Jahre verurteilt worden sind, werden einzeln daraufhin geprüft, ob sie ihrer Persönlichkeit nach asozial sind, d.h. für das Volk in aller Zukunft einen Unwert darstellen. Wird die Frage bejaht, so werden sie dem Reichsführer SS übergeben.

Die Prüfung wird in Abt. IV (Vizepräsident des Volksgerichtshofs Engert, Oberregierungsrat Hupperschwiller, Oberstaatsanwalt Meyer) vorgenommen. Die technische Durchführung regelt Vizepräsident Engert. Bei ihm liegt auch die Entscheidung in den Einzelfällen. Besonders gelagerte Fälle werden dem Reichsminister der Justiz vorgetragen."

pp.

154

Am 19. und 20. Oktober 1942 erfolgten im Reichsjustizministerium Besprechungen mit den Leitern der Strafvollzugsanstalten, die die technische Durchführung der Abgabe zum Gegenstand hatten. Als Zweck der Überstellungen wurde angegeben, daß ein kriegswichtiger Einsatz der Gefangenen vorgesehen sei (Feststellung des Schwurgerichts Wiesbaden, Seite 28 der Urteilsgründe).

Unter dem 22. Oktober 1942 richtete der Reichsminister der Justiz eine von Crohne gezeichnete Rundverfügung an die Generalstaatsanwälte, die den Aufdruck "Geheim" trug und u.a. folgenden Wortlaut hatte (Aktenzeichen IV a 1665/42g):

IO I Bl.205 ff

"Betrifft: Abgabe asozialer Gefangener an die Polizei.

I. Im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS werden folgende in Strafvollzugsanstalten befindliche Gruppen von rechtskräftig verurteilten Gefangenen an den Reichsführer SS abgegeben:

- 1) Juden -Männer und Frauen- soweit sie sich in Strafhaf, Sicherungsverwahrung oder im Arbeitshaus befinden,
- 2) Zigeunerpp.
- 3) Russen und Ukrainer pp.
- 4) Polen pp.
- 5) Sicherungsverwahrte -nur Männer- (ohne die nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 10.6.1932 BGBI.Nr.165 zu Arbeitshaus österr. Rechts Verurteilten),
- 6) Zuchthausgefangene mit anschließender Sicherungsverwahrung -nur Männer- (einschließlich Kriegtäter).

Ausgenommen von der Abgabe sind

- a) die wehrmichtsgerichtlich und SS- und polizeigerichtlich Verurteilten;
pp.

"Für besondere Prüfung durch die dafür zuständige Abteilung XV des Reichsjustizministeriums sind vorzusehen und daher gleichfalls vorerst nicht abzugeben solche Sicherungsverwahrten und Zuchthausgefangenen mit anschließender Sicherung, bei denen die Anstalt zu der Überzeugung gelangt, daß wegen ihrer günstigen Entwicklung im Strafvollzug (nicht etwa allein wegen Altersverfalls oder aus ähnlichen Gründen) Entlassungen aus der Sicherungsverwahrung in absehbarer Zeit in Frage kommen würden."

"Welche von den hiernach vorerst nicht abzugebenden Gefangenen von der Abgabe endgültig ausgenommen werden, wird durch Abteilung XV des Reichsjustizministeriums entschieden."

pp.

II. - VI. pp.

"VII. Mit der erfolgten Abgabe an die Polizei gilt die Strafvollstreckung als unterbrochen."

pp.

"VIII. Zur Vorbereitung der Überprüfung für alle männlichen Zuchthausgefangenen mit einer erkannten Strafe von über 8 Jahren sind die in Frage kommenden Anstaltsleiter im Reichsjustizministerium mündlich mit Weisungen versehen worden".....

pp.

"IX. Der Inhalt dieser Verfügung ist nur an die Anstaltsleiter weiterzugeben, für die Kenntnis des Inhalts der Verfügung mit Rücksicht auf die einsitzenden Gefangenen unbedingt erforderlich ist. Die Zahl dieser Anstaltsleiter ist durch Zusammenlegung der in Frage kommenden Gefangenen -gegebenenfalls im Benehmen mit den Nachbarbezirken-möglichst klein zu halten".....

pp.

"X. Für die Erfassung sämtlicher Gefangener, auch soweit sie bisher nicht an die zuständige Anstalt abgeliefert oder zum Zwecke des Arbeitsbetriebes in andere Anstalten verlegt sind, bitte ich unbedingt Sorge zu tragen."

Die in der vorstehend teilweise wiedergegebenen Rundverfügung vom 22. Oktober 1942 erwähnte Abteilung XV wurde durch Hausverfügung des Justizministers Thierack vom 26. Oktober 1942 errichtet. Die Hausverfügung hatte folgenden Wortlaut:

153

LO I Bl. 281

"Zum 1. November d.J. wird die Abteilung XV errichtet; Aufgabengebiet: "Sondereinsatz von Strafgefangenen." Die Abteilung untersteht mir unmittelbar. Ihr werden zugewiesen:

- a) als Leiter: Vizepräsident des Volksgerichtshofs Engert, vom 1.11. ab auftragsweise im RJM verwendet
(Zimmer: 16 Fspr. 253)
- b) als Sachbearbeiter:
 ORR Dr. Hupperschwiller) Zimmer und Fspr.
 OStA. Meyer) wie bisher.

Beide Beamte scheiden für die Dauer der Verwendung in Abt. XV aus der Abt. IV aus.

- c) eine Geschäftsstelle, die die Bezeichnung g 30 führt und von dem Min.Registr. Kluge geleitet wird. (Zimmer: 94 Fspr.: 648)

Berlin, den 26. Oktober 1942

Dr. Thierack

Aktenzeichen: 1200 E - VIII p² 282.

Der Abteilung XV des Reichsjustizministeriums sind später noch der ehemalige Reichshauptamtsleiter Giese und der Erste Staatsanwalt Dr. Gündner zugeteilt worden.
(Bl.229 d.A.) Zeitweilig war auch der frühere Senatspräsident Hecker mit der Abgabeaktion befaßt.

- 2) Gegen die Mitarbeiter Engerts in der Abteilung XV sowie gegen den früheren Ministerialdirigenten Rudolf Marx ist in den Jahren 1951/1952 vor dem Schwurgericht in Wiesbaden ein Strafverfahren durchgeführt worden (2 Ks 2/51 StA. Wiesbaden). Engert und Hecker waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr am Leben.

Seite 40 der Urteilsgründe

Nach den Feststellungen des Schwurgerichts sind von 3.337 Gefangenen, die ohne individuelle Prüfung ins Konzentrationslager überstellt worden sind, mindestens 1500 während des Lageraufenthaltes verstorben. Von weiteren 319 Gefangenen, die nach Überprüfung als asozial eingestuft und überstellt worden sind, sind mindestens 120 verstorben. Bei diesen Zahlen handelt es sich nur um einen Teil der überstellten Justizgefangenen. In

den Todesziffern sind auch nur diejenigen Häftlinge aufgenommen worden, deren Schicksal einwandfrei geklärt werden konnte. Die meisten Häftlinge beider Gruppen sind bald nach ihrer Einlieferung ins KZ verstorben.

Wie die Häftlinge im KZ im einzelnen umgekommen sind, hat das Schwurgericht nicht feststellen können. Die überwiegende Todesursache ist jedoch nach den inzwischen gewonnenen Erkenntnissen über die Behandlung von Konzentrationslagerhäftlingen, insbesondere in den Lagern der Stufe III -wozu Mauthausen gehörte-, in der menschenunwürdigen Behandlung der Häftlinge (übermäßiger Arbeitseinsatz bei unzureichender Ernährung, Mangel an ärztlicher Versorgung, schlechte Unterkünfte und mangelhafte Bekleidung, sowie körperliche Mißhandlungen durch SS-Angehörige und Funktionshäftlinge) zu sehen.¹⁾

Das Schwurgericht hat die Angeklagten Marx, Hupperschwiller, Meyer, Giese und Gründner gleichwohl freigesprochen, da es trotz erheblicher Verdachtsmomente letztlich nicht als erwiesen angesehen hat, daß die Angeklagten um die Tötung der Häftlinge gewußt oder zumindest mit ihr gerechnet hätten und für diesen Fall damit einverstanden gewesen wären.

Sachverhalt.

Obgleich die Abteilung VV speziell zur Durchführung des "Sondereinsatzes von Strafgefangenen" errichtet worden war, ließ Thierack es sich nicht nehmen, von dem Reichsführer der SS im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei an ihn

1.) Anmerkung:

Wegen der Tötung der Justizgefangenen im Konzentrationslager Mauthausen wird hier ein gesondertes Verfahren -24 AR 52/65 (Z)- geführt.

155

herangetragene Sonderfälle persönlich zu prüfen.

- 1.) Unter dem Datum des 17. Oktober 1942 schrieb Ministerialrat Klemm von der Partei-Kanzlei an den Reichsminister der Justiz Dr. Thierack:

LO I Bl.3f.

"Betrifft: Polizeiliche Sonderbehandlung nicht genügender Justizurteile.

Ihr Zeichen: M 2/42 geh.

Sehr verehrter Herr Minister!

Unter Bezugnahme auf Ihre Besprechung mit dem Reichsführer-SS übersende ich in der Anlage 11 Anträge des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD auf Sonderbehandlung betreffend die Verurteilten:

- Es folgen 11 Namen. -

"Aus den bereits mündlich erörterten Gründen ist bisher von einer weiteren Behandlung dieser Anträge hier abgesehen worden. Den Chef der Sicherheitspolizei und des SD habe ich von der Abgabe unterrichtet."
pp.

Auf dem Schreiben befindet sich mit Grünstift die Anordnung Thieracks "V. Th.", ferner der Name des für "Sonderbehandlungsfragen" zuständigen Referenten "Joel". Schließlich enthält das Schreiben noch die Verfügung "Gg.Kü²⁶/10" (Geschäftsgang Kümmerlein).

Bl.29 d.A.

Bei dem Absender des Schreibens handelt es sich um den späteren Staatssekretär im Reichsjustizministerium Herbert Klemm, geboren am 15.5.03 in Leipzig, verstorben am 4.7.63 in Starnberg.

Am 28. Oktober 1942 schrieb der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Müller, an Thierack:

"Als Geheim

LO I Bl.18ff an den Herrn Reichsminister der Justiz
Dr. Thierack -persönlich-

B e r l i n .

Anlage: 1 Aktenheft.

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

In der Anlage übermittle ich Ihnen auf Befehl des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei und im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei, Reichsleiter Bormann,

156

eine Sammlung von insgesamt 72 Sonderfällen, die seinerzeit heranstand, Reichsleiter Bormann zur Herbeiführung einer Entscheidung vorgelegt zu werden, da die Urteile der herrschenden Auffassung nicht entsprechen.

Die Vorlage unterblieb schließlich im Hinblick auf die bevorstehende Neuregelung der Justizverwaltung.

Ich bitte, diese Fälle einer Nachprüfung unterziehen zu lassen.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener Müller."

Dem Schreiben war ein Aktenheft beigelegt, das 72 Einzeldarstellungen von Strafurteilen mit Aktenzeichen, sowie Namen, Lebenslauf und Straftaten der Verurteilten enthielt.

LO I Bl.19a Das Schreiben enthält handschriftliche Vermerke Thieracks mit Grünstift.

a) auf der Vorderseite:

"Zu Ziff. 1

Reinigung des Volkskörpers, was nützen alle anderen Maßnahmen des Blutschutzes, der Auslese usw. Auch der Gedanke der negativen Auslese erfordert das (die Besten fallen an der Front). Gleichzeitig zu Fragen der Zulässigkeit der Polizeiaufsicht durch Richterspruch Stellung nehmen.

Kümmerlein.

1. X = eine besondere Nummer der Richterbriefe,
2. Ebersberg soll sämtliche Straftaten beiziehen und mir vortragen,
3. Sodann Antwort.

1.11.42 Th."

b) auf Seite 2 unter der Unterschrift

"Müller":

"Sicherungsverwahrung: 1, 2, 3, 4, 5, 9, 12, 13, 15, 19, 24, 25, 26, 31, 32, 34, 35, 37, 41, 43, 44, 47, 48, 52, 54, 55, 56, 61, 62, 63, 65, 66, 67, 68, 69, (35)."

Unter dem letzteren Vermerk befindet sich folgende Verfügung Ebersbergs:

"Not: Abschrift des vorstehenden Schreibens und Abschriften der vorstehend aufgeführten 35 Fälle am 8.12. an Herrn Ludw. Engert zum Vortrag der Abt. XV bei Herrn Minister. -

Ebersberg 8.12."

157

LO I Bl. 109 Am 4. November 1942 übermittelte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Müller, im Nachgang zum Schreiben vom 28. Oktober 1942 einen weiteren Sonderfall "als Geheim an den Herrn Reichsminister der Justiz Dr. Thierack -persönlich- mit der Bitte, "auch dieses Urteil einer Nachprüfung unterziehen lassen zu wollen."

Das Schreiben enthält folgenden mit Grünstift geschriebenen Vermerk: " Ebersberg Th".

Unter dem 5. November 1942 verfügte der Beschuldigte Dr. Kümmerlein:

" 1.) Vermerk:

LO I Bl. 110

Herr Minister hat heute mit Gruppenführer Müller den anliegenden Vorgang durchgesprochen. Er hat folgende Weisungen gegeben:

- 1.) Die Fälle, in denen auf Zuchthaus mit anschließender Sicherungsverwahrung erkannt worden ist, werden durch Abt. 15 im Wege des Sondereinsatzes erledigt.
- 2.) Von den restlichen Urteilen soll Herr Ebersberg sämtlich die Akten beiziehen, das Urteil prüfen und Herrn Minister vortragen.
- 3.) Aus den mit X versehenen Vorgängen soll ein besonderer Richterbrief zusammengestellt werden. Hierzu hat Herr Minister folgende Randbemerkung geschrieben:"
(es folgt Wortlaut der Notiz Thieracks auf dem Schreiben vom 28.10.42).

" 2.) Herrn Bürkner.

Ich bitte, in sämtlichen anliegenden Sachen die Strafsachen beschleunigt anzufordern"
pp.

LO I Bl. 6

Mit Schreiben vom 16. November 1942 übermittelte Ministerialrat Klemm von der Partei-Kanzlei weitere 5 Anträge des Chefs

der Sicherheitspolizei und des SD auf "Sonderbehandlung". Dieses Schreiben trägt den mit Grünstift geschriebenen Vermerk Thieracks: "Kümmerlein. V. Th."

Die dem Reichsjustizminister mit Schreiben der Partei-Kanzlei übermittelten Anträge waren größtenteils auch in der Sammelvorlage des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 28. Oktober 1942 aufgeführt.

- 2.) Nach dem Eingang der Strafakten im Reichsjustizministerium wurden die Fälle dem Minister vorgetragen. Während in den 35 Fällen, in denen auf Zuchthaus mit anschließender Sicherungsverwahrung erkannt worden war, die Akten an die Abteilung XV weitergeleitet wurden, ließ sich Thierack die restlichen Akten in der Zeit vom 11. bis 14. Januar 1943 von dem Beschuldigten Ebersberg - in zwei Fällen von Referenten der Abt. IV - vortragen. Der Beschuldigte Ebersberg vermerkte die Entscheidung des Ministers auf den Einzeldarstellungen.

LO I Bl. 28, 44, 47, 63, 68, 99, 106, 108.

In insgesamt acht Fällen lautete der handschriftliche Vermerk des Beschuldigten Ebersberg: "n.V. Entsch.: Überstellung" bzw. "n.V. Überstellung an Abt. XV". Es folgen das Datum und die Paraphen des Beschuldigten. Bei diesen acht Fällen handelte es sich um die Justizgefangenen:

- 1.) B r i c k e l , Wilhelm, geb. am 28.12.1906 in Bonn, am 30.3.1942 vom Landgericht Straßburg im Elsaß wegen Diebstahls i.R. in 3 Fällen und Landstreicherei zu 2 Jahren Zuchthaus, 1 Monat Haft und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.
- 2.) G r ü n e b e r g , Georg, geb. am 27.7.1903 in Berlin (Urteil nicht mitgeteilt, Akten sind nicht mehr vorhanden).
- 3.) H a c k e n b r o i c h , Wilhelm, geb. am 9.8.1897 in Köln, vom Landgericht Düsseldorf wegen Betrugs im Rückfall zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und anschließender Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt verurteilt.

- 4.) K i n d , Franz, geb. am 16.8.1913 in Aachen, am 9.3.1942 vom Landgericht Aachen wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 6 Jahren Zuchthaus und Entmannung verurteilt.
- 5.) L a n g e r , Franz, geb. am 16.9.1919 in Baierndorf, am 14.8.1942 vom Landgericht Steyr zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- 6.) V r b a , Rupert, geb. am 2.1.1909 in Vöcklabruck, im Juni 1942 vom Landgericht Graz zu 5 Jahren schwerem Kerker verurteilt.
- 7.) Z i m m e r m a n n , August, geb. am 29.10.1903 in Emden, vom Sondergericht in Hamburg als Volksschädling zu 5 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus, sowie 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.
- 8.) Z w a n , Johann, geb. am 7.12.1902 in Graz, (Urteil nicht mitgeteilt, Akten haben nicht vorgelegen).

LO I Bl.38

In einem weiteren Fall (F i s c h e r) lautete der Vermerk:
" N.V. der Abt. IV (Walther). Überstellung an Abt. XV.
Eb. 14/1"

Es handelte sich dabei um

- 9.) F i s c h e r , Franz, geb. am 3.3.1914 in Obermaschwitz, am 16.2.1942 vom Sondergericht II in Halle wegen Körperverletzung als Volksschädling zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Bl. 76 d.A.

Bei dem Referenten handelte es sich vermutlich um Dr. Franz Walter, geb. am 5.3.1893 in Stettin, als Kammergerichtsrat in Abt. IV des Reichsjustizministeriums tätig gewesen, am 12.5.1950 vom Amtsgericht Berlin-Charlottenburg erklärt.

LO I Bl.122 ff In den übrigen Fällen ordnete Thierack nach Vortrag durch Ebersberg an:

IO I Bl.131a

- a) in 10 Fällen: die "Nichtigkeitsbeschwerde" zu erheben,
- b) in 3 " : die Haftzeit während des Krieges gemäß der VO. vom 1.6.1940 (Reichsgesetzblatt I S. 877) auf die erkannte Strafe nicht anzurechnen,
- c) in 5 Fällen den Einsatz der Verurteilten in einer militärischen Sonderverwendung ("Haufen G") - es handelte sich dabei um die Bewährungstruppe 999 -,
- d) in zwei Fällen: gegen die Beschuldigten im Wege der polizeilichen Vorbeugungshaft vorzugehen,
- e) in 9 Fällen: es bei den ergangenen Urteilen bewenden zu lassen.

In einem Fall hatte sich eine Entscheidung dadurch erübrigt, daß der Verurteilte zwischenzeitlich zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war.

In allen Fällen, in denen auf Zuchthaus mit anschließender Sicherungsverwahrung erkannt worden war, hat der Beschuldigte Ebersberg auf den Einzeldarstellungen vermerkt: "Entscheidung: Überstellung (Abt. XV)."

- 3.) Vermutlich noch am selben Tage, an dem er die Fälle dem Minister vorgetragen hatte, hat Ebersberg in den Fällen, in denen eine Überstellung an die Abt. XV beschlossen worden war, Abschriften der Sammelvorlage des Reichssicherheitshauptamtes vom 28.10.1942 an Ministerialdirektor Engert, dem Leiter der Abt. XV, mit folgendem Vermerk weitergeleitet:

IO I Bl.115,
120

"Herrn Min. Dir. Engert,
Herr Minister hält Sonderbehandlung für angezeigt.
Über das Ergebnis Ihrer Prüfung bitte ich mich zu unterrichten."

Der Ausdruck "Sonderbehandlung" ist von ihm auch in einer handschriftlichen Zusammenstellung mit der Überschrift "Verbleib der Akten" im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die Übersendung der Akten an Abt. XV verwandt worden.

Hingegen heißt es in dem abschließenden, von Ebersberg entworfenen und von Thierack gezeichneten Schreiben vom 2. Februar 1943 an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Gruppenführer Müller:

LO I Bl.122 ff.

"Betr.: Sonderbehandlung.

Ihre Schreiben vom 28.10. und 4.11.1942

-B. Nr. IV - 437/42 geheim -.

Sehr geehrter Gruppenführer!

Auf Grund der mir übersandten Anträge habe ich mir die Akten vortragen lassen und folgende Entscheidungen getroffen.

In den Fällen

-Es folgen die 43 Namen derjenigen Justizgefangenen, deren Überstellung an Abt. XV vorgesehen war.-

" habe ich die Überstellung der Verurteilten an die Geheime Staatspolizei zum Sondereinsatz im Konzentrationslager angeordnet."

pp.

LO I Bl.127 ff. Dieselbe Formulierung von der "Überstellung der Verurteilten an die Geheime Staatspolizei zum Sonderarbeitseinsatz" findet sich auch in dem von Ebersberg entworfenen und von Thierack gezeichneten Schreiben des Ministers vom 2. Februar 1943 an den Leiter der Partei-Kanzlei, zu Händen von Ministerialrat Klemm, mit dem die Eingaben vom 17. Oktober und vom 16. November 1942 beantwortet wurden.

- 4.) Ob die an die Abteilung XV weitergeleiteten 35 Vorgänge, in denen auf Zuchthaus mit anschließender Sicherungsverwahrung erkannt worden war, dem Minister von dem Referenten der Abteilung XV vorgetragen oder dort in eigener Zuständigkeit geprüft worden sind, konnte nicht geklärt werden.

162

Zwar hat Ebersberg die Fälle durch Verfügung vom 8.12.1942 dem Leiter der Abt. XV, Engert, "zum Vortrag der Abt. XV bei Herrn Minister" zugeleitet. Auch heißt es im abschließenden Schreiben des Ministers vom 2. Februar 1943: "ich habe mir ... die Akten vortragen lassen"

Ein solcher Vortrag wäre jedoch überflüssig gewesen, da es sich in allen diesen Fällen um Verurteilte handelte, für die Sicherungsverwahrung angeordnet worden war, diese Fälle folglich ohnehin von der Abteilung XV überprüft worden wären.

Aus der Formulierung des Beschuldigten Ebersberg auf den Einzeldarstellungen und der Formulierung des Beschuldigten Dr. Kümmerlein im Vermerk vom 5. November 1942, wo jeweils von einer "Entscheidung" bzw. "Weisung" des Ministers die Rede ist, kann mit ausreichender Sicherheit entnommen werden, daß eine Entscheidung des Ministers nicht eingeholt wurde. Letztlich ist für die rechtliche Beurteilung des Tatverhaltens der Beschuldigten die Klärung dieser Frage ohne wesentliche Bedeutung (zu vgl. unten bei V).

Vermutlich im Hinblick auf die besondere Zuständigkeit Joels für "Sonderbehandlungen", eventuell auch wegen der Zuschrift des Ministers auf dem Schreiben der Partei-Kanzlei vom 17. Oktober 1942, wurden Joel die Vorgänge am 25. Februar 1943 in der Annahme vorgelegt, daß "die Federführung" beanspruche. Joel antwortete unter dem 17.3.1943, daß er zur Übernahme der Federführung keinen Anlaß sehe, nachdem der Vorgang durch das Ministeramt erledigt worden sei.

LO I Bl.143

LO I Bl.145

- 5.) Die Überprüfung der Schicksale der auf Grund der Sammelvorlage des RSHA vom 28. Oktober 1942 an die Abteilung XV überstellten Justizgefangenen hat zu folgendem Ergebnis geführt:

- 163
- a) Von den 34 Justizgefangenen, bei denen auf Zuchthaus mit anschließender Sicherungsverwahrung erkannt war, sind 27 in Konzentrationslager überstellt worden und dort umgekommen.

In weiteren drei Fällen sind Justizgefangene in ein KZ eingeliefert worden. Einer von ihnen hat die KZ-Haft überlebt. Das Schicksal der beiden anderen konnte nicht geklärt werden.

In weiteren drei Fällen ist eine Überstellung in ein Konzentrationslager aus nicht geklärten Gründen nicht erfolgt.

In einem Fall ist der Verurteilte noch vor der Überstellung im Strafgefangenenlager Börgermoor verstorben.

- b) Von 8 Justizgefangenen, deren Überstellung Thierack nach Vortrag durch den Beschuldigten Ebersberg angeordnet hatte, sind drei in ein Konzentrationlager eingewiesen worden. Zwei von ihnen sind dort umgekommen. (Grüneberg und Hackenbroich), der dritte hat die KZ-Haft überlebt (Zwan).

Ein Verurteilter ist 1943 im Zuchthaus Brandenburg verstorben, möglicherweise vor seiner Überstellung (Zimmermann). In drei Fällen konnte nicht geklärt werden, ob eine Überstellung in ein Konzentrationslager erfolgt ist, die Betreffenden haben jedenfalls noch nach Mai 1945 gelebt (Brickel, Langer, Vrba).

In einem Fall ist eine Überstellung ins KZ mit Sicherheit nicht erfolgt (Fall Kind).

Im Fall Fischer (Vortrag durch Walter) ist eine Überstellung in ein Konzentrationslager erfolgt. Fischer hat jedoch die KZ-Haft überlebt.

Bei diesem Ergebnis ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl der in Konzentrationslager überstellten Justizgefangenen ermordet, bzw. "durch Arbeit vernichtet" worden ist.

IV. Dienststellung und Einlassung der Beschuldigten:

Bl. 244 ff
d.A.

1.) Der Beschuldigte Dr. Heinz Kümmerlein ist heute Rechtsanwalt und Notar in Essen. Er wurde am 25. April 1909 in Essen geboren, promovierte 1932 in Münster und bestand Ende 1935 sein juristisches Assessorexamen mit Prädikat. Nach kurzer Tätigkeit als Gerichtsassessor und Landgerichtsrat in Essen wurde er 1938 in das Reichsjustizministerium abgeordnet. Dort war er zunächst in der Abteilung III (Gesetzgebung auf dem Gebiete des Strafrechts und Strafverfahrensrechts) tätig. Später befaßte er sich fast ausschließlich mit dem Jugendstrafrecht. Er sieht die Krönung seiner Arbeit in der Verkündung des Reichsjugendgerichtsgesetzes vom 6. November 1943, an dessen Zustandekommen er maßgeblich beteiligt war. Er wurde am 1. Mai 1942 zum Oberregierungsrat befördert.

Nach dem Amtsantritt Thieracks wurde er diesem von der Personalabteilung des Hauses als Adjutant vorgeschlagen. Thierack akzeptierte den Vorschlag und ernannte ihn zu seinem ersten persönlichen Referenten. Der NSDAP war der Beschuldigte im Jahre 1937 beigetreten. Außerdem gehörte er noch dem NSRB an.

Bl. 153 ff
d.A.

2.) Der Beschuldigte Heinrich Ebersberg ist heute Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz. Er wurde am 30. Juli 1911 in Nordhausen/Harz geboren. Sein juristisches Assessorexamen bestand er im Jahre 1937 mit dem Prädikat "gut". Er wurde im Oktober 1938 von dem damaligen Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Schlegelberger, den er bereits zwei Jahre vorher anlässlich eines Genesungsurlaubs in Herrenalp/Schwarzwald kennengelernt hatte, ins

165

Reichsjustizministerium berufen und als dessen zweiter persönlicher Referent bestellt. Erster persönlicher Referent war damals der spätere Senatspräsident beim OLG Hamburg, Professor.Dr.Gramm (verstorben).

Nach dem Amtsantritt Thieracks wurde der Beschuldigte Ebersberg zunächst dem Beschuldigten Dr.Kümmerlein zugeteilt, um ihn aufgrund seiner einschlägigen Erfahrung in das Amt eines ersten persönlichen Referenten einzuweisen. Bald darauf wurde er dem inzwischen eingerichteten Ministeramt als zweiter persönlicher Referent des Reichsjustizministers zugeteilt. Von Mitte Ende Februar 1943 bis November 1943 war er bei der Wehrmacht und wurde danach wieder in seine alte Stelle als persönlicher Referent des Ministers eingewiesen.

Ebersberg gehörte seit 1937 der NSDAP, ferner dem NSRB an. Bereits im Jahre 1933 hatte er sich der SA angeschlossen.

Bl. 165 ff,
270 f d.A.

- 3.) Die Tätigkeit der Beschuldigten als persönliche Referenten des Reichsjustizministers bestand u.a. darin, Termine des Ministers vorzubereiten und an ihn gerichtete Eingaben zu bearbeiten. Sie hatten ferner Glückwünsche und Dankesbriefe zu entwerfen. Ihre Tätigkeit bestand nicht in der Vorbereitung einer Sachentscheidung, dafür waren die einzelnen Abteilungen zuständig. Die persönlichen Referenten hatten dem Minister jedoch gelegentlich Entwürfe der Abteilungen zur Unterschrift vorzulegen; sie mußten sich deshalb in die Vorgänge einarbeiten, um bei Bedarf die gewünschten Informationen geben zu können. Eine feste Sachabgrenzung in ihrem Aufgabenbereich - auch zwischen ihnen selbst - gab es nicht. Es war mehr oder weniger dem Zufall überlassen, welche Vorgänge wem auf den Tisch kamen.

166

Dr. Kümmerlein begleitete den Minister öfter auf Reisen, Ebersberg seltener. Zu den Besprechungen des Ministers mit den Abteilungen oder anderen Dienststellen wurden die Beschuldigten angeblich nicht zugezogen.

Bl. 160 ff

4.) Der Beschuldigte Ebersberg hat sich wie folgt eingelassen:

Bl. 168

Er habe mit der Tätigkeit der Abteilung XV nichts zu tun gehabt. Ihm sei damals bekannt gewesen, daß die Sicherungsverwahrten generell über die Abteilung XV zum "Sondereinsatz" abgestellt werden sollten. Bei dem Wort "Sondereinsatz" habe er sich vorgestellt, daß sie zu einem Arbeitseinsatz "unter schwierigen Bedingungen" (beispielsweise in Steinbrüchen) herangezogen werden sollten. Unter "schwierigen Bedingungen" habe er die gegenüber einer Beschäftigung der Strafgefangenen innerhalb einer Anstalt äußeren schwereren Arbeitsbedingungen verstanden, z.B. die Arbeit im Freien bei kalter Jahreszeit. Er sei sich nicht im geringsten bewußt gewesen, daß die dem RSHA überstellten Justizgefangenen vorsätzlich in eine Situation gebracht werden sollten, durch die ihr Leben zumindest gefährdet gewesen wäre.

Bl. 163

Er habe selbst keinerlei Voten ausgearbeitet, sondern Thierack nur den Akteninhalt vorgetragen. Die Entscheidungen habe Thierack allein getroffen. Die Entscheidungen des Ministers seien noch nicht endgültig gewesen. Der Minister habe damit nur zu erkennen gegeben, daß er in den vorgetragenen Fällen eine Überstellung an die Polizei befürworte, wenn sie sich im Rahmen der Abmachungen bewegten, die er mit der Abteilung XV getroffen hatte. Die endgültige Entscheidung sollte der Abteilung XV - Engert - überlassen bleiben.

Bl. 169

Über die Rechtsgrundlage für die Überstellungen von Strafgefangenen an die Polizei habe er sich keine Gedanken gemacht. Er sei davon ausgegangen, daß Hitler persönlich die Abgabe der Justizgefangenen an die Polizei gebilligt und Thierack insoweit ermächtigt habe. Er habe angenommen, daß eine rechtliche Grundlage geschaffen und daß diese von der zuständigen Abteilung XV geprüft worden sei. Er habe ferner angenommen, daß es sich bei dem Arbeitseinsatz der Strafgefangenen in der Zuständigkeit des RSHA um eine Fortsetzung des Strafvollzuges gehandelt habe, wobei lediglich die Zuständigkeit der Vollzugsanstalten durch eine Zuständigkeit des RSHA ersetzt worden sei. Die Tatsache, daß die Strafvollstreckung mit der Abgabe der Strafgefangenen an die Polizei als unterbrochen galt, sei ihm nicht bekannt gewesen. Er habe weder die von Crohne unterzeichnete Rundverfügung an die Generalstaatsanwälte pp. vom 22. Oktober 1942 gekannt noch an den die Arbeit der Abteilung XV vorbereitenden Besprechungen teilgenommen.

Bl. 166

Der Ausdruck "Sonderbehandlungen" sei ihm bekannt gewesen. Er habe gewußt, daß Jöel der zuständige Referent für "Sonderbehandlungen" gewesen sei. Darunter habe man Fälle verstanden, in denen durch Schreiben der Leiter der Partei- oder Reichskanzlei, also von Bormann bzw. Lammers, im Zusammenhang mit der Kritik an Strafurteilen Anordnungen Hitlers mitgeteilt worden seien, in bestimmten Einzelfällen Verurteilte an die Gestapo bzw. das RSHA herauszugeben. Diese Fälle habe Jöel zu bearbeiten gehabt. Es sei versucht worden, die Strafurteile zu halten und die Herausgabe der Verurteilten an die Gestapo abzuwenden.

Bl. 167

Im RJM habe man sich gegen die Herausgabe von Strafgefangenen an die Gestapo gesträubt, einmal aus grundsätzlichen Erwägungen, zum anderen auch deswegen, weil das Schicksal der Verurteilten damit unkontrolliert geworden sei. Ihm sei zwar nicht bekannt gewesen, daß in Fällen der Überstellung die Verurteilten zu Tode gebracht worden seien, es sei aber gelegentlich der Verdacht aufgekommen, wenn Pressemitteilungen kundgetan hätten, Strafgefangene seien "auf der Flucht" erschossen worden, daß es sich dabei um von den Justizbehörden an das RSHA herausgegebene Verurteilte gehandelt habe.

Bl. 163

Er habe den Ausdruck "Sonderbehandlung" in der Weiterleitung der Weisungen des Ministers an die Abteilung XV nur deshalb gebraucht, weil dieses Wort im Betreff des Eingangsschreibens der Partei-Kanzlei gestanden habe. Er habe sich darunter vermutlich nichts vorgestellt, sondern den Ausdruck einfach übernommen.

Bl. 168

Er habe dabei immer nur an den zu bearbeitenden Fall gedacht, aber nichts über das Schicksal der betreffenden Personen sagen wollen. Er sei davon ausgegangen, daß in den von ihm vorgetragenen Fällen die Überstellung an Abteilung XV einen Arbeitseinsatz der Strafgefangenen in Steinbrüchen bedeutet habe. Er habe dabei keine gedankliche Verbindung zu den Sonderbehandlungsfällen Jöels hergestellt. Diese seine Aufgabe habe sich schon dadurch von den Sonderbehandlungsfällen Jöels unterschieden, weil es sich dort um einzeln an das Ministerium herangetragene Fälle gehandelt hatte, in denen eine Entscheidung Hitlers vorgelegen habe, während sich die ihm übertragene Aufgabe auf eine erstmals dem Justizministerium eingeräumte Befugnis bezogen habe, Verurteilte dem RSHA für einen besonderen Arbeitseinsatz zur Verfügung zu stellen. Die furchtbare Bedeutung des Ausdrucks

Bl. 169 f

Bl. 166

"Sonderbehandlung", wie er insbesondere in dem Rund-
erlaß des RSHA vom 20. 2.1942 zum Ausdruck kommt, in
dem "Sonderbehandlung" bei Arbeitskräften aus dem
Osten "Tod durch den Strang" bedeutete, sei ihm erst
anläßlich seiner verantwortlichen Vernehmung bekannt
geworden. Den Wortlaut dieses Runderlasses habe er
vorher niemals zu Gesicht bekommen.

5.) Der Beschuldigte Dr. Kümmerlein hat sich eingelassen:

Bl. 275

Von der Existenz der Abteilung XV habe er durch den
Geschäftsverteilungsplan Kenntnis bekommen. Er habe
auch in Gesprächen mit Dezernenten der Vollzugsab-
teilung oder der Abteilung XV erfahren, daß die Auf-
gabe dieser Abteilung darin bestanden habe, asoziale
Gefangene zur Durchführung "gefährlicher Arbeiten"
an die Polizei abzugeben. Er habe sich vorgestellt,
daß damit Arbeiten gemeint waren, für die bis dahin
Zivilisten verwandt worden seien, und die z.B. in-
folge Frontnähe oder durch die Art der Arbeiten
(z.B. Bombenentschärfungen) mit einer gewissen Le-
bensgefahr verbunden gewesen wären.

Über die gesetzlichen Grundlagen für die Abgabe ha-
be er sich keine Gedanken gemacht. Er habe keinen
Anlaß gehabt, an der Rechtmäßigkeit zu zweifeln, da
die Abteilung XV vom Justizminister persönlich ein-
gerichtet worden sei. Da die Abgabe nicht in sein
Resort gefallen sei, habe er auch keinen Anlaß ge-
habt, sich mit den gesetzlichen Grundlagen zu be-
fassen oder sie gar zu prüfen. Im übrigen sei ihm
nicht bekannt gewesen, daß die Strafvollstreckung
mit der Abgabe als erledigt angesehen werden soll-
te. Er habe in dem Arbeitseinsatz bei der Polizei
eine Fortsetzung des Strafvollzuges gesehen.

Bl. 273 f

Möglicherweise habe er zu einem ihm nicht mehr er-
innerlichen Zeitpunkt und in einem ihm ebenfalls

nicht mehr erinnerlichen Zusammenhang die Wendung "nichtung durch Arbeit" gehört oder gelesen. Möglicherweise sei ihm dabei auch der Gedanke gekommen, ob denn hier Leute zu Tode gebracht werden sollten. Dieser Gedanke würde auf seinem gefühlsmäßigen Mißtrauen gegenüber allem, was mit der SS und der Polizei zusammenhing, beruht haben. Die ihm bekannten Tatsachen über die Abgabeaktion hätten jedoch eindeutig dagegen gesprochen, daß die Überstellten getötet werden sollten. Er habe auch keinerlei Anhaltspunkte über Tötungen in Konzentrationslagern gehabt.

Bl. 272 f

Der Ausdruck "Sonderbehandlung" sei ihm bekannt gewesen. Er habe ja sogar in den Geschäftsverteilungsplänen des Justizministeriums gestanden. Darunter habe er jedoch nicht verstanden, daß die Betreffenden von der Polizei umgebracht werden sollten - eine solche Vorstellung wäre ihm einfach absurd erschienen - , sondern daß damit eine besondere Art der verfahrensmäßigen Behandlung gemeint war, die aufgrund von Rügen politischer Stellen an ergangenen Strafurteilen erfolgen sollte. Es sei schon eine "Sonderbehandlung" gewesen, Justizgefangene aus dem üblichen Strafvollzug herauszunehmen und in eine andere Verwahrungsform zu überführen. Er habe jedenfalls nicht im entferntesten daran gedacht, daß mit der "Sonderbehandlung" Tötungen von Justizgefangenen gemeint sein könnten.

Bl. 276,271 f

Im übrigen habe es sich bei der von ihm getroffenen Verfügung vom 5. November 1942 um einen für seine Adjutantentätigkeit typischen, rein technischen Vorgang gehandelt. Die Akten sollten von der Abteilung XV erst bearbeitet und dann dem Minister vorgetragen werden. Seine Tätigkeit sei daher für die Abgabe der Justizgefangenen nicht kausal gewesen. Er habe in keiner Weise damit rechnen können, bei diesem rein

technischen Vorgang in etwas Rechtswidriges verwickelt zu werden.

V. Tatsächliche und rechtliche Würdigung:

- 1.) Bei der Würdigung des Verhaltens der Beschuldigten ist von dem Tatbeitrag der Haupttäter auszugehen. Als Haupttäter sind Hitler, Thierack und Himmler anzusehen. Sie hatten die "Vernichtung" der "asozialen" Justizgefangenen "durch Arbeit" geplant und angeordnet.

Als Mittäter sind zumindest die Kommandanten und Schutzhaftlagerführer derjenigen Konzentrationslager anzusehen, in denen die unmittelbaren Tötungshandlungen durchgeführt worden sind, insbesondere diejenigen der Konzentrationslager Mauthausen und Neuengamme einschließlich der Nebenlager.

Die Tötungen der überstellten Justizgefangenen erfolgten in der Zeit von Ende 1942 bis Mai 1945, überwiegend im Laufe des Jahres 1943. Wenn auch feststeht, daß ein Teil der überstellten Justizgefangenen die Konzentrationslagerhaft überlebt hat, eine Tötung aller "asozialen" Justizgefangenen also nicht erfolgt ist, so kann doch aufgrund der Anzahl der Toten und des Zeitpunkts ihres Todes davon ausgegangen werden, daß die Tötungen der Häftlinge durch übermäßige Arbeitsbeanspruchung bei unzureichender Ernährung von den Tätern mit direktem Vorsatz bewirkt worden sind. Der Vorsatz richtete sich nicht auf den einzelnen Justizgefangenen, sondern auf die Vernichtung der Gruppe der asozialen Häftlinge in ihrer Gesamtheit, so daß das Überleben eines größeren Teils dieser Häftlingskategorie auf die rechtliche Bewertung des Tatverhaltens der Haupt-

und Mittäter keinen Einfluß hat.

Die Tötungen der Justizgefangenen sind als Morde zu bewerten (§ 211 StGB n.F.). Sie beruhten auf niedrigen Beweggründen. Die Tötung einer ganzen Bevölkerungsgruppe stellt nicht nur eine Verletzung der Rechtsordnung dar, sondern enthält einen unmittelbaren Angriff auf die Rechtsordnung. Hier wurden von Richtern ausgesprochene Strafen negiert und beiseitegeschoben, obwohl ^{durch} die Urteile für jedermann bindend festgestellt worden war, welche genau bestimmte Strafe den einzelnen treffen sollte. Dieser Angriff auf die Rechtsordnung ging von den Inhabern der höchsten Machtbefugnisse aus, deren Aufgabe es gerade gewesen wäre, die Rechtsordnung zu schützen. Dieser Mißbrauch der Macht auf Kosten einer ganzen Bevölkerungsgruppe aber war niedrig und gemein. Auch den vermeintlich Asozialen durfte nicht jeder Menschenwert und jede Menschenwürde abgesprochen werden.

Die Tötungen sind auch "grausam" durchgeführt worden. Die übermäßige körperliche Beanspruchung, die Lebensumstände angesichts des sicheren, nur im Zeitpunkt unbestimmten Todes, die Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht der Opfer; vor allem aber das Mitanschenmüssen des Todes ihrer Leidensgefährten, riefen außerhalb des eigentlichen Tötungszieles liegende seelische und physische Leiden hervor.

- 2.) Das Verhalten der Beschuldigten stellt objektiv eine Beihilfehandlung zum Mord dar.

Der Beschuldigte Dr. Kümmerlein hat die Weisung Thieracks schriftlich festgehalten und in den Geschäftsgang gebracht, nach der die Fälle, in denen auf Zuchthaus mit anschließender Sicherungsverwahrung erkannt worden war, durch Abt. XV im Wege des Sondereinsatzes erledigt werden sollten. Er hat damit im Sinne der im Strafrecht herrschenden Äquivalenztheorie eine Bedingung geschaffen, die nicht hinweggedacht werden kann, ohne daß damit der Erfolg, nämlich die Überstellung der Justizgefangenen an die SS und deren

173

spätere Tötung in den Konzentrationslagern, entfiel. Zwar wäre die Überstellung und Tötung der Sicherungsverwahrten im Laufe der Zeit vermutlich auch ohne spezielle Weisung des Ministers durch die Tätigkeit der Abteilung XV erfolgt. Darauf kommt es jedoch nicht an, da durch diese Tätigkeit des Beschuldigten zumindest eine schnellere Bearbeitung der besonders an die Abteilung XV herangetragenen Fälle erreicht wurde. Auch die "rein technische" Weitergabe der Weisung des Ministers stellt rechtlich -mag sie noch so tatfern sein-, eine Beihilfehandlung dar. Dies wäre selbst dann der Fall, wenn Engert (Leiter der Abteilung XV) von der Angelegenheit bereits Kenntnis gehabt hätte, da er jedenfalls den Eingang der Unterlagen vor ihrer Bearbeitung abwarten mußte.

Soweit der Beschuldigte Kümmerlein den Kausalzusammenhang deshalb nicht für gegeben hält, weil seiner Meinung nach die endgültige Entscheidung des Ministers erst nach Aktenvortrag durch die Abteilung XV ergehen sollte, beruht seine Auffassung auf einer Verkennung der Zusammenhänge. Es ist schon als unwahrscheinlich anzusehen, daß ein solcher Sachvortrag der Abteilung XV in den Fällen, in denen auf Sicherungsverwahrung erkannt worden war, überhaupt stattgefunden hat (siehe oben unter III, 4). Ein solcher Sachvortrag hätte aber allenfalls eine Überprüfung der Tatsachen oder Urteilsvoraussetzungen zum Inhalt haben können, da die Überstellung der Sicherungsverwahrten bereits eine beschlossene Sache zwischen Thierack und Himmler war. Das ergibt sich aus der Rundverfügung des Ministeriums vom 22. Oktober 1942 an die Generalstaatsanwälte (s. oben unter II, 1). Ein Sachvortrag der Abteilung XV beim Minister hätte demnach an der grundsätzlichen Behandlung der betreffenden Häftlingsgruppe nichts mehr ändern, sondern allenfalls in Einzelfällen zu Korrekturen führen können.

Das Verhalten des Beschuldigten ist selbst dann rechtlich als Beihilfe zu werten, wenn er die Tat der Haupttäter innerlich mißbilligte (vgl. RGSt. 56, 170). Für die Beurteilung seines Tatverhaltens kommt es entscheidend nur auf seine Kenntnis von dem Ziel der Abgabeaktion an.

171
Entsprechendes gilt für das Verhalten des Beschuldigten Ebersberg. Er hat die von Dr. Kümmerlein schriftlich fixierte Weisung des Ministers befolgt und die Weiterleitung der Unterlagen an die Abteilung XV veranlaßt. Das geschah sowohl hinsichtlich der 35 Fälle, in denen auf Sicherungsverwahrung erkannt worden war, als auch in den anderen Fällen, in denen Thierack nach Vorträgen von Ebersberg oder Walther die Überstellung durch Abteilung XV angeordnet hatte. Der Beschuldigte hat der Abteilung XV mit der Weiterleitung der Unterlagen zugleich die Entscheidung des Ministers mitgeteilt.

Hervorzuheben ist dabei, daß in mindestens sechs der acht von Ebersberg vorgetragenen Fälle, in denen der Minister "Sonderbehandlung" angeordnet hatte, eine Überstellung an das Reichssicherheitshauptamt nach den zwischen Himmler und Thierack vereinbarten Richtlinien nicht erfolgen mußte, da in diesen Fällen auf Strafen unter acht Jahren Zuchthaus erkannt worden war. Zwar ist davon auszugehen, daß in diesen Fällen erst Engert eine endgültige Prüfung vornehmen sollte. Die Mitteilung der von Thierack für angezeigt gehaltenen Entscheidung ("Herr Minister hält Sonderbehandlung für angezeigt") war jedoch geeignet, die Prüfung durch Engert in negativem Sinne zu beeinflussen und stellte von Seiten Thieracks zumindest den Versuch der Tötung der betreffenden Verurteilten dar (versuchter Mord). Insoweit ist das Tatverhalten des Beschuldigten Ebersberg -soweit es nicht zur Überstellung und Tötung gekommen ist- objektiv nur als Beihilfe zum versuchten Mord zu werten.

Die Frage, ob Ebersberg votiert oder -wie er sich eingelassen hat- nur die Fakten vorgetragen hat, ist für die rechtliche Beurteilung seines Tatverhaltens ohne Bedeutung. Für die abschließende Entscheidung kommt es auch bei ihm entscheidend darauf an, ob er Kenntnis von dem Ziel der Abgabeaktion -der "Vernichtung der Asozialen durch Arbeit"-hatte.

175

3.) Beiden Beschuldigten ist nicht nachzuweisen, daß sie von dem Ziel der Abgabeaktion, der Tötung der Asozialen, Kenntnis hatten. Es ist nicht zu widerlegen, daß sie geglaubt hatten, die überstellten Justizgefangenen sollten zu einem Sonderarbeitseinsatz "unter schwierigen Bedingungen" (Ebersberg) oder zur Durchführung "gefährlicher Arbeiten" (Kümmerlein) herangezogen werden.

Die Dienststellung als persönliche Referenten des Ministers und die mehrfache Verwendung des Ausdrucks "Sonderbehandlung" in den oben wiedergegebenen Schreiben und Mitteilungen sprechen für die Möglichkeit, daß den Beschuldigten die wahren Absichten von Hitler, Himmler und Thierack nicht verborgen geblieben waren.

Als persönliche Referenten des Ministers mußten sie über die wichtigsten Vorgänge im Ministerium unterrichtet gewesen sein, da sie andernfalls ihrer Dienststellung und den damit verbundenen Aufgaben nicht hätten voll gerecht werden können. Sie kannten die Einstellung ihres Ministers zur "Asozialenfrage", der er auf der Sammelvorlage des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 28. Oktober 1942 Ausdruck verliehen hatte ("Reinigung des Volkskörpers der Gedanke der negativen Auslese erfordert das die besten fallen an der Front" - s. oben unter III, 1-). Sie hörten oder lasen die Worte des "Führers" aus seiner Rede vom 30. September 1942: "Wir werden dafür sorgen, daß der Verbrecher zu Hause unter keinen Umständen diese Zeit überleben wird Wir werden diese Verbrecher ausrotten"

Insbesondere Kümmerlein -wahrscheinlich auch Ebersberg- hatte die Formel von der "Vernichtung durch Arbeit" gelesen oder gehört. Die Beschuldigten hätten in ihrer Stellung diese Äußerungen zwangsläufig mit der Tätigkeit der Abteilung XV in Verbindung bringen müssen.

Es war ihnen ferner bekannt, daß die mit der Tätigkeit der Abt. XV zusammenhängenden Vorgänge als "geheim" behandelt wurden.

Der von ihnen verwendete Ausdruck "Sonderbehandlung" hatte eine ganz bestimmte Bedeutung. Insbesondere der nach dem Geschäftsverteilungsplan des RJM für "Sonderbehandlungen" zuständige Referent Joel (es handelt sich um den späteren Generalstaatsanwalt in Hamm, der im "Nürnberger Juristenprozeß" zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist), war über die Bedeutung dieses Ausdrucks unterrichtet. Das ergibt sich daraus, daß er unter dem 9. September 1942 eine Vorlage der Abteilungen zur Vorbereitung der Besprechung zwischen Himmler und Thierack in Shitomir zusammengestellt hatte, in der unter "Sonderbehandlung" eindeutig Erhängungen durch die Polizei oder SS verstanden wurden ("Häufig teilt das Reichssicherheitshauptamt auf unsere Anregung nur mit, daß der Pole bereits auf Befehl des RFSS erhängt sei. In diesen Fällen habe ich wiederholt festgestellt, daß die Aburteilung durch das Sondergericht erheblich schneller vor sich gegangen wäre, als die "Sonderbehandlung" durch die Polizei, die erst nach Einholung einer Weisung des RFSS erfolgen konnte".)

Diese Besprechungsgrundlage trägt auch die Unterschrift von Crohne; sie dürfte den persönlichen Referenten des Ministers kaum unbekannt geblieben sein. Überdies hat sich der Beschuldigte Ebersberg selbst eingelassen, er habe gelegentlich den Verdacht gehabt, daß von der Justiz an das RSHA herausgegebene Strafgefangene zu Tode gebracht worden seien (s. oben unter IV, 4). Es ist mithin wenig wahrscheinlich, daß den Beschuldigten die Bedeutung des Begriffs "Sonderbehandlung" nicht bekannt war. Dennoch ist nicht hinreichend sicher nachzuweisen, daß die Beschuldigten die wirkliche Bedeutung der Überstellung der Justizgefangenen kannten.

Für die Beschuldigten spricht, daß Ebersberg in den von ihm

LO I Bl. 164

17

entworfenen Antwortschreiben Thieracks an Gruppenführer Müller und an Ministerialrat Klemm von einer "Überstellung der Verurteilten an die Geheime Staatspolizei zum Sonderarbeitseinsatz im Konzentrationslager" und nicht von einer "Sonderbehandlung" gesprochen hat. Diese Formulierung stimmt mit der Einlassung der Beschuldigten überein, nach der sie von einem besonderen Arbeitseinsatz ausgegangen seien. Allerdings hat auch die "Vernichtung durch Arbeit" einen solchen "Sonderarbeitseinsatz" bezweckt und vorausgesetzt.

Bl. 229

Für die Beschuldigten sprechen ferner die Feststellungen des Schwurgerichts Wiesbaden, nach denen nicht einmal die Referenten der Abteilung XV das Ziel der Abgabeaktion gekannt haben sollen. Diese Feststellungen bezogen sich zwar nur auf die damaligen Angeklagten Hupperschwiller, Meyer, Gündner und Giese, die die Kenntnis von dem Ziel der Abgabeaktion abgestritten hatten. Hingegen hatte der Mitbeschuldigte Hecker, der noch vor Beginn der Hauptverhandlung verstorben ist, vor dem Staatsanwalt in einer umfangreichen Darlegung zugegeben, daß ihm das Ziel der Abgabeaktion, die Tötung der asozialen Justizgefangenen, klar geworden sei. Seiner Aussage kommt besonderes Gewicht zu, da er sich durch sie selbst belastet hat. Auch Hecker war aber zunächst der Meinung, daß die Häftlinge nur zu gefährlichen Arbeiten herangezogen werden sollten. Er hat erst im März oder April 1943 ein Schreiben Thieracks an Bormann oder an das RSHA zu sehen bekommen, in dem klar von einer "Vernichtung durch Arbeit" die Rede gewesen sei. Von diesem Zeitpunkt ab war ihm klar, daß die Aktion letztlich die Tötung der Häftlinge bezweckte.

Dieser Einlassung Heckers ist also auch zu entnehmen, daß das Ziel der Abgabeaktion jedenfalls anfänglich geheimgehalten wurde und offenbar nur wenigen Eingeweihten bekannt war. Es besteht danach die Möglichkeit, daß die Beschuldigten nicht zu dem Kreis der Eingeweihten gehört haben.

Bl. 183

Indes hat auch Kümmerlein die Wendung "Vernichtung durch Arbeit" gekannt. Er hat das zwar nicht zugegeben, sondern nur die Möglichkeit eingeräumt, daß ihm dieser Ausdruck in irgendeinem Zusammenhang zu Ohren gekommen sei. Er hatte aber in einer Aussage als Zeuge vor dem Staatsanwalt, der die Ermittlungen gegen die Angehörigen der Abteilung XV geführt hat, erklärt, daß er diese Wendung wohl schon 1942 gehört habe und darüber sehr betroffen gewesen sei. Er hatte sogar eingeräumt, zunächst den Gedanken an rechtswidrige Tötungen gehabt und diesen erst später fallen gelassen zu haben, nachdem er das Konzentrationslager Mauthausen besichtigt und dort eine mustergültige Ordnung vorgefunden hätte.

In seiner jetzigen Einlassung hat der Beschuldigte Dr. Kümmerlein hervorgehoben, daß ein solcher Gedanke den ihm bekannten Tatsachen klar widersprochen hätte und nur auf seinem gefühlsmäßigen Mißtrauen gegenüber allem, was mit der Polizei und der SS zusammenhing, beruht haben könnte. Unterstellt man einmal, daß er angenommen hatte, die überstellten Justizgefangenen sollten zu kriegsnotwendigen, aber lebensgefährlichen Arbeiten herangezogen werden, bei deren Ausführung mit Todesfällen zu rechnen war, dann könnte die Wendung "Vernichtung durch Arbeit" bei unbefangener Betrachtung auch für eine brutale und gefühllose Umschreibung eines solchen Arbeitseinsatzes gehalten werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Tötungsplan, wie er von Hitler, Himmler und Thierack verfolgt wurde, das Vorstellungsvermögen eines Nichteingeweihten übersteigen mußte. Daß man Häftlinge zu kriegsnotwendigen, aber gefährlichen Arbeiten heranziehen wollte, selbst auf die Gefahr des Todes hin, war vorstellbar; daß man hingegen Häftlinge arbeiten ließ, um sie zu töten, mußte jedem Uneingeweihten unvorstellbar erscheinen. Hinzu

kam, daß sich die NS-Ideologie gern solcher Ausdrücke wie "Ausrotten, Vernichten etc." bediente um darzutun, daß es ihr mit der Bekämpfung der Verbrecher und Staatsfeinde ernst sei, daß aber allgemein in der Bevölkerung diese Ausdrücke nicht wörtlich genommen, sondern für rhetorische Übertreibungen gehalten wurden. Auch aus der Kenntnis der Wendung "Vernichtung durch Arbeit" ist daher letztlich kein zwingender Schluß auf eine Mitwisserschaft über die wirklichen Ziele der Abgabeaktion zu ziehen.

Die vorliegenden Beweismittel reichen daher nicht aus, den Beschuldigten mit hinreichender Sicherheit nachzuweisen, daß sie von der beabsichtigten Tötung der "asozialen" Justizgefangenen gewußt oder diese zumindest für möglich gehalten haben und für den Fall ihrer Verwirklichung dazu einen Tatbeitrag leisten wollten.

Ergänzend ist noch zu bemerken, daß den Beschuldigten gegebenenfalls nicht nur die Kenntnis von den beabsichtigten Tötungen der überstellten Justizgefangenen, sondern auch die Kenntnis von der grausamen Tatverwirklichung nachgewiesen werden müßte. Denn die bloße Kenntnis von den niedrigen Beweggründen der Tatverantwortlichen würde, wenn die Beschuldigten nicht selbst aus solchen Beweggründen gehandelt hätten, gemäß § 50 Abs.2 StGB zu einer zwingenden Strafmilderung führen, die nach der (allerdings noch umstrittenen) Rechtsauffassung des 5.Strafsenats des Bundesgerichtshofes auf die Verjährungsfrist einwirken und die Strafverfolgung im vorliegenden Fall unmöglich machen würde (zu vgl. Dreher, Komm.z.StGB, Anm. 2 zu § 67 StGB). Und dafür, daß die Beschuldigten selbst aus niedrigen Beweggründen gehandelt haben, bestehen keine Anhaltspunkte.

- 4.) Die Beschuldigten sind jedoch der Ansicht gewesen, daß die überstellten Justizgefangenen "zu gefährlichen Ar-

beiten "unter schwierigen Bedingungen" herangezogen werden sollten. Es dürfte ihnen daher klar gewesen sein, daß ihr Leben zumindest gefährdet war und daß vermutlich mehrere Gefangene bei den Einsätzen ums Leben kommen würden.

Falls die Beschuldigten von einer solchen Vorstellung ausgegangen sind, stellt ihr Verhalten eine grundsätzlich andere Tat dar. Die Häftlinge wurden in diesem Falle nicht "durch Arbeit" getötet, sondern sie sollten notwendige Arbeiten ausführen, selbst wenn sie dabei zu Tode kamen. Eine solche Tötungshandlung wäre weder als grausam noch als auf niedrigen Beweggründen beruhend zu werten. Der Tatbeitrag der Beschuldigten würde sich in diesem Falle daher allenfalls als Beihilfe zum Totschlag darstellen, dessen Verfolgung inzwischen verjährt wäre. Dabei müßte den Beschuldigten - darauf soll ergänzend noch hingewiesen werden - zugute gehalten werden, sie hätten die Überstellung der Justizgefangenen in Konzentrationslager und deren Heranziehung zu lebensgefährlichen Arbeiten - wie vermutlich der überwiegende Teil der Bevölkerung - für rechtmäßig gehalten. Eine gesetzliche Regelung, die die Heranziehung von Strafgefangenen zu notwendigen, aber lebensgefährlichen Arbeiten vorsähe, wäre zumindest im Kriegsfall nicht ohne weiteres als rechtswidrig anzusehen. Selbst mögliche rechtswidrige Übergriffe von Bewachern würden die Rechtmäßigkeit einer solchen Regelung nicht infragegestellt haben. Daß die Beschuldigten einen möglichen Tötungserfolg durch Übergriffe von Bewachern gebilligt hätten oder damit einverstanden gewesen wären, ist nicht festzustellen. Ihnen würde somit mangels Kenntnis der tatsächlichen Sach- und Rechtslage das Unrechtsbewußtsein gefehlt haben.

Bei dieser Sachlage würde das Fehlen des Unrechtsbe-

wußtseins auch nicht vorwerfbar sein. Da der Reichsjustizminister persönlich die Abteilung XV eingerichtet und die Überstellung der als asozial eingestuften Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten an die SS angeordnet hatte, durften sie von dem Vorhandensein einer gesetzlichen Grundlage ausgehen, falls sie - wovon hier ausgegangen wird - nicht wußten, daß das Ziel der Abgabe die Tötung der überstellten Gefangenen war. Bei dieser Vorstellung der Beschuldigten von dem Zweck der Abgabeaktion hätten sie das Unrecht der Abgabe und ihres eigenen Tatverhaltens auch "beim Einsatz aller ihrer Erkenntniskräfte und sittlichen Wertvorstellung" nicht erkennen können.

IV. Ergebnis:

Das Verfahren ist somit gemäß § 170 Abs. II StPO aus Mangel an genügenden Beweisen einzustellen.

2.) - 9.) pp.

Köln, den 30.10.1970

Im Auftrage
gez. Röseler
Staatsanwalt

Köln, den 3.11.1970

gez. Kepper
Oberstaatsanwalt



Beglaubigt:

Gung
Justizangestellte

1 Js 13/65 (RSHA)

Vfg.

1) V e r m e r k

Die Ermittlungen gegen die Beschuldigten

- a) Heinz W a n n i n g e r ,
geboren am 8.Mai 1913 in Memmingen,
wohnhaft in Hamburg-Rissen, Grot Sahl 28,
- b) Dr. Rudolf B i l l f i n g e r ,
geboren am 20.Mai 1903 in Eschenbach,
wohnhaft in Stuttgart-W, Reinsburger Straße 51 b,
- c) Heinrich R o t h m a n n ,
geboren am 15.Februar 1908 in Mainz,
wohnhaft in Oker/Harz, Höhlenweg 18,
- d) Dr. Emil B e r n d o r f f ,
geboren am 1.Dezember 1892 in Berlin,
wohnhaft in Göttingen, Flüthenweg 7,
- e) Dr. Friedrich R a n g ,
geboren am 9.April 1899 in Grottau Krs.Reichenberg,
wohnhaft in Göttingen, Brauweg 19,

haben folgendes ergeben:

Zu a):

Besch.H.
Bl.16

GV-Pläne
RSHA v.
1.3.41 u.
1.10.43 mit
Ergänzungen

Der Beschuldigte W a n n i n g e r war als Regierungs-assessor und SS-Hauptsturmführer bis Juli 1942 persönlicher Referent des IdS Danzig. Mit Wirkung vom 27.Juli 1942 wurde er zum RSHA - Amt I - kommandiert. Hier war er zunächst Hilfsreferent für die Organisation des SD in dem seit Juni 1941 dem Amt I unterstellten "Organisationsreferat" (II A 1, ab April 1942: I A 7, ab Herbst 1943: I Org.) und etwa ab Frühjahr 1943 - nach dem Ausscheiden des früheren Mitbeschuldigten Dr. S c h w e d e r - bis Kriegsende Leiter dieses Referats. Mit Verfügung vom 15.Oktober 1942 wurde der

Besch.H.
Bl.32

Dok.Bd. I a
Bl. 12 ff.

Beschuldigte - neben seiner Tätigkeit in II A 1 - als Verbindungsführer des RSHA zum Reichsjustizministerium eingesetzt. Diese Bestellung war am 18.September 1942 anlässlich der Besprechung H i m m l e r s mit dem damaligen Reichsjustizminister Dr. T h i e r a c k vereinbart worden. Gleichzeitig war für alle Sachen, "die eine unmittelbare Verbindung zum RFSS notwendig erscheinen lassen" der damalige "SS-Richter beim RFSS und Chef der Deutschen Polizei" SS-Obersturmbannführer Horst B e n d e r zum weiteren Verbindungsführer bestimmt worden.

Besch.H.
Bl.58 f.

Der Beschuldigte W a n n i n g e r ist in das Verfahren einbezogen worden, weil der Verdacht bestand, daß er in seiner Eigenschaft als Verbindungsführer an den Verhandlungen zur Vorbereitung und Durchführung der Abgabeaktion mitgewirkt hat. In einer zeugenschaftlichen Vernehmung vom 28.Mai 1963 im Verfahren gegen S t r e k - k e n b a c h - 141 Js 747/61 der StA Hamburg - hat er angegeben, er könne sich nicht erinnern, ob er als Verbindungsführer zum Reichsjustizministerium in irgendeiner Weise sachlich tätig geworden sei. Kurz nach seiner Bestellung habe er sich bei T h i e r a c k und dessen Staatssekretär R o t h e n b e r g e r melden lassen. Er sei von beiden Herren freundlich empfangen worden. Sachliche Probleme seien bei diesem Besuch jedoch nicht erörtert worden. Weitere Besprechungen habe er mit Herren des Reichsjustizministeriums nicht gehabt. Über die Sitzung vom 18.September 1942 und über die dort besprochenen Fragen "Korrektur von Justizurteilen", "Abgabe asozialer Strafgefangener" sowie "Strafrechtspflege gegen Juden, Polen, Zigeuner usw." sei er nie informiert worden. Er wisse auch nicht, ob die am 18.September 1942 beschlossenen Maßnahmen durchgeführt worden seien.

Diese Angaben des Beschuldigten können nicht widerlegt werden. Die Ermittlungen haben keinen Nachweis dafür erbracht, daß der Beschuldigte **W a n n i n g e r** an der Vorbereitung oder Durchführung der Abgabeaktion beteiligt war.

ZH PSt 1
Bl.13,26

Zwar gibt der Zeuge **B e n d e r** an, seine eigene Verbindungstätigkeit zum Reichsjustizministerium sei im Hinblick auf die Bestimmung des Beschuldigten **W a n n i n g e r** zum Verbindungsmann des RSHA "nicht richtig zum Tragen gekommen". Diese Bekundung allein ist jedoch nicht geeignet, den Beschuldigten **W a n n i n g e r** einer Beteiligung an der Abgabeaktion zu überführen. Im übrigen dürfte der Zeuge selbst in weitaus stärkerem Maße als Verbindungsführer tätig geworden sein, als er zugibt. So geht aus seinem Vermerk vom 22.Oktober 1942 und einem Schreiben an den Beschuldigten **S t r e c k e n b a c h** vom 25.Oktober 1942 hervor, daß der Zeuge am 21.Oktober 1942 eine Besprechung mit **T h i e r a c k** geführt hat, bei der u.a. Fragen der Abgabe von Zuchthausgefangenen erörtert worden sind. Andere Dokumente beweisen, daß er an den Verhandlungen über die Abgabe der Strafverfolgung von Polen und "Angehörigen der Ostvölker" an die Polizei mitgewirkt hat. Seine Tätigkeit war Gegenstand des Verfahrens 19 Js 2178/59 der Staatsanwaltschaft Stuttgart.

Dok.Bd.Ia
Bl.49/50

Dok.Bd.I
Bl.92-94,
115-119

Alle sonstigen Beweismittel deuten darauf hin, daß wegen der Abgabeaktion direkte Besprechungen zwischen Angehörigen des Reichsjustizministeriums und dem Beschuldigten **S t r e c k e n b a c h** sowie den Amtschefs IV, **M ü l l e r**, und V, **N e b e**, stattgefunden haben.

zu b) und c):

GV-Plan
RSHA v.
1.3.41 u.
1.10.43,
GV-Plan
Amt III
v.15.9.44,
Bl.IX/80 ff.
d.A.

Der damalige Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer Dr. B i l f i n g e r leitete bis März 1943 die Gruppe II A des RSHA. Zu dieser Gruppe gehörte das "Gesetzgebungsreferat" II A 2 (ab April 1943: III A 5, 1944: III A 4), dessen langjähriger Leiter, Regierungsrat N e i f e i n d, verstorben ist. Der Beschuldigte R o t h m a n n war ab Mai 1943 Sachbearbeiter im "Gesetzgebungsreferat" und etwa ab Frühjahr 1944 dessen Leiter.

Aus den schon im Einleitungsvermerk vom 30. April 1965 (S.33-35) dargelegten Gründen besteht der Verdacht, daß allgemeine Anordnungen für die Durchführung der Abgabeaktion vom "Gesetzgebungsreferat" des RSHA erlassen oder mindestens mitgezeichnet worden sind. Dieser Verdacht konnte durch die bisherigen Ermittlungen weder ausgeräumt noch bestätigt werden. Die in Betracht kommenden grundlegenden Erlasse sind auch in der Zwischenzeit nicht aufgefunden worden. Aus anderen neuen Dokumenten ergeben sich keine Hinweise auf die Mitwirkung des "Gesetzgebungsreferats" und insbesondere auf ^{eine} ~~die~~ Beteiligung der Beschuldigten Dr. B i l f i n g e r und R o t h m a n n an der Abgabeaktion. Auch aus den Angaben der Zeugen und Mitbeschuldigten kann keine Belastung dieser Beschuldigten hergeleitet werden.

Bl.X/186
d.A.

Der Beschuldigte S t r e c k e n b a c h gibt an, ihm sei von seiner Einschaltung der Gruppe II A nichts bekannt und er halte eine solche auch für unwahrscheinlich.

Bl.IX/85
d.A.

Der Beschuldigte R o t h m a n n behauptet, er habe von der Abgabeaktion weder Kenntnis gehabt noch daran mitgewirkt.

Unter diesen Umständen reichen die im Einleitungsvermerk genannten Unterlagen, die alle nicht unmittelbar die Abgabeaktion betreffen, zum Nachweis einer Beteiligung der Beschuldigten Dr. B i l f i n g e r und R o t h - mann nicht aus. Weitere Ermittlungsmöglichkeiten sind nicht ersichtlich. Insbesondere kann eine Klärung nicht von einer verantwortlichen Vernehmung des Beschuldigten Dr. B i l f i n g e r erwartet werden, der in seinen bisherigen Vernehmungen zu Parallelverfahren stets behauptet hat, das von Regierungsrat N e i f e i n d geleitete "Gesetzgebungsreferat" habe ihm überhaupt nicht unterstanden.

zu d):

Der Beschuldigte Dr. B e r n d o r f f, zuletzt Oberregierungs- und Kriminalrat/SS-Obersturmbannführer, war von 1937 bis Kriegsende Leiter des Schutzhaftreferats zunächst des Gestapa, dann des RSHA. Ihm sind alle vom Schutzhaftreferat (IV C 2, ab April 1944: IV A 6 b) des RSHA im Rahmen der Abgabeaktion getroffenen Maßnahmen anzulasten. Wie bereits im Vermerk vom 20. August 1969 dargelegt, wurden die vom Reichsjustizministerium zur Abgabe gemeldeten Juden, Polen, Russen und politischen Häftlinge von der Gestapo auf Anordnung des Referats IV C 2 in Schutzhaft genommen und zunächst im Wege der Sammel- einweisung, ab Juli 1943 mit Einzel-Schutzhaftbefehlen in Konzentrationslager überstellt. Die genaue Anzahl der von der Gestapo übernommenen Justizhäftlinge ist nicht bekannt. Nach der im Einleitungsvermerk vom 30. April 1965 (S. 19) erwähnten Aufstellung des Reichsjustizministeriums aus dem Jahre 1943 dürfte es sich mindestens um 8.000 Gefangene, davon über 6.000 Polen, handeln.

GV-Pläne
RSHA u.
Gestapa

Bl. XIII/
104 ff d.A.

jetzt
Dok. Bd. Ia
Bl. 99/100

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen in diesem Verfahren und im Verfahren 1 Ks 1/69 (RSHA) betr. Schutzhafteinweisung von Juden ist der Beschuldigte Dr. B e r n d o r f f hinreichend verdächtig, aus eigenen niedrigen Beweggründen Beihilfe zum Mord bzw. zum versuchten Mord an den von der Stapo übernommenen Justizgefangenen geleistet zu haben. Nach dem in der Strafsache 1 Ks 1/69 (RSHA) erstatteten nervenfachärztlichen Gutachten vom 16. Februar 1970 ist der jetzt 78 Jahre alte Beschuldigte jedoch nicht mehr verhandlungsfähig. Wegen einer neurotischen Fehlhaltung sowie wegen altersbedingter Rückbildung und Minderung der geistig-seelischen Leistungsfähigkeit ist er einer längeren Verhandlung vor dem Schwurgericht nicht mehr gewachsen. Eine Besserung seiner Belastungsfähigkeit kann nicht mehr erwartet werden.

zu e):

GV-Pläne
RSHA 1941
und 1942,
Besch.H.
Bl. 16

Der damalige Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer Dr. R a n g war von Frühjahr 1941 bis Januar 1943 Leiter der Gruppe IV C des RSHA und damit unmittelbarer Vorgesetzter des Beschuldigten Dr. B e r n d o r f f. Ihm wird Beteiligung an den vom Schutzhaftreferat des RSHA veranlaßten Maßnahmen zur Übernahme der Justizgefangenen vorgeworfen. Entsprechend dem Dienstweg "Referat - Gruppe - Amtschef" hatte der Beschuldigte Dr. R a n g Vorlagen der zur Gruppe IV C gehörenden Referate an den Amtschef IV, M ü l l e r , - bzw. an dessen Vorgesetzten H e y d r i c h und H i m m l e r - mitzuzeichnen. Umgekehrt wurden Befehle und Weisungen dieser Vorgesetzten den Referaten in der Regel über den zuständigen Gruppenleiter erteilt. Die Ermittlungen haben jedoch keinen ausreichenden Nachweis dafür erbracht, daß der Beschuldigte Dr. R a n g in dieser Weise auch an der Abgabeaktion mitgewirkt hat.

Seine Tätigkeit in Schutzhaftangelegenheiten ist bereits im Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) geprüft worden. Dort hat sich ergeben, daß der Referatsleiter Dr. B e r n d o r f f eine verhältnismäßig weitreichende Unterschriftsbefugnis hatte. Dieser konnte selbst über Schutzhaftanträge entscheiden und dazu einen Faksimilestempel mit dem Namenszug "Heydrich" bzw. später "Kaltenbrunner" benutzen. Lediglich Schutzhaftvorgänge von besonderer Bedeutung und allgemeine Erlasse des Schutzhaftreferats mußten von M ü l l e r , H e y d r i c h oder H i m m l e r gezeichnet werden. Auch diese Vorgänge wurden jedoch nicht immer vom Beschuldigten Dr. R a n g mitgezeichnet. Besonders eilige Fälle legte das Schutzhaftreferat M ü l l e r direkt vor. Der Beschuldigte erhielt sie erst nach Abgang zur Kenntnisnahme.

Für eine Teilnahme des Beschuldigten Dr. R a n g an der Planung und Vorbereitung der Abgabeaktion innerhalb des RSHA sowie für seine Einschaltung bei der Weitergabe der entsprechenden Befehle an das Schutzhaftreferat liegen keine Beweismittel vor. Die Mitbeschuldigten Dr. B e r n d o r f f und S t r e c k e n b a c h machen dazu keine Angaben. Alle anderen mit Sicherheit beteiligt gewesenen Personen (Müller, Nebe, Dr. Scheff, Böhlhoff) sind verstorben.

~~Erkennung der Täter ist nicht vorhanden.~~

Auch die während der Tätigkeit des Beschuldigten Dr. R a n g als Gruppenleiter IV C bis Januar 1943 im Zusammenhang mit der Abgabeaktion herausgegebenen Erlasse und Anordnungen des Schutzhaftreferats konnten trotz umfangreicher Nachforschungen bisher nicht aufgefunden werden. Aus dem späteren Erlaß vom 12. Juli 1943 - IV C 2 - Allg. Nr. 5227/42 g - ergibt sich, daß die Stapo(leit)stellen grundlegenden Anweisungen zur Übernahme der Justizgefangenen durch das Fernschreiben vom 19. November 1942 - NÜ 21156 - erhielten. Der Wortlaut dieses

Bl. XII/
39 ff.,
Bl. X/186
d.A.

jetzt
Dok. Bd. Ia
Bl. 94 ff.

Erlasses ist nicht bekannt. Aus einem Vermerk in Akten, die in polnischen Archiven lagern (die entsprechenden Ablichtungen sind noch nicht eingegangen), konnte lediglich festgestellt werden, daß er ebenfalls das Aktenzeichen - IV C 2 - Allg.Nr. 5227/42 g - trug, unter dem offenbar im Schutzhaftreferat alle mit der Abgabeaktion zusammenhängenden Maßnahmen bearbeitet worden sind. Wegen seines generellen Inhalts dürfte der Erlaß vom 19. November 1942 - ebenso wie der vom 12. Juli 1943 - vom Amtschef M ü l l e r unterschrieben worden sein. Beweismittel für eine Mitzeichnung durch den Beschuldigten Dr. R a n g sind jedoch nicht vorhanden. Da der Erlaß den Stapo(leit)stellen durch FS mitgeteilt worden ist, kann es sich um eine Eilsache gehandelt haben, die das Schutzhaftreferat dem Amtschef IV nicht über den Gruppenleiter, sondern unmittelbar vorgelegt hat. Ausreichende Feststellungen darüber könnten nur aus den Originalakten des Schutzhaftreferats getroffen werden, die aber mit hoher Wahrscheinlichkeit vernichtet worden sind. Von Zeugen oder Mitbeschuldigten kann dagegen eine sichere Erinnerung an diese Einzelheiten nicht erwartet werden. Dasselbe gilt für die Frage, ob der Beschuldigte Dr. R a n g an den verschiedenen Erlassen mitgewirkt hat, durch die die örtlich zuständigen Stapo(leit)stellen angewiesen wurden, die zur Abgabe gemeldeten Justizgefangenen bestimmter Strafanstalten zu übernehmen und in Konzentrationslager einzuliefern. Nach den im Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) = 1 Ks 1/69 (RSHA) gewonnenen Erkenntnissen kann allerdings angenommen werden, daß der Referatsleiter Dr. B e r n d o r f f diese Einzelanordnung ohne Beteiligung des Gruppenleiters selbst gezeichnet hat.

jetzt
Dok.Bd.Ia
Bl.70

Dagegen kommt eine Mitzeichnung des Schreibens vom 31. Dezember 1942 - IV C 2 - Allg.Nr. 4001/43 g - an den Chef des SS-WVHA, P o h l , (vgl. Einleitungsvermerk S.51/52) in Betracht, in dem die zum Teil bereits vollzogene Übernahme der Justizgefangenen erwähnt wird. Auch in diesem Fall ist

aber eine Mitwirkung nicht mit Sicherheit nachzuweisen. Darüber hinaus erscheint es zweifelhaft, ob dieses Schreiben, das nur Mitteilungen enthält, objektiv als Beihilfehandlung gewertet werden könnte.

Eine weitere Sachaufklärung ist nicht mehr zu erwarten. Unter diesen Umständen kann auf eine verantwortliche Vernehmung des Beschuldigten Dr. R a n g verzichtet werden, zumal dieser im Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) bereits erklärt hat, er könne sich nur noch an den vor seiner Amtszeit ergangenen "Stufenerlaß" vom 2. Januar 1941 (vgl. Einleitungsvermerk S. 42/43) erinnern.

2) Das Verfahren gegen die Beschuldigten

W a n n i n g e r ,
Dr. B i l f i n g e r ,
R o t h m a n n und
Dr. R a n g

wird aus den Gründen des Vermerks zu 1) gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

3) Das Verfahren gegen den Beschuldigten Dr. B e r n d o r f f wird wegen Verhandlungsunfähigkeit entsprechend § 205 StPO vorläufig eingestellt.

4) Herrn AL 5

mit der Bitte um Ggz. zu 2) und 3)

- ✓
- 5) Register und Kartei berichtigen.
 - 6) Nachricht an Beschuldigten R o t h m a n n besonders,
im übrigen keine Nachricht, da nicht verantwortlich
vernommen bzw. nur vorläufig eingestellt.
 - 7) Weitere Vfg. bes.

Berlin, den 9. Dezember 1970

Bi.

zus) u. Kartei
Reg. Fed.
10. DEZ. 1970 N.

V.

1) V e r m e r k:

Das Verfahren richtet sich ~~nunmehr~~ nur noch gegen

Bruno S t r e c k e n b a c h,
geb. am 7. Februar 1902 in Hamburg,
wohnhaft in Hamburg 22, Vogelweide 17 B.

Er war als SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei bis Anfang Januar 1943 Amtschef I des RSHA. Verschiedene Urkunden und Zeugenaussagen deuten darauf hin, daß er im Verhältnis zu den übrigen Amtschefs des RSHA eine Sonderstellung einnahm, die der eines ständigen Vertreters des "Chefs der Sicherheitspolizei und des SD" entsprach, und daß er nach dem Tode H e y d r i c h s am 5. Juni 1942 das RSHA kommissarisch leitete.

Beistück VII
S.123 ff.

Dok.Bd.I a
Bl.12-24a

Der Beschuldigte ~~Streckenbach~~ nahm am 18. September 1942 an der ersten Besprechung H i m m l e r s mit dem neuen Reichsjustizminister Dr. T h i e r a c k teil, auf der u.a. die "Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den RFSS zu Vernichtung durch Arbeit" beschlossen wurde. Über diese Besprechung fertigte er einen vorläufigen Vermerk, den er am 21. September 1942 dem Staatssekretär im RJM, Dr. R o t h e n b e r g e r, übersandte. Auf Grund weiterer Urkunden besteht der Verdacht, daß der Beschuldigte auch in der Folgezeit maßgeblich an der Planung und Vorbereitung der Abgabeaktion mitgewirkt ~~hat~~ und den innerhalb des RSHA zuständigen Referaten den Befehl zur Übernahme der Justizgefangenen erteilt hat. Ob er dabei als ~~Mittäter~~ oder als ^{Mitw.} ~~Gehilfe~~ mit eigenen niedrigen Beweggründen handelte, kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

Beistück VII,
Bl.XIII/182
d.A.

Die Staatsanwaltschaft Hamburg führt unter dem Aktenzeichen 147 Js 31/67 ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen der sonstigen Tätigkeit des Beschuldigten als Führer der Einsatzgruppe I in Polen (September/Okttober 1939), als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement (Oktober 1939 bis Januar 1941)

195

und als Amtschef I des RSHA. Wegen des Vorwurfs, im Zusammenhang mit dem "Einsatz Barbarossa" gemeinschaftlichen Mord an mindestens einer Million Menschen begangen zu haben, hat der Untersuchungsrichter 4 bei dem Landgericht Hamburg am 18. September 1970 gegen S t r e c k e n b a c h die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet. Neben der in diesem Verfahren zu erwartenden lebenslänglichen Freiheitsstrafe würde die Strafe, zu der eine Strafverfolgung wegen Beteiligung an der Abgabeaktion führen könnte, nicht ins Gewicht fallen. Es kann deshalb hier ^{ausgeschlossen} von weiteren Ermittlungen abgesehen werden.

- 2) Das Verfahren wird aus den Gründen des Vermerks zu 1) gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt.
- 3) Herrn AL 5 m.d.B. um Ggz. *10/12*
- 4) Register und Kartei berichtigen.
- 5) Nachricht an Besch. nicht erforderlich - vorläufige Einstellung
- 6) wt.Vfg. (Bescheid an RA Dr. Kempner, Nachr. an Z.St.) bes.

Berlin, den 10. Dezember 1970

u. Kartei
zu 4) Reg. Feh.

10. DEZ. 1970

N.

K.

182

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG

ABTEILUNG: 14 C
Geschäfts-Nr.: 147 Js 31/67
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Hamburg, den 28. Oktober 1970
Fernsprecher 34 10 9 3195 (Durchwahl)
Behördennetz 9.43. „

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
2 Hamburg 36 · Postfach

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe RSHA -
z. Hd. v. Frau Erster Staatsanwältin Bilstein

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen
SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei
Bruno Streckenbach wegen Mordes

Bezug: Dortiges Ermittlungsverfahren 1 Js 13/65 - RSHA -

Anl.: 1 Kopie des VU-Antrages vom 29. 12. 1969

Sehr geehrte Frau Bilstein!

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Kopie des Antrages auf
gerichtliche Voruntersuchung gegen den ehemaligen Amtschef I
im RSHA, Streckenbach.

Die Voruntersuchung ist am 18. 9. 1970 durch den Unter-
suchungsrichter 4 beim Landgericht Hamburg unter dem Akten-
zeichen (54) 3/70 antragsgemäß eröffnet worden.

Mit freundlichen Grüßen


(Zöllner)

Staatsanwalt

1. Jg 13/65 (1284#)

V.

✓ 1) zu schreiben (1 beschr.):

An die

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Hamburg

z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Tollner

2 Hamburg 36

Postfach

bet.: Ermittlungsverfahren gegen Streckenbach ^{und andere} ~~und~~
ehemalige Angehörige des RSHA gegen Trecker

bemf.: Der Schreiben v. 28. Oktober 1970 - 147 Jg 31/67 -

selb. führte Herr Tollner!

Für die Übersendung Ihres VII-Antrages gegen Strecken-
bach danke ich Ihnen sehr.

Da das Ermittlungsergebnis auch für andere hier an-
hängige Verfahren von Interesse ist, ~~bitte ich Sie~~

bitte ich Sie, um nach Möglichkeit drei weitere

Kopien des Antrages zum Abzeichnen 1AR 123/63

zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

2) mir zu Unterschrift

3) z. l. A.

gef. n. H. 70 Ad.

zu 1) d. H. (2x) ab

ben. d. 11.11.70

11. NOV. 1970

16.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

1 Js 13/65 (RSHA)

An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg

- z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Zöllner -

2 H a m b u r g 36

Postfach

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere ehemalige Angehörige des RSHA wegen MordesBezug: Ihr Schreiben vom 28. Oktober 1970 - 147 Js 31/67 -

Sehr geehrter Herr Zöllner!

Für die Übersendung Ihres VU-Antrages gegen Streckenbach
danke ich Ihnen vielmals.Da das Ermittlungsergebnis auch für andere hier anhängige
Verfahren von Interesse ist, bitte ich Sie, uns nach Mög-
lichkeit drei weitere Kopien des Antrages zum Aktenzeichen
1 AR 123/63 zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

(Bilstein)

Erste Staatsanwältin

1 Js 13 / 65 (RSHA)

Vfg.

✓ 1. 20 Abschrift(en) der anliegenden Vfg. vom 9. 12. 1970 ^{zu}
und 5 Abschr. der Verfügung v. 10. 12. 1970 zu Ziff. 1+2,
Ziff. 1-3 fertigen und dem Schreiben zu Ziff. 2 dieser Vfg. beifügen.
(je 1 Abschr.)

✓ 2. Zu schreiben (~~an die Zentralen Stellen~~) - unter Beifügung der Abschriften zu Ziff. 1 -

a) An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 58

b) An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z. Hd. von Herrn KHK W e r n e r
o.V.i.A.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Berichtigungsanzeige

nur zu a) Bezug: Dortiges Az.: VI 415 AR 1310/63

Anlage: 2 Abschriften

Als Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung vom 9. und 10. Dezember 1970 mit der Bitte um Kenntnissnahme und entsprechende Berichtigung des Index meiner mit übersandten Eingangsvermerke.

- ✓ 3. je 1 Abschr. der Vfg. vom 9. 12. 70 z. d. pers. Heften Wamminger, Dr. Grel-
früher, Rohrmann, Dr. Krennlopf und Dr. Raug.
✓ 4. 1 Abschr. d. Vfg. v. 10. 12. 70 zum pers. Brief Steckensbach
5. mit den übrigen Abschr. od. vorlegen

Berlin 21, den 10. 12. 70

gef. M. XII 70 Act.
2) 20 + 5 Abschr.
2) 5 Abschr. (2x) ab mit je 2 Abschr. an

11. DEZ. 1970 11.

V.

✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herrn Persönlich
Rechtsanwalt und Notar
Heinrich R o t h m a n n
Oker/Harz
Höhlenweg 18

Sehr geehrter Herr Rothmann !

Das Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Mord durch Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit", zu dem Sie am 23. November 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich gemäß § 170 Abs.2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll

✓ 2) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herrn
Rechtsanwalt
Dr. Robert M.W. K e m p n e r

6 Frankfurt/Main
Feuerbachstr.16

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n -
b a c h und andere frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen
Beihilfe zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 3. März 1969,
mein Schreiben vom 2. Mai 1969

Sehr geehrter Herr Doktor Kempner!

Die Ermittlungen gegen frühere Angehörige des RSHA wegen Beteiligung an der Übernahme von Justizgefangenen "zur Vernichtung durch Arbeit" habe ich nunmehr abgeschlossen. Zwei Beschuldigte sind in der Zwischenzeit ~~gegen~~ verstorben. Vier Beschuldigten kann bereits objektiv eine Beihilfe zum Mord nicht nachgewiesen werden. Gegen zwölf frühere Sachbearbeiter des Schutzhaftreferats habe ich das Verfahren auf Grund der Neufassung

des § 50 Abs.2 StGB wegen Verjährung der Strafverfolgung eingestellt.

Der Beschuldigte Dr. B e r n d o r f f ist, wie sich im der Strafsache 1 Ks 1/69 (RSHA) ergeben hat, verhandlungsunfähig. Gegen ihn habe ich das Verfahren entsprechend § 205 StPO vorläufig eingestellt.

Gegen den Beschuldigten S t r e c k e n b a c h ist in Hamburg ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen seiner Tätigkeit in Polen sowie die gerichtliche Voruntersuchung wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens einer Million Menschen ("Unternehmen Barbarossa") anhängig. Neben der in diesem Verfahren zu erwartenden Strafe würde eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord an den von der Justiz an die Polizei abgegebenen Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten nicht ins Gewicht fallen. Ich habe deshalb das Verfahren gegen ihn gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

- ✓ 2) zu schreiben (1 Leseschr.), je 1 Abschr. der Vermerke v.17.4. und 20.8.69 sowie 9.12.70 beifügen:

An den

Herrn Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von national-
sozialistischen Massenverbrechen
in Konzentrationslagern

bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köl

5 K ö l n

Justizgebäude Appellhofplatz

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;

hier: Abgabe "asozialer" Justizgefangener an die Polizei "zur Vernichtung durch Arbeit"

Bezug: Ihre Schreiben vom 3. November 1970
- 24 Js 75/70 (Z)- und -24 Js 88/68(Z)-

Anlagen: 3 Abdrucke

Sehr geehrter Herr Kepper !

Für die Übersendung des Sachstandsvermerks vom 16. Oktober 1970 - 24 Js 75/70(Z) - und des Einstellungsvermerks vom 3. November 1970 - 24 Js 88/68 (Z) - danke ich Ihnen vielmals.

Ich habe nunmehr meine Ermittlungen zum Sachkomplex "Justizgefangene" abgeschlossen und übersende Ihnen je einen Abdruck meiner Einstellungsvermerke vom 17. April 1969, 20. August 1969 und 9. Dezember 1970 mit der Bitte um Kenntnisnahme. Der im Vermerk vom 17. April 1969 erwähnte frühere Leiter der Gruppe V A des RSHA, Paul W e r n e r, ist in der Zwischenzeit verstorben.

Das Verfahren gegen den Beschuldigten S t r e c k e n b a c h habe ich im Hinblick auf die gegen ihn in Hamburg anhängige Voruntersuchung wegen gemeinschaftlichen Mordes an ~~mindestens~~ mindestens einer Million Menschen gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt.

Hinweise, die für ~~das~~ Ihr Verfahren 24 Js 75/70 (Z) bedeutsam sein könnten, haben sich bei meinen Ermittlungen nicht mehr ergeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und freundlichen Grüßen

- ✓ 4) zu schreiben (1 Leseschr.), anl. Fotokopie des Erlasses v. 20. Juni 1941 beifügen:

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg
-z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Zöllner
2 Hamburg 36
Postfach

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere ehemalige Angehörige des RSHA wegen
Mordes

Bezug: Dortiges Ermittlungsverfahren 147 Js 31/67

Anlage: 1 Fotokopie

Sehr geehrter Herr Zöllner !

Vor kurzer Zeit habe ich aus dem Institut für Zeitgeschichte in München die anliegende Fotokopie einer Verfügung vom

1 9 8 1 3 2 8

20. Juni 1941 erhalten, die Ihnen möglicherweise noch nicht bekannt ist. Das Original befindet sich wahrscheinlich im Bundesarchiv in Koblenz. Durch diese Verfügung dürfte sich die Unterschrift S t r e c k e n b a c h s unter Erlassen des Referats II A 1 erklären. Andererseits müßte er auch die von H e y d r i c h oder H i m m l e r unterschriebenen Erlasse dieses Referats mitgezeichnet haben.

Zum Sachkomplex "Abgabe von Justizgefangenen" haben sich hier hinsichtlich des Beschuldigten S t r e c k e n b a c h keine neuen Gesichtspunkte ergeben. Da sich ~~das~~ mein Verfahren gegen alle anderen Beschuldigten teils durch Tod bzw. Verhandlungsunfähigkeit, im übrigen durch Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachtes oder wegen Verjährung der Strafverfolgung (§ 50 Abs.2 StGB) erledigt hat, habe ich die Ermittlungen gegen S t r e c k e n b a c h nunmehr im Hinblick auf die dortige Voruntersuchung gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt. Ich bitte Sie deshalb, mir zu gegebener Zeit den Ausgang Ihres Verfahrens mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

- ✓ 5) Beiakten 141 Js 142/63 StA Hamburg trennen und zurücksenden
- 6) 1.7.71 (Gesundheitszustand Berndorff, Stand des Verfahrens
./. Streckenbach in Hamburg)

Berlin, den 11. Dezember 1970

161.

gef. 14. XII. 70 fd.
2- 1) - 4) (Schb. (2x) aus d. ab)
4 5) StA 17 mit Akte ab

14. DEZ. 1970

N.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

201

1 Js 13/65 (RSA)

Herrn

Rechtsanwalt und Notar
Heinrich Rothmann

Persönlich!

3382 Oker /Harz
Höhlenweg 18

Sehr geehrter Herr Rothmann!

Das Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Mord durch Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager "zur Vernichtung durch Arbeit", zu dem Sie am 23. November 1966 verantwortlich vernommen worden sind, habe ich gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hochachtungsvoll

Bilstein
Erste Staatsanwältin

Ad.

Staatsanwaltschaft
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

202

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn

Rechtsanwalt

Dr. Robert M. W. K e m p n e r

6 F r a n k f u r t /Main

Feuerbachstr. 16

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichs-
sicherheitshauptamtes wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 3. März 1969,
mein Schreiben vom 2. Mai 1969

Sehr geehrter Herr Doktor Kempner!

Die Ermittlungen gegen frühere Angehörige des RSHA wegen
Beteiligung an der Übernahme von Justizgefangenen "zur
Vernichtung durch Arbeit" habe ich nunmehr abgeschlossen.

Zwei Beschuldigte sind in der Zwischenzeit verstorben.

Vier Beschuldigten kann bereits objektiv eine Beihilfe zum
Mord nicht nachgewiesen werden.

Gegen zwölf frühere Sachbearbeiter des Schutzhaftreferats
habe ich das Verfahren auf Grund der Neufassung des
§ 50 Abs. 2 StGB wegen Verjährung der Strafverfolgung ein-
gestellt.

Der Beschuldigte Dr. B e r n d o r f f ist, wie sich in
der Strafsache 1 Ks 1/69 (RSHA) ergeben hat, verhandlungs-
unfähig. Gegen ihn habe ich das Verfahren entsprechend
§ 205 StPO vorläufig eingestellt.

Gegen den Beschuldigten S t r e c k e n b a c h ist in Hamburg ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen seiner Tätigkeit in Polen sowie die gerichtliche Voruntersuchung wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens einer Million Menschen ("Unternehmen Barbarossa") anhängig. Neben der in diesem Verfahren zu erwartenden Strafe würde eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord an den von der Justiz an die Polizei abgegebenen Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten nicht ins Gewicht fallen. Ich habe deshalb das Verfahren gegen ihn gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bilstein

Erste Staatsanwältin

1 Js 13/65 (RSHA)

An den

Herrn Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massen-
verbrechen in Konzentrationslagern

bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köln

5 K ö l n

Justizgebäude Appellhofplatz

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes;

hier: Abgabe "asozialer" Justizgefangener an die
Polizei "zur Vernichtung durch Arbeit"

Bezug: Ihre Schreiben vom 3. November 1970

- 24 Js 75/70 (Z) - und - 24 Js 88/68 (Z) -

Anlagen: 3 Abdrucke

Sehr geehrter Herr Kepper!

Für die Übersendung des Sachstandsvermerks vom 16. Oktober 1970
- 24 Js 75/70 (Z) - und des Einstellungsvermerks vom 3. Novem-
ber 1970 - 24 Js 88/68 (Z) - danke ich Ihnen vielmals.

Ich habe nunmehr meine Ermittlungen zum Sachkomplex "Justiz-
gefangene" abgeschlossen und übersende Ihnen je einen Abdruck
meiner Einstellungsvermerke vom 17. April 1969, 20. August 1969
und 9. Dezember 1970 mit der Bitte um Kenntnisnahme. Der im Ver-
merk vom 17. April 1969 erwähnte frühere Leiter der Gruppe V A
des RSHA, Paul W e r n e r , ist in der Zwischenzeit ver-
storben.

Das Verfahren gegen den Beschuldigten S t r e c k e n b a c h habe ich im Hinblick auf die gegen ihn in Hamburg anhängige Voruntersuchung wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens einer Million Menschen gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt.

Hinweise, die für Ihr Verfahren 24 Js 75/70 (Z) bedeutsam sein könnten, haben sich bei meinen Ermittlungen nicht mehr ergeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und freundlichen Grüßen

Bilstein

Erste Staatsanwältin

. xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

206

1 Js 13/65 (RSA)

An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg

- z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Zöllner -

2 H a m b u r g 36
PostfachBetrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere ehemalige Angehörige des RSA wegen MordesBezug: Dortiges Ermittlungsverfahren 147 Js 31/67Anlage: 1 Fotokopie

Sehr geehrter Herr Zöllner!

Vor kurzer Zeit habe ich aus dem Institut für Zeitgeschichte in München die anliegende Fotokopie einer Verfügung vom 20. Juni 1941 erhalten, die Ihnen möglicherweise noch nicht bekannt ist. Das Original befindet sich wahrscheinlich im Bundesarchiv in Koblenz. Durch diese Verfügung dürfte sich die Unterschrift S t r e c k e n b a c h s unter Erlassen des Referats II A 1 erklären. Andererseits müßte er auch die von H e y d r i c h oder H i m m l e r unterschriebenen Erlasse dieses Referats mitgezeichnet haben.

Zum Sachkomplex "Abgabe von Justizgefangenen" haben sich hier hinsichtlich des Beschuldigten S t r e c k e n b a c h keine neuen Gesichtspunkte ergeben. Da sich mein Verfahren gegen alle anderen Beschuldigten teils durch Tod bzw. Verhandlungsunfähigkeit, im übrigen durch Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts oder wegen Verjährung der Strafverfolgung (§ 50 Abs. 2 StGB) erledigt hat, habe ich die Ermittlungen

gegen S t r e c k e n b a c h nunmehr im Hinblick auf die dortige Voruntersuchung gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt. Ich bitte Sie deshalb, mir zu gegebener Zeit den Ausgang Ihres Verfahrens mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Bilstein

Erste Staatsanwältin

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Kriminalamt
~~DER POLIZEIPRÄSIDENT~~
Sonderkommission
G.-Z. SK 270/63/He.
(Bei Beantwortung bitte angeben)

BEHÖRDE FÜR INNERES
POLIZEI

4
208

Hamburg, 17. 2. 1971
Fernsprecher 2 48 20 391052329 (Durchwahl)
Behördennetz 9.65 2329
Postanschrift: 2 Hamburg 1, Beim Strohhause 31

An den Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Berlin 19
Amtsgerichtplatz
Az. 1 Js 13/65

Post. 5

26. FEB. 1971 *N.*

Betr.: Ermittlungsverfahren der StA Hamburg, Az. 141 Js 534/60 B,
gegen Maywald u.a. wegen NSG im Baltikum

hier: Vernehmungsgersuchen für den ehem. SS-Ostuf.

H a s s e l b a c h , Heinrich,
geb. am 22. 9. 1904 in Essen,
wohnh. in Neuß, Berliner Platz 18

Bezug: Erm.-Verf. d. GSTa b.d. KG Berlin, Az. 1 Js 13/65

Zum oben angegebenen Ermittlungsverfahren der StA Hamburg
soll H a s s e l b a c h über seine Einsätze im
Baltikum vernommen werden.

It. Auskunft des Dez. 53 beim LKA Nordrhein-Westfalen
wurde zu Ihrem Aktenzeichen eine Ermittlung nach dem
Aufenthalt des H a s s e l b a c h durchgeführt.

Es wird um Auskunft gebeten, was in Ihrem Ermittlungs-
verfahren über Hasselbach bekannt wurde.

Sollten Vernehmungen vorhanden sein, wird um deren
Übersendung in Fotokopie gebeten.

V/
1) zum Vorgang 1 AR (12SHA) 1327/64 (Hentschel)

2) w. Vff. Ges.

2.3.71

/He.

Staatsanwaltschaft
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

1 AR (RSA) 1327/64

An das

Kriminalamt der
Freien und Hansestadt Hamburg
- Sonderkommission -

2 H a m b u r g 1

Beim Stohhause 31

Betrifft: Ermittlungsverfahren der StA Hamburg gegen
M a y w a l d u.a.;

hier: Vernehmung des ehemaligen SS-Ostuf.
Heinrich H a s s e l b a c h ,
geboren am 22. September 1904 in Essen
wohnhaft in Neuß, Berliner Platz 18

Bezug: Dortiges Schreiben vom 17. Februar 1971
- G.-Z.: SK 270/63/He. -

Über den ehemaligen SS-Ostuf. Heinrich H a s s e l b a c h
liegen hier keine Erkenntnisse vor. Er ist zu keinem der hier
anhängigen Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
Reichssicherheitshauptamtes (RSA) vernommen worden. Zum Er-
mittlungsverfahren 1 Js 13/65 (RSA) hat mir das LKA Nord-
rhein-Westfalen seinen Namen und seine Anschrift lediglich
im Rahmen einer allgemeinen Anfrage nach früheren Angehörigen
der Stapoleitstelle Düsseldorf mitgeteilt.

Bilstein
Erste Staatsanwältin

30. April 1971

290

1 Js 5/67 (RSA)

210

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg

z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Zöllner

2 H a m b u r g 36
Postfach

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen
Mordes

Bezug: Dortiges Verfahren 147 Js 31/67 gegen Streckenbach

Anlagen: 8 Abschriften bzw. Ablichtungen

Sehr geehrter Herr Zöllner,

unter Bezugnahme auf unser gestriges Telefongespräch
übersende ich Ihnen je eine Abschrift meiner Verfügungen
vom 27. April 1971 - 1 Js 5/67 (RSA) - und vom
9./10. Dezember 1970 - 1 Js 13/65 (RSA) - sowie der Ver-
nehmungsprotokolle Dr. B i l f i n g e r vom
7. März 1967 zu 1 Js 4/64 (RSA) (= jetzt 1 Js 5/67 (RSA)),
vom 13. Juni 1967 zu 1 Js 12/65 (RSA) und vom 20. Juni 1968
zu II VU 5/68.

Die Akten 1 Js 13/65 (RSA) stehen Ihnen auf Wunsch zur
Verfügung. Ich glaube jedoch nicht, daß Sie daraus noch
neue Hinweise für Ihr Verfahren gegen S t r e c k e n b a c h
entnehmen können. Alle in Betracht kommenden Unterlagen
habe ich Ihnen bereits früher übersandt. Falls Sie noch
einige der im Vermerk vom 27. April 1971 erwähnten Dokumente
benötigen, teilen Sie es bitte zum Verfahren 1 Js 5/67
(RSA) mit.

Ferner übersende ich Ihnen, wie angekündigt, eine Ablichtung
des erst kürzlich aufgefundenen Schnellbriefs des CdS vom

28. März 1942 - IV D - 207/42 (ausl. Arb) mit der Unterschrift Streckenbachs. Das Original befindet sich in Akten des "Reichsnährstandes" (Bundesarchiv Koblenz, Sign. R 16/162). Andere hier vorliegende Einladungen zu Sitzungen des "Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes" sind von Heydrich oder Müller unterschrieben.

Zur Frage der Unterzeichnung von Schutzhaftbefehlen und KL-Einweisungsverfügungen (S. 127/128 Ihres VU-Antrages) möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Nach dem Ergebnis der Ermittlungen im hiesigen Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) gegen Dr. B e r n d o r f f und andere frühere Angehörige des Schutzhaftreferats des RSHA wurden die Schutzhaftbefehle in der Regel weder H e y d r i c h bzw. K a l t e n b r u n n e r noch M ü l l e r zur Unterschrift vorgelegt. Der Referatsleiter Dr. B e r n d o r f f war vielmehr ermächtigt, die entsprechenden Verfügungen mit einem Faksimilestempel "Heydrich" bzw. "Kaltenbrunner" zu versehen. Nach dem Tode Heydrichs bis zum Amtsantritt Kaltenbrunners wurde der Name des Amtschefs M ü l l e r - ohne vorherige Vorlage - mit Schreibmaschine eingesetzt. Eine derartige Originalverfügung aus dem Schutzhaftreferat des RSHA ist seinerzeit - vermutlich irrtümlich - in die Akten der Stapoleitstelle Düsseldorf über Elfriede F a l k n e r gelangt und auf diese Weise erhalten geblieben. Einen Auszug aus diesen Akten füge ich in Ablichtung bei. Es ist ein vollständiger Schutzhaftvorgang des RSHA.

Mit freundlichen Grüßen

B i l s t e i n

Vorgelegt wegen
Fristablauf Bl. 200

2. JULI 1971 Be

v.

1) Vermutl.

Neulich den zuletzt eingereichten ärztlichen Gutachten über den Gesundheitszustand Dr. Berndtke ist mit dem Wiedererlangen der Verhandlungsfähigkeit bei dem jetzt 78-jährigen Binschuldigen nicht mehr zu rechnen; sein Gesundheitszustand wird sich nur noch verschlechtern, nicht verbessern. Eine Überprüfung des Gesundheitszustandes des Binschuldigen scheint daher demnächst entbehrlich zu sein.

2.) 6 des (Verfahren stand i. d. S. v. Probenkonto?)

h. 217.71

v.
6 des. L 217.72

Vorgelegt wegen Fristablauf

3. wms.

13. JAN. 1972
Nl.

✓

Gcho.

Gen. An 3/1.72.

h.

Vorgelegt wegen Fristablauf

3. JULI 1972
Nl.

1 Js 13/65 (RS14 A)

212

Vorgelegt wegen
Fristablauf Bl. 211^R Bd. XIII

1 JAN 1973
12

✓
1.7. 1973

4.1. 1973
12

Dr. Robert M. W. Kempner
Rechtsanwalt



213
22.3.1973 I sti
6 Frankfurt am Main
Feuerbachstraße 28c. Telefon 722045
21

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht



1 B e r l i n 21
Türmstrasse

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Streckenbach und andere frühere
Angehörige des ehemaligen RSHA
- I Js 13/65 - (RSHA) -

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Pagel !

Ich wäre Ihnen für eine Mitteilung dankbar, ob die obige Sache
inzwischen fortgeschritten ist und wann mit einer Anklage gerechnet
werden kann.

Mit den besten persönlichen Empfehlungen

Robert M.W. Kempner

V.

1) Schreiben (1 Durchschr.):

Herrn
Rechtsanwalt
Dr. Robert M.W. Kempner
6 Frankfurt/Main
Feurbachstr. 21

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichs-
sicherheitshauptamtes wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 22. März 1973

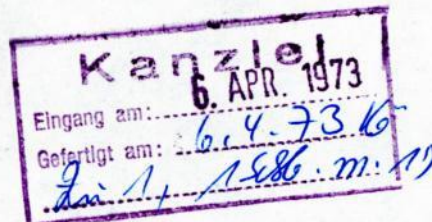
Sehr geehrter Herr Doktor Kempner,
in dem o.a. Ermittlungsverfahren hat sich der Sachstand seit
meinem Schreiben vom 11. Dezember 1970 nicht verändert.
Das gegen den Beschuldigten S t r e c k e n b a c h in Ham-
burg anhängige Ermittlungsverfahren ist, soweit mir bekannt
ist, bisher noch nicht abgeschlossen. Mit einer Wiederher-
stellung der Verhandlungsfähigkeit des Beschuldigten Dr.
B e r n d o r f f ist nach dem Ergebnis der in der Straf-
sache 1 Ks 1/69 (RSA) eingeholten Gutachten nicht mehr zu
rechnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(z.U.)

2) z.Frist

Berlin, den 6. April 1973



214^a

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Robert M.W. Kempner

App. 39

6 Frankfurt/Main
Feuerbachstr. 21

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Streckenbach
und andere frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Beihilfe zum
Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 22. März 1973

Sehr geehrter Herr Doktor Kempner,
in dem o.a. Ermittlungsverfahren hat sich der Sach-
stand seit meinem Schreiben vom 11. Dezember 1970 nicht
verändert. Das gegen den Beschuldigten Streckenbach in
Hamburg anhängige Ermittlungsverfahren ist, soweit mir
bekannt ist, bisher noch nicht abgeschlossen. Mit einer
Wiederherstellung der Verhandlungsfähigkeit des Beschul-
digten Dr. Berndorff ist nach dem Ergebnis der in der
Strafsache 1 Ks 1/69 (RSHA) eingeholten Gutachten nicht
mehr zu rechnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Bilstein)
Oberstaatsanwältin

**Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht**

1 Berlin 19, den

11. APR. 1973

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf: 306 00 11

Innerbetrieblich (968)

App.: 215

1 Berlin 12 (Charlottenburg)

Lewishamstraße 1

Fernruf: 885 30 41

Geschäftsnummer: _____

Bitte bei allen Schreiben angeben!

App 39

StA

LG Ben

Zur dortigen Geschäfts-Nr.: _____

RSHA - Abt 17

13.65

Anlagen: _____

Bd. _____

Heft(e) _____

Es wird gebeten um



- ☐ Übersendung der Akten
- ☐ Rücksendung der Akten
- ☐ Sachstandsmitteilung
- ☐ Kenntnisnahme von Bl. _____ d.A.
- ☐ weitere Veranlassung gemäß Bl. _____ d.A.
- ☐ Weitergabe an

Die angeforderten Akten

- ☐ liegen an.
- ☐ sind nicht entbehrlich.
- ☐ sind versandt.

Die dortigen Akten

- ☐ sind eingegangen und werden hier unter der angegebenen Geschäftsnummer geführt.
- ☒ werden nach Erledigung zurückgesandt.

Bemerkungen:

Auf Anordnung

München i. d. B.

Justizsekretärin z. A.

AVR 10

Kurzsuchen und -antwort
für den Behördenverkehr

StAT

4000 4. 71

Vorgelegt wegen
Früstablauf Bl. 212

9.7.73
M.

V.

6 Man

18. JUL 1973

G.

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Stuttgart

7 Stuttgart 1, den 4.10.1973
Olgastraße 7
Fernsprecher: Justizzentrale 2021
Durchwahl 202
Apparat 2487

Si/E

82 Js 22/73

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den
Betreff bei weiteren Schreiben anzugeben

216

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstr. 91



17 OCT 1973
Me

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Horst B e n d e r
wegen NS-Verbrechen

Bezug: 1 Js 13/65 StA KG Berlin (RSA)

Sehr geehrter Herr Selle!

Bei der Untersuchung gegen Bender ist u.a. die Besprechung vom 18.9.1942 zwischen Thierack und Himmler, an der auch Dr.Rothenberger, Streckenbach und Bender teilgenommen haben (Nürnberger Dokument PS - 654) von Bedeutung.

Wie ich sehe, war die darin besprochene Abgabe von Justizhäftlingen an den RFSS "zur Vernichtung durch Arbeit" Gegenstand dort eines Verfahrens 1 Js 13/65.

Ich bitte Sie um Übersendung eines Abdruckes (wenn möglich auch von 3 Abdrucken) der abschließenden Verfügung.

Zugleich bitte ich um Mitteilung, ob dabei die Erklärungen Dr.Rothenbergers vom 16.-18., 21., 22. Juli und 24. September 1947 verwertet worden sind. Gegebenenfalls bitte ich um Fotokopien. Dr.Rothenberger war Angeklagter in "The Justice Case". Die Besprechung war Gegenstand der Anklage. Ich entnehme die Angaben dem Buch TRIALS OF WAR CRIMINALS BEFORE THE NUERNBERG MILITARY TRIBUNALS, Volume III, Case 3 U.S. ./.. Altstoetter u.a. (Grüne Serie).

Mit freundlichem Gruß

(Sichting)
Erster Staatsanwalt

+) Die Vernehmungen sind teilweise in der Grünen Serie abgedruckt.

V.

1) Schreiben (1 Durchschr.), Anlagen beifügen: Einstellungsvfg.
v. 9.12.70 - 1 Js 13/65 (RSA)-
An die Staatsanwaltschaft u.v. 27.4.71 - 1 Js 5/67 (RSA):
bei dem Landgericht Stuttgart

7 Stuttgart 1
Ø Olgastr. 7

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Horst B a n d e r
wegen NS-Verbrechen

Bezug: Ihr Schreiben vom 4. Oktober 1973 - 82 Js 22/73 -

Anl.: 2 Schriftstücke

Sehr geehrter ^{Kuz}Sichting !

Ihre Anfrage vom 4. Oktober 1973 ist mir zur Beantwortung vorgelegt worden. Da ich am kommenden Montag einen kurzen Urlaub antrete und mir die Akten nicht zur Verfügung stehen (ich bin seit über zwei Jahren ~~in~~ in einem anderen Sachgebiet und einem anderen Dienstgebäude tätig) kann ich Ihnen ~~xxx~~ heute nur einen Zwischenbescheid geben.

Ich übersende zunächst eine Ablichtung meiner ~~Teilkomplex~~ Einstellungsvfügung vom 9. Dezember 1970 - 1 Js 13/65 (RSA) in dem auch die Tätigkeit Benders erwähnt ist. Ferner füge ich einen Abdruck meines Einstellungsvermerks vom 27. April 1971 - 1 Js 5/67 (RSA)- bei, der u.a. die ebenfalls am 18. September 1942 zwischen Himmler und Thierack besprochene ~~xxxxxxx~~ y "Übertragung der Strafverfolgung" betrifft (vgl. S. 14 ff.). Weitere Vermerke und Beweisunterlagen, die möglicherweise für Ihr Verfahren von Bedeutung sein könnten, werde ich sofort nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub heraussuchen und übersenden. Ich habe seinerzeit die Unterlagen des "Juristenprozesses", insbesondere die Akten des an die deutschen Behörden (StA Wiesbaden ?) abgegebenen Teilkomplexes ausgewertet. Bei den damals gefertigten Ablichtungen müßten sich auch Aussagen Dr. Rothenbergers befinden. In Akten der Reichsjustizministeriums habe ich ferner einen Vermerk Streckenbachs über die Besprechung vom 18. September 1942 gefunden, in dem nach meiner Erinnerung Bender ebenfalls erwähnt ist.

Sollten sich aus den beigegeführten Vermerken oder den vorstehenden Hinweisen besondere Fragen ergeben, bitte ich um entsprechende Mitteilung, damit ich sie bei der Unterlagensuche berücksichtigen kann.

Mit freundlichem Gruß
(z.U.)

2) mir wd.vorlegen am 1.11.73

Berlin, den 19. Oktober 1973

li.

Kanzlei	
Eingang am:	22. OKT 1973
Gefertigt am:	22. 10. 73 KG
Zur A. 15.86. am 10	

ne Aut ab

22. OKT. 1973 li.

19. Oktober 1973

Durchschrift

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht

1 Js 13/65 (RSA)

39

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Stuttgart

7 Stuttgart 1
Olgastr. 7

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Horst Bender
wegen NS-Verbrechen

Bezug: Ihr Schreiben vom 4. Oktober 1973 - 82 Js 22.73 -

Anlagen: 2 Schriftstücke

Sehr geehrter Herr ~~Sichting~~!

Ihre Anfrage vom 4. Oktober 1973 ist mir zur Beantwortung vorgelegt worden. Da ich am kommenden Montag einen kurzen Urlaub antrete und mir die Akten nicht zur Verfügung stehen (ich bin seit über zwei Jahren in einem anderen Sachgebiet und einem anderen Dienstgebäude tätig) kann ich Ihnen heute nur einen Zwischenbescheid geben.

Ich übersende zunächst eine Ablichtung meiner Einstellungsverfügung vom 9. Dezember 1970 - 1 Js 13/65 (RSA) - in dem auch die Tätigkeit Benders erwähnt ist. Ferner füge ich einen Abdruck meines Einstellungsvermerks vom 27. April 1971 - 1 Js 5/67 (RSA) - bei, der u.a. die ebenfalls am 18. September 1942 zwischen Himmler und Thierack besprochene "Übertragung der Strafverfolgung" betrifft (vgl. S. 14 ff.). Weitere Vermerke und Beweisunterlagen, die möglicherweise für Ihr Verfahren von Bedeutung sein könnten, werde ich sofort nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub heraussuchen und übersenden. Ich habe seinerzeit die Unterlagen des "Juristenprozesses", insbesondere die Akten des an die deutschen

Behörden (StA Wiesbaden ?) abgegebenen Teilkomplexes ausgewertet. Bei den damals gefertigten Ablichtungen müßten sich auch Aussagen Dr. Rothenbergers befinden. In Akten des Reichsjustizministeriums habe ich ferner einen Vermerk Streckenbachs über die Besprechung vom 18. September 1942 gefunden, in dem nach meiner Erinnerung Bender ebenfalls erwähnt ist.

Sollten sich aus den beigelegten Vermerken oder den vorstehenden Hinweisen besondere Fragen ergeben, bitte ich um entsprechende Mitteilung, damit ich sie bei der Unterlagensucheeberücksichtigen kann.

Mit freundlichem Gruß

B i l s t e i n
Oberstaatsanwältin

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Stuttgart**

82 Js 22 / 73

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den
Betreff bei weiteren Schreiben anzugeben

7 Stuttgart 1, den 20. Dezember 1973 218
Olgastraße 7
Fernsprecher: Justizzentrale 2021
(0711) Durchwahl 202
Apparat 3998

Neue Telefonnummer nach Umstellung
der Fernsprechanlage !

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
z.H.v. Frau Oberstaatsanwältin
Bielstein

1 B e r l i n 12 (Charlottenburg)

Lewishamstr. 1



Eingf. 7.1.74
ls.

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Horst B e n d e r
wegen NS - Verbrechen

Bezug: Ihr Schreiben vom 19. Oktober 1973 - 1 Js 13/65 (RSA)

Sehr geehrte Frau Bielstein !

Sicher haben Sie noch keine Zeit dazu gefunden, die Bender
betreffenden Dokumente herauszusuchen. In der Zwischenzeit
habe ich von zahlreichen Dokumenten - auch aus Ihrem Bereich -
Fotokopien erhalten oder mit selbst beschaffen können.

Ich möchte deshalb vorschlagen, daß Sie mir einfach Ihre Akten
schicken und ich mir die hier interessierenden Vorgänge selbst
heraussuche. Das würde Sie nicht damit belasten, die alten Dinge
wieder durchzukramen und sich mit Dokumenten zu befassen, die
ich inzwischen selbst habe.

Es könnte auch sein, daß mich aus meiner Sicht der Dinge auch
hinsichtlich Bender Vorgänge interessieren, die prima vista
nichts über ihn enthalten.

Mit freundlichem Gruß und den
besten Wünschen für das Neue Jahr

Wisting
(Sichting) EStA

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Stuttgart

82 Js 22/73

7 Stuttgart 1, den 3. September 1974 219
Olgastraße 7
Fernsprecher: Justizzentrale 2021
Durchwahl 202
Apparat 3998
(0711)

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den
Betreff bei weiteren Schreiben anzugeben

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Lewishamstr. 1

Betr.: Ermittlungsverfahren der StA Stuttgart gegen Horst Bender
wegen NS - Verbrechen

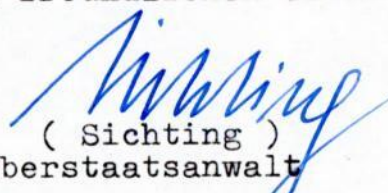
Bezug: Ihr Schreiben vom 11. Januar 1974 - Gesch.Nr. 1 Js 13.65
(RSHA)

Sehr geehrte Frau Bilstein !

Die mit dem oben angeführten Schreiben Akten aus dem Verfahren
1 Js 13.65 (RSHA) sowie 1 Js 4.64 (RSHA) werden hier noch
einige Zeit benötigt.

Ich möchte dies vorsorglich mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen


(Sicking)
Oberstaatsanwalt

1 Js 13/65 (RSA)

V.

✓ 1) Schreiben (1 Durchschr.), folgende Anlagen beifügen:

1 Abdruck d. Einl. Vermerks v. 30.4.65,
Bd. XIII d. A.,
Dok. bd. I und Ia,
Besch.-H. Streckenbach und Wanninger,
Zeugen-H. Dr. Rothenberger und Bender,
Hefter B 74 - 1 Js 4/64 (RSA) -

An die

Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Stuttgart

z. Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt Sichting

7 Stuttgart 1

Olgastr. 7

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Horst B e n d e r
wegen NS-Verbrechen

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. Dezember 1973 - 82 Js 22.73 -

Anlagen: 5 Bände
3 Halbhefter
1 Schriftstück

Sehr geehrter Herr Sichting !

Zunächst muß ich mich für die Verzögerung der Erledigung Ihrer
Anfrage vom 4. Oktober 1973 entschuldigen. Sie vermuten richtig,
daß ich bisher wegen anderer Arbeitsbelastung noch nicht zur
gründlichen Durchsicht der Unterlagen gekommen bin. Ich über-
sende Ihnen daher heute einen Abdruck meines Einleitungsver-
merks vom 30. April 1965 sowie mit der Bitte um Rücksendung
nach Auswertung—

aus dem Verfahren 1 Js 13/65 (RSA):

Band XIII der Akten,
die Dokumentenbände I und Ia,
die Beschuldigten- bzw. Zeugenvorgänge Streckenbach, Wannin-
ger, Dr. Rothenberger und Bender

sowie aus dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSA):

den Dokumentenhefter B 74. (Übertragung der Strafverfolgung).

Dazu bemerke ich, daß Gegenstand des Verfahrens 1 Js 4/64 (RSA) und des davon abgetrennten Verfahrens 1 Js 5/67 (RSA) die Beteiligung von Angehörigen des RSA an der "Sonderbehandlung" der Zivilarbeiter aus den Ostgebieten war.

Ich hoffe, daß Ihnen diese Unterlagen ~~xxxxxxx~~ helfen. Selbstverständlich stehen Ihnen auch die übrigen Aktenteile auf Wunsch zur Verfügung. Wegen des Umfangs habe ich jedoch zu-

nächst noch von einer Übersendung abgehen. Im
übrigen müßten alle wesentlichen Dokumente und
Vernehmungen auch in Ludwigsburg vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

(z.U.)

2) ~~2~~ zunächst lose z.d.HA

3) 3 Monate

Berlin, den 11. Januar 1974

h.

Kanzlei	
Eingang am:	15. JAN. 1974
Gefertigt am:	15/1. 16
Jan 17 1. Schöb. 122	

in Hul ab

15. JAN. 1974 W.

11. Januar 1974

58

1 Js 13.65 (RSA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Stuttgart
z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt Sichting
7 S t u t t g a r t 1
Olgastraße 7

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Horst B e n d e r
wegen NS-Verbrechen

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. Dezember 1973
- 82 Js 22.73 -

Anlagen: 5 Bände
3 Halbhefter
1 Schriftstück

Sehr geehrter Herr Sichting!

Zunächst muß ich mich für die Verzögerung der Erledigung Ihrer Anfrage vom 4. Oktober 1973 entschuldigen. Sie vermuten richtig, daß ich bisher wegen anderer Arbeitsbelastung noch nicht zur gründlichen Durchsicht der Unterlagen gekommen bin. Ich übersende Ihnen daher heute einen Abdruck meines Einleitungsvermerks vom 30. April 1965 sowie - mit der Bitte um Rücksendung nach Auswertung -

aus dem Verfahren 1 Js 13.65 (RSA):

Band XIII der Akten,
die Dokumentenbände I und Ia,
die Beschuldigten- bzw. Zeugenvorgänge Streckenbach,
Wanninger, Dr. Rothenberger und Bender

sowie aus dem Verfahren 1 Js 4.64 (RSA):

den Dokumentenhefter B 74 (Übertragung der
Strafverfolgung).

Dazu bemerke ich, daß Gegenstand des Verfahrens
1 Js 4.64 (RSHA) und des davon abgetrennten Ver-
fahrens 1 Js 5.67 (RSHA) die Beteiligung von Ange-
hörigen des RSHA an der "Sonderbehandlung" der
Zivilarbeiter aus den Ostgebieten war.

Ich hoffe, daß Ihnen diese Unterlagen helfen.
Selbstverständlich stehen Ihnen auch die übrigen
Aktenteile auf Wunsch zur Verfügung. Wegen des
Umfanges habe ich jedoch zunächst noch von einer
Übersendung abgesehen. Im übrigen müßten alle
wesentlichen Dokumente und Vernehmungen auch in
Ludwigsburg vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

(Bilstein)

Oberstaatsanwältin

Ein-
lieferungs-
schein **3423**

Bitte
sorgfältig aufbewahren

Wert (in Ziffern) **96-174-10**

Empfänger:
**Staatsanwaltschaft
Landgericht
7 Stuttgart**

(Postleitzahl, Bestimmungsort)
Gewicht bei Paketen
mit Wertangabe **kg**

Postannahme:

11. 70 - 654
DIN A 6, KI. 317 f

MU

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Stuttgart**

82 Js 22/73

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den
Betreff bei weiteren Schreiben anzugeben

7 Stuttgart 1, den 17. Januar 1975 221
Olgastraße 7
Fernsprecher: Justizzentrale 2021
Durchwahl 202
(0711) Apparat 3998

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
z.H.v. Frau OStA'in Bielstein

1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Lewishamstr. 1



Betr.: Ermittlungsverfahren der StA Stuttgart gegen Horst Bender
wegen NS - Verbrechen

Bezug: Ihr Schreiben vom 11.1.1974 - 1 Js 13.65 (RSA)

Beil.: Band XIII der Akten 1 Js 13.65 (RSA)
mit Dok.Bd.I, Dok.Bd. Ia, Unterakte Pst 36 (Bruno
Streckenbach), Pst 1 (Horst Bender), Pw 17 (Heinz
Wanninger),
1 Js 4/64 - B 74 - Unterlagen zum Erlaß des RSA v. 30.6.43,
1 Heft "Militärgerichtshof Nr. 3 (NPr 3) Bl. 195 ff.,
1 Einleitungsvermerk 1 Js 13/65 (RSA) v. 30.4.1965

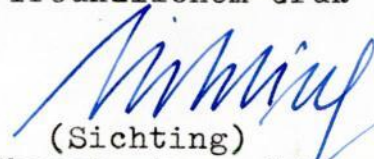
Sehr geehrte Frau Bielstein !

Hiermit gebe ich die mir freundlicherweise zur Einsichtnahme
überlassenen Aktenteile des RSA - Verfahrens nach Einsichtnahme
mit Dank zurück.

Ich bin dabei, das Verfahren gegen Bender abzuschließen. Es wird
auf Einstellung des Verfahrens hinauslaufen.

Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und verbleibe

mit freundlichem Gruß


(Sichting)
Oberstaatsanwalt

1 Js 13165 (RSHA)

222

Kanzlei	
Eingang am:	18. FEB. 1975
Gefertigt am:	18.2.75

222) ab
18. FEB. 1975
Sche

V.

4) Aufenbacher Aufgabe an ERA Jöttingen
bet: Dr. Emil Besendorff,
geb. am 1. Dezember 1892 in Berlin
mit Wohnhaft in Jöttingen, Fließenerweg 7,
zunächst 1892 J.

2) Schreiben (1 Bld. u.)

an die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg
7. Bd. von Herrn Staatsanwalt Röllner

2 Hamburg 36

Katfad

betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichsmilitärs Hauptleutnants
wegen Mordes

bezug: festes Verfahren 147 Js 31/67 gegen Streckenbach
selbst, Herr Röllner,

Pressemitteilungen im Sommer vergangenen Jahres habe
ich entnommen, daß das Landgericht Hamburg das
festes Verfahren gegen Streckenbach wegen Verhandlungsun-
fähigkeit eingestellt, die Staatsanwaltschaft dagegen aber sofr-
tige Beweile einlegt habe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn
Sie mir den Stand des Verfahrens mitteilen und
Abbildungen der fraglichen Gerichtsbeschlüsse sowie etwa vorliegen-
de ärztliche Gutachten übersenden könnten.

Mit besten Grüßen
(7.11.)

3) 3 Mon.

20/5

14. FEB. 1975
g.

14. Febr. 1975

1 Js 13/65 (RSHA)

39
833

222^e

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg
z.Hd.von Herrn Staatsanwalt Zöllner

2 H a m b u r g 36
Postfach

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes
wegen Mordes

Bezug: Dortiges Verfahren 147 Js 31.67 gegen Streckenbach

Sehr geehrter Herr Zöllner,

Pressemitteilungen im Sommer vergangenen Jahres habe ich entnommen, daß das Landgericht Hamburg das dortige Verfahren gegen Streckenbach wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt, die Staatsanwaltschaft dagegen aber sofortige Beschwerde eingelegt habe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir den Stand des Verfahrens mitteilen und Ablichtungen der fraglichen Gerichtsbeschlüsse sowie etwa vorliegender ärztlicher Gutachten übersenden könnten.

Mit besten Grüßen

(Bilstein)
Oberstaatsanwältin

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
~~Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht~~
~~Amtsanwaltschaft~~

1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Lewishemstraße 1
Fernruf: 885 30 41

223

Berlin 21, den 14. Febr. 1975
~~Turmstraße 01~~
~~Fernruf: 85 01 11~~ App. 39
~~(im Innenbetrieb 009)~~

1 Js 13.65 (RSA)
Gesch.-Nr. _____
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Polizei Station Geismar
24. FEB. 1975
Eing. S 212/75
Tgb. Nr. _____

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
des Dr. Emil B e r n d o r f f

Pol.-Abschn. Göttingen				
21 FEB. 1975				
Tgb.-Nr.: Geismar				

geboren am 1. Dezember 1892 in Berlin
zuletzt wohnhaft in Göttingen, Flüthenweg 7

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d — Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken~~
~~und, sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An den
Polizeipräsidenten
in Göttingen — EMA —
34 G ö t t i n g e n

11.
7. Feb 75

Auf Anordnung
Gep. Lewski
Justizangestellte

A F Str. 370 s

Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person

StAT 4000 8.71

Polizei Außenstelle Geismar
Polizeiabschnitt Göttingen
- Tgb.-Nr.: S 212/75/Be -

34 Göttingen, d. 3. 3. 1975

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

a) ~~nach wie angegeben gemeldet~~ — und wohnhaft —

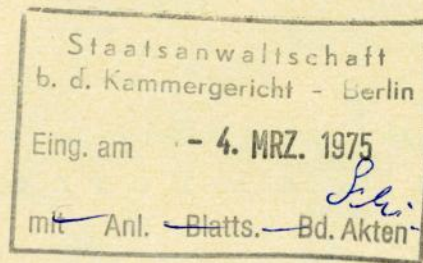
b) am nach 34 Göttingen, Guldenhagen 31 verzogen.

~~Rückmeldung vom liegt — nicht — vor. *)~~

c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem
Verbleib verzogen. *)


d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden. *)

e) Notierung ist erfolgt. *)



*) Nichtzutreffendes streichen

Im Auftrage

 (Beisel) PM

224

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 222

20. MAI 1975

Stk

V.

1) Vermeh.

StA Föllmer hat seinen Bericht anrufen und mitgeteilt, dass sich die Redigierung der Anfrage vom 14. Februar 1975 noch etwas verzögert.

2) 3 Ren.

20. MAI 1975

h.

25/8

175 13/65 (RSHA)

Vorgelegt gem. Vfg. BL _____ *hms*

25. AUG. 1975 *SDh*

V.

1 *man.*

- 2. SEP. 1975
h

~~1110~~

Vorgelegt gem. Vfg. BL _____

30. SEP. 1975 *SDh*

V.

3 *man.*

30. SEP. 1975
h

~~2/1~~

ad 5

Vorgelegt gem. Vfg. Bl.

224R

- 7. JAN 1976

V.

1 Nov.

no/2

- 7. JAN 1976

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. _____

10. FEB. 1976

SSK

V.

✓ 1) Schreiben (1 Durchschr.):

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg
Postfach

2000 Hamburg 36

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes
wegen Mordes

Bezug: Dortiges Verfahren 147 Js 31.67 gegen Streckenbach

Für Mitteilung über den Stand des dortigen Verfahrens und Erle-
digung meines Schreibens vom 14. Februar 1975 wäre ich dankbar.

(z.H.)

✓ 2) Aufenthaltsanfragen an

✓ a) EMA Hamburg

betr. Bruno Streckenbach,
geboren am 7. Februar 1902 in Hamburg,
zuletzt wohnhaft Hamburg 22, Vogelweide 17 B,

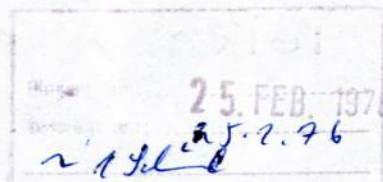
✓ b) EMA Göttingen

betr. Dr. Emil Berndorff,
geboren am 1. Dezember 1892 in Berlin,
zuletzt wohnhaft in 34 Göttingen, Guldenhagen 31

3) 3 Monate

25/5

Berlin, den 24. Februar 1976



2 2) 2EMA-Anf.

22.2.76 ab

26 FEB 1976

la

Kammergericht
Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin
Amtsanwaltschaft Berlin

Gesch.-Nr. 1 Js 13.65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
des Dr. Emil B e r n d o r f f

geboren am 1. Dezember 1892 in Berlin
zuletzt wohnhaft in 34 Göttingen, Guldenhagen 31

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d — Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und, so-
bald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An den
Polizeipräsidenten
1 Berlin 42
Tempelhofer Damm 1-7

An die
Polizeibehörde in
Göttingen
—Einwohnermeldeamt—
3400 Göttingen

Auf Anordnung

Ampp
Justizangestellte

A F Str. 370s

(Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person)

StAT

20 000 9. 73

1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Lawishamstraße 1
Fernruf: 885 30 41

1 Berlin 21, den 24. Februar 1976
Turmstraße 91

Fernruf: 39 40 11, App.:

(Im Innenbetrieb 933) 833 App. 39



Der Polizeipräsident in Berlin

Einwohnermeldeamt

II E M A /

/7

1 Berlin 42, den

Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 69 10 91, App.:

Intern: 970, App.:



05. März 1976

Göttingen,

Amt f. öffentliche Ordnung

Einwohnermelde-Abt.

I.A.

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

- a) noch wie angegeben gemeldet — und wohnhaft — *für die angegebene Anschrift*
- b) am nach verzogen.
- Rückmeldung vom liegt — nicht — vor.*)
- c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem Verbleib verzogen.*)
- d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden.*)
- e) Notierung ist erfolgt.*)

Im Auftrage

*) Nichtzutreffendes streichen

Kammergericht
Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin
Amtsanwaltschaft Berlin

Gesch.-Nr. 1 Js 13.65 (RSAH)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Es wird gebeten, Auskunft über—den Aufenthalt und die Wohnung—
des Bruno Streckenbach

geboren am 7. Februar 1902 in Hamburg
zuletzt wohnhaft in Hamburg ⁷⁶22, Vogelweide 17 B

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d — Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und, so
bald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An den
Polizeipräsidenten
1 Berlin 42

Tempelhofer Damm 1-7

An die
Polizeibehörde in
Hamburg
—Einwohnermeldeamt —

2000 Hamburg

A F Str. 370s

(Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person)

StAT

20 000 9.73

1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Lewishamstraße 1
Fernruf: 885 30 41

1 Berlin 21, den 24. Februar 1976
Turmstraße 91

Fernruf: 39 40 11, App.:

(Im Innenbetrieb 933) 833 App. 39



Behörde für Inneres Einwohner-Zentralamt	
Eing: - 1. MRZ. 1976	
Ank:	Gebühr: Rückporto: -€ -
	bezahlt

Auf Anordnung

Justizangestellte

H

256

Der Polizeipräsident in Berlin

Einwohnermeldeamt

II E M A / /7

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

- ☒ a) noch wie angegeben gemeldet — und wohnhaft — *seit M. 7.56 mit Ehefrau.*
- b) am nach verzogen.
Rückmeldung vom liegt — nicht — vor.*)
- c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem
Verbleib verzogen.*)
- d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden.*)
- e) Notierung ist erfolgt.*)

*) Nichtzutreffendes streichen

V.
7. Post
12. 1076
6

1 Berlin 42, den
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 69 10 91, App.:
Intern: 970, App.:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres
Einwohner-Zentralamt

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin

Eing. am 11. MRZ. 1976

mit ~~Anl.~~ Blatts. Bd. Akten

Im Auftrage

Mün

229

**STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG**

Dienststelle Hamburg-Altona

Geschäfts-Nr.: 147 Js 31/67

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
2 Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 91

Hamburg 50, den 13.5.76

Fernsprecher 3 91 07-638 (Durchwahl)
Behördennetz 9.11

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
z.Hd. Frau Oberstaatsanwältin
Bilstein

1000 Berlin 12

*eingef. auf
18.5.76
h.*

Betr.: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes
hier: Bruno Streckenbach

Bezug: dortige Anfrage vom 24. Februar 1976
Az.: 1 Js 13.65 (RSA)
Anlage: 2 Beschlüsse.

Sehr geehrte Frau Oberstaatsanwältin!

Als Anlage erhalten Sie je ein Exemplar des Beschlusses
der Gr.Strafkammer 7 des Landgerichts Hamburg vom 29.März
1974 und des Beschlusses des 2.Strafsenates des Hanseatischen
Oberlandesgerichts in Hamburg vom 20.September 1974, mit denen
in der Strafsache gegen Streckenbach die Eröffnung des Haupt-
verfahrens abgelehnt worden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Zöllner
(Zöllner)
Staatsanwalt

mit Akten verlegen

18. MAI 1976



230

(37) 108/73

Landgericht Hamburg

Beschluß

In der Strafsache
gegen

den Rentner Bruno Heinrich Hugo Streckenbach,
geboren am 7. Februar 1902 in Hamburg,
wohnhaft: 2 Hamburg 21, Vogelweide 17 b,

Pflichtverteidiger:

Rechtsanwalt H. Wandschneider,
2 Hamburg 13, Schlüterstrasse 6,
und Rechtsanwalt Dr. J. Heinemann,
2 Hamburg 52, Thunstrasse 3,

beschließt das Landgericht Hamburg,
Große Strafkammer 7, durch

den Vorsitzenden Richter am Landgericht Dr. Plambeck,
den Richter am Landgericht Kawlath,
den Richter Roth

am 29. März 1974:

1. Das Hauptverfahren wird nicht eröffnet. Der Angeschuldigte ist außer Verfolgung zu setzen.
2. Der Haftbefehl des Amtsgerichts Hamburg vom 10. Juli 1961 - Geschäftsnr. 158 Gs 1888/61 - und der Verschonungsbeschuß vom 8. November 1961 werden aufgehoben. Die mit dem Beschluß vom 8. November 1961 getroffene Anordnung einer Sicherheitsleistung wird aufgehoben. Die erbrachte Sicherheit ist frei.
3. Für seine vom 10. Juli bis 8. November 1961 erlittene

N.

Untersuchungshaft

wird dem Angeschuldigten keine Entschädigung aus der Staatskasse gewährt.

4. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Seine notwendigen Auslagen werden dem Angeschuldigten nicht aus der Staatskasse erstattet.

G r ü n d e

I

Der Angeschuldigte ist gemäß §§ 198 I, 204 II StPO außer Verfolgung zu setzen. Es besteht ein unbehebbares Verfahrenshindernis. Der Angeschuldigte ist nämlich für dauernd verhandlungsunfähig.

Die Verhandlungsfähigkeit ist eine Prozeßvoraussetzung. Für sie kommt es darauf an, ob ein Angeklagter sich im Zeitpunkt der Hauptverhandlung noch in einem solchen Zustand geistiger Klarheit und Freiheit befindet, daß mit ihm strafrechtlich verhandelt werden kann; ein Angeklagter muß imstande sein, anderen das verständlich zu machen, was er vorbringen will, und das in sich aufzunehmen und zu verstehen, was andere erklären (BGH bei Dallinger MDR 1958, 141; OLG Hamburg JR 1962, 268/269). Daran fehlt es auch, wenn ein Angeklagter aufgrund seiner physischen Verfassung der Verhandlung nicht folgen kann (OLG Frankfurt/M. NJW 1969, 570). So ist es hier. Nach dem Gutachten des Gerichtsärztlichen Dienstes der Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg vom 22. Februar 1974 und dem Zusatzgutachten des Oberarztes Dr. Wende vom Allgemeinen Krankenhaus St. Georg vom 18.

Februar

1974 leidet der ^{Angeschuldigte} insbesondere an einer schweren Herzminder - durchblutung auf der Basis einer Herzkranzschlagadersklerose bei allgemeiner Arteriosklerose. Die Belastbarkeit des Angeeschuldigten erwies sich bei den Untersuchungen als so gering, daß gegen ihn kaum länger als ca. 1/4 Stunde, dies eventuell allerdings mehrmals am Tage, verhandelt werden könnte. Bei der Fortgeschrittenheit des Herzkranzgefäßleidens ist selbst bei einer so kurzen Verhandlungsdauer und selbst bei Ausschaltung auch geringer körperlicher Belastungen mit einer akuten Dekompensation zu rechnen. Eine Änderung dieses Zustandes durch ärztliche Bemühungen ist nicht mehr möglich, da die geeigneten Medikamente bereits in Höchstdosen appliziert werden und jetzt nur ungenügend wirken. Die Sachverständigen folgern aus allem die endgültige und vollständige Verhandlungsunfähigkeit des 72-jährigen Angeeschuldigten. Die Kammer schließt sich diesen Gutachten an.

Bei diesem außergewöhnlich schlechten, anfälligen Gesundheitszustand ergibt sich die endgültige Verhandlungsunfähigkeit aber auch noch aus einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt:

Jede einfache Rechtsanwendung, so auch die Durchführung eines Strafverfahrens, hat sich an der vorrangigen, Werte setzenden Fundamentalordnung der Grundrechte auszurichten. Daraus folgt, daß der staatliche Strafanspruch dann zurückzutreten hat, wenn er nur unter Mißachtung auch nur eines dieser Grundrechte durchgesetzt werden könnte. So aber liegt es hier. Das eingeholte Gutachten macht zweifelsfrei klar, daß eine

Hauptverhandlung

gegen den Angeschuldigten für diesen eine ständige und sehr naheliegende Lebensbedrohung bedeuten würde. Schon eine erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigung, die über das für Angeklagte in Strafverfahren mit erheblichem Schuldvorwurf unvermeidbare Maß erheblich hinausgeht, wäre eine Verletzung des Art. 2 Abs. II Satz 1 GG. Im vorliegenden Fall, in welchem die Gesundheit des schwerkranken Angeschuldigten mit Sicherheit in lebensbedrohlicher Weise leiden würde, wäre eine Verletzung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit gar nicht zu vermeiden. Es muß sogar bezweifelt werden, ob eine mehrjährige Hauptverhandlung - und von einer solchen könnte man ohnehin nur ausgehen - gegen einen Mann, der diese Hauptverhandlung mit Recht als permanente Todesdrohung empfinden müßte, noch mit seiner Menschenwürde vereinbar wäre (Art. 1 GG). Jedenfalls aber könnte ein solcher Mensch sein Grundrecht auf rechtliches Gehör (Art. 103 I GG), wie es seinem Wesen nach zu verstehen ist, nicht mehr in grundgesetzgemäßer Weise wahrnehmen.

Weil somit eine endgültige Verhandlungsunfähigkeit gegeben ist, kommt nicht eine vorläufige Einstellung des Verfahrens sondern nur die Außerverfolgungssetzung des Angeschuldigten infrage (so auch OLG Hamburg JR 1962, 268/269) .

II

Die Aufhebung des Haftbefehls folgt aus § 120 I 2 StPO, der Ausspruch betreffend die Sicherheitsleistung aus den §§ 116 I Nr. 4, 116 a, 123 I + II StPO.

III

Die

Entscheidung über die Versagung der Haftentschädigung beruht auf § 6 I Nr. 2 StrEG. Es gelten hier dieselben Grundsätze wie bei § 467 III 2 Nr. 2 StPO, weshalb auf die nunmehr folgenden Ausführungen hierzu verwiesen werden kann.

IV

Die Entscheidung über die Gerichtskosten folgt aus den §§ 464 I, 467 I StPO. Dagegen hat die Kammer davon abgesehen, die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten der Staatskasse aufzuerlegen. Die Kammer stützt sich dabei auf § 467 III 2 Nr. 2 StPO.

1) Dabei übersieht die Kammer nicht, daß diese Vorschrift bereits nach ihrem Wortlaut nur anwendbar ist, wenn es ohne das Prozeßhindernis bei Fortsetzung des Verfahrens zu einer Verurteilung gekommen wäre. Demnach muß sich bei Hinwegdenken des Hindernisses die Verurteilung bereits nach der Aktenlage als annähernd sicher darstellen (OLG Hamburg NJW 1969, 945; NJW 1971, 2183; MDR 1974, 160; BayObLG NJW 1970, 875). So ist es in diesem Fall. Wenigstens teilweise hätte die Anklage nach der Aktenlage Erfolg gehabt. Zwar kann nicht mit der erforderlichen Sicherheit davon ausgegangen werden, daß der Angeschuldigte von Anfang an die wahren Aufgaben der Einsatzgruppen in Rußland kannte, denn dies nimmt er in seinen bisher vorliegenden Aussagen in Abrede, und nach Aktenlage kann ihm seine Einlassung nicht mit Sicherheit widerlegt werden. Der Angeschuldigte räumt jedoch ein, spätestens Ende August/Anfang September 1941 durch den Zeugen Erwin Schulz, durch einen Kriminalsekretär und durch

eine

Rücksprache mit Heydrich erfahren zu haben, daß die Einsatzgruppen aufgrund eines Führerbefehls in Rußland im größeren Umfange Juden allein aus rassischen und politischen Gründen grausam umbrachten. Der Angeschuldigte räumt ferner ein, trotz dieses Wissens weiter die personelle Versorgung der Einsatzgruppen betrieben zu haben (Abschnitt II 2.2 und 2.3 der Anklage). Wenn der Angeschuldigte hierzu beteuert, er habe nur mit Zustimmung oder wenigstens im Einvernehmen mit anderen handeln können, so ändert dies nichts daran, daß er zur personellen Versorgung zumindest einen Beitrag geleistet hat. Dieser objektive Tatbeitrag ergibt sich allein schon aus den in der Anklage erwähnten Erlassen vom 7. September 1941 (Rz 195), 23. Oktober 1941 (Rz 201), 10. Oktober 1941 (Rz.203) und 16. Februar 1942 (Rz 229), die sämtlich vom Angeschuldigten unterschrieben worden sind und die sich mit der Versetzung von Angehörigen der Sipo und des SD zu Einsatzgruppen befassen. Dabei hat der Angeschuldigte damit gerechnet, daß auch diese abgeordneten Beamten bei Judentötungen eingesetzt werden würden was tatsächlich auch geschehen ist. Die bisherige Einlassung des Angeschuldigten hierzu kann nur für die Frage von Bedeutung sein, ob nicht statt Täterschaft, wie sie ihm die Anklage vorwirft, nur von einer Beihilfe seitens des Angeschuldigten auszugehen ist. Dabei bedenkt die Kammer, daß gerade die Feststellungen über subjektive Tatbestandsmerkmale sich häufig mit letzter Sicherheit erst in einer Hauptverhandlung treffen lassen, daß es also durchaus möglich ist, daß eine - bei angenommener Verhandlungsfähigkeit des Angeschuldigten - durch-

geführte

Hauptverhandlung sogar das Fehlen jeglichen Tatbeitragswillens ergeben könnte. (wie auch andererseits das Vorliegen eines Täterwillens). Darauf kommt es aber für die jetzt zu treffende Entscheidung nicht an. Denn hier ist auf die Aktenlage abzustellen. Diese läßt mit der nötigen Sicherheit die Folgerung zu, daß der Angeschuldigte wenigstens für die Zeit nach Erlangung der von ihm eingeräumten Kenntnis vom Treiben der Einsatzgruppen im Rußlandfeldzug aufgrund des Führerbefehls zumindest wegen Beihilfe zum Mord verurteilt worden wäre. Die Verurteilung und Strafverbüßung in Rußland hätten einer neuen Verhandlung und Aburteilung nicht entgegengestanden. Wie bereits das Hanseatische Oberlandesgericht in seinem Beschluß vom 28. Juli 1961 betr. die Haftbeschwerde des Angeschuldigten ausgeführt hat, verbrauchen nur Urteile inländischer Strafgerichte die Strafklage. Nicht einmal Urteile von Gerichten der sowjetischen Besatzungsmacht lösen diese Wirkung aus (BGH, Urteil vom 14. Oktober 1958 - 5 StR 296/58). Noch weniger gilt dies für ein im Heimatland urteilendes sowjetisches Militärtribunal.

Damit aber ist die Voraussetzung für die Ermessensausübung nach § 467 III 2 Nr. 2 StPO gegeben. Denn entscheidend ist, daß es nach Aktenlage bei einer Fortsetzung des Verfahrens zu einer Verurteilung gekommen wäre. Es ist auch nicht ersichtlich, daß durch den nach Aktenlage eventuell überschießenden Anklagevorwurf besondere Auslagen entstanden sind (vgl. Schäfer bei Löwe - Rosenberg, 22. Auflage 1974, Anm. V 3 zu § 467 StPO) .

2) Die nunmehr von der Kammer vorzunehmende Ermessensentscheidung führt dazu, gemäß § 467 III 2 Nr. 2 StPO davon abzusehen,

die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten der Staatskasse aufzuerlegen.

Grundsätzlich ist zwar die Ermessensvorschrift der Nr. 2 eine Ausnahme vom ersten Absatz des § 467 StPO. Maßgebend für die Anwendung sind jedoch Billigkeitsmomente, und es ist nicht einzusehen, "warum es unbillig sein sollte, den Angeschuldigten, dessen Verurteilung bei Hinwegdenken des Verfahrenshindernisses sicher erscheint, diejenigen seiner notwendigen Auslagen tragen zu lassen, die entstanden sind, solange ein verfolgbarer Strafanspruch bestand und er deshalb mit Recht dem Verfahren ausgesetzt war" (Schäfer a.a.O. Anm. V 4 zu § 467 StPO; LG Krefeld MDR 1970, 698; wohl auch BGH NJW 1969, 1181/ 1183 a.E.). Dies gilt wenigstens, wenn das Verfahrenshindernis erst nach Verfahrensbeginn (Anklageerhebung beziehungsweise Beantragung der Voruntersuchung) entstanden ist (vgl. Schäfer a.a.O.), wie es hier der Fall ist. Zwar werden teilweise strengere Anforderungen gestellt (vgl. LG Frankfurt/M. NJW 1971, 952; Naucke NJW 1970, 85). Dies widerspricht aber dem Sinn und Zweck der Vorschrift. Bei der Schaffung dieser Vorschrift wurde nämlich gerade auch an NS-Gewaltverbrechen gedacht und zur Begründung angeführt, "die Öffentlichkeit habe kein Verständnis dafür, wenn der Staat einem Verbrecher, der nur aus rein formellen Gründen nicht verurteilt werden kann, auch noch die Anwälte bezahlt" (vgl. die Wiedergabe der Begründung durch den Vermittlungsausschuß im Urteil des LG Frankfurt/M. a.a.O.). Zwar darf der Wille des Gesetzgebers nur insoweit berücksichtigt werden, als er im Gesetz einen, sei es

auch

unvollkommenen, aber immerhin erkennbaren Ausdruck gefunden hat. Daß aber dieser Gesetzgeberwille hier überhaupt nicht in der Norm zum Ausdruck kommt (so OLG Hamburg MDR 1972, 344), kann nach Auffassung der Kammer nicht gesagt werden. Die Gesetzesbegründung nennt ein Beispiel für die Unbilligkeit der Auslagenüberbürdung auf die Staatskasse. Als weitere Gesichtspunkte sind daneben die große Zahl der Opfer und die Höhe der Strafe, die zu erwarten gewesen wäre, anzuführen. Hierbei ist von Bedeutung, daß der Angeschuldigte selbst bei einer Verurteilung lediglich wegen Beihilfe zum Mord im Hinblick auf Umfang und Schwere der Tat eine Strafe zu erwarten gehabt hätte, welche die anzurechnende Freiheitsentziehung (Strafhaft in der UdSSR und Untersuchungshaft) mit großer Wahrscheinlichkeit nicht unerheblich überschritten hätte.

V

Es besteht keine Veranlassung, ein weiteres medizinisches Gutachten einzuholen oder eine ergänzende Aufklärung zu erwirken. Denn das Gutachten vom 22. Februar 1974 stützt sich neben einer eigenen Untersuchung durch den Sachverständigen auf das fachinternistisch - kardiologische Zusatzgutachten aus dem AK. Hamburg - St.Georg, wo der Angeschuldigte schon bekannt war und sehr eingehend untersucht worden ist. Es gibt kein medizinisches Institut mit hier notwendigen überlegenen Forschungs- oder Erkenntnismitteln. Die fundierten Untersuchungsergebnisse sind von dem gerichtsmedizinischen Sachverständigen in unanfechtbarer Weise, unter gebührender Verwertung der Krankengeschichte und nach eigener Untersuchung in die für

das

Gericht entscheidungserheblichen Beurteilungen umgesetzt worden. Diesen zu folgen trägt das Gericht daher keine Bedenken, umso weniger, als sich die Beurteilung keineswegs auf schwierige medizinische Grenzbereiche bezieht sondern sich auf objektive, schwerwiegende organische Veränderungen bei dem Angeschuldigten stützt (z.B. Lungenblähung, vergrößertes Herz, deutliche Abnormitäten im EKG usw.), an denen nach den stattgefundenen vielfältigen Untersuchungen zu zweifeln schon einem medizinischen Laien kaum einfallen würde. Umso weniger erweckt das vorliegende Gutachten mit seinem eindeutigen Ergebnis Zweifel oder läßt es das Bedürfnis nach weiterer medizinischer Aufklärung erkennen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen 1): StA = sofortige Beschwerde § 210 II StPO.

Gegen 2): StA = Beschwerde §§ 120, 304 ff StPO.

Gegen 3): Angeschuldigter = sofortige Beschwerde § 8 III StrEG

Gegen 4): Beide = sofortige Beschwerde § 464 III 1 StPO.

Dr. Plambeck

Kawlath

Roth



Ausgefertigt:

Justizhauptsekretär

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



9825
240

HANSEATISCHES OBERLANDESGERICHT

2. Strafsenat

2 Ws 185 u. 186/74
(37) 108/73
147 Js 31/67

In der Strafsache
gegen

Bruno Heinrich Hugo STRECKENBACH,
geboren am 7. Februar 1902 in Hamburg,

, hier betreffend 1.) Eröffnung des Hauptverfahrens,
2.) Haftverschonung,

hat der 2. Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts
zu Hamburg am 20. September 1974 durch

den Vorsitzenden Richter
am Hanseatischen Oberlandesgericht Holtz

den Richter
am Hanseatischen Oberlandesgericht Dr. Zarbock

den Richter
am Hanseatischen Oberlandesgericht Dr. Meister

beschlossen:

Die sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Hamburg gegen den Beschluß des Landgerichts
Hamburg, Große Strafkammer 7, vom 29. März 1974, soweit
durch ihn die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt
und der Angeschuldigte außer Verfolgung gesetzt worden
ist (Nr.1 der Entscheidung), wird verworfen.

Die Staatskasse hat die Kosten des Beschwerdeverfahrens
und die dem Angeschuldigten hierdurch erwachsenen notwendigen
Auslagen zu tragen.

G r ü n d e

9876
241

G r ü n d e

Mit der Anklageschrift vom 30. Juni 1973 wirft die Staatsanwaltschaft dem Angeeschuldigten vor, Mord begangen zu haben, indem er in den Jahren 1941 und 1942 als Amtschef im "Reichssicherheitshauptamt" die Tötung von mindestens einer Million Menschen durch die Einsatzgruppen, die Dienststellen und die Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD organisierte.

Das Landgericht hat die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, weil der 72 Jahre alte Angeeschuldigte verhandlungsunfähig sei und damit ein dauerndes Verfahrenshindernis bestehe. Gegen diese Entscheidung, die auf dem Gutachten des Obermedizinalrats Dr. Hildebrand vom Gerichtsärztlichen Dienst der Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg und dem fachinternistisch-kardiologischen Gutachten des Oberarztes Dr. Wende der II. Medizinischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg in Hamburg beruht, richtet sich die nach den §§ 210 Abs. 2, 311 Abs. 2 StPO zulässige sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft. Der Senat hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein weiteres Gutachten beigezogen, das der kommissarische Direktor der Kardiologischen Abteilung der II. Medizinischen Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf Privatdozent Dr. Westermann nach fünftägiger klinischer Untersuchung des Angeeschuldigten erstattet hat. In diesem Gutachten heißt es wörtlich u.a.:

"Die Komplikationsmöglichkeiten während Verhandlungen bestehen in akuten Versorgungsstörungen des Herzmuskels, die sich in Herzschmerzen (Angina pectoris),

irreversibler lokaler Herzmuskelschädigung (Infarkt), akuter Herzleistungsschwäche mit sogenannten Lungen-ödemem, Herzrhythmusstörungen bis hin zu deletärem Kammerflimmern und gefährlichen Blutdruckschwankungen äußern. Ausgelöst werden diese Phänomene in erster Linie durch die emotionalen Reaktionen, die mit das Herz belastenden Kreislaufreaktionen einhergehen. Zusätzlich werden dabei Kreislaufhormone in die Blutbahn gebracht, die direkt die Herzleistung und damit den Sauerstoffbedarf dieses Organs steigern.

Der wesentliche Punkt in der Beurteilung ist die in den Vorgutachten erwähnte bloße Möglichkeit derartiger akuter Gesundheitsstörungen, die "... (nach Auffassung der Staatsanwaltschaft) "für die Annahme einer Verhandlungsunfähigkeit nicht ausreiche. Hierzu ist anzumerken, daß es (zur Zeit) keine Möglichkeiten zur Quantifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit der beschriebenen Komplikationen gibt. Dies liegt einerseits an der Unmöglichkeit, eine entsprechende Verhandlungssituation unter "Prüfstandbedingungen" realitätsnah zu simulieren, andererseits entziehen sich die vielzähligen, zum Teil interaktiv wirkenden Herz- und Kreislaufveränderungen und ganz besonders ihre psychischen Auslösefaktoren einer verlässlichen Beurteilung. Aus diesem Grunde hat die Gegenwart eines Arztes bei Verhandlungen keinen präventiven, sondern - im Incidenzfall- höchstens therapeutischen Wert.

9828
243

Bei Abschätzung der Bedeutsamkeit von vorgegebener Organschädigung und situativer Belastung durch die Gerichtsverhandlungen für den Komplikationsfall ist zweifelsfrei, daß auf Grund der verbliebenen minimalen Coronarreserven die Erkrankung in diesem Sinne derart im Vordergrund steht, daß ein Spielraum zwischen Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit gefährdender Situationen nicht mehr konkretisiert werden kann".

Zusammenfassend hebt der Sachverständige hervor: Eine Hauptverhandlung stelle für den Angeschuldigten eine konkrete gesundheitliche Gefährdung in einem Ausmaß dar, die über die Annahme der bloßen Möglichkeit des Eintritts von Komplikationen hinausgehe; medikamentöse Maßnahmen, Limitierung der Verhandlungsdauer und die Gegenwart eines Arztes seien nicht geeignet, die Gefährdungsmöglichkeiten auszuräumen oder nennenswert zu verringern.

Auf Grund dieser medizinischen Beurteilung, die im wesentlichen mit den Ergebnissen der beiden Vorgutachter übereinstimmt, hält auch der Senat den Angeschuldigten auf Grund seiner gesundheitlichen Verfassung für unfähig, der Verhandlung zu folgen und sich sachgerecht zu verteidigen. Dabei ist entscheidend, daß die Anklage 113 zu vernehmende Zeugen, 178 zu verlesende Urkunden und eine größere Anzahl von Beifolgerakten nennt und daß schon die Staatsanwaltschaft die Verhandlungsdauer auf 400 Verhandlungsstunden schätzt, was nach Auffassung des Senates angesichts der Fülle des Prozeßstoffes zu gering erscheint. Damit steht der Durchführung des Verfahrens gegen den Angeschuldigten ein dauerndes

9829
244

Hindernis entgegen, das die Einstellung und die Außerverfolgungsetzung des Angeschuldigten erforderlich macht (§§ 206a, 204 Abs.2 StPO).

Ein derartiges Hindernis würde allerdings dann noch nicht vorliegen, wenn ein Angeschuldigter den Verhandlungen immer nur b e s c h r ä n k t e Z e i t folgen könnte oder wenn nur die M ö g l i c h k e i t bestünde, daß der Angeschuldigte durch die mit der Verhandlung verbundene Belastung einen gesundheitlichen Schaden erleiden würde (vgl. OLG Frankfurt NJW 1969, 570; OLG Hamm GA 1957, 154). Der Senat geht vielmehr davon aus, daß die Schwere und der Umfang der dem Angeschuldigten zur Last gelegten Taten es rechtfertigen würden, bis an die Grenze des in dieser Hinsicht dem Angeschuldigten Zumutbaren zu gehen und dabei auch kürzere Verhandlungsabschnitte mit ständig wiederkehrenden Unterbrechungen und eine begrenzte gesundheitliche Gefährdung des Angeschuldigten in Kauf zu nehmen. Das beschließende Gericht hat bereits in einer am 28. Juli 1961 ergangenen Entscheidung zur Untersuchungshaft dieses Angeschuldigten, dem damals erst ein geringer Teil der jetzt gegen ihn erhobenen Vorwürfe gemacht wurde, ausgeführt, es wäre "für das Rechtsempfinden aller rechtlich denkenden Menschen unerträglich, wenn der Beschuldigte sich einer Verfolgung wegen des ihm vorgeworfenen Verhaltens entziehen würde." (NJW 1961, 1881 = JR 1962, 27. m.abl.Anm. von Dabs und Eb.Schmidt aaO).

Diese Folge, die das Gericht damals durch Verwerfung der Haftbeschwerde auf jeden Fall vermeiden wollte, muß jetzt jedoch, 13 Jahre später, aus anderen Gründen in Kauf genommen werden: Nach der Beurteilung durch den Sachverständigen

9830
245

Dr. Hildebrand wäre der Angeschuldigte zur Verhandlung von nur jeweils einer Viertelstunde in der Lage, wenn auch - bei Einschaltung sehr langer Zwischenräume - mehrmals am Tage. In der daraufhin von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagenen "zeitlichen Parzellierung" sieht der Sachverständige Dr. Westermann dagegen keine Möglichkeit, die Gefährdung des Angeschuldigten nennenswert zu verringern. Die Staatsanwaltschaft hatte die Ansicht vertreten, wenn täglich eine Stunde verhandelt werden könne, dann sei der Angeschuldigte noch als verhandlungsfähig anzusehen, zumal er sich an diese Belastungen gewöhnen würde.

Eine derartige Behandlung des umfangreichen Verhandlungsstoffes würde aber nicht mehr sachdienlich sein und eine so erhebliche Ausweitung der sich dann über Jahre erstreckenden Verhandlung mit sich bringen, daß der Angeschuldigte nach den Befunden der drei Gutachter einer solchen Belastung mit Sicherheit nicht mehr gewachsen wäre. Darüber hinaus würde sich aber ein solcher "Versuch" schon deshalb verbieten, weil bei dem Angeschuldigten bereits in der Gegenwart der "Spielraum zwischen Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit gefährdender Situationen nicht mehr konkretisiert werden kann".

Die Entscheidung über die Kosten und Auslagen des Beschwerdeverfahrens beruht auf § 473 Abs.1 StPO.

Gegenstandslos geworden ist mit dieser Entscheidung die gleichzeitig erhobene Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den angeführten Beschluß des Landgerichts Hamburg, Große Strafkammer 7, soweit darin der Haftbefehl des Amtsgerichts Hamburg vom 10. Juli 1961 sowie der Verschonungsbeschluß vom 8. November 1961 aufgehoben worden sind und

die Sicherheitsleistung freigegeben worden ist (Nr. 2 des Beschlusses).

Holtz

Zarbock

Dr. Meister



Für richtige Abschrift

Kulms

Justizhauptsekretär

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 226

La

~~229~~

247

V.

1 Mon.

98. MAY 1976

1/7

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 2

5. JULI 1976

X

4/5. min.

↓

1 Jo B.65 (RSHT)

4/8

✓ 1.) Aufenthalt beantragen wie Bd. XIII Bd. 226 zu Ziff. 2.)
beg. Streckenbach u. Hr. Zernsdorff

2.) 1 Monat (mit vor.)

45

D. d. 6. APR. 1977

8

Kontroll	
Eingang am:	6 APR. 1977
Befragt am:	6. 4. 77
21/2 + EMD. - Aufg.	

ab 64. f.

Kammergericht
Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht
Amtsanwaltschaft

Gesch.-Nr. 1 Js 13/65 (RSA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
de s Bruno Streckenbach

geboren am 7. Febr. 1902 in Hamburg
zuletzt wohnhaft in Hamburg 22, Vogelweide 17 B

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn sie dort vorzumerken und,
sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An die
Polizeibehörden
-Einwohnermeldeamt-

2000 Hamburg

A F Str. 370 s

Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person

StAT .4000 6.70

248
1 Berlin 21, den 6. April 1977

~~Turmstraße 91~~

Fernruf: 35 01 11, App. 40

~~(im Innenbetrieb 933)~~

Lewishamstraße 1

1000 Berlin 12

Fernruf: 323 30 41

(im Innenbetrieb: 933 2389)

4/3
2. Teil

18. APR. 1977

Auf Anordnung

Justizangestellte

H
1

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin

Eing. am 18. APR. 1977

mit Anl. Blatts. Bd. Akten

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

gemeldet st 'M. 7.56
ni nimmerig!

Die umseitig genannte Person ist

a) noch wie angegeben gemeldet — und wohnhaft —

b) am nach verzogen.

Rückmeldung vom liegt — nicht — vor. *)

c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem
Verbleib verzogen. *)

d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden. *)

e) Notierung ist erfolgt. *)

13. 4. 1977
Hamburg, den
Behörde für Inneres
Einwohner-Zentralamt

Im Auftrage

*) Nichtzutreffendes streichen

Kammergericht
Staatsanwaltschaft bei dem ~~Landgericht~~
~~Amtsanwaltschaft~~

Gesch.-Nr. 1 Js 13/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
de s Emil B e r n d o r f f

geboren am 1. Dezember 1892 in Berlin
zuletzt wohnhaft in 3400 Göttingen, Guldenhagen 31

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

Sollte d ~~— Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn —~~ sie ~~— dort vorzumerken und,~~
~~sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An die
Polizeibehörden
— Einwohnermeldeamt —

3400 Göttingen

A F Str. 370 s

Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts
oder der Wohnung einer Person

StAT .4000 6.70

248
1 Berlin 21, den 6. April 1977

~~Turmstraße 91~~

Fernruf: 35 01 11, App. 40

~~(im Innenbetrieb 933)~~

Lewishamstraße 1

1000 Berlin 12

Fernruf: 323 30 41

(im Innenbetrieb: 933 833)

Handwritten notes:
Herr O. A. Holzner
u. d. B. u. v. V. gemäss 5/5
Rindspindel
Vh. bu.

Handwritten: 3. d. 25. APR. 1977

Auf Anordnung

Handwritten signature:
Justizangestellte



Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin

Eing. am 19. APR. 1977

mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Stadt Göttingen
Amt f. öffentliche Ordnung
Einwohnermelde-Abt.

U. zurück:

Die von Ihnen bezeichnete Person

☒ ist noch unter der genannten
Adresse gemeldet

☐ konnte anhand des Melderegisters
nicht festgestellt werden

☐ ist am nach
.....

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

~~a) noch wie angegeben gemeldet — und wohnhaft~~ verzogen.

b) am nach verzogen.

Rückmeldung vom liegt — nicht — vor. *)

c) am lt. Auszugsmitt. v. mit unbekanntem
Verbleib verzogen. *)

d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden. *)

e) Notierung ist erfolgt. *)

Göttingen, den

15. April 1977

Amt f. öffentliche Ordnung

L.A.

Im Auftrage

*) Nichtzutreffendes streichen

1. Vermerk:

Das Ermittlungsverfahren richtet sich nur noch gegen die Beschuldigten Bruno S t r e c k e n b a c h und Dr. Emil B e r n d o r f f - Bl. XIII 198 d.A. - . Die den Beschuldigten Streckenbach betreffenden Tatvorwürfe ergeben sich aus dem Aktenvermerk vom 10. Dezember 1970 - Bl. XIII 194 d.A. - , die den Beschuldigten Dr. Berndorff betreffenden aus dem Aktenvermerk vom 9. Dezember 1970 - Bl. XIII 184 ff, 188-189 d.A. - .

Bezüglich des Beschuldigten Streckenbach ist im Hinblick auf das gegen diesen bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg anhängig gewesene Ermittlungsverfahren 147 Js 31/67 durch Verfügung vom 10. Dezember 1970 - Bl. XIII 194 f d.A. - das Verfahren gemäß § 154 Abs. 1 StPO und bezüglich des Beschuldigten Dr. Berndorff durch Verfügung vom 9. Dezember 1970 - Bl. XIII 184 ff d.A. - wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit entsprechend § 205 StPO vorläufig eingestellt worden.

Im Verfahren 147 Js 31/67 der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg gegen den Beschuldigten Streckenbach hat das Landgericht Hamburg durch Beschluß vom 29. März 1974 - Bl. XIII 230 ff d.A. - die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit Streckenbachs abgelehnt und den Angeschuldigten außer Verfolgung gesetzt. Die sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg ist vom Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg durch Beschluß vom 20. September 1974 - Bl. XIII 240 ff d.A. - rechtskräftig verworfen worden.

Da damit die Voraussetzungen für die vorläufige Verfahrenseinstellung nach § 154 Abs. 1 StPO bezüglich des

251

Beschuldigten Streckenbach entfallen sind, werden die Ermittlungen im vorliegenden Verfahren gegen diesen Beschuldigten wieder aufgenommen.

Nach dem Ergebnis der vom Landgericht Hamburg und vom Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg eingeholten Gutachten verschiedener fachärztlicher Sachverständiger ist der - noch lebende (Bl. XIII 248 d.A.) - Beschuldigte Streckenbach indessen dauernd sowie ohne Aussicht auf Besserung seines Zustandes verhandlungsunfähig. Da dieses Verfahrenshindernis auch für das vorliegende Verfahren besteht - die Einholung eines erneuten medizinischen Gutachtens kommt nicht in Betracht, da nach dem Inhalt der in Hamburg erstatteten Gutachten keine anderen Ergebnisse als dort zu erwarten sind - , ist es, soweit es sich gegen den Beschuldigten Streckenbach richtet, gemäß § 170 Abs. 2 StPO (Kleinknecht, StPO, 33. Aufl., Rdn. 6 zu § 170) - und in entsprechender Anwendung von § 206 a StPO - endgültig einzustellen.

Der - ebenfalls noch lebende (Bl. XIII 249 d.A.) - Beschuldigte Dr. Berndorff war ausweislich des in der Strafsache 1 Ks 1/69 (RSA) erstatteten nervenfachärztlichen Gutachtens vom 16. Februar 1970 ohne Aussicht auf Besserung dauernd verhandlungsunfähig - Bl. XIII 189 d.A. sowie Bl. XXXIX 68 ff d.A. 1 Ks 1/69 (RSA) - . Ein in der Strafsache 1 Ks 1/69 (RSA) erstattetes Ergänzungsgutachten vom 6. Januar 1972 - Bl. XXXIX 301 ff d.A. 1 Ks 1/69 (RSA) - hatte dasselbe Ergebnis. Auf hiesigen Antrag stellte das Landgericht Berlin daraufhin durch Beschluß vom 12. Juli 1972 - Bl. XL 1 ff d.A. 1 Ks 1/69 (RSA) - das Verfahren gegen den dort Angeklagten Dr. Berndorff gemäß § 206 a StPO endgültig ein.

Nach dem Inhalt der in der Sache 1 Ks 1/69 (RSA) erstatteten Gutachten ist nicht zu erwarten, daß ein neues Gutachten nunmehr zu anderen Ergebnissen gelangen würde, zumal seit der Erstattung des letzten Gutachtens

252

knapp fünf Jahre vergangen sind und die durch Altersabbau bedingten, die Verhandlungsunfähigkeit bewirkenden Leiden des Beschuldigten sich seitdem mit Sicherheit noch verschlimmert haben dürften.

Da mithin auch bezüglich des Beschuldigten Dr. Berndorff das Verfahrenshindernis der dauernden Verhandlungsunfähigkeit besteht, ist das Verfahren auch, soweit es diesen Beschuldigten betrifft, gemäß § 170 Abs. 2 StPO (und entsprechend § 206 a StPO) einzustellen.

2. Das Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten

- a) Bruno S t r e c k e n b a c h und
- b) Dr. Emil B e r n d o r f f

wird aus den Gründen des Vermerks zu Ziff. 1 dieser Verfügung gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

3. Register und Kartei berichtigen.

in fe 1. Akt. d. Vb. 9. PH

✓ 4. Schreiben:

253

Herrn
Bruno Streckenbach
Vogelweide 17 B

2000 Hamburg 22

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Sie und andere
ehemalige Angehörige des früheren Reichssicher-
heitshauptamtes wegen Mordes

~~Sehr geehrter Herr Streckenbach,~~

Das o.a. Ermittlungsverfahren gegen Sie - Ihre
verantwortliche staatsanwaltschaftliche Vernehmung vom
17. Januar 1967 - habe ich wegen des Verfahrenshindernisses
Ihrer dauernd bestehenden Verhandlungsunfähigkeit gemäß
§ 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

~~Hochachtungsvoll~~

(U.begl.)

✓ 5. Schreiben:

254

Herrn
Dr. Emil Berndorff
Guldenhagen 31
3400 Göttingen

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Sie und andere
ehemalige Angehörige des früheren Reichssicher-
heitshauptamtes in Berlin wegen Mordes

~~Sehr geehrter Herr Dr. Berndorff,~~

Das o.a. Ermittlungsverfahren gegen Sie - Ihre
verantwortlichen staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen
vom 11., 12. und 13. Oktober 1967 - habe ich wegen
des Verfahrenshindernisses Ihrer dauernd bestehenden
Verhandlungsunfähigkeit gemäß § 170 Abs. 2 StPO
nunmehr endgültig eingestellt.

Hochachtungsvoll
(U.begl.)

6. Vermerk:

- a, Anrede und Hochachtungsbegrüßungen zu 4, 4.5, unkenntlich, da Mordvorwurf
und Verteilung aus wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit nicht möglich
b, Der Beschuldigte Dr. Berndorff war früher durch
Rechtsanwalt W e y h e r anwaltlich vertreten.
Dr.

Dieser ist zwischenzeitlich verstorben. Soweit ersichtlich,
hat sich im vorliegenden Ermittlungsverfahren kein neuer
Verteidiger für den Beschuldigten Dr. Berndorff gemeldet;

255

Benachrichtigung an Verteidiger entfällt daher.

✓ 7. Schreiben:

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Robert M. W. Kempner
Feuerbachstr. 21

6000 Frankfurt/M.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen
Bruno S t r e c k e n b a c h
und andere frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Beihilfe
zum Mord

Bezug: Mein Schreiben vom 6. April 1973

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

das o.a. Ermittlungsverfahren habe ich nunmehr auch
gegen die Beschuldigten Bruno Streckenbach und Dr.
Emil Berndorff wegen des Verfahrenshindernisses der
bei beiden Beschuldigten bestehenden dauernden
Verhandlungsunfähigkeit gemäß § 170 Abs. 2 StPO end-
gültig eingestellt.

Hochachtungsvoll
(z.U.)

✓ 8. Schreiben: - eine auszugsweise Durchschrift zu Ziff. 1
und 2 dieser Verfügung beifügen -

256

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Schorndorfer Str. 58
7140 Ludwigsburg

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ^{frühere} Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes;

hier: Berichtigungsanzeige

Bezug: Dortiges Az.: VI 415 AR 1310/63

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme
und entsprechende Berichtigung des Ihnen seinerzeit
übersandten Einleitungsvermerks eine auszugsweise
Durchschrift meiner Verfügung vom heutigen Tage, mit
der ich das Verfahren gegen die Beschuldigten Bruno
S t r e c k e n b a c h und Dr. Emil B e r n d o r f f
gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt habe.

9. Vermerk:

Die Benachrichtigung des Polizeipräsidenten in Berlin
von der Verfahrenseinstellung kann unterbleiben, weil
die Vorgänge dort ohnehin seit geraumer Zeit abgeschlossen
sind.

257

10. Weglegen - dauernd aufbewahren.
(historisch wertvoll)

Berlin 12, den 5. Mai 1977

h ✓

gef. am 5.5.77.
zu 7.) 1 Sch.

Kanzlei	
Eingangs nr.:	9. MAI 1977
Gefertigt am:	9.5.77
zu 4.)	1 Sch.
zu 5.)	1 Sch.
zu 8.)	1 Sch.

ab zu 4, 5 + 2 mini
zu 8) m. hnd.
9/5.77



Stadt- und Polizeiamt 2800 Bremen 1 Postfach

An das
Kammergericht Berlin
1000 Berlin



52a.
Freie Hansestadt Bremen

Stadt- und Polizeiamt

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht	
Eing. am	1 2. NOV. 1982
mit	Anl. Blatts. Bd. Akten

258

Bremen, 11. November 1982
☎ (0421) 362-6071

Geschäftszeichen J 6/14.K. - 4859/82
(Bitte bei Antwort angeben) Li/Mo.-

Betr.: Dortiges Verfahren - Ge StA 1 Js 13/65 (RSHA)

Auf Anforderung wurde Ihnen 1966 von unserem Amt
ein Ordner

"Geheime Staatspolizei"

Az. 1016 B, übersandt.

Es handelt sich dabei um eine Leihgabe aus dem Staatsarchiv
Bremen, das unbedingt wieder in den Besitz seines Ordners
gelangen will.

Wir bitten um Rücksendung des Ordners, damit wir unserer
Rückgabeverpflichtung nachkommen können.

Im Auftrag

Link

✓
Frau Reibe gem. Rückfrage
mit der Bitte um Befügung der Vorzüge
aus dem Jahr 1966

Geiß
17. NOV. 1982 Re

Staatsanwaltschaft bei
dem Kammergericht

1 Js 13/65 (RSA)

Gesch.-Nr. bitte bei allen Antworten angeben!

Am Karlsbad 6-7, den 18. November 1982

D-1000 Berlin 30

Fernruf: Vermittlung 26 04-1

Durchwahl/Apparat 26 04- 21 53

(Intern 976)

Telex 1 85 470

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30-13.00 Uhr

259

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht,
Am Karlsbad 6-7, D-1000 Berlin 30

An das
Stadt- und Polizeiamt
der Freien Hansestadt Bremen
Postfach

2800 Bremen 1

Betrifft: Früheres Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts
des Mordes - 1 Js 13/65 (RSA) -

Bezug: Schreiben vom 11. November 1982
- J 6/14.K. - 4859/82 Li/Mo. -

Die Durchsicht aller hier für das abgeschlossene Verfahren
1 Js 13/65 (RSA) vorhandenen Akten und Beistücke hat nicht
zur Auffindung des Ordners "Geheime Staatspolizei" mit dem
Az. 1016 B (Staatsarchiv Bremen) geführt.

Aus meinen Akten oder Handakten ergibt sich auch nicht, daß
dieser Ordner im Jahre 1966 von Ihrem Amt angefordert und von
Ihnen übersandt worden ist.

Um weitere Nachforschungen nach dem Verbleib des Ordners an-
stellen zu können, wäre ich dankbar, wenn mir die damalige
Aktenanforderung durch die Staatsanwaltschaft bei dem Kammer-
gericht sowie Ihr Aktenübersendungsschreiben in Ablichtung
übersandt würde.

Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

VI 414 AR 476/68

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

Zentrale Stelle, Postfach 1144, 7140 Ludwigsburg

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6 - 7

1000 Berlin 30



Betrifft: Dortige Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) und
1 Js 13/65 (RSHA) gegen Friedrich S t i e l
u.a. Angehörige der Stapoleitstelle Nürn-
berg-Fürth

Anlagen : a) Schreiben des Hans-Friedrich Lenz
vom 2. Februar 1985 nebst Anlagen 1 - 6
(31 Blatt Fotokopien sowie 1 Buch)
b) Anfrage der Zentralen Stelle an
H.-F. Lenz vom 18.2.1985 nebst Rück-
antwort vom 16.3.1985 (3 Blatt Fotokopien)


Die anliegenden Vorgänge übersende ich mit der Bitte
um Kenntnissnahme und zur evtl. weiteren Veranlassung.

Bei dem in dem Schreiben der Frau E m m e r t vom
27.12.1984 beschuldigten Kriminalrat S t i l dürfte
es sich mit einiger Sicherheit um den dortigen Beschul-
digten, den ehemaligen Kriminalrat Friedrich S t i e l
von der Stapoleitstelle Nürnberg-Fürth handeln.

Das in dem Schreiben des K.-H. L e n z vom 2. Februar
1985 näher bezeichnete Buch bitte ich nach Auswertung
zurückzusenden, da es zur Eingliederung in die hiesige
Bücherei bestimmt ist.

261

Gleichzeitig wird um Mitteilung über eine evtl.
Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen S t i e l
und ggfs. um Übersendung von Durchschriften aller
anfallenden Vernehmungsniederschriften und ab-
schließenden Verfügungen gebeten.


(Dreßen)
Staatsanwalt

1 Js 4/64 (RSA)

J
261^a-

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Postfach 1144

7140 Ludwigsburg

Betrifft: Hiesige Verfahren gegen frühere Angehörige des ehem. RSA

- a) gegen Bernhard B a a t z u.a. wegen Verdachts des Mordes (Mitwirkung bei der Anordnung von Exekutionen von polnischen und russischen Zivilarbeitern wegen Verstoßes gegen die zur Regelung ihrer Lebensführung erlassenen Anordnungen) - 1 Js 4/64 (RSA) -
- b) gegen Bruno S t r e c k e n b a c h u.a. wegen Verdachts des Mordes (Mitwirkung an der Abgabe "asozialer" Justizhäftlinge an die Polizei zur "Vernichtung durch Arbeit" in Konzentrationslagern) - 1 Js 13/65 (RSA) -

Bezug: Dortiges Schreiben betreffend Friedrich S t i e l vom 26. März 1985 - VI 414 AR 476/68 -

Anlage: 1 Broschüre (Verfasser: Hans-Friedrich L e n z)

Auf das dortige Schreiben teile ich mit, daß der angeführte ehem. Kriminalrat Friedrich Stiel zu keiner Zeit in einem der hier geführten Verfahren Beschuldigter gewesen ist. Die bei der hiesigen Behörde - auch in den Verfahren 1 Js 4/64 (RSA) und 1 Js 13/65 (RSA) - geführten Ermittlungen richteten sich ausschließlich gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSA) in Berlin und nicht auch gegen Angehörige der dem RSA nachgeordneten und unterstellten Stapoleitstellen. Da der ehem. Kriminalrat Friedrich Stiel nach Ihrem Schreiben der Stapoleitstelle Nürnberg-Fürth angehört haben soll, scheidet er schon aus diesem Grunde aus dem Kreis der früher hier geführten Beschuldigten aus. Im übrigen

Lb1^b

ist der Genannte in den hier vorhandenen Karteien weder als Beschuldigter noch als Zeuge oder als früherer Angehöriger des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin erfaßt.

Bei der dortigen Annahme, daß hier ein Kriminalrat S t i l (oder Stiel) als Beschuldigter geführt wurde, dürfte es sich daher um einen Irrtum handeln. Eine Wiederaufnahme der Ermittlungen ist deshalb nicht möglich.

Die mir zur Auswertung zugeleitete Broschüre "Sagen Sie Herr Pfarrer, wie kommen Sie zur SS" sende ich zu meiner Entlastung wieder zurück.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

262

$\frac{d}{dt}$
H. 08/11/2018
a c3. \bar{v} only —
h. 15. \bar{v} —

**ZENTRALRAT
DEUTSCHER SINTI UND ROMA**

263

Zwingerstraße 18, 6900 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/98 11 01

Telefax: 0 62 21/98 11 90

Teletex: 62 21 45

Telex: 17-622 145

Bankverbindung:

Postgiroamt Karlsruhe,

Kto.-Nr. 424-754 (BLZ 660 100 75)

Bayerische Vereinsbank Heidelberg,

Kto.-Nr. 1443 135 (BLZ 672 202 86)

VOLLMACHT

Hiermit bevollmächtigen wir Herrn

Rechtsanwalt Arnold Roßberg

Bahnhofstr. 45

6108 Weiterstadt,

zur Akteneinsicht in die Akten des Verfahrens

Az.: 1 Js 13/65 (RSHA) Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht
Berlin

und zur Untervertretung in der Entschädigungsangelegenheit des
Herrn Erich Walter Kühn (BLEA 41 477).

Heidelberg, den 30.4.1991


.....

Romani Rose, Vorsitzender

264

V O L L M A C H T

Hiermit bevollmächtige ich Romani Rose vom Zentralrat
Deutscher Sinti und Roma, mich in meiner Wiedergutmachungs-
angelegenheit gegenüber der Wiedergutmachungsbehörde zu ver-
treten und Akteneinsicht zu nehmen.

Erich Walter Kühn
geb. am 12.5.1912
BLEA 41 477

Heidelberg, den


.....
Unterschrift



Landespolizei Schleswig-Holstein
Landeskriminalpolizeiamt

Gesch. Z.: SK/HS, Tgb.Nr. 110/67
(Bitte im Antwortschreiben angeben)

An das

1) Bayerische Landeskriminalamt
Abt. IIa 5/s - GY -
in M ü n c h e n

2) Bundeskriminalamt
Vh/C.
in w i e s b a d e n

Betr.: Zigeunerlager am Kuhdamm in Stettin z.Zt. des 3. Reiches
Bezug: Zu 1) Dortiges FS Nr. 762 vom 2.2.67
Zu 2) Dortiges FS Nr. 1796 vom 3.2.67

It. o.a. FS suchen Sie zu dortigen Entschädigungsverfahren Zeugen, die zu Zigeunerverhältnissen während des 3. Reiches in Stettin Angaben machen könnten. Ich darf mir zu Fahndungsmaßnahmen hinsichtlich der Kriegs- und Vorkriegsverhältnisse die Anregung erlauben, die Sonderkommission NS des zuständigen Landeskriminalamtes einzuschalten. Hier werden sowohl zu allgemeinen Verhältnissen als auch im Hinblick auf Fahndungsmaßnahmen nach Zeugen oder sonstigem Grundsatzmateriale entsprechende Erkenntnisse gesammelt.

In einer Übersicht der Zentralen Stelle Ludwigsburg über Verfahren wegen NS-Gewaltverbrechen (Stand vom 1.3.1966) werden zum Tatort Stettin folgende Ermittlungsverfahren aufgeführt:

A h a , Karl

StA. Fulda,
Az.: 2 Js 217/65

F ö r s t e r , Heinz

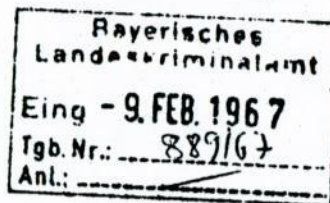
StA. Düsseldorf,
Az.: 8 I Js 1869/62

Dr. P a u l i c k ,
Johannes

StA. Koblenz,
Az.: 9 Js 1113/63

23 Kiel, den 6. Februar 1967

Mühlenweg 166 (Bichhof)
Postfach
Fernsprecher 51171 555
oder Durchwahl 51171
Selbstwählerdienst 0431



38/41
265

T r e t t i n , Karl

StA. Aachen,
Az.: 2 Js 92/65,

gegen Unbekannt

?

gegen Unbekannt

StA. Hamburg,
Az.: 141 Js 1388/61

gegen Unbekannt

?

W o l f f , Richard

StA. Mottweil a.N.,
Az.: 11 Js 1992/62

Ferner läuft bei dem Herrn Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin - 1 Js 13/65 (RSNA) - ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen der Verbringung von asozialen Personen in Konzentrationslager.

Evtl. lassen sich aus diesen bereits laufenden Ermittlungsverfahren sowohl zum Sachverhalt als auch zu den Personen und Orten in Stettin genauere Erkenntnisse gewinnen.

Nach hiesiger Kenntnis war das Zigeunerlager in Stettin vor dem Kriege in Stettin-Zabelsdorf. Diese Gegend gehörte zum 5. Polizeirevier in Stettin. Die Siedlung Kuhdamm in der Nähe des Müllabfuhrplatzes in Stettin war vor dem Kriege für Asoziale. Diese Siedlung lag im Bereich des 8. Polizeireviers Stettin. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß in dieser Asozialensiedlung auch Zigeuner untergebracht waren bzw. während des Krieges nach dort umquartiert wurden.

It. o.a. PS suchen Sie besonders Polizeibeamte, die evtl. als Zeugen gehört werden können. Ich darf hierzu bemerken, daß die Stettiner Polizeibeamten sowohl durch die laufenden Treffen als auch durch die noch heute gemeinsame Diensttätigkeit recht eng verbunden sind.

Als mögliche Auskunftspersonen für Stettiner Verhältnisse kommen in Frage:

- 1.) Kriminaloberkommissar Bruno B e l l i n g ,
Bezirkskriminalpolizeistelle Lübeck,
- 2.) Kriminalhauptmeister Siegfried L ö f f s ,
Bezirkskriminalpolizeistelle Lübeck,

40
267

- 3.) Kriminalhauptmeister Friedrich D a s s o w ,
Bezirkskriminalpolizeistelle Kiel,
4.) Kriminalobersekretär i.R. Willy S i e l a f f ,
bedienstet gewesen bei der BKP-Stelle Kiel,
jetzt wohnhaft M ö l l n (Holstein).
Soll in Stettin Zigeunersachbearbeiter gewesen sein.

weitere Zeugen könnten von den vorstehenden Personen namhaft
gemacht werden oder über die

Heimatortskartei Pommern

24 L ü b e c k
Fackenburger Allee 31

zu ermitteln sein.

Im Auftrage:



II a 5/S-Hi- Tab. Nr. 889/67

In Urschrift

an

das Landgericht München I
22. Zivilkammer

8 M ü n c h e n

Wagmüller Str. 12

z. H. von Herrn Landgerichtsrat Paintinger weitergeleitet.
Das Schreiben des LKA Kiel sowie das Fernschreiben der Krimi-
nalpolizei Gütersloh sind in Sachen "Lager Kuhdamm Stettin"
zum dortigen Verbleib bestimmt.

12. FEB. 1967
2

München, den 13. 2. 1967
Bayer, Landeskriminalamt

I. A.
Blüthner, xx.

Vfg.

268

✓ 1) Zu schreiben (mit Leseschrift)

Herrn Rechtsanwalt
Arnold Roßberg
Bahnhofstraße 45
W-6108 Weiterstadt 1

Betrifft: Mandat des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma

Bezug: Ihr Schreiben vom 2. Mai 1991

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,
eine Einsichtnahme in den Vorgang 1 Js 13/65 (RSHA) ist nur
hier möglich, da die Akten wegen ihres Umfangs nicht versandt
werden können.

Gegenstand des Verfahrens bildet die Zuführung von Justizgefangenen
in Konzentrationslager zwecks "Vernichtung durch Arbeit". Es
erscheint mir fraglich, ob sich für Sie verwertbare Erkenntnisse
daraus gewinnen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
(z.U.)

2) Wieder wegbeggen.

Berlin, den 27. Mai 1991

[Handwritten signature]

Kanzlei	
Eingang am:	28. MAI 1991
Gefertigt am:	28.5.91
zu 1/11.11.1991	

[Handwritten signature]

29. MAI 1991

1 Js 13/65 RSHA

2680

Herrn Rechtsanwalt
Arnold Roßberg
Bahnhofstraße 45

6108 Weiterstadt 1

Betrifft: Mandat des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma

Bezug: Ihr Schreiben vom 2. Mai 1991

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

eine Einsichtnahme in den Vorgang 1 Js 13/65 (RSHA) ist nur hier möglich, da die Akten wegen ihres Umfangs nicht versandt werden können.

Gegenstand des Verfahrens bildet die Zuführung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zwecks "Vernichtung durch Arbeit". Es erscheint mir fraglich, ob sich für Sie verwertbare Erkenntnisse daraus gewinnen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

B a l k e
Oberstaatsanwalt